

# DAS ARGUMENT 128

---

Editorial	479
Helmut Gollwitzer: Volk + Universität = Volksuniversität	481
Volker Braun: Geschichten von Hinze und Kunze	487

## Philosophie

Günther Anders Über die Esoterik der philosophischen Sprache	491
Margherita von Brentano Philosophie als Beruf	506
Wolfgang Fritz Haug Orientierungsversuche materialistischer Philosophie	516
José Maria Ripalda Marx, Hegel und die Philosophie	533
* * *	
Erich Wulff: Psychoanalyse und Realität	540
Gransow/Offe: Politische Kultur und SPD-Regierungspolitik	551
<u>Umweltbibliographie (8): Militär (K. Krusewitz)</u>	565
<u>Besprechungen:</u> Sprachdidaktik; Deutsch für Ausländer; Massenmedien; Arbeit und Wissenschaft; Schul- und Jugendpolitik; Krise des Feudalismus; Ideologie und Volksprotest; Clausewitz	581
Kongreßberichte: Freidenkerkongreß »Religion und Sozialismus«; »Faschismus in der Jugendkultur«	576
Dokumentation: El Salvador; Aufruf: Bücher für Nicaragua	580/515
Summaries; Über die Autoren; Zeitschriftenschau	624

# DAS ARGUMENT

## Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

### Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Soelle (Hamburg), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

### Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

### Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

### Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Norman, Richard, und Sayers, Sean: Hegel, Marx and Dialectic: A Debate. (J.M. Ripalda)</i> .....	533
<i>Mercier-Josa, Solange: Pour lire Hegel et Marx (J.M. Ripalda)</i> .....	533
<i>Furth, Peter (Hrsg.): Arbeit und Reflexion (J.M. Ripalda)</i> .....	533

(Fortsetzung auf S. XIV)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1981. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhart, Berlin; Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. 1. — 7, Tausend Juli 1981.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe eine Bestellkarte des Argument-Verlages.

## Editorial

Die Volksuni 1981 in West-Berlin hat uns Aufschwung gegeben. Sprunghaft gestiegen im Vergleich zum Vorjahr war die Beteiligung von Berufstätigen von außerhalb der Universität. Gollwitzers Eröffnungsrede, die wir in diesem Heft abdrucken, malt keine bloßen Wunschbilder. Im Verhältnis von Wissenschaftlern und »Volk« hat sich wirklich etwas bewegt. Volker Braun erhielt, worüber Tausende traurig waren, keine Ausreise aus der DDR; stellvertretend schickte er uns die Geschichten, die in diesem Heft zum erstenmal veröffentlicht werden. Auch in ihnen geht es, wenngleich auf eine andere Gesellschaftsformation bezogen, um die »Macht« und das »Volk«.

Im nächsten Heft bringen wir drei weitere Beiträge von der Volksuni: W.F. Haug über *Strukturelle Hegemonie*, Frigga Haug über *Frauenbewegung und Arbeiterbewegung* und Dorothee Soelle über *Feministische Theologie*.

Im Schwerpunkt des vorliegenden Heftes geht es um Reflexion der Arbeitsweisen und gesellschaftlichen Stellung und Funktionen der Philosophie und um den Versuch, einen Überblick über unterschiedliche Orientierungen kritisch-materialistischen Philosophierens zu geben. Der spanische Hegelübersetzer Ripalda setzt sich kritisch u.a. mit einer Veröffentlichung des von Peter Furth geleiteten Hegel-Colloquiums auseinander. Mit Anders, Gollwitzer und Brentano ist die Gründergeneration des *Argument* in diesem Heft besonders stark vertreten. Vor allem die Beiträge von Anders zur *atomaren Gefahr* von 1959 und 1960 sind unvermindert aktuell, zu unser aller Leidwesen (vgl. *Argument*-Reprint, AS 1/1 und AS 1/2 — die beiden Bände kann man noch immer zum Preis von zusammen 10,— DM + Versand beim *Argument*-Vertrieb bestellen).

Die Strategien der neuen Rechten (Thatcher, Reagan, Strauss) rechnen mit den Trümmern der durch Wirtschaftswachstum finanzierten Reformpolitiken, bei uns der Sozialdemokratie. Daher wird im Kontext der Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten eine erneute Analyse sozialdemokratischer Politik fällig. Dem Beitrag von Gransow und Offe in diesem Heft sollen weitere Untersuchungen folgen. Über diesen ersten Beitrag gab es Kontroversen, vermutlich wird es sie auch unter den Lesern geben. Umstritten war z.B. der Schlüsselbegriff der *politischen Kultur*. Wie verhindert man die Unterordnung des Kulturellen unter Parteipolitiken? Wie werden wir zwischen Kulturellem und Ideologischem unterscheiden, vor allem zwischen Kultur-von-unten und ideologischer Herrschaftsreproduktion? Braucht eine linke politische Kultur »Werte« und »Symbole«? Zentrale These von Gransow und Offe ist, daß die Sozialdemokratie ihren eignen Untergang vorbereitet, indem sie sich unfähig zur Entwicklung einer politischen Kultur erweist. — Michael Jäger hatte dagegen in seiner Untersuchung des *sozialliberalen Korporatismus* (in AS 51: Sozialliberalismus oder Rechter Populismus) das System wohlfahrtsstaatlicher Einbeziehung von Arbeitervertretern in staatliche Entscheidungsprozesse als das für den Kapitalismus langfristig wirksamste Integrationsmodell beschrieben. Erübrigt sich in dieser Sicht eine sozialdemokratische politische Kultur? Schließen die unterschiedlichen Thesen einander aus oder beschreiben sie verschiedene Seiten desselben Phänomens? Hier muß die Diskussion weitergehen.

### *Veränderungen bei den ständigen Mitarbeitern und in der Redaktion*

Dorothee Soelle ist dem Kreis der ständigen Mitarbeiter beigetreten, worüber wir uns sehr freuen. Theologin und Germanistin, lehrt sie abwechselnd in Hamburg und in den USA. Wir erhoffen von Dorothee's Mitarbeit, daß sie die Einbeziehung feministischer und christlich-sozialistischer Positionen in den Diskussionszusammenhang des *Argument* fördert.

August Soppe ist nach langjähriger Arbeit als Redaktionssekretär, der vorwiegend mit der Herstellung betraut war, aus dieser Funktion ausgeschieden und zum Rundfunk

seine Hilfsbereitschaft. Er wird weiterhin das Rezensionsressort *Kunst- und Kulturwissenschaft* betreuen.

### Verlagsmitteilungen

Zugleich mit dem vorliegenden Heft erscheinen zwei *Argument-Sonderbände*, die schon 1980 angekündigt waren: AS 56 (Alternative Umweltpolitik, vgl. S.575) und AS 61 (Selbstverwaltung/Internationale Sozialismus-Diskussion 1). Damit sind alle vom Vorjahr überhängenden AS-Projekte verwirklicht. Inzwischen ist vom 1981-Programm Gulliver 9 über *Zweite Kultur* erschienen (vgl. S.623), den wir den an der Kulturdiskussion Interessierten ans Herz legen, weil von den angelsächsischen Ländern und von Irland in dieser Hinsicht zu lernen ist.

Ab Herbst 1981 erscheint in der Taschenbuchreihe des *Argument-Verlages* (*Argument-Sonderband*) die »Neue Folge« von *Literatur im historischen Prozeß: Analysen, Materialien, Studienmodelle*, hrsg. von Karl-Heinz Götze, Gert Mattenklott, Jost Hermand, Klaus R. Scherpe, Jürgen Schutte, Lutz Winckler).

In dieser Reihe *Literatur im historischen Prozeß* erscheinen Aufsatzsammlungen, Monographien, Materialien und Studienmodelle zu verschiedenen Bereichen der Literaturgeschichte, zur literaturtheoretischen Diskussion und zu aktuellen Themen. Die Reihe wurde begründet in der Absicht, einer materialistischen Literaturwissenschaft vorzuarbeiten und verschiedene Ansätze exemplarisch zu erproben. Die *Neue Folge* der Reihe soll den herrschenden Tendenzen der Repression und des Rückzugs in Schule, Universität und im Wissenschaftsbetrieb entgegenarbeiten. Ist der Umgang mit Literatur heute geprägt vom Gegensatz der Aufforderung zur Autonomie und Selbsterfahrung einerseits und der offiziellen Institutionalisierung der Bildungsziele andererseits, so wird eine Orientierung auf den gesellschaftlichen Zusammenhang und den historischen Entwicklungsprozeß der Literatur umso dringender. Die neuen Bände der Reihe zur demokratischen Tradition in der Literaturgeschichte, zur kulturellen Vorgeschichte des gegenwärtigen Denkens und Handelns, zur alternativen und zur massenhaft verbreiteten Literatur und insbesondere auch zu aktuellen Autoren, Werken und Streitfragen der ästhetischen Theorie sollen zu dieser Orientierung beitragen.

Im Herbst 1981 erscheinen: Karl-Heinz Götze/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): *Unsere »Ästhetik des Widerstands« — Literatur und Literaturwissenschaft über Peter Weiss*. Christian Fritsch/Lutz Winckler (Hrsg.): *Faschismuskritik und Deutschlandbild im Exilroman*.

Für 1982 sind geplant: Jost Hermand/Helmut Peitsch/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): *Aspekte der westdeutschen Nachkriegsliteratur*. Gerhart Pickeroth (Hrsg.): *Georg Forster in seiner Epoche*. Irmela von der Lühe (Hrsg.): *Literatur des 20. Jahrhunderts: Entwürfe von Frauen*.

*Literatur im historischen Prozeß* (LHP) kann man demnächst über den *Argument-Vertrieb* abonnieren. Die Bedingungen entsprechen den Bezugsbedingungen der *Argument-Sonderbände*.

Helmut Gollwitzer

## Volk + Universität = Volksuniversität

Rede zur Eröffnung der Volksuniversität in Berlin am 5.6.1981

Liebe Teilnehmer der Volksuniversität,  
 liebe Freunde und Genossinnen und Genossen,

Volksuniversität — das Wort bringt zwei weit voneinander getrennte Größen zusammen. Was Universität ist, wissen wir alle. Es ist ein gesetzlich geschützter Titel für die oberste Bildungsanstalt der Nation, für die Gelehrtenrepublik, für die Heimstatt und Nachwuchsbrutstätte für denjenigen Stand, der nach Meinungsumfragen in Deutschland trotz General, Generaldirektor und Minister immer noch das höchste Sozialprestige hat, freilich sich darin mit dem Bischof teilen muß: den Universitätsprofessor.

Was Volk ist, das wissen wir schon viel weniger, und das ist viel schwieriger zu definieren, obwohl wir alle doch zum Volk im weiteren Sinne gehören. Mit Volk im weiteren Sinne meine ich die Einteilung der Menschheit in Völker. Eine ganze Literatur gibt es darüber, was ein Volk eigentlich sei, und was die Kriterien seien, damit man von einem Volk sprechen könne. Wir Deutsche sind das beste Beispiel dafür: Gehören Schweizer zum deutschen Volk? Die Österreicher? Sind die BRD-Deutschen und die DDR-Deutschen noch *ein* Volk? Und wenn ja, wie lange noch? Ungeachtet des nazistischen Mißbrauchs des Wortes Volk gehört die Realität der Völker zum Reichtum der Menschheit. Ein Internationalist bist du nicht, wenn du die Bedeutung der Unterschiede zwischen den Völkern abstreitest und hinaustrompetest: »Für mich gibt es nur Menschen!« Das klingt schön, ist aber ganz abstrakt. Die Menschheit gibt es konkret nur als eine Vielheit von Völkern; die Zugehörigkeit zu einem Volk ist eine wichtige emotionale Bindung. Weil das so ist, konnte diese Bindung von den Herrschenden zu allen Zeiten ausgenutzt werden, um die Massen geneigt zu machen, fürs Vaterland zu sterben, wenn es galt, für die Interessen der Herrschenden in den Krieg zu ziehen. Wie sich sozialistischer Internationalismus zur Realität der Völker verhält, war immer eine wichtige Frage der sozialistischen Theorie, und gerade hier in Berlin sollten wir die nationale Frage, und zwar die deutsche nationale Frage — im Programm ist sie mindestens durch die Veranstaltungen von Peter Brandt und Ingeborg Drewitz vertreten — nicht der Demagogie der Rechten überlassen.

Aber dieser weitere Sinn von »Volk« ist im Wort »Volksuniversität« nicht gemeint, jedenfalls nicht primär. Hier geht es ums Volk im Volk, unter das sich der feine Herr und der Professor manchmal mischt, wenn er das Volk kennenlernen will, um das Volk, dem der Politiker aufs Maul schaut, wenn er von ihm gewählt werden will. Volk im engeren Sinn — das ist die Klassenteilung im Volk im weiteren Sinn, das sind die Vielen unten im Unterschied zu den Wenigen oben. Wie wir die Menschheit nur als Vielheit von Völkern kennen, so kennen wir ein Volk konkret nur als eine Zerrissenheit von oben und unten, als eine Vielheit von Interessengruppen und -gegensätzen, und würden diese vielen Interessen sich nicht zunehmend zusammenballen an den beiden Polen der Interessen der Herrschenden und der Interessen der Beherrschten, dann wären nicht einige Leute auf den Gedanken dieser Volksuniversität gekommen. Denn er soll zusammenbringen, was weit voneinander getrennt ist. Die Universität ist eine Einrichtung der Herrschenden von jeher gewesen, für ihre Interessen. Ihr Personal — die Lehrenden und Lernenden — gehören entweder zu den Herrschenden, familiär, freundschaftlich und im Lebensstil mit ihnen verbunden, oder sie gehören den Herrschenden als deren Werkzeuge, Diener, Angestellte, ideologische Propagandisten. Universitätsangehörige

empfanden sich immer im Gegensatz zum gemeinen Volk — und gerade in Deutschland war die Kluft zwischen den Gebildeten, also den Akademikern, und den Ungebildeten, also dem Volk, von jeher besonders groß. Diese Instrumentalisierung von Universität und Bildung fürs Klasseninteresse kann verschleiert und verwischt werden — nicht nur durch ideologische Propaganda, sondern auch durch objektive Entwicklungen — ohne daß sie dadurch schon aufgehoben wäre. Dafür war das Empfinden von oben und von unten in früheren Jahrzehnten — vor der heutigen Verwischung — lebendiger als heute. Vor kurzem kam mir wieder der Vers des alten Arbeiter-Radio-Bundes aus der Weimarer Zeit in Erinnerung: »Bedenke jeden Tag, Prolet, / daß hinter deinem Funkgerät, / ob Spiel, ob Ernst, ob früh, ob spät, / der Gegner deiner Klasse steht.« Das gilt auch heute noch, wie wir gut genug wissen, für die Massenmedien. Es gilt prinzipiell auch noch für die Universität.

Aber: Klassenverhältnisse sind nie ganz stabil. »Alles fließt«, erst recht die menschliche Gesellschaft und erst recht die bürgerliche Gesellschaft, diese Gesellschaft größter Widersprüche: Da werden allen gleiche Rechte versprochen und zugleich verweigert; da wird allen Bildung versprochen und zugleich vielen Bildung verweigert. Da wird die Autonomie, die Freiheit und Interessenunabhängigkeit der Wissenschaft proklamiert, und zugleich wird die Wissenschaft als Produktivkraft zum Werkzeug der herrschenden Sonderinteressen gemacht. Diese Widersprüche zerreißen die heutige Universität, sie lassen Professoren sehnsüchtig an den Elfenbeinturm der alten Alma Mater zurückdenken und machen die Studenten rebellisch. Was eine Einrichtung der Herrschenden ist, wird zum Kampfplatz von entgegengesetzten Interessen, zum Kampfplatz derer, die die Versprechungen dieser Gesellschaft, die Versprechungen des Grundgesetzes und der Konvention der Allgemeinen Menschenrechte realisiert haben wollen und selber ein Interesse daran haben — und derer, die diese Versprechungen weiterhin auf dem Papier lassen wollen und ein Interesse daran haben, daß sie nicht vom Papier in die Wirklichkeit übersetzt werden. Ein Ausdruck dieses Kampfes ist die Volksuniversität.

Sie ist ein Bündnis in verschiedenerlei Hinsicht. Erstens: Über diese alte Kluft von Akademikern und Nicht-Akademikern hinweg setzen wir uns zusammen, weil wir erkennen, daß die Kluft unwahr ist. Sie ist künstlich; sie soll vortäuschen, wir hätten nichts miteinander zu tun, wir gehörten zu verschiedenen Menschenklassen oder stünden gar gegeneinander. In Wirklichkeit sind wir schon in der gleichen Lage: Gebrauchswert fürs Kapital, nicht Wert für uns selbst, Teil der übergroßen Mehrheit, die trotz formaler Demokratie der Macht und den Interessen anderer unterworfen sind und in unseren Bildungsanstalten, von der Hauptschule bis zur Universität, zu verwertbarem Menschenmaterial produziert werden. Die Kluft ist künstlich, aber real. Die Arbeitsteilung entfremdet uns voneinander. Die Bestechungen sind verschieden hoch, mit denen wir, die Akademiker, die Angestellten, die Arbeiter, gefügig gemacht werden, diese bestehende Kapitalverwertungsgesellschaft, die sich freie und sogar soziale Marktwirtschaft nennt, für die beste aller möglichen Welten zu halten und jede menschlichere Alternative zu ihr für eine Utopie. Unsere Lebensstile, unsere Denkweisen, unsere Sprache trennen uns voneinander. Sobald wir uns wirklich zusammensetzen, kommt es an den Tag, wie verschieden schon die gleiche deutsche Sprache in unseren verschiedenen Mündern ist, mehr ein Mißverständigungsmittel als ein Verständigungsmittel. Das wird sich auch bei Unternehmen wie der Volksuniversität zeigen: Die wissenschaftlichen Fremdwörter, die komplizierten Sätze, das akademische Chinesisch — wie soll ein Akademiker lernen, ohne all das auszukommen? Die Frage ist identisch mit der anderen: Wie soll ein Akademiker demokratisch werden? Denn im Gefängnis seines elitären Stils ist er es nur theoretisch, nicht praktisch, nicht menschlich. Erst wenn er real zusammensitzt mit denen, von denen ihn bisher die akademische Barriere als spezifische Form der Klassenbarriere getrennt hat, kommt er frei aus diesem Ge-

fängnis. So ist die Volksuniversität eine Befreiungsaktion für die Universitätsleute,

Nicht weniger, wenn auch im anderen Sinn, eine Befreiungsaktion für die andere Seite, besonders für die, die man früher »das arbeitende Volk« genannt hat, bevor man auf den Ausdruck »Arbeitnehmer« gekommen ist. Denen hat man beigebracht, die Hände zu gebrauchen, nicht aber den Mund und den Kopf. Weil sie nicht das Sagen hatten, sollten sie auch nichts sagen können. Aber sie haben etwas zu sagen, viel zu sagen, und sie sollen noch mehr lernen, etwas sagen zu können, und noch mehr sollen sie etwas zu sagen haben. Sie sollen frei werden von dem Minderwertigkeitskomplex, die anderen seien gescheiter, weil sie mundfertiger sind, und frei von der Vorstellung, ihre Probleme seien weniger wichtig als die, über die an der Universität Doktorarbeiten geschrieben werden. Natürlich muß das geübt werden: den Mund aufmachen, sich artikulieren, den Mundfertigen widersprechen. Bündnis zwischen Volk und Universität kommt nur zustande, wenn ein ebenbürtiger Dialog zustandekommt, wenn nicht die einen belehren und die anderen lernen, wie bei der Volkshochschule — womit nicht das Geringste gegen die wichtige Erwachsenenbildungsarbeit der Volkshochschulen gesagt ist, sondern nur klargestellt werden soll: Die Volksuniversität ist keine Volkshochschule und muß strikt vermeiden, auf diese Schiene zu geraten. Auf jeder Veranstaltung der Volksuniversität muß sich zeigen: wir sind alle Lehrende und alle Lernende; hier wird gemeinsam besser gelernt, was allen auf den Nägeln brennt; hier finden zusammen, die in der Getrenntheit verarmt und verkümmert sind auf beiden Seiten, und die in der Getrenntheit ausnutzbar sind für fremde Interessen und gegen die gemeinsamen Interessen; hier geschieht Verständigung derer, die zusammengehören, für gemeinsamen Kampf.

Zweitens: Die Volksuni ist ein Bündnis verschiedener Gruppen, und zwar solcher, die schon im Kampfe stehen, die sich gebildet haben, um für Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen, für eine sozialistische Veränderung. Je schwieriger dieser Kampf ist, je stärker die Widerstände, je komplizierter die Verhältnisse von Land zu Land, von Bevölkerungsschicht zu Bevölkerungsschicht, je größer die Differenzen auch innerhalb der beherrschten Massen, je enttäuschender die Rückschläge, je verschiedenartiger die Vorschläge und die möglichen Strategien — desto mehr stehen diese Gruppen nicht nur im Gegensatz zum gemeinsamen Gegner, nämlich zu den bestehenden Verhältnissen und zu deren Charaktermasken, sondern auch im Gegensatz zueinander, und *dieser* Gegensatz droht sich in den Vordergrund zu drängen, so daß sie oft untereinander verfeindeter sind als mit denen, von denen sie die gemeinsamen Prügel beziehen. Sektiererei war von jeher die große Gefahr sozialistischer Gruppen. Die Volksuniversität soll beitragen zur Überwindung dieser Gefahr im Sinne des guten Wortes von Fidel Castro: »Revolution heißt, Gruppen mit verschiedenen Zielen und Interessen zu einigen auf ein gemeinsames Ziel.« — Einigen — das heißt nicht zusammenprügeln, unter eine führende Gruppe zwingen, die das Diktat über alle anderen beansprucht. Wer »führende Kraft« wird, das kann nicht vorher festgelegt oder durch Intrigen manipuliert werden, das muß sich von Tag zu Tag neu herausstellen im gemeinsamen Kampf; das muß sich herausstellen an dem, was eine Gruppe jeweils zu diesem Kampf beizutragen hat an überzeugenden Erkenntnissen und Leistungen. Eigentlich wird sich, wer führende Kraft ist, wohl erst am Ende und rückblickend herausstellen. In den einzelnen Abschnitten des langen Kampfes um die sozialistische Gesellschaft waren mal die, mal die die jeweils faktisch führende Kraft durch ihre Klarsicht, durch ihre sich bewährende Strategie und durch ihre Bereitschaft zu Opfern *und* zur Zusammenarbeit. Denn auf diese Bereitschaft, auf die Kommunikationsfähigkeit, auch auf die Bereitschaft, auf Besserwisseri und Rechthaberei und Führungsanspruch zu verzichten, kommt es entscheidend an, damit nicht unsere Zerspaltungen die Gegenseite erfreuen, sondern unsere Gemeinsamkeit die Gegenseite erschreckt.

Was heißt aber »Besserwissen«? Natürlich wissen wir einiges besser, übrigens *nicht* so sehr in den Punkten, in denen wir untereinander zerstritten sind, sondern vor allem in den Erkenntnissen, die wir gemeinsam voraushaben denen, die immer noch ihre eigenen Metzger wählen und die deshalb der Aufklärung bedürfen. Die Volksuniversität dient der Aufklärung über das, was heute für die Menschen in unserem Land dringend notwendig ist, über verkannte, verdeckte Notwendigkeiten. Für diese Aufklärung brauchen wir selber Klärung unter uns, die nur in offenen, auch kontroversen Diskussionen zu erlangen ist. Denn Sozialismus ist nichts, was man ein für allemal in der Tasche hat, weder als Dogma noch als Rezept. In so verwirrten Verhältnissen wie den unsrigen muß immer aufs neue in gemeinsamer Suche, in gemeinsamen Verhandlungen geklärt werden, was Sozialismus, dieses verbrauchte und dennoch unentbehrliche Wort, eigentlich bedeutet und inwiefern gerade Kampf für den Sozialismus das heute Notwendige ist, welche Kampfweise diesem Ziel entspricht und welche ihm widerspricht, also die Annäherung an das Ziel befördert oder verhindert, und wie die Aufklärung der Massen über diesen Kampf und dieses Ziel als das in ihrem eigensten Interesse Liegende geschehen soll. Wenn der Satz immer noch richtig ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß, dann kann auch diese Aufklärung nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, d.h. nur in Zusammenarbeit von Intellektuellen und Arbeitern geschehen. Deshalb muß die Volksuniversität Intellektuelle und Arbeiter zusammenführen, freilich auch zur Klärung darüber, was dieser althergebrachte Begriff Arbeiterklasse heute eigentlich umfaßt, ob wir »Abschied vom Proletariat« nehmen sollen oder neu und zeitgemäß bestimmen sollen, wer heute Proletariat ist.

Das ist nicht mehr so griffig wie zu jenen Zeiten, als die Klassenfronten sich klar voneinander abzeichneten, und als die Handarbeiter von ihren unmittelbaren Interessen, durch ihr täglich fühlbares Elend zur Begeisterung fürs sozialistische Ziel und zur internationalen Solidarität mit den Unterdrückten aller Länder getrieben wurden. Deshalb ist neue Klassenanalyse nötig, die nicht nur Marx rezipiert, auch neue Technik-Analyse und wahrscheinlich auch eine schärfere Kritik der industriellen Zivilisation, als Marx sie geübt hat. Ich meine freilich, bei seiner Sensibilität für alle Entfremdung würde er sie heute üben, nach Auflösung der Illusionen über die ihn oft faszinierende Entwicklung der technischen Produktivkräfte durch den Kapitalismus.

Drittens: Deshalb gehören zum Bündnis auch diejenigen, die heute auseinanderstrebenden Tendenzen folgen und sich dies gegenseitig zum Vorwurf machen: diejenigen, die zum Kampf fürs sozialistische Ziel, zum proletarischen Kampf sich verpflichtet sehen, deshalb mit Theorie sich ausrüsten und mit Disziplin, die zu diesem Kampfe gehört — und diejenigen, die nicht immer nur aufs Jenseits sich verträsten wollen, aufs Jenseits nach der Revolution, aufs Jenseits der klassenlosen Gesellschaft, sondern die jetzt schon, inmitten dieser irren Zustände, ihr Leben gewinnen wollen als ein menschliches, ja glückliches, jetzt schon, alternativ, nicht erst morgen, sondern hier und heute.

Dieses Bündnis muß stattfinden — nicht nur, aber auch deswegen, weil es auch ein Bündnis der Generationen ist. Ich habe in meinem Leben in verschiedenen Generationenschüben auf der Linken beobachtet, wie jeweils die Älteren sich vergrätzt zurückzogen und gekränkt in der Ecke saßen, weil sie, die bisherigen Radikalen, sich von den Jüngeren an Radikalität links überholt sahen. Was gegenseitig mit Argumenten kritisiert wird, ist vielfach nur Kulisse, die die Generationsentfremdung verdeckt. Die Altmarxisten, die Neomarxisten und die als theorielos verschriene oder sich auch ihrer Theorielosigkeit rühmende Generation der sogenannten Jugendkrawalle und der Alternativ-Freaks, sie haben viel genug miteinander zu diskutieren, statt sich gegenseitig abzuschreiben. Denn es eint sie die gemeinsame Negation des menschenfeindlichen Kapitalismus *und* das Ziel der allgemeinen Emanzipation — und das ist doch nicht we-



nig! Es ist auch ein Zeichen dafür, daß die APO nicht tot und die Studentenrevolte nicht gescheitert ist. Gescheitert müßte man sie nennen, wenn nach ihrem Abebben Friedhofsruhe eingekehrt wäre — aber das ist ja nicht der Fall. Die Unruhe geht weiter, weil die Ursachen, die damals das Aufbegehren hervorriefen, weiter bestehen, *und* weil damals gesellschaftspolitische Erkenntnisse gewonnen wurden, die nicht wieder vertrieben werden konnten. Darum rumort es weiter, oft auf sehr ahnungslose Weise, theoriefeindlich *und* theoriebedürftig, zugleich mit Impulsen und neuen Erkenntnissen, die Opas guter alter Marxismus höchst nötig hat, um die Gangart des 19. Jahrhunderts, in der er oft noch einherstolztiert, endlich loszuwerden.

Weil wir nicht mehr im 19. Jahrhundert leben, nenne ich deshalb bewußt nicht als viertes Bündnis die Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen, die auf dieser Volksuniversität stattfindet. Es geht heute nicht mehr um ein Bündnis zwischen Christen und Marxisten, als seien das verschiedene Lager, die erst mühsam verbunden werden müßten. Ob es den Orthodoxen auf beiden Seiten gefällt oder nicht, es gibt heute überall auf der Erde christliche Marxisten und marxistische Christen und viele Zwischenformen, und das von den Orthodoxen beider Seiten gepflegte Dogma, der Marxismus müsse atheistisch sein, gehört nach meiner Meinung eben ins 19. Jahrhundert. Was in Wirklichkeit stattfindet, ist Zusammenarbeit von Christen und Atheisten, und das ist nichts Besonderes bei der Volksuniversität; denn das findet in unserer Gesellschaft, unserer Bewußtseinslage entsprechend, überall statt, in jedem Kaninchenzüchterverein und auch in allen Parteien, auch in denen, die sich mit dem Vorzeichen »christliche schmücken. Nur deshalb, weil die Existenz christlich-sozialistischer Gruppen kritisch zur antirevolutionären Tradition der christlichen Kirchen steht und deshalb innerhalb des christlichen Bereichs einen selbstkritischen Angriff auf das traditionelle Christentum bedeutet, und deshalb, weil von christlichen Voraussetzungen her sich wichtige Anregungen in den gemeinsamen sozialistischen Kampf einbringen lassen, gibt es einen Sektor Christen in der Volksuniversität.

Zweierlei brauchen wir: Stärkung und Klärung. Beides bekommt man nicht in der Isolation, sondern nur im Zusammenkommen, und zwar im Zusammenkommen nicht nur in der eigenen Gruppe, sondern darüber hinaus mit denen, mit denen man vielleicht noch nicht auf dem Wege einig ist, aber schon im Ziel und in der Negation. Schon gemeinsame Negation — in unserem Falle also antikapitalistische Einstellung — ist ein zusammendrängender Faktor. Aber sie hat die Schwäche, wie Marx einmal sagte, daß das Bündnis sich löst, wenn der gemeinsame Feind erledigt ist. 1945 haben wir das sehr anschaulich erlebt. Antifaschismus allein genügt nicht. Das kann man über die Geschichte der Freien Universität in diesen dreißig Jahren schreiben, wenn man sie miterlebt hat. Wir brauchen ein gemeinsames Ziel, und von ihm her können wir die Kriterien für den Weg zum Ziel und für die Strategien bekommen. Das sozialistische Ziel aber ist nicht nur ein schönes Ideal, sondern eine dringende Notwendigkeit und eine politische Aufgabe. Erst wo es zur politischen Aufgabe wird, geht unsere Kritik der politischen Verhältnisse hinaus über wehleidiges Lamentieren über die schlechte Welt und hinaus über ein selbstbezogenes Alternativleben, das nicht weniger egoistische Selbstbefriedigung ist wie das Sonnenbaden am high-society-Strand.

Rosa Luxemburgs Entweder-Oder — »Sozialismus oder Barbarei« — hat sich 80 Jahre später schrecklich bewahrheitet. Im barbarischsten Zeitalter der Menschheitsgeschichte kann auch der Einzelne seine Humanität sich nur erhalten, wenn er kämpferischer Humanist wird. Humanität kann man als Titel für den gemeinsamen Willen nehmen, der heute in verschiedenen Gestalten sich äußert, in der ökologischen Bewegung, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung, bei den Hausbesetzern, bei den marxistischen Sozialisten, bei den gesellschaftskritischen Christen: Rettung der Humanität im Zeitalter der Barbarei. Ohne Rettung — oder besser: Gewinnung der Humanität gibt es kein

Überleben der Menschheit. Zwei Hinweise genügen. Erstens: die Drohung des Vernichtungskrieges, gegen die auch diese Volksuniversität eine klare Einstellung haben muß, konkret: zur Verhinderung der Installierung der Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden. Das zweite, das ich nach dem Antreten der Reagan-Administration noch besonders hervorheben muß, weil es oft übersehen wird, ist das Überflüssigwerden von Millionen von Menschen. Überflüssige Menschen hat es in den Knappheitsgesellschaften der Geschichte schon immer gegeben. Sie wurden marginalisiert und verkamen. Noch keine Gesellschaft aber hat sie so millionenhaft produziert wie der heutige Hochkapitalismus. Einer seiner Ideologen, der Wirtschafts-Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, hat es kürzlich nackt ausgesprochen: »Gegen die Überbevölkerung gibt es nur eine Bremse, nämlich die, daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.« Eine gewisse Scham oder auch Taktik ist in diesem schamlos-barbarischen Wort noch enthalten: Hayek spricht von Völkern, als handle es sich um ferne Nigger oder Asiaten, die zum Verhungern verurteilt werden. Er vernebelt dadurch, daß er damit auch die Überflüssigen bei uns auf den Müllhaufen wirft, die Arbeitslosen, die Jugendlichen, die Erfolglosen, die Alten, die leiblich, seelisch und geistig Behinderten.

Jeder kann seine Humanität und damit ein Leben, das sich lohnt, gewinnen, wenn er nicht bei sich selbst bleibt und für sich selbst lebt, sondern sich zusammen mit anderen und aktiv wird für andere. Nicht einmal die doch so wichtige Frage, ob unser Kampf gegen die monströsen Mächte der Barbarei für eine solidarische Gesellschaft, in der es keine überflüssigen Menschen mehr gibt, Erfolg hat, und ob wir selbst diesen Erfolg noch erleben, ist entscheidend. Wir gewinnen unser eigenes Leben, wenn wir anderen helfen, das Leben zu gewinnen, das ihnen versagt wird. Dafür brauchen wir Stärkung und Klärung. Dafür machen wir miteinander — denn es ist ein Unternehmen aller Teilnehmer, nicht irgendwelcher Veranstalter —, dafür machen wir miteinander unter anderem diese Volksuniversität.

*neu im Argument-Verlag*

Jost Hermand

## **Konkretes Hören**

### **Zum Inhalt der Instrumentalmusik**

Statt instrumentale Musik nur als 'tönende Luft' oder den Ausdruck abstrakt-existentialer Gefühle aufzufassen, wird in diesem Buch eine Theorie des historisch-bewußten Hörens entwickelt, die auf dem Prinzip dialektischer Aneignung beruht. Neben dem historischen Anlaß, der sich auch in dieser angeblich 'nicht-abbildlichen' Kunst jeweils konkret bestimmen läßt, wird dabei zugleich jener Bedeutungszuwachs berücksichtigt, der den Werken der Vergangenheit noch heute ihre unüberhörbare Relevanz verleiht. Damit liegt ein Ansatz zu einer materialistischen Musikästhetik vor, welche sich gegen jene bewußtlose 'Dummheit' wendet, die schon Hanns Eisler als das Grundübel jeder falschen Hörhaltung empfand.

Jost Hermand, geb. 1930, lehrt deutsche Literatur- und Kulturgeschichte an der Universität Wisconsin in den USA. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Methodik der Literaturwissenschaft, zur Bedeutung des kulturellen Erbes und zur Gegenwartssituation. Autor des *Synthetischen Interpretierens* und einer mehrbändigen Kulturgeschichte.

34,— DM, Ln., ISBN 3-88619-007-2

18,— DM, br., ISBN 3-88619-016-1

Volker Braun

## Geschichten von Hinze und Kunze

### *Die großen Worte*

Kunze fragte Hinze, warum er mit so kalter Miene einhergehe und die Tätigkeiten im Lande herabwürdige, die er doch selber unablässig tue. Siehst du, sagte Hinze, ich bin vielleicht nicht gegen diese Unternehmungen, die vermutlich nötig sind, ich ertrage aber nicht, daß ihr sie mit so großartigen Namen nennt. Laß uns sagen, was wir machen, und du wirst mich womöglich lächeln sehn.

### *Mängel, positiv formuliert*

Wenn Kunze, ohnehin nicht oft, eine Arbeit öffentlich kritisierte, überlegte er sich seine Sätze. Er sagte nicht: Das ist nicht in Ordnung, er sagte: Daran ist weiter zu arbeiten. Er sagte nicht: Wir sind im Rückstand, er sagte: Wir müssen das Tempo erhöhen. Er sagte nicht: Da wurde ein Fehler gemacht, er sagte: Vorwärts zu neuen Erfolgen. — Warum nimmst du dir das Zeitungsblatt vor den Mund? fragte Hinze. Gemeckert wird genug, knurrte Kunze, wir orientieren nach vorn. — Sehr freundlich, entgegnete Hinze, aber wer hört dir hinten zu?

### *Der Undank des Volkes*

Kunze fragte: Warum sind unsere Menschen unzufrieden? und gar nicht dankbar? Die so vieles haben, wovon sie einst nur träumen konnten! Fernseher Kühlschranks Waschmaschine und den Sozialismus. — Sie wollen nicht dankbar sein für etwas, das sie selber machen, sagte Hinze.

### *Ideologische Schwäche*

Hinze sagte seinem Freund, daß er es egoistisch finde, diese liebliche Frau zu heiraten. Aber wie immer, wenn Hinze persönlich wurde, nahm es Kunze für einen Scherz.

### *Unbrauchbare Kunst*

Kunze führte Hinze vor die Gemälde eines sozialistischen Meisters, auf denen die Gegenstände sehr getreu abgebildet waren. Hinze ging stumm an den Wänden entlang und sagte dann: Die Bilder belästigen mich. Ihre ganze Wirkung ist, daß man die Gegenstände besitzen möchte. — Aber wir können sie besitzen, entgegnete Kunze froh. Wozu das, knurrte Hinze, wenn ich schon mit dem Bild nichts anfangen kann.

### *Im Vorzimmer*

In einem Vorzimmer wartend, redeten Hinze und Kunze allerlei, das ihnen in den Sinn kam, weil sie gerade untätig waren. Mitunter führen wir, aus taktischen Gründen, Dinge ein wie ein Klistier — und stellen dann fest: es geht nicht wieder heraus, sagte Kunze. Zum Beispiel der Große Bruder, er mußte, zur Verteidigung des Vaterlands im Krieg, die Religion aufpolieren und die Epauletten, und nun trägt er sie bis heute herum. Oder man will ein Land in Schwung bringen und rechnet so: ein paar Männer machen das mit Gewalt und dann ziehen wir uns wieder zurück und das Volk macht weiter. Und man hat sich verrechnet. — Hierauf durfte er in das Zimmer hinein und verlor den Faden, während Hinze weiter wartete und spannte.

### *Von der Wirklichkeit*

Kunze las in einem westlichen Blatt die Ansicht eines Sympathisanten, der reale Sozialismus sei wohl eine Begrenzung der kapitalistischen Macht, aber auch eine Belastung für das linke Denken. Die Wirklichkeit, sagte Kunze und warf die Zeitung in die Ecke, ist immer eine Belastung des Denkens, und gar des Wunschdenkens. — Auch Wünsche sind die Wirklichkeit, stimmte Hinze zu und hob das Blatt vom Boden.

### *Was Wunder*

Welch sonderbares Ding ist die Vernunft, sagte Kunze. Immer wieder versuchen Leute, ihre Vernunft einzusetzen. Aber immer wieder raten ihnen die Verhältnisse, vernünftig zu sein. — Welch sonderbares Ding sind die Verhältnisse, sagte Hinze.

### *Liebschaften*

Hinze hatte zwei Freunde, die auf gespanntem Fuß miteinander standen vor derselben Frau. Hinze wußte ihnen keinen Rat. Aber indem die Frau liebevoll war, packte es ihn auch. Seine Freundschaft schadete seiner Liebe nicht, seine Liebe hingegen schadete seiner Freundschaft. Er wog schon Gewinn und Verlust ab wie ein Händler und rechnete ein, daß er seine eigene Frau abschreiben konnte. Der Handel wurde ihm zu dumm, doch er mußte ihn treiben. Vielleicht ginge er nicht glücklich aus: das würde noch ein Glück sein. Was war denn Glück, wenn es so viele trennte, um zwei zu einen? Es war noch eine sehr kostbare, sehr teure Sache, die man sich kaum leisten konnte. Man war noch eine arme Gesellschaft.

### *Der Unterschied*

Kunze und Hinze unterschied wenig. Das Gehalt, die Verantwortung, die Befugnisse — und daß Kunze den Unterschied für nicht aufregend hielt.

### *Falscher Ausgangspunkt*

Hinze und Kunze arbeiteten für *die gemeinsame Sache*. Was die gemeinsame war, ließ sich nur sehr allgemein sagen. Der gemeinsamen Sache war besonders hinderlich, daß sie immer die Gemeinsamkeiten betonten.

### *Sozusagen*

Wenn Hinze redete, redete er. Wenn Kunze redete, führte er aus oder erklärte er unter großem Beifall.

Wenn Hinze in Freital war, war er in Freital, während Kunze weilte und es zu freundschaftlicher Begegnung kam.

Wenn Hinze in der Kantine aß, aß er, aber wenn Kunze in der Kantine aß, war das Fernsehen da.

Wenn Hinze gestorben ist, ist er gestorben. Wenn es Kunze trifft, ist er von uns gegangen und sein Ableben ein großer Verlust, denn er ist ein teurer Toter.

### *Hinzes Bedingung*

Als Hinze einmal im andern Teil des Landes war, wurde er gefragt, warum er denn nicht, der drüben Schwierigkeiten habe, bleiben wolle. Hinze antwortete so: Ich saß heute morgen auf der Alm über der Stadt und sah in das liebliche Land hinein. Ich hat-

te gerade diesen Wunsch, den Sie vermuten. Es muß fabelhaft sein, aufblickend von der Arbeit da hinabzublicken. Ich bleibe sofort. Aber, fügte er hinzu, ich stelle eine kleine Bedingung. Ich bin anspruchslos, der Rat muß diese weißen Fabriken im Tal, die den Drahtfabrikanten gehören, bekannten Milliardären, enteignen. Nur diese Bedingung; es gehört zu meinen primitivsten Lebensvoraussetzungen, nicht auf privates Eigentum zu sehn. Man musterte Hinze mürrisch. Sehen Sie, sagte er, es ist mir schon physisch zuwider. Es bereitet mir körperliches Unbehagen. Ich kann nicht auf dem Stuhl sitzen, es setzt mich in Unruhe, eines alten Hutes wegen! Mir bricht der Schweiß aus bei diesem Anblick. Ich habe keine Lust, mich so alten Problemen gegenüberzusehn, vom schönsten Berg herab nicht! Ich kann womöglich keine andern Gedanken mehr fassen, jedenfalls nicht solche, die Schwierigkeiten machen. — Man sah jetzt verlegen an ihm vorbei und gab der Bitte nicht statt. Hinze stieg ohne weiteres in die Bahn.

### *Ein Hinundher*

Hinze antwortete plötzlich so: Hier bleibe ich, solange ich mitreden kann. Wenn es darum geht zu schweigen, dann ziehe ich die Bahamas vor. Bald darauf reiste er auf die Bahamas. Aber er kam zurück, und Kunze verbreitete zynisch: Er schweigt doch lieber hier. Aber da war das Gerede schon da.

### *Ernste Regierung*

Als die Regierung Mühe hatte, der unterschiedlichen Meinungen Herr zu werden, machte Hinze den Vorschlag zur Güte, die Personen bestimmter Denkart in bestimmten Landschaften oder Inseln anzusiedeln, wo sie unter sich wären. Oder, da das Problem mehrere (alle) Regierungen beschäftige, eine Lösung im Weltmaßstab zu versuchen und mittels einer neuen und überlegteren Völkerwanderung Ordnung in die Ideologien zu bringen, also die zufälligen Stammesbande zu ersetzen durch die festen der einheitlichen, mithin getrennten Weltanschauung der realen und unrealen Sozialisten, Anarchisten, Maoisten, unsicheren Kantonisten usw. Kunze hielt aber das Pamphlet zurück und beteuerte, die Regierung habe keinen Humor. — Das macht nichts, erwiderte Hinze eitel. — Aber sie versteht keinen Spaß, versicherte Kunze. — Das ist etwas anderes, sagte Hinze, dann kann man nicht ernst machen.

### *Der Konformist*

Kunze hielt sich etwas auf seine eigenen Überzeugungen zugute. Seine eigenen Überzeugungen stimmten zufälligerweise mit denen der Gesellschaft überein. Deshalb sah sich Kunze in seinen Überzeugungen bestätigt. Er dachte nicht darüber nach, woher er seine Überzeugungen bezogen hatte. Es ging ihm also zufälligerweise gut im Kopf.

### *Besser der Verbündete*

Besser, sagte Kunze, der Verbündete, mit dem man nicht Freund wird, als der Freund, mit dem man nicht verbündet ist.

### *Kommen und Gehn*

Hinze fragte: Wann kommt nun dein Kommunismus! Kunze erwiderte: Der kommt nie. Vielleicht, daß wir gehen.

### Der Beschäftigte

Hinze traf eine schöne Frau wieder, die sich wunderte, daß er sich nicht mehr blicken ließ. Es geht nicht, sagte Hinze. Ich habe zu viel zu tun, mit der Arbeit des Vergessens.

### Verelendung

Jeder Mangel läßt sich ertragen, mit jeder Knappheit werden wir fertig, sagte Hinze. Elend aber ist, wenn es keine Idee mehr gibt.

### Larvenstadium

Hinze beklagte sich intern, daß die freie Gesellschaft der unterdrückten gliche: daß sie, als die Herren, wie Knechte lebten. Kunze mochte ihn nicht beruhigen und deutete ungefähr in die Luft: Siehst du den Schmetterling? Bevor er sich in den Wind hebt, ist er die Raupe, die nur kriecht und frißt, und sich einpuppt, bis man sie nur für eine Mumie ansehen kann: dies werdende Flügelwesen. So schrieb Lenin, der politische Unterschied des Sozialismus zum Kommunismus werde möglicherweise größer sein als der des Kapitalismus zum Sozialismus. Wie wahr. Aber ebenso wahr und wichtig, sagte Kunze, ist unser Unbehagen, dem die neue Welt eng und dunkel dünkt wie eine Hülse, und unser Druck, der sie sprengen wird.



#### Die Wertfrage in der Erziehung (Schule und Erziehung VIII)

(AS 58: ISBN 3-88619-008-0) 216 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Ist die Linke gegen das Wahre, Schöne und Gute?

Sind den 'rechten' Werten 'linke' gegenüberzustellen oder muß sich die Kritik gegen Werte in der Erziehung generell richten?

Den z.T. in heftiger Divergenz vorgetragenen Ansätzen dieses Bandes ist gemeinsam, daß sie konservative Werteerziehung nicht allein kritisch zurückweisen, sondern darüber hinaus klare Orientierungen für fortschrittliche Lehr- und Lernprozesse herausarbeiten. Die unterschiedlichen Sichtweisen von Sozialgeschichte der Erziehung, dialektisch-materialistischer Bildungstheorie, Kritischer Psychologie und Ideologietheorie werden dabei gewinnbringend miteinander verbunden.

Weitere Beiträge u.a.: Erfahrungsberichte aus der Unterrichtspraxis; ein Bericht über das Eindringen der Umorientierungsversuche des Forums 'Mut zur Erziehung' in Lehrpläne und Lehrerausbildung; ein Literaturbericht zu Fragen der 'moralischen Erziehung'.

*U.a. bereits erschienen:*

#### Band VII: 30 Jahre Bildungspolitik

(AS 38: ISBN 3-920037-86-3) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Beiträge, die wichtige Schwerpunkte im Bildungsbereich in ihrer 30jährigen Entwicklung verfolgen: u.a. das 'niedere Schulwesen', die Schulforschung, die Lehrplänenentwicklung der Reproduktionsqualifikation, die Erwachsenenbildung in Volkshochschulen und im Betrieb, die Weiterbildung, die Arbeitslehre, die Geschichte der Gesellschaftsbilder.

Günther Anders

## Über die Esoterik der philosophischen Sprache\*

Höchst umständliche und ideenlose Gastvorlesung des Professor T., angeblich über »Moral als Kulturwert«, was immer das sein mag. Der harmlose Unsinn war kaum vorüber, als sich zu meinem Schrecken der junge Dr. A., das enfant terrible der philosophischen Vereinigung, zu Worte meldete. Mir schwante Schlimmes, denn trotz äußerlich glatter Umgangsformen — er sieht aus, als gehöre er eher an den Bridgetisch, als an die Universität — ist Dr. A. der rücksichtsloseste Diskussionsredner, der mir je begegnet ist. Zwar behauptet er, sich auf eine kurze Bemerkung zu beschränken, aber große Attacken kündigt er immer so an. So widerwärtig er mir ist — keine Geste, die nicht Falschheit ausstrahlte, keine Liebenswürdigkeit, die nicht dem Hohn entspränge, keine Bescheidenheit, die nicht von Hochmut diktiert wäre —, von seinem Wahrheitsfanatismus bin ich trotzdem überzeugt; und ebenso davon, daß sein Hohn etwas Enthusiastisches hat und ihn schon oft zu wirklichen Einsichten inspiriert hat. Leicht ist es zwar nicht, zu begreifen, daß sich die Philosophie gerade dieses Gefäß der Falschheit ausgesucht hat. Aber wenn sich, wie es heute millionenfach geschieht, die verlogenen Doktrinen in den Seelen wahrhaftiger Menschen eingestriet haben, dann ist es der Wahrheit nicht zu verargen, wenn sie sich einmal in einer Schlangengrube häuslich einrichtet.

Was Dr. A. anbetrifft, so scheint er sich mit seinem glatten Konfektionsaussehen nicht nur abgefunden zu haben, sondern äußerst zufrieden zu sein. Er benutzt es um zu bluffen, also genauso wie seine Paradoxe. Und offensichtlich macht es ihm Vergnügen, die allgemein angenommene Gleichung von Philosoph und Charakterkopf jeden Augenblick und immer wieder neu widerlegen zu können. Tatsächlich gelingt es ihm auch jedesmal, wenn er mit liebenswürdigem Lächeln eine seiner niederträchtigen Wahrheiten ausspricht, ungeheures Erstaunen hervorzurufen. Und wenn ich ihn auch niemals dabei habe ertappen können, von diesem Erstaunen Notiz zu nehmen, so vermute ich doch, daß er diese Wirkung bis ins Letzte auskostet. — Hier die Mitschrift seiner »Diskussionsbemerkung«:

»Wogegen ich in aller Kürze Bedenken äußern möchte, ist das esoterische Vokabular, dessen sich Kollege T. in seinen sonst so luziden Ausführungen bedient hat. Mir scheint: Wenn Bäcker nur für Bäcker büken, Schneider nur Schneider einkleideten, Dentisten nur Dentistenzähne plombierten, handelten sie kaum esoterischer, als Universitätsphilosophen heute handeln. Die Eigentümlichkeit und — bitte verstehen Sie

\* Der in den 40er Jahren, noch vor der Rückkehr aus der Emigration, geschriebene Dialog erscheint hier zum zweiten Mal (zuerst in: MERKUR, Heft 4/1975). Während im Dialog über die »Esoterik« »T.« und »A.« sowie das »Ich« des Berichterstatters Anders auftauchen, treten in »His dur« Tillich, Adorno und Anders auf. »A.« ist doppeldeutig. — Weil »His dur« dem Verständnis »technische Kenntnis« abverlangt, sei wenigstens angedeutet, was es damit auf sich hat. Die einfachste (und praktisch richtige) Antwort wäre, daß es eine solche Tonart nicht gibt. Für den Klavierspieler wäre His dur identisch mit C dur, nur unnötig kompliziert mit sieben »Kreuzen« notiert. Aber streng musikalisch wäre His dur nicht identisch mit C dur. Streicher würden es »eine Schwebung« (Fladt) über der gewöhnlichen Tonart spielen.

W.F. Haug

mich nicht schief: ich meine den Ausdruck rein philosophisch, und mich selbst bezieh-  
 ige ich nicht weniger als jeden anderen — die Komik der gesellschaftlichen Rolle unse-  
 rer Universitätsphilosophie besteht darin, daß wir, ihre Produzenten, auch ihre aus-  
 schließlichen Konsumenten sind; und daß wir unsere Aussagen, die angeblich den  
 'Menschen überhaupt' angehen und für Alle verbindlich sein sollen, in einem Idiom  
 vortragen, das nur Wenige trifft, und das den Allgemeinheitsanspruch schon im Au-  
 genblick der Äußerung Lügen straft.«

Damit setzte er sich, blickte auf die Uhr, gab sich noch ein paar Minuten und blieb,  
 wohl wissend, daß die Herausforderung genügt hätte, um ihn zum Redner des Abends  
 zu machen.

Professor T., der nicht ahnte, an wen er da geraten war, tat ihm den Gefallen natür-  
 lich sofort. »Bedaure, mein Lieber«, sagte er, freundlich den Kopf schüttelnd. »Aber  
 daß kein 'Königsweg' zur Wahrheit führt, das gilt heute so gut wie zur Zeit der Antike.  
 Auch in unserem Zeitalter der Demokratie. Leichtmachen gibt es nicht in der Philoso-  
 phie.«

»Genau, was ich meine«, erwiderte Dr. A. scheinheilig. »Was ich vermisse, ist ja das  
 Schwierigere: Denn was wäre schwieriger, als philosophische Einsichten nicht-esoterisch  
 auszudrücken? Keinen Augenblick will ich diese Schwierigkeit beschönigen. Schließlich  
 sind wir Philosophen Oppositionelle. Und da wir philosophierend versuchen, uns von  
 den in der Alltags- und Bildungssprache investierten oder von ihr als selbstverständlich  
 und gültig vorausgesetzten Vorurteilen loszuweisen, ist es — das gebe ich zu — ein bei-  
 nahe widernatürliches Unternehmen, diesen Kampf gegen die Vorurteile mit Hilfe der  
 Vorurteile selbst auszutragen.«

»Na also«, sagte Professor T. »sogar schroffer, als ich es meinte.«

»Denn so wenig«, fuhr Dr. A. fort, »die glatte und abgegriffene Oberfläche der All-  
 tagsworte deren Ursprung auch verraten mag, die Worte sind nun einmal festgeworde-  
 ne Aussagen über die Welt, also Vorurteile. Sie kennen vermutlich aus Tausendundeiner  
 Nacht die Erzählung von dem schlauen Derwisch, der seinen Aufruf gegen den  
 Aberglauben aus zahllosen Amuletten zusammensetzte und jedes Stück einzeln festna-  
 gelte. Der Mann hat mich stets mit Neid erfüllt. Wie schön es wäre, diesen Klassiker  
 der Ironie einfach nachahmen zu können. Aber die Hindernisse sind leider zu groß.«

Von dem Derwisch hatte der verblüffte Professor T. nie etwas gehört. Wer weiß, ob  
 Dr. A. ihn nicht ad hoc erfunden hatte.

»Und zwar«, fuhr dieser Schwindler der Wahrheit fort, »sind die Hindernisse nicht  
 nur deshalb so groß, weil sich die Alltagssprache als ein ungeeignetes Material für das  
 Philosophieren entpuppt, sondern auch, weil uns Philosophierenden die künstliche  
 Sprache zur zweiten Natur geworden ist. Unsere Gewohnheit, in ihrem esoterischen  
 Medium zu denken, ist so stark, daß den meisten von uns nur dann etwas einfällt,  
 wenn wir im Assoziationen-Netz dieser Spezialsprache hängen. Im Freien, auf dem  
 Lande zum Beispiel, sind wir durchschnittliche Philosophen keine Philosophen — wo-  
 mit ich nicht sagen will, daß wir dort nicht weiter fachsimpelten, das tun wir ja leider  
 reichlich, und schweigend verhöhnen Bäume und Felsen unsere ontologischen Voka-  
 beln —, sondern daß die Muse uns dahin nicht nachreist oder uns dort nicht erkennt;  
 und daß sie uns nur dann 'küßt', wenn wir uns ihr zu Ehren die klirrende Montur der  
 Spezialvokabulars umschnallen und am Schreibtisch sitzen — worin wir, eigentlich aufs  
 Beschämendste, jenen schlechten Komponisten ähneln, die nur am offenen Klavier



komponieren können, und denen nicht mehr einfällt, als was die Tasten ihnen vorflüstern.«

Professor T.'s Augen wurden groß und größer. Er wußte nicht recht, ob Dr. A. für ihn sprach oder gegen ihn, und ob er begeistert sein sollte oder verletzt.

»Womit ich also andeuten wollte«, fuhr Dr. A. fort, »daß die direkte, die nicht-esoterische philosophische Aussage, wenn sie gelänge, alles Andere wäre als eine einfache Leistung, für deren Durchführung wir uns gewissermaßen nur gehen zu lassen brauchen. Die Aufgabe wäre höchst vermittelt, von 'Königsweg' könnte überhaupt keine Rede sein, sie würde die Anstrengung der Entwöhnung erfordern, einen eigentümlichen Akt, durch den wir von den uns Fleisch und Blut gewordenen, abstrakten Ausdrücken zu abstrahieren hätten — eine künstliche Rückübersetzung des im esoterischen Idiom Erzeugten in ein nicht-esoterisches Idiom; kurz, in Luthers Worten: Wir hätten die Melodie der Nachtigall mit Kuckucksrufen nachzuahmen.«

»Aber Herr Doktor!«, rief der Professor T. aufgeregt, »sollten Sie denn wirklich nicht merken, daß Sie da für mich sprechen?«

»Vor dem Sturm muß man eben die möglichen Argumente des Gegners Revue passieren lassen.« Und die weiteren Worte gewissermaßen von seiner Armbanduhr ablesend: »Deren gefährlichstes aber würde so lauten ...«

»Wie?«, fragte der Professor stimmlos.

»Die Aufgabe — könnten Sie nämlich einwenden —, das Esoterische in die nicht-esoterische Sprache zurückzuübersetzen und es 'lebensnah' zu machen, sei nicht nur schwierig, sondern widerspruchsvoll. So widerspruchsvoll, wie wenn man von einem Luftschiffer verlangte, gut weiterzuüben; aber bei seiner Tätigkeit um Gottes Willen keinen Augenblick lang die Tuchfühlung mit dem Erdboden zu verlieren. 'Aber darin', würde der Luftschiffer erstaunt einwenden, 'darin besteht ja gerade meine Absicht und meine Leistung.' Vielleicht, Herr Professor, hätten Sie das Recht auf die gleiche Antwort.«

»Sehen Sie«, sagte Professor T. dankbar und verblüfft.

»Und: Lebensnah ist ja das Leben selbst, würden Sie sagen.«

»Habe ich auch wirklich oft gesagt.«

»Sie würden sagen: dem Auge kann man nicht vorschreiben, daß sein Leistungsradius so kurz bleibe wie der Radius des Augapfels. Um mehr zu leisten, nämlich um Radius und Horizont zu erweitern, ist der Augapfel eben da.«

»Ausgezeichnet!« Professor T. schüttelte seinen Kopf in ungläubiger Begeisterung.

»... um dann im Analogieschluß Ihre eigentliche These zu formulieren: Die eigentümliche Absicht der geistigen Tätigkeit — würden Sie behaupten — und die eigentliche Leistung des Lebens, sofern es philosophiert, besteht eben gerade darin, daß es sich von sich selbst 'entfernen' und 'abheben' kann.«

Professor T. schüttelte seinen Kopf mit unvermindertem Enthusiasmus weiter.

»Und Sie würden schließen, der Ausdruck 'Abstraktion', von 'abstrahere', weise in diese Richtung; und wer *über* etwas spreche, könne nicht mitmachen, sondern müsse *über* diesem Etwas schweben.«

»Also einfach großartig, Herr Doktor!«, rief Professor T., und er machte Gesten zu seinen in der ersten Reihe sitzenden Kollegen.

»Aber ich bitte Sie, Herr Professor«, wehrte Dr. A. ab. »Diese famosen Überlegungen sind ja gar nicht meine. Sondern Ihre!«

Der Alte war offensichtlich verwirrt.

»Die ich durchaus nicht unterschreibe.«

»Sondern?«

»Aber daß ich es mir leicht mache, Herr Professor, das werden Sie mir nicht noch einmal nachsagen.«

Professor T. schüttelte perplex den Kopf.

»Ich zweifle nämlich, daß selbst mein schlimmster Feind mir schlimmere Hindernisse in den Weg werfen würde. In meinen 'Königsweg'. Oder doch?«

Nach dieser provozierenden Frage griff Dr. A. hastig nach Hut und Mantel, und rasch sich entschuldigend, erklärte er, er habe leider seine Bahn zu erreichen.

»Das ist aber wirklich recht bedauerlich!«, rief Professor T., der die Komödie nicht durchschaute.

»Um ein Uhr geht noch eine!«, kam es aus dem Hintergrund. Es wirkte wie Regie.

»Um ein Uhr allerdings«, gab Dr. A. bedauernd zu. Er schloß seine Büchermappe.

Professor T. wagte nicht zu bitten. Ein paar Sekunden stand Dr. A. zögernd. Als er dann aber das Opfer brachte, den Mantel über die Bank zurückwarf und sich wieder hinsetzte, gab es Beifall, an dem auch Professor T. sich beteiligte. Seine Arglosigkeit überstieg jedes erlaubte Maß. Nicht nur, daß er nicht begriff, daß er seiner Waffen schon beraubt und bereits schlachtreif war — denn Dr. A. hatte ja alle starken Gegenargumente vorweggenommen: er mußte dem Gegner für sein Bleiben auch noch danken und sich in sein Unglück hineinapplaudieren.

»Also was Sie da vorgebracht haben«, rief er, und klatschte noch ein letztes Mal, »das war einfach ausgezeichnet. Wirklich ungewöhnlich! Und wenn ich vielleicht auch hier und da eine Spur anders formuliert hätte ... jetzt haben wir ja Zeit ... verzeihen Sie schon, Herr Doktor: weniger literarisch, weniger metaphorisch — esoterischer.« Und plötzlich seine Arme in die Luft werfend, denn die Sprache ließ ihn einen Augenblick lang im Stich, »also nun erklären Sie mir bitte nur das eine, Herr Doktor: nachdem Sie die Schwierigkeiten nicht-esoterischen Philosophierens so brillant präsentiert haben, wirklich, Sie sollten das für unser Journal aufschreiben, als 'notula', 'über Esoterik' oder dergleichen — also warum um Gottes Willen bestehen Sie trotzdem darauf, der esoterischen Sprache so auf den Leib zu rücken? Mir ist das unerfindlich!« und mit einladender Geste: »Bitte«.

Dr. A. reagierte nicht sofort. Und als er antwortete: »Ich fürchte, Herr Professor, wenn ich auf diese Frage wirklich eingehen wollte, müßte ich sehr weit ausholen«, klang seine Stimme ominös bescheiden.

»Nein, nein!« widersprach Professor T. lebhaft. »Jetzt sind Sie dageblieben. Keine Ausflüchte!«

»Gut«, sagte Dr. A., während er sich schlaksig wieder erhob und mit einer Geste die Verantwortung für das Kommende auf den Alten schob. »Was ist also Ihre Haupt-schwierigkeit?«

»Na also«, machte Professor T. ehrlich erfreut. »Meine erste Frage würde also lauten: Sind wir Philosophen denn die Einzigen, die sich einer esoterischen Sprache bedienen? Was ist mit den Chemikern? Und was mit den Ingenieuren? Ist deren Sprache vielleicht weniger esoterisch? Sind deren Methoden und Vokabulare außerhalb ihres Kreises verständlich? Schreiben *die* vielleicht für Krethi und Plethi?«

Da begann Dr. A. seine Attacke. »Auch nicht«, sagte er.

»Also.«

»Deren Esoterik ist anderer Art.«

»Inwiefern, Herr Doktor?«

»Weil sie nicht auf esoterischen Konsum abzielen.«

»Das verstehe ich nicht ganz.«

Der Diskussionston hatte sich in diesen kurzen Augenblicken merkwürdig verändert. Das Publikum wurde stutzig.

»Die Arbeit«, antwortete Dr. A., »die der Chemiker leistet oder der Ingenieur, ist zwar ebenfalls spezialistisch. Auch die Formel des Chemikers ist monopolisiertes Wissen ... oft sogar ein wirkliches 'arcanum' ... ich meine im modernen Sinne: nämlich patentiertes Eigentum der, hinter der Wissenschaft stehenden, Industrie.«

»Aber?«

»Aber für esoterischen Konsum ist deren Produkt eben nicht bestimmt. Wäre eine, auf einer schwierigen Formel beruhende, Pille so hergestellt, daß nur Fachkollegen sie schlucken könnten, ihre Produktion würde sofort abgeblasen werden.«

»Und?«

»Und dieser Pille entsprechen nun bedauerlicherweise unsere philosophischen Produkte.«

Professor T. glaubte nicht recht gehört zu haben.

»Ich sagte: dieser imaginären Pille entsprechen bedauerlicherweise unsere philosophischen Produkte.«

Nach einer Pause: »Inwiefern?«

»Darf ich noch einmal weit ausholen?«

Das »Bitte!« klang bereits eine Spur weniger enthusiastisch.

»Danke! — Also Ihr anthropologischer Kollege wird Ihnen bestätigen, daß Mediziner in Ozeanien ihren Patienten das aufgezeichnete Zauberwort als Medizin eingegeben.«

»Ist das nicht wirklich ein wenig weit hergeholt?«

»Eben leider nicht. Denn was wir Philosophen zu tun haben, ist nicht so verschieden davon. Wir befinden uns nämlich in der recht eigentümlich und gewiß nicht beneidenswerten Lage, eine Praxis auszuüben, in der es die Zweiheit von Rezept und Mittel noch nicht gibt. Wir drehen Pillen aus Worten.«

»Bitte?«

»Ich sagte: Wir drehen Pillen aus Worten.«

...

Harmlos war die Situation von vornherein nicht gewesen. Und seit Professor T. mit diesem Tennisspiel von Frage und Antwort begonnen hatte, war sie von Sekunde zu Sekunde heikler geworden. Aber persönlich beleidigt war Professor T. noch nicht gewesen. Dazu war er noch viel zu sehr angetan von Dr. A.'s ersten Formulierungen und von dem Opfer, das dieser soeben der Philosophie gebracht hatte. Aber nun schien plötzlich etwas passiert zu sein. Es war wirklich Professor T.'s besonderes Pech, gerade bei einem Worte, das nicht aggressiv gemeint war, zusammenzuzucken. Offenbar schien ihm der Ausdruck 'Pillendrehen', gleich was er hier bedeutete, in sich bereits anstößig und respektlos. Nachdem er sich vergeblich im Saale umgeblickt hatte, legte er den Kopf schräg, wie um auf dem *qui vive* zu sein, und versuchte sich in einem be-

fremdeten Tone, der völlig ungeübt und unglaublich klang. »Wie meinen Sie das?«

»Ich sagte nur«, wiederholte Dr. A. ausdruckslos, »wir drehen Pillen aus Worten.«

»Sehr sonderbar. Ich wüßte nicht, daß ich das täte.«

Die Hörer wurden ängstlich. Sie begriffen nicht das geringste, alles war viel zu rasch gekommen.

»Dann wären Sie eine bemerkenswerte Ausnahme«, meinte Dr. A. unerregt. »Und woran Sie Anstoß nehmen, ist mir nicht ganz begreiflich. Für Philosophen in genere gilt die Behauptung jedenfalls. Ob wir zum Beispiel in Kants 'Kritik der praktischen Vernunft' ein Rezept sehen sollen oder die Pille selbst, könnte keiner beantworten. Oder könnten Sie es?«

Professor T. war unfähig zu antworten. Er fühlte sich auf ungreifbare Weise blamiert. Er kämpfte um seine Fassung.

»Hat man sich das aber einmal klargemacht«, fuhr Dr. A. fort, »dann bedeutete das, daß wir unseren Rezepten bereits die Qualität von Pillen mitzugeben haben ... vorausgesetzt nämlich, daß es uns ernst damit ist, das Daseinsrecht unserer fragwürdigen Tätigkeit 'Philosophieren' wirklich zu rechtfertigen.«

»So rasch«, sprach Professor T. langsam, »kann ich dieses Rezept noch nicht schlucken.« In einem älteren Herren in der ersten Reihe gewann er sich einen einsamen Lacher.

»Aber Herr Professor, so groß ist ja die Pille gar nicht. Der Unterschied, der hier zur Debatte steht, ist doch deutlich genug. Während z.B. für den pharmazeutischen Chemiker die sprachliche Fassung nur eine Anweisung darstellt für die Herstellung seines Produktes, ein Mittel zur Fabrikation seines 'Mittels', muß in unserer Arbeit der Text, den wir verfassen, selbst bereits das Mittel sein. In anderen Worten: unsre Wahrheit haben wir schon in die Art unseres Sprechens zu verlegen, ins Pädagogische; und von vornherein, nicht erst nachträglich, dafür zu sorgen, daß nicht der Inhalt, den wir vermitteln, wahr sei, sondern schon das Übermitteln selbst ... Was ich eben in Ihrem Vortrag nicht recht habe finden können.«

Professor T. schluckte. »Und wie sollte das vor sich gehen?«

»Durch eine Art von 'adaequatio'.«

»'Adequatio' ist keine Neuigkeit.«

»Gewiß nicht. Mein Vorschlag ist sogar älter als Sie vermuten. Denn was ich meine, ist nicht einfach die adaequatio von 'res' und 'intellectus'.«

»Sondern?«

»Von Situation und Diktion.«

»Mir zu hoch.«

»Nicht hoch genug. Denn worum ich Sie bitte, ist ja, herabzusteigen. Jawohl, herab, Herr Professor. Herab bis aufs Straßenniveau unseres Alltagslebens. Dorthin, wo wir uns nicht darauf beschränken, über etwas zu reden, sondern wo wir auch zu jemandem reden.«

»Und was hat das mit Wahrheit zu tun?«

»Alles. Es wäre nämlich nicht nur sinnlos, sondern auch unwahr, zu jemandem — nennen wir ihn Mr. A. — über etwas — Tatsache A — zu reden, ohne dabei anzunehmen, daß es zu diesem Gegenstande A (oder dem über ihn ausgesagten Sachverhalt) gehöre, von Mr. A. erkannt oder eingesehen zu werden; oder mindestens ohne anzunehmen, daß es zu Mr. A.'s Situation oder zu meinem Verhältnis zu Mr. A. gehöre,

daß er über A Bescheid wisse. Im Alltagsleben gilt das als selbstverständliches Erfordernis. Wenn jemand redet, ohne dieses Erfordernis zu erfüllen, heißt er ein Schwätzer. Kurz, nur wo die drei Faktoren: das Geben, die Gabe und der nehmende — sagen wir: wahrnehmende — Empfänger eine motivierte Einheit bilden, gibt es Wahrheit.«

»Für das alltägliche Reden ließe ich das vielleicht gelten«, meinte Professor T. »Aber für die Philosophie dürfte das doch einen etwas merkwürdigen Wahrheitsbegriff abgeben.« Dabei blickte er sich von neuem im Hörsaal um, angestrengt lächelnd und um Lächeln bittend.

»Gewiß merkwürdig«, gab A. zu, ohne mit der Wimper zu zucken. »Eben merkwürdig und merkwürdig wie alles Klassische. Sie werden ja nicht leugnen, daß die europäische Philosophie mit diesem Wahrheitsbegriff angehoben und in der Figur des Sokrates Fleisch und Blut angenommen hat. Und daß bei ihm das Geben, die Gabe und der Empfänger eine Einheit bildeten: die 'wahre Situation', in der selbst die Irrtümer der Lernenden noch Beiträge lieferten.«

»Schön. Und?«

»Und wenn eben diese drei Faktoren auseinanderfallen, dann verschwindet, scheint mir, die Wahrheitschance.«

»Das gilt natürlich mir«, erläuterte Professor T., der nicht gelernt hatte, sich besser zu verteidigen.

»Daß sich meine Worte auf Ihre beziehen, das liegt wohl auf der Hand. Die Tatsache, daß auch Sie das merken, entkräftet den Vorwurf nicht.«

Darauf wußte Professor T. nichts zu antworten.

»Denn wenn wir zum Beispiel eine moralphilosophische Einsicht, die ihrem Anspruch nach für alle verbindlich ist, in einer Diktion und in einer Situation formulieren, die die Entgegennahme durch den angeblichen Adressaten unmöglich macht, dann 'geben' wir falsch. Das Gesprochene widerspricht dem eigenen Anspruch: und darin besteht eben die Unwahrheit der Situation. Und wenn wir uns immer wieder und grundsätzlich mit einer solchen Situation bescheiden oder uns sogar etwas darauf zugute tun, immer wieder und grundsätzlich solche Situationen herzustellen, dann beweisen auch wir Unwahrhaftigkeit, jedenfalls einen höchst eigentümlichen Unernst — auf welch respektables Alter der Brauch auch zurückblicken mag, und wie akademisch ernst wir uns dabei auch gerieren mögen. Vielleicht ist dieser Unernst wirklich ein Monopol der Universitätsphilosophie. Jedenfalls bleibt die moralische und gesellschaftliche Rolle des Philosophen, wenn er auf solch falscher Gebe-Situation beharrt, reine Einbildung und bloßer Schein ... für einen solchen halte ich jedenfalls unsere heutige öffentliche Funktion. Vieles, was wir und unsere Kollegen zu sagen haben, mag zwar irgendwie 'gültig' sein. Aber daß unser Wort etwas 'gelte', können wir ja nicht behaupten. Wirklich zu 'sagen' haben wir ja auch nichts. Und letztlich sind wir, wenn wir unsere Postulate formulieren, um nichts weniger phantomhaft als Dramenkönige auf der Bühne, die höchst erstaunt, ja bestürzt wären, wenn jemand aus dem Publikum ihre Aufrufe beim Wort nähme. Nur daß die Schauspieler ehrlich den Schein ihrer Appelle zugestehen und sich den Schein bezahlen lassen, während wir beteuern, unsere Postulate, die wir durch die Esoterik unserer Sprache entkräften, wirklich zu meinen.«

Nun hielt es Professor T. nicht mehr aus. »Aber ich bitte Sie!«, rief er. »Wo wollen Sie da hinaus? Von dem respektables Alter der Esoterik der Philosophie will auch ich nicht reden. Aber soll sich die Philosophie vielleicht damit bescheiden, Popularphilosophie

zu sein?»

»Gerade das nicht!« rief Dr. A.

»Sich mal einer an«, meinte nun Professor T. selbstgerecht. »Da scheinen Sie mir ja erheblich hochmütiger zu sein als ich. So mir nicht, dir nicht würde ich Popularphilosophie nämlich nicht verwerfen.«

»Das glaube ich Ihnen gerne.«

»Wie bitte?«

»Solange Sie sicher sind, Herr Professor, daß die Resteverwendung nicht in der eigenen Küche stattfindet, haben Sie wenig gegen sie einzuwenden.«

»Was meinen Sie mit dem Bilde?«

»Was es sagt. Daß die Popularphilosophie aus den Abfällen der Universitätsphilosophie besteht. Oder, wenn Ihnen das besser klingt: aus deren Resultaten, abgerahmt für die Ernährung jener, die an die reguläre Mahlzeit nicht herankommen. Der Begriff der Popularphilosophie setzt den Begriff und die Existenz der Universitätsphilosophie (und zwar als 'eigentliche Philosophie') voraus. Ja, mehr als das: durch ihre Esoterik ist die Universitätsphilosophie an dem Aufkommen und der Qualität der Popularphilosophie schuld; indirekt, aber doch schuld. Den Begriff des 'Laien' gibt es schließlich nur dort, wo es den Begriff des Klerus oder des 'internen Kreises' gibt; und nur wo es eine esoterische Philosophie wie die unsere gibt, stellt sich auch Popularphilosophie ein.«

Professor T. zuckte mit den Schultern und murmelte »Tautologie«.

»Vielleicht. Aber entscheidend ist, auf Grund wovon diese zwei Gruppen existieren. Über die Undeutlichkeit der Figur des Laien will ich mich hier gar nicht auslassen. Obwohl dunkel bleibt, welchen Teil des *populus* wir als Konsumenten überhaupt meinen, wenn wir von Popularphilosophie sprechen«

»Daß das eine soziologische Untersuchung erfordern würde, will ich nicht bestreiten.«

»Danke. Aber was hier zur Debatte steht, ist ja nicht der Laie, sondern allein der Klerus ... also wir, die Esoteriker der akademischen Philosophie. Und unsere Esoterik scheint mir eben unecht. Und zwar deshalb, weil als 'echt' nur diejenige Esoterik glaubhaft ist, die Funktion einer gesellschaftlichen Sonderstellung ist; die als *arcanum*, als monopolisierter Wissenszugang oder geheimes Wissens Eigentum andere, reellere Vorrechte widerspiegelt. Tatsächlich war ja Esoterik auch immer Sache von geschlossenen 'Kreisen'. Verglichen mit dieser Normalform scheint mir die Esoterik der heutigen Philosophie etwas ganz Widersinniges. Denn sie ist Esoterik ohne Privileg, ohne Geheimnis, ja, ohne wirklichen Zusammenschluß der Teilnehmer. Unsere Interessenvereine, die sich soziologisch in nichts von denen der Gymnastiklehrer oder der Zierfischzüchter unterscheiden, die sich einmal jährlich auf Kongressen treffen, kann man ja schließlich nicht als echte Gemeinschaft anerkennen. Wir bilden nicht nur keine soziale Elite, sondern noch nicht einmal eine kohärente Gruppe. Wir schreiben zwar esoterisch, aber im vollsten Lichte der Öffentlichkeit.«

»Wieder einmal reichlich übertrieben«, rief Professor T. Daß er sich etwas Bestimmtes bei seinem Zwischenruf vorstellte, glaube ich kaum. Vermutlich wollte er nur ganz im allgemeinen bremsen. Was er sich da wieder einbrockte, ahnte er so wenig wie in früheren Fällen.

Denn Dr. A. stimmte ihm enthusiastisch zu. »Vollkommen richtig!«, rief er. »Und damit berühren Sie wirklich einen neuen Punkt! Auf dankenswerteste Weise, Herr Pro-

fessor! Einen außerordentlich wichtigen sogar!»

Professor T. erschrak.

»Denn daß wir im vollsten Lichte der Öffentlichkeit esoterisch sind, kommt ja tatsächlich nur durch Zufall, nur in den seltensten Fällen vor. Gewöhnlich nimmt ja die Öffentlichkeit kein so großes Interesse daran, uns mit ihrem Lichtkegel anzublenden ... womit ich sagen will, daß wir nur deshalb im Dunkel unserer Esoterik zu sitzen pflegen, weil der Lichtkegel der Öffentlichkeit uns ausläßt. Aber dieses Ausgelassensein bedeutet natürlich nicht echte Esoterik. Noch lange nicht. Echte Esoterik entsteht nicht durch Ignoriertwerden, sondern durch ein positives Verhalten des esoterischen Kreises selbst. Dadurch, daß die Esoteriker sich und ihr 'Eigentum' als 'Geheimnis' gegen die Außenwelt abblenden, die Macht dazu haben und das anerkannte Recht darauf ausüben. Wie gesagt: diesen Bedingungen entspricht unser Fall nicht. Wenn wir Esoteriker sind, so einzig von Gnaden — richtiger von Ungnaden — der Interesselosigkeit, die man uns entgegenbringt.«

»Und aus dieser Not«, widersprach Professor T. feierlich, »eine Tugend zu machen ...«

»Gewiß«, unterbrach Dr. A. »Derartiges hat es gegeben. Aber ob die Beispiele Ihnen recht sein würden?«

»Welche Beispiele?«

»Also wirklich die Not zur Tugend gemacht haben zum Beispiel die Bohemiens.«

Professor T. glaubte, nicht recht gehört zu haben.

»Die Bohemiens des vorigen Jahrhunderts. Die machten ja wirklich etwas aus der negativen Esoterik. Einen Lebens-, ja einen Kunststil. Die Not ihrer sozialen Unverwendbarkeit verwandelten sie in die Tugend der Apartheit. Und manche von ihnen, wie Baudelaire, wurden ja wirklich die Großsiegelbewahrer der Abseitigkeit, in die sie gedrängt waren.«

»Ach so«, meinte Professor T., eine Spur erleichtert, denn Baudelaires Name galt auch ihm bereits als universitätsfähig.

»Aber ein solches 'apartes Leben', ein solches Leben *à part*, führen wir ja gar nicht. Und, stolz auf unsere Weltoffenheit, wollen wir ja ein solches Leben gar nicht führen. Wir füllen ja bestimmte öffentliche Ämter aus: als Teil der Bevölkerung, nicht neben der Bevölkerung. Also coram publico.«

»Gottseidank«, sagte Professor T.

»Wie man's nimmt«, meinte Dr. A. »Denn damit nehmen wir das onus auf uns, als Teil des Publikums, coram publico, Esoterik zu treiben. Und das, Herr Professor, ist eben widersinnig. Und das, Herr Professor, ist es eben, worauf ich abzielte, als ich zu sprechen begann.« Er machte eine Pause, wartend blickte er auf sein Opfer.

Die Situation war außerordentlich peinlich. Denn Professor T. saß nun wirklich hilflos da. Und aus seinen halben Gesten, die aussahen, als wollte er sagen: dazu ließe sich manches bemerken, entwickelte sich nicht ein einziger Satz. Dr. A. ließ die Blamage nicht zu lange dauern. Und als er, übrigens höflich, das Wort von neuem ergriff, mußte man ihm dafür noch dankbar sein.

»Ich will gar nicht behaupten«, sprach er, »daß ich Recht haben muß. Vielleicht sind Sie in der Lage, mir wirkliche Privilegien zu nennen ... Privilegien, in denen Sie Ihre Esoterik fundieren können. Dann liegt die Sache natürlich ganz anders.«

Die Provokation war unangenehm genug. Aber noch unangenehmer war es, von neuem mitanzusehen, mit welcher naiven Promptheit Professor T. wieder auf den Kö-

der anbiß. Vermutlich war er wirklich überzeugt davon, den Eindruck seiner Hilflosigkeit sofort wieder auslöschen zu können. Plötzlich stemmte er sich gegen die Pultplatte, warf seinen Kopf nach hinten, und man sah, daß er im Begriff war, eine programmatische Erklärung abzugeben. Die Erregung, die nun im Publikum entstand, wäre einer besseren Sache würdig gewesen. »Privilegien«, fragte Professor T. in feierlicher Strenge zurück, »Privilegien?« Er schüttelte den Kopf. »Nein, Herr Doktor, damit kann ich nicht dienen. Gottseidank nicht. Und wenn ich mich dabei ertappen würde, heimlich welche zu beanspruchen, ich würde mich ihrer schämen und sie sofort ausrotten. Mit Stumpf und Stiel. Denn wir sind Menschen wie andere. Und mächtig stolz sind wir darauf, nichts zu sein als das. Ich hoffe bei Gott, Sie nehmen sich davon nicht aus!«

Drei Hörer klatschten. Einer von ihnen war Dr. A. »Im Gegenteil«, antwortete er dann. »Mir hinterrücks Vorrechte anzueignen, um unsere Esoterik ehrlich zu machen, liegt mir ja ganz fern. Darum spreche ich ja. Worauf ich hinsteuere, ist ja gerade das Gegenteil: die Abschaffung unserer Esoterik, weil sie mir ohne Privilegien eben basislos erscheint. Unsere Stellung ist ja wirklich nichts Besonderes. Was sind wir denn schon? Lehrer unter Lehrern! Und obwohl wir, unserer Thematik nach, eigentlich über alles etwas zu sagen hätten ... und zwar angeblich das Höchste, Tiefste oder Grundsätzlichste, haben wir ja gar nichts zu 'sagen'.«

»Genausoviel«, skandierte Professor T., mit seinem Bleistift auf das Pult klopfend, »und genausowenig wie jeder andere.«

»Richtig. Und das bedeutet: Wenn wir berechtigt sind, dies und jenes oder sogar vieles zu sagen, so nicht, weil wir Philosophen wären, sondern weil wir eben auch Mitbürger sind. Auch.«

»Sehr richtig. Auch. Nur deshalb.«

»Das heißt also: Unsere Wahrheiten haben nur das Recht von Meinungen.«

»Jede Meinung, Herr Doktor, hält sich für Wahrheit.«

»Richtig. Das ist die Wahrheit über die Meinung.«

»Also.«

»Was Sie vertreten, ist aber die Umkehrung dieser Feststellung.«

Professor T. zog die Brauen zusammen.

»Wenn Sie für Wahrheiten nur die Rechte der Meinungen in Anspruch nehmen, dann bedeutet das, daß Sie Wahrheiten nur so viel Recht geben wie diesen, also daß Sie Wahrheiten nur noch für Meinungen halten. Das ist der Selbstmord aller philosophischen Bemühung. Auf jeden Fall ist es aber der programmatische Verzicht darauf, noch irgend etwas zu sagen zu haben.«

»Zu sagen, zu sagen!«, ereiferte sich Professor T. nun von neuem, »was Sie nur mit diesem 'zu sagen' wollen! Wünschen Sie denn wirklich, etwas zu sagen zu haben? Im unphilosophischen Alltagssinne, meine ich?«

»Sehr dankenswert, Herr Professor, daß Sie das selbst aufs Tapet bringen. Der Ausdruck 'unphilosophisch' kommt mir freilich ein bißchen überraschend. Plato zum Beispiel hätte gern etwas zu sagen gehabt, im 'unphilosophischen Alltagssinne', wie Sie es nennen; für sein Leben gern sogar. Zu dem Zweck ging er nach Sizilien. Oder meinen Sie, er habe den 'Staat' von vornherein im Konjunktiv irrealis gemeint? Und die Gesetze, die er in Betracht zog, als reine 'Betrachtungen'?«

»Ausnahmefall.«

»Ausnahmefall vielleicht. Aber trotzdem der Grundfall. Auch wenn Neunundneun-



zig im Konjunktiv schreiben, und Einer im Indikativ, bleibt der der Grundfall. Ist der Minnesänger, der Liebesgedichte nur deshalb singt und singen darf, weil er weiß, daß der Gegenstand seiner Anhimmelung für seine Nächte nicht in Frage kommt ... ist der vielleicht der Normalfall? Ebenso ist der Moralphilosoph, der seine Postulate formuliert, ohne ernsthaft auf deren höchst exoterische Verwirklichung abzielen, bereits der Verkümmernsfall. Jawohl, auch dann, wenn es der allgemein verbreitete Fall ist.«

»Der Gedanke«, erwiderte Professor T., und er blickt nicht ohne Würde im Kreise herum, »der Gedanke, daß das Allgemeinverbreitete den Verkümmernsfall darstellen soll, macht mich grundsätzlich mißtrauisch.«

»Was Sie da sagen, das klingt zwar wohl nach Demokratie wie nach methodischer Vorsicht, ist aber das Argument, das die Doxa, der Aberglaube, der common sense, die öffentliche Meinung gegen die Philosophie bereitzuhalten pflegen. Daß das Argument stets auf eine *captatio benevolentiae*, und zwar auf das Wohlwollen der Ignoranten, abgezielt hat, und daß es stets ein Versuch des Geistes gewesen ist, sich beim Nichtgeist einzuschmeicheln, das werden Sie ja nicht bestreiten wollen. Durchsichtig ist es mir nicht gerade, wie man dieses Argument mit der Verteidigung der Esoterik verbinden kann. Mich persönlich würde dieser Widerspruch stören. Aber vielleicht ist es eben eine Tröstung für Sie, daß auch diese Verbindung sehr allgemein verbreitet ist.«

»Tröstung?«, wiederholte Professor T., der nicht begriff, welche ihm unbekanntes Qual Dr. A. ihm da unterstellte.

»Schon gut«, meinte Dr. A. »Wichtig ist mir allein der Gedanke, daß unsere Esoterik zuweilen nichts anderes ist als der Ausdruck dafür, daß wir nichts zu sagen haben wollen. Also nichts anderes als das Eingeständnis unseres Verzichtes auf Wirksamkeit. Einem solchen Verzicht haben Sie ja nun wirklich einige Male Ausdruck gegeben. In diesem Fall ist Esoterik also, im Unterschiede zum Normalfall der Esoterik, nicht Zeichen der Macht, nicht Zeugnis einer privilegierten Gruppe, sondern umgekehrt Beteuerung der eigenen Harmlosigkeit. Seht, wie schon verständlich wir schreiben, scheinen wir zu beteuern. Oder: Wer wird auf unsere Rede schon hören? Kurz: Wir berufen uns auf Narrenrechte.«

Professor T. machte eine empörte Geste.

»Meinen Sie die, wenn Sie für die Esoterik unserer philosophischen Sprache plädieren? Die schlechteste Rechtfertigung wäre das nämlich nicht. Daß Derartiges oft nötig, und die Undurchsichtigkeit der Tarnungsmittel oft geboten war; und daß im Laufe der Jahrhunderte vieles Wichtige nur verbrämt mitgeteilt werden konnte, weil es, nackt ausgesagt, samt Sprecher sofort verbrannt worden wäre, das haben wir ja erlebt. Vielleicht ist es sogar erlaubt, darin die wirkliche Rechtfertigung der Esoterik der philosophischen Sprache zu sehen. Ich hoffe, Sie verstehen, Herr Kollege: Es ist wirklich ein neuer Punkt, den Sie da aufs Tapet gebracht haben. Esoterisch ist ja nicht nur die Sprache der privilegierten Gruppen, sondern auch die der gefährdeten oder der konspirativen.«

Professor T.'s Gesicht wurde immer abweisender. »Ich wüßte nicht, daß ich einen solchen Punkt aufs Tapet gebracht hätte.«

»Daß wir grundsätzlich konspirativ wären«, gab Dr. A. scheinbar beruhigend zu, »zu dieser Behauptung wollen wir uns ja gar nicht versteigen. Obwohl etwas Ähnliches natürlich kaum bestritten werden kann. Nämlich daß Philosophie grundsätzlich Opposi-

also, seit Sokrates, der dafür hat büßen müssen, Kritik der hinter dieser Meinung stehenden Herrschaft; und daß deshalb die Schwierigkeit des philosophischen Idioms als prophylaktisches Mittel und als Alibi berechtigt ist. Jawohl, wirklich berechtigt. Vermutlich hatten Sie das gemeint, Herr Kollege, als Sie die Esoterik verteidigten?»

Professor T.'s Gesicht wurde noch abweisender.

»Denn natürlich würde auch ich, wenn man mich vor die Wahl stellen würde, Wahrheiten, die mir am Herzen liegen, entweder ein für alle mal unter den Tisch fallen zu lassen oder sie, mindestens vorübergehend, in einer Geheimsprache auszudrücken, für das Letztere plädieren. Jawohl, ich auch.«

Dr. A. hatte sein Spiel schon längst zu weit getrieben. Die unehrliche Solidarisierung des 'ich auch' war wirklich glatte Unterstellung. Professor T. hatte nichts von 'konspirativer Esoterik' gesagt. Kein Wunder, daß er nun wirklich feindselig wurde, und daß er seine Worte ausschließlich an die Hörer richtete.

»Noch einmal möchte ich betonen«, sprach er bebend vor Gekränktheit, »daß ich nicht sehen kann, inwiefern Dr. A.'s Ausführungen den entferntesten Bezug auf meine Person oder auf meine, heute abend hier gemachten, Ausführungen haben sollten.« Das war sein letzter Beitrag zur Diskussion. Die zitternde Bewegung, mit der er sein Manuskript zufaltete, um es in seine Tasche zu schieben, war von ostentativer Endgültigkeit.

Wie gesagt, auch Dr. A. hätte nun wirklich Schluß machen sollen. Vermutlich war er der einzige, der nicht spürte, wie rapide sich die Stimmung, die im Anfang amüsiert und noch lange ohne Animosität gewesen war, gegen ihn zusammenzog. Rücksicht darauf nahm er jedenfalls nicht. Zwar spielte er noch einmal den höflich Verblüfften, denn er machte eine scheinheilig um Entschuldigung bittende Geste und meinte dann: »Herr Professor, ich fürchte tatsächlich, daß Sie da recht haben. Auf dieses Esoterikmotiv kann sich ja das durchschnittliche akademische Philosophieren, so wie es zum Beispiel heute abend hier getrieben wurde, wirklich kaum berufen.« Nach diesen Worten wandte aber auch er sich nun endgültig den Hörern zu. Und wenn er Professor T.'s Gegenwart noch anerkannte, so höchstens als Illustration. Der Krieg war nun offen. »Meine Herrschaften«, sprach er also, »es ist klar, daß die letzte Feststellung unser Problem vollends rätselhaft gemacht hat. Denn sie bedeutet, daß unsere Universitätsphilosophen die harmlosesten Probleme ... Probleme, die den öffentlichen Streitpunkten viel zu ferne liegen, als daß sie mit diesen zusammenstoßen könnten ... und solche, die herrschenden Ansichten nicht zuwiderlaufen, so verkünstelt formulieren, als wären sie oppositionelle. Wie sollen wir uns das erklären?« Und mit einer winzigen Geste, der man ansah, daß sie direkt auf Professor T. gewiesen hätte, wenn sie nicht im letzten Augenblicke zurückgefallen wäre: »Meinen Sie, daß wir Universitätsphilosophen versuchen, uns durch das Vokabelgestrüpp, das wir vielleicht aufrichten, vielleicht doch ein Minimum und einen letzten Schein von konspirativer Ehre zu verschaffen? Meinen Sie das?«

Die Augen der Anwesenden wanderten erschreckt vom einen zum anderen. Auch Professor T. reagierte nicht mehr in Worten. Die Brille, die in seiner Linken lag, klappte gegen die Pultplatte. Und obwohl seine Versuche, mit der gleichfalls zitternden Rechten seine Linke stillzulegen, die Sache nur noch schlimmer machten, gab er sein Bemühen nicht auf.

»Oder meinen Sie vielleicht«, fuhr Dr. A. in unbekümmerter Rohheit fort — und

wieder machte er jene Bewegung, die er im letzten Momente zurücknahm. »Meinen Sie, wir verwenden vielleicht unser esoterisches Idiom, um vor dem 'Laien' zu verbergen, bis zu welchem Grad, bis zu welchem beschämenden Grade, unsere Philosophie sich mit den herrschenden Meinungen deckt? Mehr mögliche Motive für Esoterik kann ich mir beim besten Willen nicht ausdenken. Ist es das vielleicht?«

Nach dieser Unverschämtheit gab Professor T. endlich seine äußere Ruhe auf. Er überließ seine Hände ihrem Schicksal. Und als er endlich aufblickte, war er weiß im Gesicht.

»Ich brauche wohl nicht hinzuzufügen«, schloß Dr. A., »daß es sich auch in diesem Falle um ein Alibi handeln würde. Wenn natürlich auch um ein Alibi anderer Art. Was wir in diesem Falle zu beweisen versuchten, wäre das Mindestmaß von Anderssein und Dunkelheit, das unsere Konsumenten, wenn sie sich schon Philosophen halten, von uns erwarten, um unserer Kompetenz Respekt schenken zu können, und um durch Nichtverstehen auf ihre Kosten zu kommen. Ist es das vielleicht?«

. . .

Damit hatte Dr. A. erst einmal seine Arbeit abgeschlossen. Der Berg der Beleidigungen lag mannhoch angehäuft. Ihn freilich schien die Arbeit keinen Schweißtropfen gekostet zu haben. Er stand unangestrengt da und mit arglos interessiertem Ausdruck, ganz so, als hätte er ein paar nette Auskünfte erbeten und erwarte nun gefällige Antworten. Daß die für Professor T. nicht mehr in Betracht kommen konnten, wußte er natürlich besser als jeder andre. Was freilich statt dessen geschehen würde, ahnte auch er nicht. Aber was konnte ihm schon passieren? Da geschah es.

Umständlich erhob sich Professor T., machte zwei, drei unsichere Schritte, und jeder war überzeugt, er würde den Raum nun verlassen. Statt dessen blieb er stehen und vollführte eine tiefe Verbeugung, die er mit einer Einladungsgeste von geradezu chinesischer Höflichkeit begleitete. »Herr Doktor«, fragte er dann mit etwas krächzender Stimme, »wollen Sie nicht vielleicht Ihr peinliches Verhör lieber von hier aus fortsetzen?«

Aller Usus akademischen Lebens war über den Haufen geworfen. Die Spannung war ungeheuer. Aber leider war Professor T. seiner phantastischen Handlung nicht gewachsen.

Eine Sekunde lang war auch Dr. A. zusammengezuckt. Aber nur in einem Teil seines Gesichts, das im ganzen liebenswürdig blieb. Mir schien sogar, daß dieses Wetterleuchten nicht eigentlich ein Reflex war, sondern eine willentliche Maßnahme, die er traf, um sich in einen anderen Gang einzuschalten, um eine andere Attitüde und einen anderen Tonfall einzustellen. Und das glückte ihm vollständig. Der Ton, in dem er nun sprach, war ein ganz neuer, er klang begütigend und eigentlich so, als gälte er einem Kranken. »Aber Herr Professor«, sagte er ungläubig, »ich bitte Sie, Sie beschämen mich ja. Für eine Diskussionsbemerkung, die ich zur Diskussion stelle!« Und nun beinahe vertraulich: »Den Platz wechseln? Daß ich dadurch meiner Frage Autorität verschaffen soll oder meinen Meinungen Wahrheitsanspruch, das können Sie doch nicht im Ernst meinen. Wenn die hier unten falsch sind, sind sie das dort oben dann nicht gleichfalls?«

Mehr als eine chinesische Verbeugung und die erste sensationelle Einladungsformel hatte Professor T. offenbar nicht vorbereitet. Daß er sich ein bestimmtes Bild von der Peripetie gemacht hätte, ist mir ganz unwahrscheinlich. Aber wenn er sich eine vorgestellt hatte, schon jetzt war er um sie betrogen. Eine Antwort wußte er nun nicht mehr.

Der Ballon platzte nicht, er schrumpfte lautlos zusammen. Statt zu entgegnen: 'O nein, Herr Doktor, Sie irren aber gewaltig! Hier oben würde das Licht Ihrer Unwahrheiten noch unvergleichlich heller strahlen' — und dann ostentativ durch die nahe Dozententür den Saal zu verlassen — statt dessen ließ er stumm die Arme sinken. Und nachdem er einen Augenblick lang herzerreißend ratlos dagestanden hatte, machte er das Maß seiner Fehler voll und kehrte, zum ungeheuren Erstaunen aller, zu seinem Pult zurück.

Daß Dr. A. 'na also' sagte, und zwar, da sein Triumph vollkommen war, ganz leise und bescheiden, das war so folgerichtig, daß er damit nicht einmal mehr Anstoß erregte.

Professor T. aber saß nun wie am Pranger, ins Gesicht sehen konnte er niemandem, sein Blick ruhte zwar auf seinen Händen, aber daß er diese wahrnahm, glaube ich nicht. Wie ein Greis, für den mitzureden ohnehin schon nicht mehr in Frage kommt, ließ er seine Unterlippe hängen. Am auffälligsten aber war, daß selbst sein Beben nun nachließ und bald ganz aufhörte. Selbst diese letzte verzweifelte Lebendigkeit schien also, nachdem sein Abenteuer zusammengebrochen war, seinen Körper verlassen zu haben.

Daß Dr. A. nach diesem Siege so tun konnte, als ob nichts geschehen wäre, bewies wohl weniger Kraft als rohe Nonchalance ... wie denn seine Wahrheitsliebe überhaupt nichts anderes zu sein scheint als eine Variante von Rohheit. Ganz beiläufig hob er, der noch immer stand, den Fuß auf seinen Sitzplatz, wohl nur, um es sich bequemer zu machen oder zu beweisen, wie wenig ihn das alles tangierte. Aber für einen Augenblick konnte ich mich der Illusion nicht erwehren, er setzte ihn seinem Opfer auf den Nacken. Und als er in seine Hand hüstelte, um die Fortsetzung seiner 'Diskussionsbemerkung' zu annoncieren, hingen die Studenten sofort an seinen Lippen. Den Professor, der auf erhöhtem Sitz jämmerlich vor ihm thronte, erkannten sie ebensowenig mehr an wie dessen Vortrag. Und daß das endgültige Thema des Abends nun 'Esoterik der philosophischen Sprache' und nicht 'Moral als Kulturwert' hieß, fiel niemandem mehr auf.

»Ich hatte einen Argwohn ausgesprochen«, nahm also Dr. A. seine Rede wieder auf. »Den Argwohn, daß die Esoterik unserer Sprache vielleicht nicht dadurch entstehe, daß wir selbst uns einzäunen, sondern dadurch — ich weiß, das klingt widerspruchsvoll —, daß wir den Bitten der Nichtphilosophen entgegenkommen. Was meine ich mit dieser befremdlichen Hypothese?

Daß die Welt der Nichtphilosophen etwas von uns erwartet, ein 'tiefes' oder 'hohes' oder 'gehaltvolles Kulturgebiet' ... eben das Kulturgebiet 'Philosophie', auf das sie stolz sein möchte, so stolz wie auf andere Kulturgebiete; und daß wir diesem Wunsch entgegenkommen. Und zwar tun wir das dadurch, daß wir, wie gesagt den Nichtphilosophen zuliebe, unser Gebiet mit Palisaden umgeben und entsetzlich schwer zugänglich machen. Denen zuliebe errichten wir vor unseren Revieren, auch wenn diese nichts sind als platteste Gegend, Warnungstafeln mit Aufschriften 'Vorsicht!', 'Antinomische Abgründe!', 'Zutritt zur Transzendenz nur unter Lebensgefahr!', 'Nur für Verwegene und Berufssteiger!' und dergleichen ... Schilder, vor denen sie dann stehen bleiben, voll Ehrfurcht und Angst, aber doch auch voll Selbstbewußtsein: Denn daß ihre eigene Heimat mit derart verbotenen alpinen Partien aufwarten kann, das schmeichelt ihrem Lokalstolz.

Natürlich will ich damit nicht sagen, daß wir diesen Betrug bewußt begehen, daß wir die anderen oder uns selbst willentlich irreführen.« Und mit jener kleinen Bewegung, die beinahe auf Professor T. gezeigt hätte: »Individuellen Philosophen werfe ich also nichts vor. Wenn sich jemand persönlich gekränkt fühlen sollte, so ist das zwar bedauerlich, aber glücklicherweise nur die Folge eines aufklärbaren, hiermit aufgeklärten, Mißverständnisses. Denn mein Argwohn ist grundsätzlich. Nicht einzelne bezichtige ich, sondern die Universitätsphilosophie als ganze. Also mich selbst genausogut wie jeden anderen ihrer Vertreter. Da es aber widersinnig wäre, in der Universitätsphilosophie eine moralische 'Person' zu sehen, die man wegen Fälschung zur Rechenschaft ziehen könnte, kann — ich betone diesen Punkt noch einmal — von Vorwürfen eigentlich keine Rede sein ... womit wohl der letzte Rest von Verstimmung, die der heutige Abend hervorgebracht haben mag, aus der Welt geschafft wäre.« Er machte eine Pause und schien darauf zu warten, daß seine Entschuldigung akzeptiert werde.

Die Blicke des Publikums wanderten fragend zum Pulte.

Aber der dort saß, der war kein Philosoph mehr, der zu dieser 'Entschuldigung' hätte Stellung nehmen können. Auch kein Professor. Sondern einfach ein armer Mann, der die langsam verrinnenden Sekunden seiner Schande absaß.

Nachdem er so dem Publikum Zeit gegeben hatte, die völlige Reaktionslosigkeit Professor T.s' in sich aufzunehmen, blickte Dr. A. auf seine Armbanduhr, entschuldigte sich, während er sich den Mantel über den Arm warf, eilen zu müssen, der Zug ginge in fünfzehn Minuten, und verließ, den ganzen Saal nach hinten durcheilend, die Versammlung, ohne dieser Zeit zu lassen, zu applaudieren oder anderswie ihrer Stimmung Ausdruck zu geben. Für einige Sekunden war das Publikum durch den raschen Exit im rechten Augenblick zwar verduzt. Aber vermutlich hatte Dr. A. sehr genau gewußt, daß gerade sein plötzliches Fehlen seine Macht um so deutlicher fühlbar machen würde. Wirklich setzte nach der ersten Verblüffungssekunde ein in diesem Kreis ganz ungewöhnlich erregtes Gemurmel ein. »Was für ein Kerl!«, stöhnte meine Nachbarin zur Linken, und es dauerte eine ganze Weile, ehe man sich entschließen konnte, aufzubrechen. Mit dem Professor gingen nur ein paar Professoren. Die Jüngeren — und ihnen schloß ich mich aus Neugierde an — verbrachten noch zwei, mit verworrenem Diskussionsgeschrei erfüllte Stunden in einem benachbarten Lokal.

### His dur

Die Irritiertheit zwischen Adorno und mir begann an dem Abend im Jahre 30, an dem ich ihn, gerade in Frankfurt zu einem Vortrag angekommen, auf einem Kostümball der Philosophischen Fakultät kennenlernte. Und zwar dadurch, daß ich ihm »kostümiert« vorwarf, daß alles, was ich von ihm kannte, in his dur notiert gewesen sei. Er verstand das blitzartig. Als der unmusikalische Tillich fragte: »in was?« und ich die Erklärung verweigerte, weil deren Verständnis zu große technische Kenntnis voraussetzte, entstand eine sekundenlange Komplizität zwischen Adorno und mir. Länger als ein paar Sekunden währte seine Dankbarkeit freilich nicht.

Diese Ambivalenz der Beziehung hat bis zum Ende angehalten.

## Philosophie als Beruf

Philosophie als Beruf — um zu klären, was das ist, müßten wir erläutern, was Philosophie ist; und wir müssen uns klarmachen, was ein Beruf ist, — nicht allgemein und immer, sondern in der gegenwärtigen, durch hochspezialisierte Arbeitsteilung bestimmten Gesellschaft. Ich will mit dem Letzteren beginnen, denn es ist die konkretere und leichter zu beantwortende Frage. Was Philosophie sei, das läßt sich mit einer Definition vorweg kaum sagen, sie wäre völlig abstrakt. Und empirisch, durch bloßes Aufzählen des historischen und faktischen Bestandes an Philosophien, würde man bloß ein *musée imaginaire* gewinnen. Wenn überhaupt in den verschiedenen Philosophien Konsens besteht, dann darüber, daß die Bestimmung dieser Sache *in sie als Prozeß* fällt und nicht von diesem als Definition oder allgemeiner Begriff sich ablösen läßt. Es bedarf eines Zugangs, um auch nur ein Weniges von dieser Sache zu begreifen. Und die Überlegung darüber, wie sie heute als Beruf vorkommt, ist ein möglicher, wenn auch von außen kommender Zugang.

Was ist ein Beruf? Eine Tätigkeit, die einer ausübt, ist nicht schon deshalb sein Beruf, auch wenn er Engagement und Kennerschaft aufweist. Jemand kann malen, musizieren, technische Geräte bauen, ohne von Beruf Künstler oder Ingenieur zu sein. Solange er dies als private Sache betreibt, nennen wir seine Tätigkeit Hobby, Liebhaberei. Erst, wenn die Tätigkeit nicht nur dem subjektiven Bedürfnis dessen, der sie ausübt, sondern einer Nachfrage, einem öffentlichen, in weitem Sinne gesellschaftlichen Bedarf entspricht, gilt sie als Beruf. Etwas *als* Beruf betreiben meint, es in Bezug auf Andere, auf objektive Nachfrage nach der Leistung oder ihrem Produkt ausüben. Konkret bedeutet das, daß die Tätigkeit *honoriert* wird, im doppelten Sinne: anerkannt als notwendig, und bezahlt, so daß einer davon leben kann.

Das gilt selbst für den Extremfall, daß einer z.B. malt, obwohl seine Bilder weder Käufer noch Aussteller finden. Wenn er sich als Maler versteht, dies als seinen Beruf ansieht, so bezieht er sich auf einen Bedarf, selbst wenn der jetzt und hier nicht besteht, sondern vielleicht erst durch seine Kunst, insofern sie ein Moment von Notwendigkeit und nicht bloß Beliebigkeit hat, sichtbar wird. Van Gogh war Maler von Beruf, obwohl seine Bilder zu seinen Lebzeiten keine Interessenten fanden, Grandma Moses war Sonntagsmalerin, obwohl ihre Bilder gekauft wurden.

Von diesem weiten Sinn des Wortes kann man, in Anlehnung an den angelsächsischen Sprachgebrauch von *job* und *profession*, Beruf in vollem Sinne von bloßem Job unterscheiden. Dann gehören zum Beruf neben dem genannten zwei weitere Momente. Tätigkeiten, deren äußere Notwendigkeit außer Frage steht, die einen Bedarf erfüllen, wie Taxifahren oder Müllbeseitigung, die aber keine besondere Motivation, Beziehung zur Sache und auch keine eigentliche Ausbildung voraussetzen, bezeichnen wir eher als Job. Im Unterschied zum bloßen Job meint Beruf dann eine Tätigkeit, zu der einer motiviert ist, zu der er sich berufen meint; und eine Tätigkeit, zu der Expertenschaft, also eine spezialisierte und gründliche Ausbildung gehört, eine Tätigkeit, die dann auch auf Dauer, als Lebensberuf ausgeübt wird.

Drei Momente gehören also zum Beruf im vollen Sinne des Wortes: der äußere Bedarf, die gesellschaftliche Anerkennung und Honorierung; die innere Motivation, die

Berufung gerade für diese Sache; und die Expertenschaft, also die spezielle Ausbildung und Befähigung zu dieser Sache — daß einer sie besser leisten kann als *anderes*, und besser leisten kann als *Andere*, nicht darin Experten, und ausgebildet.

Philosophie als Beruf — *wenn* es dergleichen gibt, dann ist es sicher nicht ein »Job« im oben bezeichneten Sinne, sondern ein Beruf im vollen Sinn. Aber *gibt* es das, *kann* es das geben. Wenn die drei Kriterien für das, was Beruf ist, angemessen sind, muß man fragen: Gibt es einen äußeren Bedarf, eine Nachfrage nach Philosophie: hat sie eine öffentliche, gesellschaftliche Funktion, in welchem Rahmen ist so etwas wie ein Berufsphilosoph vorgesehen? — Gibt es eine innere Motivation (»Berufung«) gerade für diese Sache? — Gibt es Expertenschaft? Wofür ist der Berufsphilosoph ausgebildet, wofür ist er Experte? Was ist die Sache der Philosophie?

Die beiden letzten Fragen gehören zusammen: wenn es eine innere Motivation zur Philosophie gibt, dann hat sie doch wohl mit der Sache der Philosophie zu tun.

Man sieht schon: der Zugang über die scheinbar äußerliche Berufsfrage führt doch, und schon bald, zur Sache selbst, was denn das sei, die Sache der Philosophie oder sie selbst. Und er führt auch in die Problematik dieser Sache (und zurück zur Problematik, ob dergleichen überhaupt ein Beruf sein könne, im heutigen Sinne). Denn auch wenn gilt, was ich zu Anfang gesagt habe, daß es nicht hilfreich ist, mit Definitionen zu beginnen, und daß sich Bestimmungen der Philosophie nicht von außen geben lassen — wenn gilt, was Hegel sagt: daß Angabe des Inhaltes, des Resultates, des Zweckes nicht die Art und Weise sei, in der die philosophische Wahrheit darzustellen sei, daß diese Sache nicht in ihrem Zweck, sondern nur in der Ausführung sich erschließt — auch wenn das gilt, soviel enthält schon das wie immer vage Vorverständnis dieser Sache, dieses Namens, daß Philosophie nicht etwas Spezialistisches sei, sondern, mindestens dem Anspruch nach, aufs Ganze der Erkenntnis, sogar der Welt bezogen ist; daß sie solches betrifft und thematisiert, was allgemein ist in dem Sinne, daß es alle angeht: daß sie die Spezialisierung, die Arbeitsteilung selbst thematisiert, hinterfragt.

Philosophie als Expertensache, als Spezialgebiet, als, wie Robert Havemann es mal ironisch genannt hat, »Abteilung für höhere Wahrheiten« — das scheint ein Paradox.

Aber zunächst zurück zum ersten Kriterium, zur ersten Frage. Wo wird Philosophie verlangt, wo in der heutigen Berufswelt gibt es eine Nachfrage, also einen Beruf für Philosophen? Das heißt nicht: was kann einer beruflich tun, der Philosophie studiert hat. Manche gehen in die Medien, in die Politik. Aber dann sind sie von Beruf Journalist, Redakteur, Politiker. Die Frage heißt: für welche Berufe muß einer Philosoph sein?

Neben dem Beruf des Lektors in einem Fachverlag für Philosophie, den ich hier vernachlässigen will, gibt es de facto nur einen einzigen Beruf für Philosophen als Philosophen: den des Lehrers für Philosophie, und zwar genauer (da an Oberschulen ein Lehrer allenfalls als Zusatzfach neben seinen Hauptfächern Philosophie lehren kann), den des Hochschullehrers an Wissenschaftlichen Hochschulen. Philosophieprofessor an einer Universität, das ist der einzige institutionell vorgesehene Beruf für Philosophie. Anders ausgedrückt: Philosophie als institutionalisierte Sache (und nicht nur als etwas, das in der Idee existiert und das jeder irgendwie *auch* betreiben kann) existiert als Fach unter anderen Fächern an Universitäten. Dieses Fach hat allerdings einige Besonderheiten. Eine kann man herausheben und so beschreiben: Der Professor für Chemie bildet Chemiker aus, zwar auch, aber nicht primär zukünftige Professoren für Chemie. Der Professor für Architektur bildet Architekten aus, zwar auch, aber nicht primär zukünft-

tige Professoren für Architektur. Normalerweise also bildet der Professor einer wissenschaftlichen Disziplin Studierende aus, die die Sache, die sie wissenschaftlich beherrschen lernen, später ausüben werden, nicht wiederum als Hochschullehrer lehren. Sie können zwar auch, wenn sie in der Wissenschaft besonders qualifiziert sind, sich für die Hochschullaufbahn entschließen, also wiederum lehren. Aber dies insofern, als, wie schon Aristoteles vermerkt, eine Sache wissenschaftlich, nicht nur empirisch beherrschen, bedeutet, sie prinzipiell auch lehren zu können. Dennoch dient das Ausüben der Sache nicht dem Lehren, sondern umgekehrt das Lehren dem Ausüben. Das gilt prinzipiell auch für solche Disziplinen, die nur als wissenschaftliche existieren, die in der Ausübung nur ein Element eines umfassenderen Berufs sind, wie etwa die Disziplinen der medizinischen Fachbereiche, so Physiologie oder Anatomie: sie sind bezogen auf einen Beruf, in dem Medizin als ärztliche Tätigkeit ausgeübt wird.

Also: prinzipiell dienen alle anderen Fächer in der Universität zwar *auch* der Reproduktion dieses Faches in der Hochschule, aber primär bilden sie aus für die Ausübung, Praxis der Sache als Beruf außerhalb der Universität, in der Gesellschaft.

Der Professor für Philosophie hingegen bildet die Studierenden seines Faches zwar natürlich als Philosophen aus, wie der Professor für Chemie als Chemiker, aber nicht daraufhin, daß sie nun hinaus ins Berufsleben gehen und dort Berufsphilosophen werden, sondern lediglich, insofern für einen Beruf, für den wiederum des Hochschullehrers. Philosophie, als Beruf lediglich innerhalb der Universität betrieben, dient also lediglich der Reproduktion ihrer selbst innerhalb der Universität, wird dort als Erforschung und Tradierung ihres historischen Bestandes und, falls es solche noch gibt, ihrer innertheoretischen Weiterentwicklung wegen betrieben und gelehrt; ein gesellschaftlicher Bedarf für sie *außerhalb* der Hochschule scheint nicht gegeben, existiert jedenfalls nicht als Berufsfeld. Zwar haben auch andere Wissenschaften außer ihrer Anwendungsseite auch die der »reinen« Wissenschaft, — es gibt ja Lehrstühle für reine Mathematik, reine theoretische Physik, aber dies ist bei ihnen nicht die Sache selbst, sondern ein Aspekt, letztlich doch mit der angewandten Wissenschaft vermittelt und auf sie bezogen. Bei der Philosophie gibt es zunächst keinerlei Anwendungsfeld, sie scheint, von der arbeitsteiligen Berufswelt her gesehen, als Luxus. Sie ist reine Theorie, hat keinen Zweck, Anwendungsbereich als sich selbst. Eine Ausnahme gibt es da. In einigen Bundesländern gibt es noch das sogenannte Philosophicum als Bestandteil, neben Erziehungswissenschaft, der Allgemeinen Prüfung für Lehramtskandidaten; diese sollen also neben ihrem Fachstudium auch an philosophischen Lehrveranstaltungen teilnehmen und werden in Philosophie geprüft.

Da de facto ein erheblicher Teil der Lehrtätigkeit eines Philosophieprofessors diesen, den Lehrerstudenten gilt, ist an dieser Forderung eines philosophischen Begleitstudiums für zukünftige Lehrer Einiges über die Funktion der Philosophie auszumachen. Es handelt sich allerdings dabei fast um ein Relikt, einen letzten Rest sozusagen eines alten Konzepts von Philosophie, das sie nicht als Fach unter Fächern, sondern als Grundlage oder übergreifendes Moment aller wissenschaftlichen Tätigkeit ansah, und deshalb nicht nur ein Fach, sondern eine ganze Fakultät als Philosophische Fakultät vorsah. Kant sagt über die Philosophische Fakultät, die zu seiner Zeit als »untere« von den »oberen«, nämlich ausdrücklich berufsbezogenen Fakultäten unterschieden war: »Es muß aber auch auf einer Universität ein solches Department ... sein. In Ansehung der oberen Fakultäten dient sie dazu, sie zu kontrollieren und ihnen eben dadurch nützlich



zu werden, weil auf *Wahrheit* (der ersten und wesentlichen Bedingung der Gelehrsamkeit überhaupt) alles ankommt; die *Nützlichkeit* aber, welche die oberen Fakultäten ... versprechen, nur ein Moment zweiten Ranges ist.«

Nehmen wir Kant beim Wort, so läge der Nutzen der Philosophie als grundlegendes oder übergreifendes Moment aller wissenschaftlichen berufsbezogenen Ausbildung darin, daß sie deren Nützlichkeit der Wahrheit unterordnet, Nutzen auf Wahrheit zurückbezieht.

Wenn also das Philosophicum noch einen Sinn hat, so wäre er mißverstanden als Forderung, daß die zukünftigen Lehrer sich, unwillig und mühsam, neben ihren sachbezogenen Fächern noch ein kleines Stück eines abstrakten Spezialfaches Philosophie erarbeiten, ein beliebiges Problem oder einen Text oder Autor aus der Geschichte der Philosophie als fremde Sache, die ihnen dann auch fremd bleibt, abfragbar erlernen. Es soll sie vielmehr motivieren, in ihrem Fachstudium nicht dem zu verfallen, was die Studentenbewegung seinerzeit so treffend als »Fachidiotie« benannt hat. Nicht borniertes Fachstudium durch ein ebenso borniertes Schmalspur-Fachstudium der Philosophie zu ergänzen, sondern die Grenzen des Faches in einer Reflexion auf sie zu erkennen und flüssig zu machen, ist der Sinn philosophischen Begleitstudiums. Das kann in einer Reflexion auf die Methoden ihrer bestimmten Wissenschaft bestehen, deren Leistungsfähigkeit und Grenzen, deren Rechtfertigung und geschichtlicher Entwicklung, deren Unterschied zu anderen Methoden. Methodenfragen, wenn sie mehr als bloße Nachzeichnung dessen, wie eine Wissenschaft de facto vorgeht, sind, führen konsequent über das Spezialfach hinaus oder von ihm zurück zu wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Problemen, haben eine philosophische Dimension. Das kann in einer Reflexion auf zentrale Gegenstände, Themen des Faches bestehen und zur Einsicht führen, daß fachwissenschaftliche Strenge immer auch Abstraktion, Ablendung vieler Aspekte der realen Sachverhalte zugunsten eines Aspekts ist, daß also gerade ein Lehrer die Themen seines Unterrichts nicht nur als fachspezifische, sondern mindestens im Wissen über ihre fächerübergreifende Realität vermitteln muß.

Hierzu ein — negatives — Beispiel. Vor Jahren gelangte an mich die Jahresarbeit eines Abiturienten im Fach Geschichte. Sein Thema war der Antisemitismus. Der Abiturient hatte in der Einleitung seiner Arbeit auch, richtiger- und sinnvollerweise, Rechenschaft über seine Erarbeitung des Themas gegeben und dabei vermerkt, daß er zunächst in sozialphilosophischen, ja psychoanalytischen Forschungen, und bei eher politisch-philosophischen Autoren, der Frankfurter Schule etwa, eher Zugang zur Thematik gefunden habe als in der eigentlichen Geschichtswissenschaft; und daß hierin sich wohl auch der objektive Gang der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus spiegele. Der Geschichtslehrer hatte die Annahme und Beurteilung der Arbeit abgelehnt mit der Begründung: der Schüler schreibe ja selbst, daß er nicht ausschließlich als Historiker an sein Thema gehe, also sei er, der Lehrer nicht zuständig und dies sei keine Jahresarbeit im Fach Geschichte. Wahrlich ein Fall von Fachidiotie!

Ich vereinbare gelegentlich mit Philosophicumskandidaten, die im Hauptfach Historiker oder Sozialkundler sind, das Prüfungsthema »Faschismustheorien«. An diesem Thema läßt sich auch der mögliche Sinn von Philosophie als Begleit-, nicht Fachstudium für Lehrer konkret zeigen. Wie ist ein Phänomen wie der Faschismus adäquat zu begreifen? Es hat ökonomische, historische, ideologische, sozialpsychologische Ursachen, sicherlich. Aber Ursachen liegen nicht herum wie Gegenstände, sie kommen erst

ans Licht, wenn nach ihnen gefragt wird. Die marxistische Forschung hebt die ökonomischen Ursachen heraus, liberale Theoretiker wie Hannah Arendt betonen den machtpolitischen und ideologischen Charakter des Faschismus, traditionelle Historiker untersuchen die faktische Abfolge der Ereignisse, da erscheint dann so etwas wie der Faschismus als eine Mischung aus fast naturnotwendigen Kausalketten und den Entscheidungen großer, in diesem Falle böser, Männer. Ist also die Sache — vor allem wenn es sich um eine historische und nicht physikalische Sache handelt — abhängig vom theoretischen Gesichtspunkt des Forschers? Oder sind umgekehrt die theoretischen Positionen, Einstellungen nicht unabhängig von realgeschichtlichen Phänomenen. Welche Art von Theorie vermittelt, gewichtet die Teilaspekte und Teilursachen und ihren Zusammenhang? Ist die Gewichtung gar nicht mehr Sache wissenschaftlicher Theorie, sondern politischer, und als politischer unableitbarer Entscheidung, wie Max Weber gemeint hat? Und schließlich: Theorie geht nicht erst in die Erklärung, sondern in die historische Sache selbst ein: Faschismus war auch eine Theorie, oder eine Ideologie, Geschichte ist von Menschen gemacht, nie ohne Bewußtsein, aber vielleicht mit falschem Bewußtsein.

Solche Probleme, hier am Beispiel einer Sache wie Faschismus skizziert, sind derart, daß sie die Perspektive jeweils einer Fachdisziplin übergreifen, und zwar nicht beliebig, sondern notwendig. Sie sind aber auch nicht einfach durch eine Addierung von mehreren Spezialdisziplinen behandelbar. In diesem Sinne überschreiten sie die Wissenschaft, die ja heute nur als spezialisierte existiert, ohne doch nun einfach an den gesunden Menschenverstand verwiesen zu sein. Sie sind reflexive Fragen, und zwar auch und gerade von einer Art Reflexion, die sich auf Wissenschaftlichkeit selbst, auf das, was Theorie sei und wie sie sich denn auf Wirkliches beziehe, wendet. Reflexion ist ein bescheideneres Wort als Philosophie. Aber es trifft vielleicht am besten die Aufgabe, die ihr in der heutigen Wissenschaftsorganisation, und zwar dringend, gestellt ist. Ich ziehe das bescheidene Wort auch deshalb vor, weil es den Schein der Selbständigkeit und Selbstgenügsamkeit, den das große Wort mit sich bringt und der das Fehlen einer unmittelbaren Realitätsbezogenheit kompensiert, durchbricht. Philosophie ist durchaus auf Anderes bezogen als sie selbst, auf konkrete Probleme und Gegenstände, aber in der Weise der Reflexion auf die wissenschaftliche und alltägliche Erfahrung dieser Gegenstände, die Philosophie nicht mittels höheren Wissens überspringen kann.

Wir sind nun schon bei der dritten anfangs skizzierten Frage angekommen, der nämlich, was die Sache der Philosophie sei, was und wie denn einer lehrt, der Philosophie lehrt. Aber wir sind, wie es scheint, auf einem Nebenweg dahin gelangt: bei der Erörterung der Funktion des Philosophicums und des Begleitstudiums der Philosophie für Lehramtskandidaten der Schulfächer. Dies ist doch nur eine Nebenaufgabe des Philosophieprofessors, dazu noch eine verschwindende; denn das Philosophicum wird nur noch in einigen Bundesländern verlangt und im übrigen wird seine Abschaffung diskutiert. Überdies erschien die Aufgabe dieser studienbegleitenden Philosophie recht bescheiden, besser mit Reflexion zu bezeichnen.

Wir sollten also zur Sache selbst zurückkehren: Philosophie als selbständiges Fach, das in Lehre und Forschung sich an Hauptfachstudenten dieser Sache wendet, als reine Theorie, die sich selbst reproduziert. Vielleicht aber hat der Nebenweg mehr zur Sache gesagt, als die Betrachtung der Philosophie als eigenes Fach hergibt, denn damit steht es prekär.

Was ist die Philosophie als Philosophie? Was tun die Philosophen von Beruf, die Phi-

losophieprofessoren. Viele beschränken sich darauf, die Geschichte der Philosophie zu erforschen und zu lehren. Das ist unzweifelhaft eine wichtige Aufgabe, hilft uns aber wenig bei der Frage, ob und als was Philosophie heute besteht. Es könnte ja sein, daß sie eine überholte, wenn auch zu ihrer Zeit wertvolle und der antiquarischen Erinnerung würdige Gestalt des Geistes ist. Soweit Philosophen sich nicht darauf beschränken, Historiker zu sein, lassen sich zwei Weisen, Philosophie zu betreiben, feststellen. Zum einen wird Philosophie als Spezialfach unter anderen verstanden, in Angleichung an den nicht rückgängig zu machenden Prozeß der Spezialisierung der Wissenschaften. Da alle Sachgebiete inzwischen ihre Wissenschaften entwickelt haben, zuletzt solche, die noch im letzten Jahrhundert zum Kanon der Philosophie gehörten, wie Gesellschaftstheorie und Bewußtseinstheorie sich als Psychologie und Soziologie aus diesem Kanon emanzipiert haben, bleiben der Philosophie als Spezialwissenschaft nur formale Thematiken. Solche formalen Spezialphilosophien sind etwa die Logik, selbst sie allerdings, seit dem Scheitern des Versuchs, als logischen Positivismus eine Philosophie der Logik oder Logik als Philosophie zu begründen, in Konkurrenz zur Mathematik. Die moderne Logik ist mathematische Logik, also eher Grenzgebiet der Fachwissenschaft Mathematik. Weitere Spezialphilosophien sind die allgemeine Methodologie oder die allgemeine Wissenschaftstheorie, auch sie ein schmaler Restbestand dessen, was nicht als feldbezogene Methodologie und Wissenschaftstheorie in den sachhaltigen Disziplinen selbst aufgehoben ist. Schließlich, und das ist ein Hauptfeld fachphilosophischer Arbeit heute, hat die Philosophie als Sprachphilosophie einiges Terrain behauptet und einiges von der Sprachwissenschaft zurückerobert. Neben diesem Rückzug auf spezialwissenschaftliche Philosophie gibt es noch und wieder Versuche, Philosophie als universale Theorie zu betreiben, sei es in Aufnahme und Modernisierung historischer Systeme — Neothomismus, Neuhegelianismus und anderes —, sei es in neueren Ansätzen, als Phänomenologie, Existenzialphilosophie.

Beide Wege, mögen sie auch Ertrag und Einsichten erbringen, sind in Gefahr, gerade das, was sie in neuer Gestalt verwirklichen oder was sie als sich durchhaltenden Begriff großer Philosophie retten wollen, zu verfehlen. Der Versuch, systematische Philosophie als Theorie des Seienden im Ganzen jenseits der Wissenschaften zu restaurieren oder neu zu entwerfen, fällt zurück hinter die Einsicht Kants, daß das Ganze, das Wahre und Vernünftige nicht Gegenstand reiner Theorie sein kann, daß die Vernunft beim Versuch, dies zu leisten, sich in Schein verstrickt.

Redlicher scheint der Weg, Philosophie zur Wissenschaft, zur strengen Wissenschaft zu machen. Denn nach Kant hat doch Hegel, gerade weil er am Anspruch, Philosophie habe zur Sache die »wirkliche Erkenntnis dessen, was in Wahrheit ist«, festhielt und insistierte: »Das Wahre ist das Ganze«, die Forderung erhoben, die Philosophie müsse ihren alten Namen, Liebe zum Wissen, ablegen und wirkliches Wissen, d.h. Wissenschaft werden. Und in diesem Programm traf er sich mit so verschiedenen Denkern wie Marx, der die Aufhebung der Philosophie in Wissenschaft forderte, und Auguste Comte, der den Übergang vom philosophischen zum wissenschaftlichen Zeitalter diagnostizierte. Dieses Programm allerdings meinte ebensowenig, daß die Wissenschaften einfach die Aufgaben der Philosophie übernehmen wie, daß die Philosophie umstandslos zu einer Einzelwissenschaft wie die anderen werde. Es beruhte auf der Diagnose oder Hoffnung, daß — nach der bürgerlichen Revolution — die Geschichte der Menschheit aus dem Stadium der Vorgeschichte, in der sie, zwar von Menschen, aber ohne Bewußt-

sein gemacht, wie Naturprozeß und Schicksal über deren Köpfe hinweg sich blind durchsetzt, in das Stadium der begriffenen, begreifbaren, und deshalb auch mit Bewußtsein machbaren Geschichte übergehen könne. Deshalb fordern sowohl Hegel wie Marx, daß wahre Erkenntnis nun Erkenntnis der wirklichen Geschichte als Gesamtprozeß werden müsse, womit der Unterschied von spekulativ-philosophischer Erkenntnis des Ganzen und wissenschaftlich-positiver Erkenntnis des Einzelnen aufhebbar sei.

Dies Programm ist nicht eingelöst worden. Die Wirklichkeit ist zwar verwissenschaftlicht und die Wissenschaften sind total geworden, aber gerade nicht als Begreifen und damit vernünftig Machbarwerden des Ganzen. Max Weber hat in seinem berühmten Vortrag »Vom inneren Beruf zur Wissenschaft« diesen Prozeß der total werdenden Verwissenschaftlichung am schärfsten diagnostiziert und sein Ergebnis illusionslos ausgesprochen. Dieser Prozeß, den Weber als *Rationalisierung* aller Bereiche durch Wissenschaft und wissenschaftliche Technik bezeichnet, hat zwar zu einer »Entzauberung« und totalen Berechenbarkeit aller Lebensbereiche geführt, aber keineswegs zu einer vernünftigen Begreifbarkeit und Machbarkeit der Geschichte. Im Gegenteil. Der Einzelne, so Weber, versteht das Funktionieren seiner technisierten Lebenswelt weniger als der Wilde die seine, und vor allem: Der Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Ganzen ist weder begreifbar noch vernünftig lenkbar. Was sein Sinn, Ziel, Zweck ist, das ist mit wissenschaftlichen Mitteln nicht begreifbar, der Sinn der Wissenschaft selbst ist wissenschaftlich nicht faßbar. Sie ist sinnlos, weil sie auf die allein wichtigen Fragen: »Was sollen wir tun, wie sollen wir leben?« keine Antwort gibt. Sinn können wir setzen, in freier Entscheidung, aber *es gibt* keinen Sinn. Soweit Max Weber. Jacques Barzun schreibt 50 Jahre später: »Die Gesellschaft heute beherbergt die Wissenschaft wie einen fremden, geheimnisvollen Gott. Unser Leben wird von seinen Werken verändert, aber die Menschen sind von einem Verständnis dieser seltsamen Macht weit entfernt. Die Schwierigkeit besteht nicht darin, daß die Wissenschaft mehr Tatsachen entdeckt hat, als sich in einem Kopf zusammenfassen lassen, sie besteht vielmehr darin, daß die Wissenschaft selber — auch für die Wissenschaftler — aufgehört hat, eine prinzipielle Einheit und ein Gegenstand des Begreifens zu sein.« Was Max Weber vor 60 und Barzun vor 15 Jahren beschrieben haben, ist heute in ein Stadium getreten, in dem jedermann, der noch der Erfahrung fähig ist, es erfahren kann. Nicht nur der Zustand der Welt, sondern gerade der der Wissenschaften, von denen zu Beginn ihres Siegeszuges erhofft wurde, daß sie die Welt vernünftiger und für die Menschen wohnlicher machen könnten, ist bei Rationalität im Einzelnen im Ganzen irrational, ein fremder Gott, dessen Gesetzen und Prognosen blind gehorcht wird wie einmal dem Delphischen Orakel. Es braucht keinen Max Weber, um das heute zu sehen, es sieht auch die Bauersfrau aus Wyhl.

Praxis *allein*, Aktionen *allein* helfen nicht, sie werden ohne vernünftige Theorie ohnmächtig und enden in Verzweiflung oder Zerstörung. Theorie, die sich nicht nahtlos in diesen Prozeß fügt, die die Kluft zwischen Computerrationalität einerseits und der Hilflosigkeit und Fluchtreaktion unseres alltäglichen, normalen Verhaltens bedenkt, ist nötiger denn je. Was Max Weber nicht mehr für möglich hielt, zu begreifen, was für eine Rationalität das sei, die uns als fremdes Schicksal beherrscht, muß versucht werden. Daß die selbst partikulare Wissenschaft es nicht leisten kann, darin ist Weber recht zu geben. Ob die Philosophie es kann, gar die professionelle, ist die Frage. Aber vielleicht ist die Frage falsch gestellt. Weder »die« Wissenschaft noch »die« Philosophie kann den-

ken, geschweige denn handeln — das können nur die Menschen. Vernunft, das ist nicht ein System, weder ein wissenschaftliches noch ein philosophisches, sondern ein konkretes Vermögen konkreter Menschen, das Vermögen zu begreifen. Kant hat als Aufgabe der Philosophie nach der Abweisung ihres Anspruchs, theoretische Erkenntnis des Weltganzen zu sein, bestimmt, die »Aufforderung an die Vernunft, das beschwerlichste aller ihrer Geschäfte, nämlich das der Selbsterkenntnis, aufs neue zu übernehmen«. Die Philosophie nach dem Schulbegriff, die Berufsphilosophie, hat dabei nur die bescheidene Aufgabe einer Hilfswissenschaft. »Es gibt aber noch«, fährt Kant fort, »einen Weltbegriff, der diesem Namen Philosophie jederzeit zugrunde gelegen hat... In dieser Absicht ist die Philosophie die Wissenschaft von der Beziehung aller Erkenntnis auf die wesentlichen Zwecke der menschlichen Vernunft.« Was aber die Beziehung der Erkenntnis auf Zwecke, vernünftige Praxis also, angeht, gilt, so wiederum Kant, »daß die Natur, in dem, was Menschen ohne Unterschied angelegen ist, keiner parteiischen Austeilung ihrer Gaben zu beschuldigen sei, und die höchste Philosophie in Ansehung der wesentlichen Zwecke der menschlichen Natur es nicht weiter bringen könne, als die Leitung, die sie auch dem gemeinsten Verstande hat angedeihen lassen«. Wer Philosophie als Beruf betreibt, der sollte, zur Vermeidung der in diesem Beruf besonders gefährlichen »déformation professionnelle« sich stets diesen Satz von Kant in Erinnerung halten.

Wir sind also am Ende bei der Frage nach der Philosophie als Beruf zurückgeworfen auf die Frage nach Philosophie, die in einem Spezialberuf nicht aufgeht, die mehr und weniger ist als professionelle Tätigkeit. Um wiederum mit Kant zu reden: Philosophie nach dem Schulbegriff ist eine Hilfe, eine Propädeutik, untergeordnet der Philosophie nach dem Weltbegriff oder der Philosophie, die — wiederum Kant — eine Naturanlage aller Menschen ist, insofern als der Mensch, jedenfalls potentiell, das der Vernunft fähige Wesen ist.

Kant hat die Fragen, denen die Schulphilosophie letztlich dient, und die die Philosophie nach dem Weltbegriff behandelt, sehr einfach formuliert:

Was kann ich wissen

was soll ich tun

was darf ich hoffen — und sie zusammengefaßt als Frage:

Was ist der Mensch.

Jeder Mensch weiß — kennt sich auf seine Weise aus in der Umwelt und Welt, handelt die Sprache, urteilt, gebraucht Worte und Begriffe, die er und andere verstehen.

Jeder Mensch handelt, verfolgt Zwecke, ändert mit seinem Handeln das, was ist, bewirkt etwas.

Jeder Mensch hofft, weniger emphatisch gesagt, entwirft und lebt hin auf Zukunft.

Und jeder Mensch weiß doch, was er ist, was ein Mensch ist.

Aber normalerweise und unvermeidlicherweise wissen, handeln, entwerfen wir Zukunft und verstehen wir uns selbst und die Welt direkt, selbstverständlich, ohne ausdrückliche Reflexion darauf, *wie* (aus welchen Gründen) wir erkennen, wie, aus welchen Prinzipien wir handeln, und das durchaus auch in der Wissenschaft. Heidegger hat einmal gesagt (und ist dafür getadelt worden): »Die Wissenschaft denkt nicht«. Was er meint, ist genau jene Differenz zwischen direkter, objektbezogener Einstellung, die auch die Wissenschaft normalerweise hat, haben muß, und jener Rückwendung, Reflexion auf, Prüfung und Klärung dessen, was wir immer schon voraussetzen, aus der

Tradition oder dem gesunden Menschenverstand übernehmen, die man als philosophisch bezeichnen kann.

Solche Rückwendung, Reflexion ist allerdings auch und gerade für die Wissenschaft immer wieder notwendig. Wissenschaft operiert mit Begriffen, und sie setzt voraus ein selbstverständliches Konzept etwa von Wahrheit, oder — heute bescheidener — von Gültigkeit, von Objektivität. Normalerweise hinterfragt sie solche vorausgesetzten Begriffe und Konzepte nicht: Erst dann, wenn sie an Grenzen gelangt, wenn ihre Theorien und Ergebnisse, ihr normaler Gang »gestört werden« durch innere Widersprüche oder durch Probleme, die ihren Gang sprengen.

Dann wird Denken im strengen Sinne nötig — und insofern ist Philosophie als reflexive Rückfrage nach den Voraussetzungen wiederum nicht ein Spezialfach, sondern ein notwendiges und kritisches Moment der Wissenschaft selbst, wenn sie nicht fachidiotisch werden sollen.

Ähnliches gilt für das praktische, technische, gesellschaftliche und politische Handeln. Auch hier handeln wir normalerweise in direkter Einstellung auf Aufgaben, Ziele, die bekannt, vorgegeben, als selbstverständlich erachtet werden, und aus Überzeugungen, Positionen heraus, die wir als geklärt, begründet ansehen. Reflexion, Thematisierung solcher Voraussetzungen, des Selbstverständlichen oder Tradierten wird dann nötig, wenn Probleme auftreten, die im Rahmen der als sicher angesehenen Zwecke, Methoden, Überzeugungen nicht lösbar sind, oder wenn Konflikte auftreten. Die Rückfrage nach, die ausdrückliche Thematisierung solcher Voraussetzungen, Selbstverständlichkeiten führt zu dem, was man philosophisch nennen kann, wiederum nach dem Weltbegriff.

Die Schulphilosophen, die — ganz legitimerweise — die Tradierung, Interpretation und Erforschung des historischen Bestandes der »Philosophie« im engeren Sinne, also der Texte, Lehren, Systeme zu ihrer Aufgabe machen, vergessen manchmal, daß diese historische, klassische Philosophie kein Sonderfach war, keine völlig selbständige, selbstgenügsame Sache, sondern daß sie genau an solchen Problemen — der Wissenschaftsentwicklung, den gesellschaftlichen und politischen Positionen und ihren Konflikten — sich entzündet hat. Die Befassung mit der Geschichte der Philosophie kann zwar, muß aber nicht und sollte nicht eine rein historisierende, antiquarische Sache sein, sondern sie — die Geschichte der Philosophie, die Frage, ob ihre Entwicklung rein immanent sei, Entfaltung der Vernunft, oder, und wie, bezogen auf die Wissenschafts- und Realgeschichte — ist selbst ein eminent philosophisches Problem, und sie ist sogar ein systematisches Problem.

Zum Schluß will ich nun doch Versuche nennen, zu sagen, was Philosophie ist und wie sie vorgeht. Ich nenne eine Definition der Philosophie von Platon, die ganz kurz ist, und Aussagen über Philosophie, ihr Verhältnis zu ihrer Geschichte und über ihre Tätigkeit, von Hegel, die etwas länger sind.

Die von Platon steht zwar nicht in einer der authentischen Schriften, sondern in den sogenannten »horoi«, Definitionen, die von der Schule als platonisch tradiert sind. Sie ist, wie gesagt, ganz kurz und lautet: Philosophie ist »Hexis theoretikḗs tou alethous, pōs alethes«. Philosophie ist die »Einstellung, das Wahre daraufhin zu betrachten, inwiefern es wahr ist« (und das heißt natürlich auch: das Nichtwahre, warum es nicht wahr ist).

Dann eine Bestimmung von Philosophie und von Geschichte der Philosophie von

Hegel. Sie findet sich in der »Einleitung in die Geschichte der Philosophie«, Abschnitt: »Der Begriff der Philosophie«, Meiner Ausgabe, S. 118: »Nach diesen Bestimmungen ist *Philosophie* der Gedanke, der sich zum Bewußtsein bringt — ... sich zum Gegenstand macht, und zwar in seinen unterschiedenen Bestimmungen. Die Wissenschaft der Philosophie ist so eine Entwicklung des freien Gedankens, oder vielmehr ist sie das Ganze dieser Entwicklung. ... So ist die Philosophie ein System. System ist in neuerer Zeit ein Wort des Vorwurfs geworden, indem man dabei die Vorstellung hat, daß es sich an ein einseitiges Prinzip hält. Aber die eigentliche Bedeutung von System ist Totalität, und es ist nur wahr als eine solche Totalität, welche vom Einfachsten anfängt und durch Entwicklung sich immer konkreter macht...«

Hegel fährt fort: »Die *Geschichte der Philosophie* nun ist ganz dasselbe und nichts anderes. In der Philosophie als solcher, in der jetzigen, letzten, ist enthalten alles, was die Arbeit von Jahrtausenden hervorgebracht hat: sie ist das Resultat alles Vorhergehenden. Und dieselbe Entwicklung des Geistes, geschichtlich betrachtet, ist die Geschichte der Philosophie.«

. . .

## Bücher für Nicaragua

*Die Hochschullehrer Dieter Boris, Marburg und K.H. Tjaden, Kassel, haben im Rahmen des Bundes demokratischer Wissenschaftler folgenden Aufruf veröffentlicht:*

Die Existenz und die Spezifik der Situation Nicaraguas sind auch in der Bundesrepublik von weiten Kreisen erst nach dem erfolgreichen Befreiungskampf des nicaraguanischen Volkes gegen die Somoza-Diktatur zur Kenntnis genommen worden. Immer noch ist wenig über die Ausgangsbedingungen für die Bewältigung der jetzt anstehenden Aufgaben bekannt. An sehr vielen »Fronten« des Wiederaufbaus und der Umwandlung der Gesellschaft stehen Regierung und Massenorganisationen fast vor dem Nichts. Zu den generellen Auswirkungen der Abhängigkeit und Unterentwicklung gesellen sich in Nicaragua zusätzlich die (immer noch nicht überwundenen) Folgen des Erdbebens von 1972, der extremen Bereicherungssucht und der Plündererei des Somoza-Clans und vor allem die Resultate des Befreiungskampfes von 1978/79, der der Bevölkerung dieses kleinen Landes schwere Opfer auferlegte. Ungefähr 50.000 Menschenleben hat dieser Krieg gekostet, ca. 100.000 Schwerverletzte hat er hinterlassen; ebenso materielle Zerstörungen von Schulen, Hospitälern, Straßen, Brücken etc., deren Wert auf ca. 500 Mio US-Dollar geschätzt wird. Eine etwa gleich hohe Summe erreichte die Kapitalflucht in den Jahren 1978 und 1979. Dies alles muß vor dem Hintergrund ohnehin schon extrem schlechter sozialer Bedingungen gesehen werden, etwa hinsichtlich der Analphabetenquote, der Verbreitung von Krankheiten, der Wohnverhältnisse oder der hohen Bevölkerungssterblichkeit.

Die demokratische Entwicklung des von der Somoza-Diktatur befreiten Nicaragua bedarf der materiellen und moralischen Unterstützung seitens der demokratischen Kräfte in aller Welt. Trotz vielfältiger und umfangreicher Hilfsmaßnahmen — so auch seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland — gibt es immer noch unzählige Sachbereiche, in denen gezielte Hilfe notwendig und möglich ist. Bei einem Informationsbesuch im Februar 1981 wurden wir vom Sekretär der Abteilung »Internationale Beziehungen« der Leitung der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) gebeten, bei der Beschaffung wissenschaftlicher Bücher zu Fragen der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik für die entsprechende Bibliothek behilflich zu sein; der einfachste Weg zur Verwirklichung dieses Vorhabens ist u.E. eine Geldspendenaktion, deren Ergebnis zweckgebunden nach Nicaragua transferiert wird.

Wir bitten, sich an dieser zweifellos sinnvollen und notwendigen Spendenaktion zu beteiligen und versichern, daß der eingegangene Betrag mit dieser Zweckbestimmung an das genannte Sekretariat der FSLN in Managua weitergeleitet wird.

Konto: K.H. Tjaden, Kassel, Konto-Nr. 1667120 bei der Stadtparkasse Kassel (BLZ 52050151) Stichwort (Verwendungszweck): Bücher für Nicaragua.

Wolfgang Fritz Haug

## Orientierungsversuche materialistischer Philosophie Ein fragmentarischer Literaturbericht<sup>1</sup>

*Denke ... nicht als Denker...!*

Feuerbach,  
Grundsätze der Philosophie der Zukunft

»Die Rede vom Ende der Philosophie ... hat seit einem guten Jahrzehnt Hochkonjunktur«, notierte Margherita von Brentano 1975 (Brentano 1978, 1). Mit dem Rückgang der Studentenbewegung verebbte die Philosophiekritik der Linken, und die »Reideologisierung« der Rechten schwächte auch die positivistische Infragestellung von Philosophie. »Neue Philosophen« und neues Interesse an alten Philosophien begannen die Bühne zu bevölkern. Geblieben ist bei den Linken eine Unsicherheit.<sup>2</sup> Zum Teil brachen auch Diskussionszusammenhänge einfach ab. Auf den folgenden Seiten sollen einige Positionen materialistischen Philosophieverständnisses skizziert werden. Diese Skizzen sind vielleicht als Diskussions-Material für Orientierungsversuche von Nutzen.

Gliederung:

1. Adorno
2. Habermas
3. Holz
4. Zwei Blicke auf sowjetische und DDR-Auffassungen
5. Gramsci und Brecht
6. Sève
7. Althusser
8. Sánchez Vásquez, Holz und Sève über den ideologischen Charakter von Philosophie

### 1. Adorno

Adorno sah sich einer doppelten Front gegenüber: auf der einen Seite die Neopositivismen, auf der andern Ursprungsphilosophische Versuche. Am Positivismus kritisierte er, daß dieser die Arbeitsteilung in der Wissenschaft sowie die Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Praxis »als Maß des Wahren supponiert und keine Theorie erlaubt, welche Arbeitsteilung selbst als abgeleitet, vermittelt, durchsichtig machen ... könnte.« (1962, 19) Diese Kritik ist nach wie vor aktuell. Das darf nicht hindern, ihr Ungenügen zu benennen. Zum Beispiel gibt Adorno keine Theorie des von ihm am Positivismus festgestellten Verbots einer die Arbeitsteilung durchsichtig machenden Theorie. Statt sich derart in die Analyse der Zusammenhänge einzulassen, sucht Adorno die Haltung der Negativität einzunehmen. Die Aufgabe der Philosophie bestimmt er in abstrakter Negativität, »in unveröhnlichem Gegensatz zum herrschenden Bewußtsein«. Die Philosophie »hat ihren Lebensnerv am Widerstand gegen ... die Rechtfertigung dessen, was nun einmal ist« (13), so ist sie »der zugleich konsequente und freie Gedanke« (24).

Seine Zielvorstellungen weisen ins Anarchische, selbst in Bezug auf die Struktur der Theorie. So spricht er sich gegen wissenschaftliche Methodik in der Philosophie aus, weil die Methodik eine Kontrollinstanz, mithin selber schon ein Moment von Herrschaft sei, »die den freien, ungegänzelten, nicht schon dressierten Gedanken ahndet und vom Geist nichts duldet als das methodisch Approbierte«. So gibt er den Anspruch



der Wissenschaftlichkeit in der Philosophie preis zugunsten des Traums von dem, was er »unverhandeltes Bewußtsein« (21) nennt. Wir gestehen, daß wir ihm hier nicht folgen, sondern in wissenschaftlicher Theorie auch ein mögliches Organ der Befreiung sehen. So negativistisch und alle Versuche verändernder Praxis niederschmetternd Adorno auch die Dinge darstellt, so ist doch an dieser Haltung zu rühmen, daß sie sich der überall nahegelegten Apologie verweigerte. Auch gab er der Philosophie Aufgaben zu lösen, die unverändert aktuell sind: »dem Geist die naturwissenschaftlichen Erfahrungen zuzueignen« zusammen mit »der ungeschmälerten Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft« (25). Er gab ihr auf zu erkennen, »warum die Welt, die jetzt, hier das Paradies sein könnte, morgen zur Hölle werden kann« (24). Und er fügte hinzu, als wolle er allerlei hier zu erwartende Einwände, das gehöre ja gar nicht in die Philosophie, abwehren: »Solche Erkenntnis wäre ja wohl Philosophie« (24).

## 2. Habermas

Bei Habermas (1975) finden wir nicht mehr den Bezug auf das an sich »hier und heute mögliche Paradies«, von dem Adorno noch sprach. Vielleicht ist es dieser Abstrich an utopischer Perspektive des »ganz Anderen«, was ihm den Versuch ermöglicht, die großen auseinanderstrebenden Tendenzen zusammenzuhalten. Sein zentrales Anliegen scheint zu sein, die »Universalität« des wissenschaftlich objektivierenden Denkens sowie der Grundsätze einer rationalen Lebenspraxis darzutun und gegen Partikularismen nach innen und den Vorwurf des Eurozentrischen nach außen zu verteidigen. »Die Selbstausslegung und Selbstverteidigung der Vernunft ist Sache der Philosophie.« (58) »Selbstausslegung« ist unsere »Auslegung« deshalb, weil wir kraft unserer Vernunft die objektive Vernunft auslegen. Durch uns ist es die Vernunft, die sich selbst auslegt. Die Sich-selbst-auslegende-Vernunft ist eine in überraschendem Sinn identitätsphilosophische Kategorie. Sie allein vermag nämlich Identität zu produzieren, die wiederum sozialintegrative Funktion hat. In Habermas' Worten: Diese »Selbstreflexion ... ist das einzige Medium, in dem sich heute noch die Identität der Gesellschaft und ihrer Mitglieder bilden kann — es sei denn, wir fallen auf die Stufe partikularistischer Identitäten zurück.« (58) Das Letzte darf wohl als Umschreibung u.a. für Klassenbewußtsein und Klassenkampf gelesen werden — natürlich richtet sich die Formulierung auch gegen Partikularismen von der Art des Rassismus. Was nun bei Habermas' Marxkenntnissen erstaunt, ist die Tatsache, daß er als Marx' Ideologiebegriff nur den Nebelschein falschen Bewußtseins erinnert und ganz übersieht, daß — wie Althusser in den letzten Jahren immer wieder scharfsinnig bewiesen hat — Ideologie gerade durch die sozialintegrative, d.h. der nichtrepressiven Absicherung der Produktionsverhältnisse dienende Funktion bestimmt ist, d.h. genau der Funktion, die Habermas zum obersten Interesse seiner Philosophie erklärt. Die soziale Kohäsion steht auf dem Spiel, die verbindlich-gemeinsame Identität. Und das in einer antagonistischen Gesellschaft, in der die Partikularismen de facto unmittelbar herrschen und in ihrem Gegeneinander durch die politischen Instanzen nur geregelt, nicht aufgehoben werden. Wäre es also Sache der Philosophie, das gedanklich Universelle im Zustand der Herrschaft des real Partikularen hervorzubringen und dadurch zur ideologischen Zementierung des herrschenden »historischen Blocks« (Gramsci) beizutragen? Habermas schärft die Unentbehrlichkeit der Philosophie zu diesem Zweck ein: Einzig mit ihrer Hilfe sind wir »imstande ..., eine Identität auf einem so zerbrechlichen Boden, wie die Vernunft ihn bereitet, auszubilden

und zu sichern.« (58)

Nun ist mit dieser Identifizierung des ideologischen Kerns in Habermas' Bestimmung der Aufgaben der Philosophie seiner Position keineswegs schon Gerechtigkeit widerfahren. Aktuell ist seine Kritik szientistischen Denkens. Darunter versteht er die antiphilosophische Grenzüberschreitung der Einzelwissenschaften, begleitet vom »Glauben an ihre eigene ausschließliche Geltung« (54). Er charakterisiert den Szientismus durch vier Positionen:

1. »Theoretische Deutungen der Welt im Ganzen gelten als illegitim«;
2. »praktische Fragen, die sich auf die vernünftige Wahl von Normen beziehen, gelten als nicht wahrheitsfähig«;
3. »die substantiellen Fragen der philosophischen Tradition wurden sprachanalytisch unterlaufen«;
4. »die systematische Zuständigkeit der Philosophie ist auf Logik und Methodologie eingeschränkt«. (Ebd.)

Mit Recht kritisiert Habermas die antiszientistischen Reaktionen, die dem Positivismus das Feld überlassen. Die »Komplementärphilosophien« — genannt werden der frühe Sartre, Jaspers, der späte Kolakowski — übernehmen als »philosophische Sinndeutung und Reflexion eine sich selbst dementierende Zuständigkeit für Weltanschauungsbedürfnisse, die auf seriöse Weise nicht mehr befriedigt werden können« (ebd.). Daneben zeichnet Habermas die traditionsorientierten Erneuerungsversuche der Ontologie unter Wiederaufnahme der Intentionen der Ursprungsphilosophie — genannt werden Husserl und die Phänomenologie, Heidegger —, schließlich die Sowjetphilosophie. Es fällt auf, daß Habermas diesen legendären »Diamat« so schildert, daß mit den dogmatischen Erstarrungen auch der undogmatische Marxismus getroffen wird. Den Kern der Beschreibung stellt die angestrebte Einheit von Interpretation der Wissenschaftsresultate und Praxisanleitung dar. — Habermas hat gewiß nicht recht, wenn er sich in eine Traditionslinie — außer mit Horkheimer — mit Gramsci stellt, denn mit dessen Augen gesehen praktiziert Habermas seine Philosophie als »organischer Intellektueller« der sozialliberalen Teile des Bürgertums. Aber wir wissen uns einig mit Habermas im Festhalten am wissenschaftlichen Anspruch der Philosophie; in der Ablehnung von Bestimmungen der Philosophie, die dieser den Versuch aufgeben, »die Einheit der Welt mit Mitteln zu denken, die nicht aus der Selbstreflexion der Wissenschaften genommen werden, sondern eine Dignität vor und neben den Wissenschaften behaupten« (56). Aber Habermas gibt nur die halbe Wahrheit. Denn die ökonomischen, politischen und kulturellen Praxen dürfen wohl »eine eigne Dignität neben den Wissenschaften behaupten« und als Instanz (Quelle und Bezugspunkt) der Theoriebildung akzeptiert werden. Schließlich darf auch der Ausdruck »Selbstreflexion der Wissenschaften« nicht buchstäblich genommen werden. Aktuell klingt Habermas' doppelte Frontstellung gegen Objektivismus und Ideologie: »gegen jede Gestalt des Objektivismus, gegen die Ideologie, d.h. scheinhafte Verselbständigung von Gedanken und Institutionen gegenüber ihren lebenspraktischen Entstehungs- und Verwendungszusammenhängen.« (58) Bei näherem Hinsehen häufen sich Unklarheiten und Widersprüche. Zum Beispiel scheint es richtig, die Verselbständigung des Ideologischen gegenüber seinem Entstehungszusammenhang festzustellen; aber erstens ist diese Verselbständigung nicht scheinhaft; zweitens erfolgt sie nicht *gegen* den Verwendungszusammenhang, sondern ist funktional notwendig (z.B. der Staat muß sich gegenüber der Gesellschaft

relativ selbstständigen, um ihre Gegensätze auffangen zu können usw. — vgl. dazu PIT 1979). Außerdem könnte das zitierte Programm wörtlich auch realisiert werden, indem man partikularistischen Interessen hilft, ihre Institutionen usw. jederzeit zu reintegrieren, wenn diese sich funktionswidrig zu selbstständigen drohen. Kurz, die universalistische Intention von Habermas erweist sich als schlecht aufgehoben in diesen seinen Programmformulierungen für die Philosophie; dabei sind diese Formulierungen innerhalb der neueren Schriften die am weitesten vorgeschobenen.

### 3. Holz

H.H. Holz wendet sich — ohne Namen zu nennen — gegen den »Rückzug in die sektiererische Selbstgenügsamkeit einer sogenannten kritischen Philosophie« (Holz 1977). Vielleicht wird die Stoßrichtung deutlicher, wenn wir seine Auffassung von der gesellschaftlichen Funktion des Philosophierens besichtigen. Holz artikuliert die Aufgabe der Philosophie als Konstruktion einer regulativen Idee des Gesamtzusammenhangs von Welt und Praxis. Zunächst entwickle sich Philosophie immer als »Reflexion eines bereits gegebenen Erkenntnisbestandes«, liefere »also nicht unmittelbar Erkenntnis..., sondern Erkenntnis in Reflexion auf Erkenntnisse« und sei, da diese Erkenntnisse ihrerseits »selbst Reflexion bereits der Gegenstände« sind, »Reflexion der Reflexion« (1975, 5). Dadurch werde »die disparate Mannigfaltigkeit der Gegenstände des Wissens ... zur Einheit eines Zusammenhangs ... integriert« (ebd.). Da der Zusammenhang aufgrund der Unendlichkeit der Gegenstände nicht als Abbild hergestellt werden kann (»denn diese Abbildung wäre der Unendlichkeit wegen nicht möglich«), gehe es in der Philosophie um die »Konstruktion eines Modells« (ebd.) im Sinne eines »übergreifenden Weltbilds, das man als philosophische Weltanschauung bezeichnen könnte« (4). Da »nicht empirisch verifizierbar«, können solche Konstruktionen »immer nur den Charakter einer spekulativen Idee haben, d.h. die weltanschauliche Funktion von Philosophie ist prinzipiell nur in einer Weise zu verwirklichen, daß sie ... als eine idealistische sich darstellt.« (8f) An anderer Stelle kennzeichnet Holz die philosophische Konstruktion als »'metaphysisches Modell' von Welt« (6). Sein Gesprächspartner, J. Schickel, konfrontiert Holz immer wieder mit der Marx-Engelsschen Perspektive von der Aufhebung der Philosophie. Holz bestimmt diese Aufhebung näher als »Umsetzung in die Praxis«, fügt aber hinzu, daß »die Philosophie selbst das Verhältnis von Theorie und Praxis noch denkt und bestimmt, daß sie also gegenüber Theorie und Praxis noch einmal Grundlegung unternimmt.« (9) An dieser Stelle wirft Schickel ein: »Aber wenn Sie das zugeben, sind Sie kein Marxist...« (ebd.). Holz spreche ja sogar von einer »philosophia perennis«. Holz erklärt, was er damit gemeint hat, nämlich »daß es philosophische Grundprobleme gibt, die sich durchhalten, z.B. das Problem des Verhältnisses von Sein und Denken...« (10). Es ist lehrreich und originell, wie Holz diese berühmte Grundfrage der Philosophie (Engels) denkt. Er parallelisiert sie den Fragen nach dem Verhältnis von »Praxis und Theorie oder ... Politik und Philosophie« (15). Dabei handle es sich um unaufhebbar »einander spiegelbildlich zugeordnete Bereiche der Verwirklichung des Menschen« (ebd.). Holz denkt den Gegensatz der Bereiche als Einheit. — Es hängt vom Begriff der Dialektik ab, ob man dieses Denken von der Einheit von Gegensätzen als dialektisch auffassen wird. Holz jedenfalls faßt es so auf, und es ist auf jeden Fall interessant zu sehen, was sein Konzept leistet. Er unterstellt als »logische Grundfigur der Dialektik die des übergreifenden Allgemeinen« (18). Dieses sei »dadurch defi-

niert, daß etwas die Gattung seiner selbst und seines Gegenteils ist« (ebd.). Er wendet diesen Gedanken nun auf das Verhältnis von Sein und Denken an. Da »Denken im Vollzug ja *ist*, so ist das Denken selbst eine Art von *Sein*.« (19) Folgt man dem, muß man zugeben, daß Sein »Gattung seiner selbst ... und seines Gegenteils, des Denkens« ist (ebd.). Andererseits läßt sich aber auch das Denken als übergreifende Allgemeinheit setzen. »Sein« ist ja auch Denkinhalt, »so daß vom Denken her gesehen das Denken Gattung seiner selbst, nämlich des Denkens, ist und seines Gegenteils, des Seins, das es denkt.« (Ebd.) Damit sei Wesentliches sowohl über das Verhältnis von Theorie und Praxis wie über das von Idealismus und Materialismus gesagt. Wie die »spiegelbildliche Zuordnung« von Denken und Sein unaufhebbare Struktur des menschlichen Wesens ist, so auch die Möglichkeit, den Standpunkt der einen oder anderen Seite einzunehmen. »Theorie und Praxis lassen sich also je nachdem, ob man den Standpunkt der Theorie oder den Standpunkt der Praxis bezieht, jeweils verstehen als das übergreifende Allgemeine auch ihres Gegenteils. Und dieses Verhältnis ist genau das Verhältnis zwischen idealistischer und materialistischer Philosophie.« (19) Daher kann Holz nun unbefangenen Kategorien wie »Metaphysik«, »prima philosophia« (14), »philosophia perennis« für sich in Anspruch nehmen. Insofern er Philosoph ist, muß er sich auf den Standpunkt des Denkens stellen und anerkennen, daß »die weltanschauliche Funktion von Philosophie prinzipiell nur in einer Weise zu verwirklichen (ist), daß sie ... als eine idealistische sich darstellt.« Er sieht also, wenn ich ihn recht verstehe, keine Möglichkeit, im Rahmen der Philosophie nach Form und Inhalt materialistisch zu denken.<sup>3</sup> Und ich bezweifle auch, daß diese Ewigkeitsstruktur mit den beiden Grundstandpunkten Dialektik zuläßt, wenn man darunter mehr versteht als nur das Spiel zweier komplementärer Strukturmöglichkeiten. Indes scheint es mir wichtig, daß Holz das Spekulative, Konstruierte der metaphysischen Weltmodelle prinzipiell mitdenkt. Vielleicht ist dies die Form, in der inmitten des Idealistischen die materialistische Reflexion wirksam bleibt.

Fünf Jahre später bestimmt Holz — zusammen mit Hans-Jörg Sandkühler und Bernhard Heitmann — »die materialistische Dialektik ... als eine Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang« (vgl. Heitmann 1980, 148), unter, wie mir scheint, illegitimer Berufung auf Engels, der den »Leitfaden«-Charakter des Zusammenhangsdenkens hervorhob (vgl. dazu den Abschnitt über Sève). Ein »Leitfaden« ist ebensowenig eine Wissenschaft, wie eine notwendig spekulative Totalitätskonstruktion eine ist. In der Selbsteinschätzung dieser Variante von Marxismus-Leninismus als »Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang« verleugnet sich das notwendig Projekthafte in der Herstellung des Zusammenhangs.<sup>3a</sup> Dies ist enorm wichtig, weil beim Projektkarakter das Widersprüchliche, auch notwendig Strittige mitgedacht ist, die politische Dimension also nicht geleugnet wird, der Gegner (oder Diskussionspartner) im Streit also auch nicht ausgegrenzt werden muß. In der größeren Bescheidenheit derer, die ihre Karten offenlegen, tritt die revolutionäre Unbescheidenheit auf.

In seiner Aufgabenbestimmung der Philosophie denkt Holz den Bezug auf den gesellschaftlichen Praxiszusammenhang in einer für einen Marxisten verblüffend traditionellen Form. Zunächst weist er die Anmaßung der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie zurück, sich an die Stelle des Philosophierens zu setzen. Dagegen spreche schon, daß die empirischen Wissenschaften deren Dienste so gut wie gar nicht brauchen (Holz 1977). Zunehmend gefordert ist die Philosophie dagegen bei der »Bewältigung unserer

nur noch gesellschaftlich zu bewältigenden Lebensprobleme (und Überlebensprobleme)«, an der Wissenschaft und Technik »einen immer größeren und maßgeblichen Anteil hat« und die sich »mehr und mehr dem selbstverständlichen Zugriff aus natürlicher Welteinstellung« entziehe. Alle gesellschaftliche Praxis ist zweckgerichtet. Die ungezählten einzelnen Zwecke bilden »ein System von Verknüpfungen und Interdependenzen...«, das dem Alltagsbewußtsein ... nicht transparent sein kann und das auch in der ... Einzelwissenschaft oder der einzelnen Berufstätigkeit nicht aufscheinen kann«. Dar- aus ergibt sich eine Aufgabe der Philosophie, dieses System oder »Reich der Zwecke« durchzuarbeiten. Sein Ganzes ist »transempirisch«, eine »regulative Idee«, wie Holz kantianisch formuliert. Die Gesellschaft komme ohne eine solche Idee »von Totalität nicht aus, wenn sie nicht in eine irrationale Anarchie von individuellen oder Gruppenhandlungen verfallen soll«. So läßt sich zusammenfassend die Aufgabe der Philosophie nach Holz kennzeichnen als »Konstruktionsprozeß, der eine Theorie von Welt entwirft, um das Verhalten in der Welt zu regulieren«, um »die Rationalität der gesellschaftlichen Praxis zu garantieren« und »zu einem System von Zwecken als dem Steuerungsmechanismus unserer gesellschaftlichen Praxis zu kommen ...«. Das ist nicht wenig. Und es wird nicht so recht klar, wie die Philosophie als Instanz mit welchen anderen Instanzen in »der Gesellschaft« oder »in unserer gesellschaftlichen Praxis« zusammenwirkt und ob irgendeine Gesellschaft im Ernst ihre Steuerung an spezialisierte theoretisch-praktische Steuerleute, genannt Philosophen, abtritt.

#### 4. Zwei Blicke auf sowjetische und DDR-Auffassungen

Wenn man dem institutionell hochgestellten sowjetischen Philosophen M.T. Jowtschuk glaubt, dann ist die Krise der Philosophie, gar die Rede vom Ende der Philosophie ein typisch bürgerliches Ideologem. Er zeichnet von der Sowjetunion ein Bild, das ein wahres Paradies für Philosophen zeigt. Da wird »die Einflußsphäre der marxistisch-leninistischen Philosophie« ständig erweitert, einer Philosophie, »die immer umfangreichere Schichten des Volkes mit einem ... Programm der revolutionären Umgestaltung der Welt ausstattet« (1318). — Ist hier eine Kompetenz der revolutionären Partei, das Programm der revolutionären Umgestaltung auszuarbeiten, auf die Philosophen übergegangen? Und warten die Massen darauf, von Philosophen programmatisch »ausgestattet« zu werden? Gemessen an marxistischen Vorstellungen von der Selbsttätigkeit der Massen entbehrt die Euphorie, mit der Jowtschuk das Bild von der Herrschaft der Philosophie in der Sowjetunion zeichnet, nicht der makabren Züge. Triumph: »die Rolle der Wissenschaft (und auch die der Philosophie) bei der Leitung der Gesellschaft wächst wie nie zuvor« (1323), den »Sinn des Lebens und der Tätigkeit der Menschen erschließt in theoretischer Hinsicht bekanntlich die wissenschaftliche Philosophie...« (1324), »es erhöht sich die Rolle der logisch-methodologischen Funktionen der Philosophie ... Auch die 'ontologischen' Funktionen der Philosophie ... gewinnen immer mehr an Bedeutung...« (1325) — All dieses philosophische Wachstum ins Überdimensionale ist möglich, weil die Philosophie »eine wirksame und universelle Methode« besitzt (1326). Welche? Jowtschuk sagt darüber in der zitierten Rede nichts. Er würde wohl auf die dialektische Methode des Marxismus verweisen. Aber vom Standpunkt der Ausarbeitung und Anwendung materialistisch-dialektischer Methodik wird man die Situation weniger triumphal bestimmen. Zentrales ist erst skizzenhaft ausgeführt. Schlimmer sind die stattlichen Gedankengebäude rasch veralteter Lehrbücher, in de-

nen eine »wissenschaftliche Ideologie« dauerhaft-repräsentativ dargestellt werden sollte. Wie ein Alptraum erheben sich solche Gebäude über die Wissenschaften. Rheinberger formuliert nur die ursprüngliche Einsicht von Marx und Engels, wenn er dagegen feststellt, die Philosophie als besondere »Denkweise« habe »auf der Ebene der empirischen Gewinnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und ihrer Konzeptualisierung nichts zu suchen«. Und er fährt fort: »Es führt in Sackgassen, wenn philosophische Kategorien wissenschaftlichen Begriffen substituiert werden.« (Rheinberger 1980, 65) Im Forschungsprozeß der empirischen Wissenschaften träten keine Probleme auf, welche »die Mittel der Philosophie zu ihrer Lösung erfordern«. Die Philosophie sei als »mitkonstitutive« theoretische »Randbedingung« der Wissenschaften von Belang: als *Interpretation* wissenschaftlicher Welterkenntnis und Welterklärung (ebd.). Auch in dieser Hinsicht besteht aller Anlaß, die Situation weniger triumphalistisch als Jowtschuk zu zeichnen. Die an sich selbstverständliche Aufgabe der Fortentwicklung philosophischen Denkens auf Grundlage neuer Erkenntnisse der Wissenschaften und der neuen historischen Erfahrungen ist im Marxismus-Leninismus immer wieder Desiderat geblieben, und daß hier eine *Aufgabe* besteht, wurde immer wieder durch triumphierende Töne wie die hier zitierten überdeckt.

Bei Wolfgang Eichhorn (1) besteht die besondere Kompetenz der Philosophie in der »materialistischen Entscheidung der Grundfrage der Philosophie«. Ihre Leistung ist »die *prinzipielle* Setzung des allgemeinen materialistischen Ausgangspunktes« (1973, 18). Dies sei der »Ausgangspunkt aller weiteren philosophischen Gedankenentwicklung«. Aus ihm gehe zum Beispiel der Gedanke der Naturgeschichte hervor. — Aber wird nicht hier die selbständige Bedeutung der empirischen Wissenschaften vergessen? Verdankte nicht zum Beispiel der Marxismus, wie Engels betonte, der Biologie (vgl. den Begriff »Zellenform« im »Kapitale«) und der Geologie (mit ihrer genetischen Auffassung der Gesteinsarten) entscheidende Anstöße? — Offenbar wird die materialistische Philosophie bei Eichhorn als prinzipielle Entscheidungsinstanz weltanschaulicher Fragen gegen die Wissenschaften verselbständigt und ihnen in dieser Hinsicht übergeordnet, um eine einheitliche Zusammenbindung zu gewährleisten. Diese Kohärenz und Einheit bleiben jedoch immer gefährdet, und zwar gerade durch die Art ihrer Herstellung. Die »Entscheidung« der Philosophen wird mehr auf die Macht der Administration als die des Gedankens bauen können. Und gerade die »Entscheidungs«-Kompetenz nimmt wiederum der Philosophie selbst ihre mögliche Macht, denn die Entscheidung ist bereits gefällt, verlangt nurmehr nach Begründung und Überwachung. Schließlich demontiert die dezisionistische Form der Materialismusbegründung den Materialismus ebenso wie die Dialektik (vgl. die ausführliche Kritik an dieser Position und den Entwurf einer Gegenposition bei Haug 1978 und 1979).

Wie bei Jowtschuk wird auch bei Eichhorn der Philosophie die Rolle einer Begründungsinstanz für Theorie und Praxis im Sozialismus zugesprochen. Sie konstituiert die ideelle Einheit des Marxismus-Leninismus. Diese wiederum »gibt der Arbeiterklasse das theoretisch-fundierte Bewußtsein ihrer geschichtlichen Lage, ihrer Interessen, ihrer Ziele, der Bedingungen, Wege und Formen ihres Klassenkampfes« (Eichhorn 6; vgl. Haug 1978, 192). In diesem ungeheuerlichen Anspruch der Bewußtseinsbringung zeichnet sich ein Schachtelverhältnis von Macht ab, zumindest von nomineller Macht. Dabei wird die Philosophie artikuliert als erste (und »letzte«) Instanz der Begründung und Vereinheitlichung des »Systems« von »Lehren« (Eichhorn ebd.), das »dem Marxismus-

Leninismus\* (= der Partei?) dazu dient, der Arbeiterklasse das Bewußtsein von ihren Interessen, Zielen und Wegen, kurz, von sich selbst zu geben. Die Philosophie als Ursprung des Klassenbewußtseins? Aber wird sich eine Arbeiterklasse jemals eine solche Philosophengabe gefallen lassen? Ist Bewußtsein überhaupt etwas, das man sich von anderen machen lassen kann? Oder ist dieser ganze Diskurs nur die verrückte Art, die Philosophen in die politische Pflicht zu nehmen? Und was der Fragen mehr sind, die hier erst anfangen.

## 5. Gramsci und Brecht

Gramsci schärft ein — wie nach ihm Brecht —, zunächst zur Kenntnis zu nehmen, »daß alle Menschen 'Philosophen' sind« (Gramsci 1967, 129) und nicht nur die schwerverständlichen Spezialisten. Er schlägt vor, den Zusammenhang zwischen der spontanen, alltäglichen »Jedermannsphilosophie« oder »Popularphilosophie« und der ausgearbeiteten Theorie aufrechtzuerhalten. Die philosophische Arbeit besteht in der Vereinheitlichung, in der Herstellung von Kohärenz. Die spontane Jedermannsphilosophie ist aus heterogenen Elementen zusammengesetzt. Solche Philosopheme vermitteln die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder Formationen, sind also nicht bloß folgenlose Meinungen, sondern bewirken *ideelle Vergesellschaftung* der Individuen (vgl. zu diesem Begriff PIT 1979, 180ff.). »Ist die Weltanschauung nicht kritisch und kohärent, sondern zufällig«, heißt es bei Gramsci, »dann gehört man gleichzeitig einer Vielzahl von Massenmenschen an, die eigene Persönlichkeit ist auf bizarre Weise zusammengesetzt: Man findet in ihr ... lokale Vorurteile aller vergangenen geschichtlichen Phasen und zugleich Intuitionen einer zukünftigen Philosophie, die dem in der ganzen Welt geeinten Menschengeschlecht eigen sein wird.« (130) An dieser zukünftigen Philosophie der gesellschaftlichen Menschheit mitzuarbeiten, heißt an der Einigung der Menschheit mitzuarbeiten. Wir kommen auf diese Perspektive zurück; halten aber fest mit Gramsci, daß es »tatsächlich keine Philosophie im allgemeinen« gibt (132), daß »alle Menschen 'Philosophen' sind« und daß in die kritische und kohärente Ausarbeitung der Philosophie ein Moment der Praxis, enger: der Politik eingeht. Und die Philosophie wird man »los« nur um den Preis der inkohärenten, unkritischen, zusammengestückten Philosophie. Denn was wir »Philosophie« nennen, ist praktisch relevant als Orientierung und zur Festigung von sozialem Zusammenhalt. Die Bemühung um philosophische Kohärenz ist daher letztendlich immer auch die Bemühung um soziale Kohäsion, um Vergesellschaftung. Und hier stellt sich die ideologietheoretisch grundlegende Frage nach den Kompetenzen und Instanzen ideeller Vergesellschaftung-von-oben im Gegensatz zur Selbstvergesellschaftung (vgl. PIT 1979, ebd.).

Einen ungemein wichtigen Beitrag zur marxistischen Philosophie leistete Bertolt Brecht. Wir können geradezu von einer Brechtschen Linie im deutschen Marxismus sprechen. Und doch ist dieser Beitrag erst von wenigen erkannt (zu den Gründen für die Verdrängung des philosophischen Werks Brechts vgl. Haug 1980, 7ff.). Einen Zugang bieten vor allem folgende Schriften: »Me-ti — Buch der Wendungen« (GW 12), »Notizen zur Philosophie« (GW 20), »Marxistische Studien« (GW 20) und »Der Messingkauf« (GW 16).<sup>4</sup> Wie Gramsci geht Brecht nicht vom professionellen, sondern von dem im Volk verbreiteten Philosophieverständnis aus. Fürs Volk handelt einer »wie ein Philosoph«, wenn er Haltung bewahrt, Schläge einstecken kann. Brecht ergänzt diese subalterne Auffassung ins Aktive, Strategische, um die Fähigkeit, Schläge austeilten zu

können. Von Haltung und Verhalten unter widersprüchlichen Bedingungen handelt ein Teil seiner philosophischen Schriften. Daneben entwickelt er Orientierungen theoretischer Praxis, eine Lehre vom eingreifenden Denken, vom Umgang mit Texten, von der Bildung von Theorien. Im Zusammenhang einer Kritik der Intellektuellen behandelt er auch den professionellen Philosophen (vgl. »Brechts Tui-Kritik« 1976).

Bei Brecht liegt der Akzent auf einer anti-ideologischen Philosophie, einem Denken der Praxis von unten.<sup>5</sup> Entwirrung der großen Verwirrung ist ein Aspekt, Weisheitslehre ein zweiter, Theorie der theoretischen Praxis vom Standpunkt der Elemente einer sozialistischen Gesellschaft ein dritter.

Von Gramsci und Brecht läßt sich für unsere Frage u.a. lernen, den Philosophengrößenwahn zu vermeiden und gerade dadurch spannende Aufgaben fürs Philosophieren zu erschließen. »Philosophieren« in Gramscis weitem Sinn ist ein notwendiges Element aller gesellschaftlichen Lebenstätigkeiten. Das Ausarbeiten und die Zusammenfassung solcher Elemente, das Organisieren ihrer Öffentlichkeit und Diskussion, sind solche »philosophischen« Aufgaben.

## 6. Sève

Wie in jeder Lebenstätigkeit ist »Philosophieren« auch wirksam in jeder *wissenschaftlichen* Tätigkeit. Diese Seite wird von dem französischen Kommunisten Sève behandelt. Er wendet sich gegen jede »spekulative Auffassung der Philosophie und ihrer Vollmachten« (Sève 1972, 42), vor allem auch gegen »jede willkürliche Wahlentscheidung für ethische Werte« (56). Wenn wir uns an die philosophische Vollmacht zu prinzipieller Setzung des dialektischen Materialismus bei Eichhorn erinnern, verstehen wir, daß hier eine andere Anordnung der Instanzen und Kompetenzen erstrebt wird. Zu leitenden Kategorien für die Selbstverständigung der Philosophen über ihre Aufgaben werden Begriffe wie »Reflexion« und »epistemologische Richtschnur« (45), was wohl besser mit *Leitfaden* übersetzt würde, denn dies ist der Begriff, mit dem Marx und Engels Stellung und Funktion der allgemeinsten theoretischen Abstraktionen faßten (vgl. Haug, 1975, 657ff., und 1976, 664ff.). Philosophie ist für Sève »Reflexion auf der Stufe der allgemeinen Kategorien und Grundsätze der Weltanschauung« (44).

Sève hält am wissenschaftlichen Anspruch der Philosophie fest und bestimmt ihr Verhältnis zu den Einzelwissenschaften näher am Beispiel der Psychologie. Solange die Psychologie sich nicht »durch den Aufbau der wissenschaftlichen Theorie der Persönlichkeit endgültig als ausgereifte Wissenschaft konstituiert hat«, habe die marxistische Philosophie die Funktion einer »epistemologischen Richtschnur« (59); sie vermag der Psychologie »die allgemeine wissenschaftliche Auffassung vom Menschen ..., frei von jedem Dogmatismus« (57), vorzugeben. Sie kann das aber nur, wenn sie den Abstraktionscharakter und die empirische Grundlage dieser »allgemeinen Auffassung« berücksichtigt. Vor allem wäre es schädlich, das Verhältnis zwischen Philosophie und Einzelwissenschaften, im Gegensatz zur Logik der Abstraktionsgewinnung, so zu bestimmen, als hätten die Einzelwissenschaften die fragwürdige Ehre, die allgemeinen Auffassungen der Philosophie zu bestätigen. Einzelwissenschaftliche Ergebnisse können auch falsche Allgemeinheiten zu bestätigen scheinen. Und ungeheuren Schaden angerichtet hat in der Geschichte des Marxismus die naive Ansicht, »die wissenschaftlichen Wahrheiten schlummerten wie lauter Dornröschen seit Begründung der marxistischen Philosophie in deren Innerem« (45). Das Abstrakte der wissenschaftlichen Philosophie kann



nur aus dem Konkreten abgeleitet sein, und es enthält, wie wir hinzufügen, ein unaufhebbares »Risiko«. Das Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften ist daher ein Wechselverhältnis logisch ungleicher Instanzen, wobei wir nie vergessen sollten, daß man das philosophische Element nicht los würde; das Wechselverhältnis operiert auch im Innern jeder Einzelwissenschaft, wengleich unexpliziert.

## 7. Althusser

Für diese unexplizierte »Philosophie« in den empirischen Wissenschaften hat der französische oppositionelle Kommunist Louis Althusser (1974), vor allem im Blick auf die Naturwissenschaften, den Begriff der »spontanen Wissenschaftlerphilosophie« eingeführt. In der ursprünglich 1967 gehaltenen Vorlesung über »Philosophie und spontane Wissenschaftlerphilosophie« will er eine Einführung in die Philosophie geben, aber nicht als Einführung in eine Theorie, sondern als »eine Beschreibung ihrer Seins- und Handlungsweise: sagen wir *ihrer Praxis*« (1974, 12). Die philosophischen Positionen beziehen sich nach Althusser nicht auf Theorie, sondern auf Praxis, sind also nicht wahrheitsfähig, sondern richtig/unrichtig (juste — die Bedeutung schillert von recht, richtig, bis gerecht). Es ist der gleiche Begriff, mit dem in der Politik die richtige Linie artikuliert wird und der mit dem Begriff »Rechtfertigung« in Zusammenhang gebracht werden kann (14). Propositionen (Aussagen) beziehen sich theoretisch auf Sachverhalte und können in dieser Hinsicht wahr/falsch sein, »aber als 'richtige' Propositionen sind sie von der *Praxis* heimgesucht« (14). Die Philosophen nehmen sich dieser praktischen Linienfragen in aller Theorie an. Sie tun es immer, aber sagen es so gut wie nie. »Wir sagen es ... Indem wir es anerkennen, sagen, denken, trennen wir uns von ihnen.« (15) Die implizite Philosophie explizit praktizierend, transformieren wir sie.

Die große Mehrheit der Philosophien hat die Wissenschaften »für apologetische Zwecke ausgebeutet«, d.h. im Sinne der »praktischen (religiösen, moralischen, juristischen, ästhetischen, politischen usw.) Ideologien« (83). Im Unterschied zur religiösen Philosophie zieht die spiritualistische nicht den Gewinn *ad maiorem gloriam Dei*, sondern allenfalls für den »Gott der Philosophen«, d.h. zugunsten der »*Freiheit*« des (menschlichen) Geistes, der, wie jeder weiß, sich in der — sei es wissenschaftlichen, moralischen, sozialen, ästhetischen oder sogar religiösen — 'Schöpfung' manifestiert« (87). So beutet die Philosophie fast immer die Leistungen und Lücken der Wissenschaft aus für die »praktische Ideologie der *Moral*« (90). Die Moral ist immer ein ideologisches Komplement (oder Supplement), das von einer andern Ideologie abhängt (bei den Griechen von der Politik, im Mittelalter von der Religion, in der bürgerlichen Epoche vom Recht). Auf diese Weise organisiert die Philosophie mit am ideologischen Subjekt-effekt einer Epoche (vgl. dazu PIT 1979, 118ff.). Das *Rechtssubjekt* sei die praktisch-ideologische Grundlage aller bürgerlichen Philosophie (94). Bewußtsein (als Eigentümerinstanz) und Objekt (als Eigentum) würden (unbewußt) von da her gedacht. Die Kenntnis dieser Abhängigkeit und der ideologischen Kämpfe sind für die Philosophen unerlässlich, um deren Effekte zu »berichtigen« (97). Unter der spontanen Wissenschaftlerphilosophie versteht Althusser nicht die Weltanschauung von Wissenschaftlern, »sondern nur die Ideen, die sie (bewußt oder nicht) im Kopf haben bezüglich ihrer wissenschaftlichen Praxis und der Wissenschaft« (100). Diese Ideen sind widersprüchlich. Einem internen Element materialistischer Annahmen, das der naturwissenschaftlichen Praxis entspricht, steht ein externes, ideologisches gegenüber. In der Regel

dominiert das ideologische (idealistische) das wissenschaftliche (materialistische) Element (102f.). Die beiden Elemente stehen im Kampf und in einem bestimmten Kräfteverhältnis zueinander. Aufgabe materialistischer Philosophie ist es, im Bündnis mit dem normalerweise dominierten wissenschaftlich-materialistischen Element die »philosophischen Kräfteverhältnisse« in den Wissenschaften zu verändern. Dabei kann es aber nicht um die »Anwendung« einer fertigen Philosophie gehen, vielmehr um einen Kampf (114), innerhalb dessen die dialektisch-materialistische Philosophie in einem unabschließbaren wechselvollen Prozeß konstituiert wird. Denn in der Philosophie ist jeder Platz bereits besetzt. So wird nach diesem Verständnis von Althusser die materialistische Philosophie im Bündnis mit den normalerweise dominierten Elementen der wissenschaftlichen Praxis den Kampf gegen die praktischen Idealismen der Ideologien führen.

Althusser hat zur Diskussion um die Bestimmung der Philosophie eine ganze Serie höchst einprägsamer Formeln beigesteuert. Wenn ich sage »Serie«, so ist darunter eine Abfolge von Definitionen zu verstehen, deren jede die vorhergehende widerruft. Wir betrachten die beiden Extreme dieser Serie. 1. Extrem: Philosophie ist Theorie der theoretischen Praxis, wobei theoretische Praxis der Begriff für wissenschaftliche Tätigkeit ist, zumindest für deren theoretischen Rahmen und ihre theoretischen Momente und Verallgemeinerungen. 2. Extrem: Die Philosophie ist, »in letzter Instanz, Klassenkampf in der Theorie« (1973, 37).<sup>7</sup> Das erste Extrem, vertreten etwa in »Lire le Capitale«, verfällt später der Kritik, eine spekulative These zu sein, die theorizistisch die Philosophie auf das Denken wissenschaftlicher Praxis beschränke (1975, 61). »Indem ich sie theoretisch überschätzte, habe ich sie politisch unterschätzt.« (95) Stattdessen wird nunmehr das Denken der Gegensätze zur Wesensbestimmung der Philosophie. Ihr Gebiet ist bestimmt durch »das stellvertretende Aufeinanderprallen von Tendenzen« (87f.). Dieses Aufeinanderprallen gesellschaftlicher Tendenzen in der Abstraktionsform des Philosophischen fällt aber nicht nur in das philosophische Gebiet, sondern ist für das Philosophische als solches konstitutiv. Philosophieren ist Kämpfen in Gedanken. Die gesellschaftliche Zerrissenheit ist mithin (wie bei Hegel) die Ausgangssituation der Philosophie, und, in schroffem Gegensatz zu Habermas, »Universalisierung kraft Vernunft« wäre bloßer Schein, allenfalls Kriegslüge. Ja, die vernünftige und verantwortliche Subjektivität, diese identitätsstiftende Instanz bei Habermas, wird als Quintessenz der bürgerlichen Ideologie analysiert: »Diese Ideologie des Menschen als Subjekt, dessen Einheit durch das Bewußtsein gesichert ... ist« (1977b, 98).

So richtig es ist, daß gesellschaftliche Gegensätze nicht weggedacht werden können, auch nicht philosophisch, bzw. daß das Wegdenken bestehender Gegensätze nur eine sich selbst wahrheitswiderig dementierende Form ihrer Ausfechtung ist, so ruinös ist der Preis, den Althusser für das Denken dieses Sachverhalts zu zahlen bereit ist. Der Anspruch des Begreifens verschwindet: »In der Philosophie denkt man nur in Metaphern« (1975, 81). »Theoretische Irrtümer gibt es nur als wissenschaftliche ...«, nicht in der Philosophie; hier hat man es »mit Tendenzen zu tun, die sich auf dem existenten theoretischen 'Kampfsplatz' gegenüberstehen.« (1975, 84) Die Wahrheit wird durch Kriegsglück substituiert. Die Kategorien zur Erfassung des philosophischen Prozesses werden abgeleitet aus den Regeln der Taktik, nach denen man auf diesem Kampfsplatz — dem Ideenmarkt — Geländegewinne erzielen kann. Zentrale Kategorien für die Reflexion des Philosophischen sind die Begriffe »Thesen« bzw. »Positionen«. Thesen sind »Lehr-

sätze, die nicht der gleichen Modalität folgen wie wissenschaftliche Lehrsätze, sondern theoretisch-*praktischen* Charakter haben«, worunter aber nur verstanden wird, daß sie geeignet sind, Wirkungen hervorzurufen im ideologischen Klassenkampf (1975, 85). »Richtigkeit« (justesse) ist die Kategorie, mit der diese Eigenschaft bezeichnet wird. Der Gegenbegriff dazu ist »Abweichung« (déviation). Wie Althusser den Begriff »Position« bestimmt, läßt sich nur am französischen Sprachmaterial exemplifizieren. (Althusser arbeitet wie Lacan bei allen seinen entscheidenden Kategorien mit Wortspielen.) »Une position est posée et prend position en occupant une position sur et contre d'autres positions.« »Eine Position wird gesetzt und nimmt Stellung, indem sie eine Stellung auf (und im Gegensatz zu) andern Positionen besetzt.« (1975, 85)

Wird hier das Sich-Durchsetzen-Wollen, eine Art Wille zur Macht (oder zum Markt), zum Wesen der Philosophie erklärt? Anscheinend zögert Althusser nicht, die Kategorien aus dem Marketing der Ideen abzuleiten, also publizistische Gesetzmäßigkeiten an die Stelle wahrheitsfähig gemeinter Erkenntnisversuche zu setzen. Althusser stellt diese Position in die Nachfolge von Lenin. Er bezieht sich auf ein Gleichnis, das Lenin einmal gibt, und zwar das Gleichnis vom verbogenen Stab. Althusser nennt es unangemessenerweise die »Theorie« vom verbogenen Stab.<sup>8</sup> Wie also kann man einen verbogenen Stab wieder zurechtbiegen? Nur so, daß man ihn in entgegengesetzter Richtung verbiegt. Böge man ihn nur soweit, daß er gerade ist, würde er immer wieder zurückschnappen in die Verbiegung. Man muß ihn daher so weit biegen, daß er zurückschnappt in die Gerade. Von diesem Gleichnis sagt Althusser, es scheine ihm »eine ganze Theorie von der Wirksamkeit des Wahren zu enthalten«. Er übergeht, daß es auch die Wirkungsweise des Unwahren beschreibt. Es bleibt immer etwas hängen, sagt das Sprichwort. Im übrigen, was beschreibt er anderes, wenn man seinen Gedanken in der stärksten möglichen Bedeutung nimmt, als die sonst von ihm so geschmähte Negation der Negation? Das volle Evidenzgefühl löst das Gleichnis vom verbogenen Stab in der Deutung, die Althusser ihm gibt, nur beim französischen Leser aus. Denn der Stab, der verbogen ist, fléchi, muß refléchi/réfléchi, reflektiert werden. So schickt uns das Gleichnis zurück zur Bestimmung der Philosophie als Reflexion, wenn auch, auf wunderbare, weil in der Evidenz des Wortspiels verborgene Weise, um die Bedeutung bereichert, daß eben diese Reflexion den Klassenkampf in der Theorie darstelle, Gegenverbiegung. Die Strategie der Gegenverbiegung verschmilzt bei Althusser mit der Technik des Wortspiels. Dieses schafft überraschende Bedeutungen durch sozusagen antisemantische Verkopplungen, die über Ähnlichkeiten der Zeichenkörper laufen (bei Unähnlichkeit von deren regulären Bedeutungen). Solche Verkopplungen entsprechen der »unlogischen« Logik des Unbewußten. Das Wortspiel als Träger einer Botschaft schafft daher einen Block von Bewußtem und Unbewußtem, überzeugt zunächst rein durch die Spracharbeit, stärker als jedes rationale Argument. Jede Botschaft, unabhängig von der Art ihrer Parteilichkeit und von ihrer Un-/Wahrheit könnte derart vorgebracht werden. In der Philosophiegeschichte haben vor allem Geheimlehren sich dieser Form bedient. Diese Lehrform ist als solche esoterisch und autoritär, weil sie nicht argumentiert, weil sie dem Adressaten keine Wahl läßt, als unbedingte Annahme oder, soweit er dem Sog widersteht, Ablehnung. Der Wortspieler übt Macht aus. — Auch die durchgearbeitete Redeweise eines Brecht übt Macht aus. Aber in Form und Inhalt ist diese Macht ergreifbar, aneigenbar dargeboten. Brecht gibt Kompetenz weiter. Althusser und Lacan konzentrieren sie bei sich, machen von sich abhängig. Kommt diese

Lehrweise nicht dem nahe, was man nach Althusser in der Schule lernt, nämlich »die Gehirne mit dem notwendigen Respekt, d.h. mit der entsprechenden Verachtung, Nötigung und Demagogie zu behandeln« (1977, 128)?

Nachdem die bei Althusser verkümmerte Seite stärker gemacht ist, bestätigen wir um so nachdrücklicher das relative Recht seiner übertreibenden Antithesen. Philosophie ist immer zugleich gegensätzliches Denken und Denken des Gegensatzes; Versöhnung in der Philosophie ist allenfalls dem ideologischen Schein nach möglich; und hinter den »Ideenverhältnissen«, die wir auf dem Gebiet der Philosophie vorfinden, stehen gesellschaftliche, wenn auch durch eine Reihe von Zwischengliedern (die Althusser übergeht) vermittelte Kräfteverhältnisse. Wir stimmen selbst der Formulierung zu, »daß der Überschuß in der Thesenformulierung zur Philosophie dazugehört« (1977a, 57). Aber die Bedeutung, die Althusser dieser Formulierung gibt, ist die der Rechtfertigung einer funktionalen Unwahrheit, einer Wahrheit preisgebenden Gegen-Übertreibung, und dieser Bedeutung sollten wir nicht folgen. Wenn Althusser im gleichen Kontext seine eigene philosophische Praxis umschreibt: »Was also in praktischem Zustand existierte, habe ich lediglich versucht, begrifflich zu formulieren« (1977a, 65), so deutet dies auf ein anderes Philosophieverständnis. Im Kontext expliziert Althusser, was unter »begrifflich« zu verstehen ist. Dabei verwendet er im Französischen den deutschen Ausdruck »Begriff« (die Rede ist von der Kritik der politischen Ökonomie von Marx): »'Das Kapital' denkt immerzu in der Form der Topik. Durch sie kann sich die theoretische Determination in eine praktische Entscheidung verwandeln, weil sie die Dinge so ausbreitet, daß die Arbeiter, an die sich Marx richtete, sie ergreifen können. Der 'Begriff', der ein In-den-Griff-Nehmen ist, wird bei Marx zur theoretisch-praktischen Anordnung einer Technik, zum Mittel einer praktischen Ingriffnahme der Welt.« (1977a, 67) Dieser Anspruch hält nun doch an der Wahrheitsfähigkeit fest. Woran Althusser scheitert, ist letztlich das Begreifen dessen, was als »bestimmte Negation« bezeichnet werden kann, das Verhältnis von Standpunkt, sozialistischer Perspektive und Begriffsbildung, wie es bei Marx praktiziert ist (vgl. dazu Haug 1973, 143ff.).

## 8. Sánchez Vásquez, Holz und Sève über den ideologischen Charakter von Philosophie

Für den spanisch-mexikanischen Kommunisten Adolfo Sánchez Vásquez ist »die Philosophie von ihrem Anfang an interessenbezogene Lektüre der Welt, als reiner Akt der 'Liebe zum Wissen' präsentiert...« (1980, 40). Daher erklären sich Vielheit und Gegensätzlichkeit der Philosophien. Und da Sánchez Vásquez den Interessenbezug als Definitionsmerkmal des Ideologischen nimmt, bestimmt er die Philosophie als »ideologisch von ihrer eignen Natur her« (42). »Im Unterschied zu den Philosophien, die ihren ideologischen Gehalt ignorieren..., nimmt der Marxismus bewußt seine ideologische Natur auf sich, d.h. seine Verbindung mit der Ideologie der gesellschaftlichen Klasse, die die Rolle der entscheidenden sozialen Kraft bei der Gesellschaftsveränderung spielt.« (Ebd.) Sánchez Vásquez sieht vier Grundproblematiken heutiger marxistischer Philosophie, an denen sich jeweils bestimmte Richtungen oder Strömungen festmachen: 1. Die ontologische Problematik mit der Frage nach dem Verhältnis von Sein und Bewußtsein. 2. Die humanistische Orientierung mit dem Grundproblem der Entfremdung und Emanzipation des Menschen. 3. Die epistemologische Richtung mit der Frage nach dem Marxismus als Wissenschaft oder als theoretische Revolution. 4. Die praxeologische Strömung mit dem Grundproblem der Praxis als unauflöslicher Einheit von Theo-

rie und Praxis. Diese vierte Strömung hält Sánchez Vásquez für die philosophisch angemessenste. In der Praxis »artikuliert sich der Marxismus in seiner dreifachen Dimension« (44): als Projekt der Veränderung, als Kritik des Bestehenden und als Wissen von der zu verändernden Wirklichkeit. Ästhetik und Ethik sind Teilgebiete einer solchen praxeologischen Richtung. In Bezug auf die Ästhetik formuliert Sánchez Vásquez ein Programm, das angesichts der neu aufgeflamten ideologietheoretischen Debatte aktuell ist: »ihre ideologische Funktion begreifen ohne sie auf Ideologie zu reduzieren«. (44) Schließlich verpflichtet Sánchez Vásquez die marxistischen Philosophen auf die Unaufhebbarkeit von Diskussion und Streit *innerhalb* des Marxismus, also gegen jeden Monopolanspruch. Daher wendet er sich auch gegen die »Ideenfriedhöfe der Handbücher...« (45).

Auch für H.H. Holz hat Philosophie »stets den Charakter von Ideologie«, »weil ins 'Ausdrücken der Welt' die Weise des Ausdrückens ... mit eingeht«; dies müsse nicht prinzipiell bedeuten, daß die Philosophie »Täuschung über die Wirklichkeit« sei; sie entgehe dem, sofern »dieses Ausdrücken sich ... am Kriterium der Praxis, also der wirklichen Beziehung des tätigen Subjekts zur Welt, orientiert« (Holz 1977).

Auf andere Weise als bei Althusser, Sánchez Vásquez und Holz ist auch bei Sève das Verhältnis von Philosophie, Wissenschaft, Ideologie und revolutionärer Perspektive widersprüchlich artikuliert. In seiner »Einführung in die marxistische Philosophie« weist Sève der materialistisch-dialektischen Philosophie die Aufgabe zu, eine wissenschaftliche Weltanschauung in der Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft zu entwickeln. Dazu muß sie sich gegen das Ideologische richten. Denn Ideologie ist »das unbewußt verkehrte Bewußtsein der wirklichen Verhältnisse« (Sève 1980, 140). Diese Definition gewinnt Sève aus der Lektüre der »Deutschen Ideologie«. Aber die Verkehrung geschieht nicht eigentlich im Bewußtsein, sondern dieses »reflektiert eine wirkliche Verkehrung« (142). Die Ideologiedefinition ist daher unbefriedigend. Ideologie müßte in der Logik der »Deutschen Ideologie« bestimmt werden als *Bewußtsein undurchsicht verkehrter Verhältnisse*, nicht als Bewußtsein, das im Gegensatz zu den wirklichen Verhältnissen steht. Die »Verkehrung« besteht in der Herrschaft fremder bzw. entfremdeter gesellschaftlicher Mächte (144), »... der Markt, der Staat, das Recht usw. scheinen mit einem Eigenleben begabt...« (141). Als von diesen Instanzen »spontan umfaßtes« (spontanément enfermée) ist das Bewußtsein verkehrt. Insofern die klassenlose Perspektive das »radikale Ende der Herrschaft jeder fremden gesellschaftlichen Macht« beinhaltet, ist sie auch radikal antiideologisch. Angesichts des im Leninismus verbreiteten (vom marx-engelsschen abweichenden) Ideologiebegriffes räumt Sève etwas unvermittelt ein, der Marxismus sei »gewiß noch Ideologie im weiten Sinn des Begriffs, d.h. historisch bestimmter Reflex der Wirklichkeit...« (145). Später kommt noch ein anderer Akzent hinzu. »Wenn die marxistische philosophische Theorie also in der Partei und in den Massen eine *ideologische Existenz* hat, dann in einem historisch modifizierten Sinn des Ideologiebegriffs, d.h. in dem Sinn, in dem die ideologische *Form* des gewöhnlichen Bewußtseins, verschieden von der des wissenschaftlichen Wissens und von der Erkenntniskritik, das Vehikel eines theoretisch richtigen *Inhalts* sein kann...« (578).

### Wie nun?

Es ist, als entginge uns der Sinn unseres Tuns. Warum ist es so schwierig zu sagen, was der Sinn philosophischer Tätigkeit ist? Distanz zu den Formeln und Definitionen

— gehört diese Distanz bereits zur philosophischen Haltung? Vielleicht ist es so, daß dem Philosophieren eine Unruhe, ein Klärungsverlangen, ein Bedürfnis nach Einklang von Leben und »Sinn« zugrundeliegt, ein Bündel von Impulsen, die dann gesellschaftlich kanalisiert werden, die sich verlieren, indem sie sich im Institutionengefüge und im philosophischen Diskurs gewinnen. So entgeht womöglich diesem emphatischen Nachdenken, genannt Philosophieren, seine Triebkraft.

Jedenfalls entscheidet sich alles am Verhältnis zum offiziellen Diskurs. Er ist das gesellschaftliche Unbewußte der Philosophie; er muß in seiner Konstitution begriffen werden. Kritische und materialistische Philosophie muß daher zunächst Gesellschaftstheorie sein, sowie Analyse der gesellschaftlichen Produktion von Bedeutung. Da für sie in der herrschenden Ideologie ein Platz und eine Form vorgesehen sind, muß sie immerfort an deren Auflösung arbeiten. Materialistische Philosophie denkt sich selber »von unten«, muß bestrebt sein, in den Schulen, in den Diskursen der Gesellschaft Repräsentationen der »Unteren«, des »Volkes«, der Arbeiter, der Frauen, der anderen emanzipatorischen Interessen einzubringen.

Mit den Methoden der Wissenschaft werden wir die für die Emanzipation nützlichen Methoden und vor allem eine »Sprache« aufnehmen aus den sozialen Bewegungen, an ihrer Kohärenz arbeiten, sie zurückgeben. Kritisch wird diese Tätigkeit, insofern sie wie Hefe im Teig der sozialkritischen Bewegung wirkt.

Gegen die herrschende Artikulation von Arbeit, Wissenschaft und Kultur wird sie, mit den Mitteln und auf dem Niveau der wissenschaftlichen Entwicklung und der kulturellen Prozesse, die Selbstartikulation dieser Kräfte fördern. Die herrschende »Artikulation« ist ja nichts anderes als die gesellschaftliche Anordnung der unterschiedlichen Produktivkräfte, Praxen, Kompetenzen. Unterschiedliche Arten von Grenzen überlagern sich: die Grenzen der horizontalen Arbeitsteilung (das »Nebeneinander« unterschiedlicher Spezialisierungen) mit denen der vertikalen Arbeitsteilung (Befehlshierarchien); die Bereiche der ideologischen Mächte und die Grenze zwischen »Privatleben«, »Erwerbsleben« und »öffentlicher Existenz« usw. In dieser hier nur flüchtig skizzierten Anordnung ist das System der gesellschaftlichen Herrschaft und ihrer ideologischen Reproduktion beschlossen. Die Abgeteiltheit der Bereiche von den andern, vor allem das Voneinander-Abgeschottetsein der produktiven Elemente von Arbeit, Wissenschaft und Kultur, über deren Verbindung von »oben« entschieden wird, von den Kapitalmächten und von den Staatsmächten, begründet ihre umfassende Inkompetenz oder, was dasselbe ist, das Umfaßtsein ihrer Spezialkompetenzen. Das Ganze — oder die partialisierenden relativen Ganzheiten, die das System nur ermöglicht — sind Sache der Herrschenden.

In dieser Anordnung tritt die Philosophie als ein verknoteter Widerspruch auf. Wo alle andern Elemente mehr oder weniger inkompetent sind, erklärt sie sich für kompetent, und der Beifall von oben ermahnt sie zu angemessener Auslegung dieser Kompetenz. Aber wie ernst machen mit der Zuständigkeit fürs Ganze in Grenzen, die solche Zuständigkeit gerade verneinen? Fachgrenzen und die akademische Schranke sind solche Grenzen, in denen dem an den Universitäten konzentrierten, institutionalisierten, durchregelten und — nicht zu vergessen! — dotierten Philosophieren die herrschende Artikulation unmittelbar von außen begegnet. Solche Begrenzung herrscht sich unmittelbar auf als »Definition« der Philosophie. Ähnlich erfahren auch die anderen ökonomischen und kulturellen Produktivkräfte ihre »Definitionen«. Denn die Artikulation vom

Standpunkt der Herrschenden ist die Desartikulation vom Standpunkt der Beherrschten. Wie für die Arbeiterbewegung, für die Frauenbewegung, für die sich befreienden Kulturen-von-unten usw. ist die eigenmächtige Grenzüberschreitung für kritisches materialistisches Philosophieren daher Programm.

### Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Text ist ein Bruchstück aus einem umfangreicheren Bruchstück von 1977, für die Veröffentlichung überarbeitet und um Hinweise auf neuere Literatur ergänzt.
- 2 »Eine konsistente Begründung der Notwendigkeit von Philosophie als Institution, die nicht hinter das konservativ entwickelte Problembewußtsein zurückfällt, von links steht noch aus, wo man noch weithin unter den Nachwirkungen der von der Studentenbewegung geforderten Abschaffungspolitik leidet.« (Blankenburg 1980, 121)
- 3 Nach Labica (1976, 364) »wäre es illegitim, von einer *marxistischen* Philosophie zu sprechen«, weil der Materialismus im Sinne von Marx »die Philosophie ausschließt« (z.n. Sève 1980, 591, Anm. 7).
- 3a Meine Kritik an dieser Bestimmung der Philosophie als »Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang« sollte nicht verwechselt werden mit der Ablehnung der Leitvorstellung einer *wissenschaftlichen Philosophie*, auch nicht mit der Preisgabe der *wissenschaftlichen Weltanschauung* des Marxismus und des *wissenschaftlichen Sozialismus*. Freilich müßten wir F.O. Wolf in dieser Preisgabe folgen, hätte er mit folgender Charakterisierung recht: »Der Marxismus ist eine 'wissenschaftliche Weltanschauung' im Sinne einer prinzipiellen Lösung aller Welträtsel.« (Wolf 1981, 27) Darin wäre allerdings eine unwissenschaftliche Vorstellung von Wissenschaft enthalten. Vielleicht ist diese Vorstellung insgeheim das Einfalltor sowohl des Dogmatismus als auch der Preisgabe. Wolf überläßt die Wissenschaftlichkeit und den umfassenden Anspruch dem Dogmatismus, der beide zu unrecht besetzt hat. »Der Marxismus als 'wissenschaftliche Weltanschauung' ist in der gegenwärtigen Krise des Marxismus an sein Ende gekommen. Darin besteht gerade der befreiende Charakter dieser Krise aus marxistischer Perspektive.« (Wolf 1981, 28) Der Streit muß aufs Feld der Wissenschaftsauffassung getragen werden; die Befreiung ist keine von der Wissenschaft, sondern eine im Bündnis mit befreiender Wissenschaft. Hier findet die materialistische Philosophie eine ihrer Aufgaben. (Vgl. zum Streit um den Leitbegriff »wissenschaftliche Weltanschauung«: Haug 1975, 658ff. und 1976, 664ff.)
- 4 Vgl. auch »Der Philosoph im Theater« (GW XV, 252ff.). Dort stellt Brecht sich in die Traditionslinie der großen Philosophen, die sich ums Theater gekümmert haben (Aristoteles, Bacon) oder selbst Stücke geschrieben haben (Voltaire, Diderot, Lessing) oder einen Philosophen zum Lehrer hatten (wie Schiller den Kant).
- 5 Frank Benseler (1980, 149) fragt: »Gibt es eine Philosophie der 'Unteren'?« Er bejaht die Frage und schlägt vor, es müßten »die plebejischen Elemente hervorgehoben werden ... mittels politischer Volkskultur und Klassenbewußtsein.«
- 6 Vgl. dazu W.E. Ehrhardt: »Die Philosophie hütet das Urbild absoluter Autonomie, der Freiheit.« (In: Heidtmann 1980, 152)
- 7 In der Regel wird die politische Dimension des Philosophischen von bürgerlicher Seite nicht explizit, sondern implizit betrieben, wenn man von der Philosophie im Faschismus absieht. Ähnlich wie Althusser argumentiert von rechts Bernhard Wilms: »Alle philosophischen Ideen sind im Kern politische Ideen oder sie sind nichts.« (1978, 48; z.n. Blankenburg 1980, 121) Er ruft zum Bruch mit der »gegenwärtigen Heillosigkeit bloßer Reflexionsphilosophie«, die er in Adorno und Habermas verkörpert sieht (Wilms 1978, 23).
- 8 Sève (1980, 591, Anm. 6) spricht von der »Metapher vom verbogenen Stab« und teilt mit, daß sie von Descartes stamme. Er stützt sich dabei auf Ricci (1977), wo eine Kritik der Marxismusinterpretation Althusser entwickelt werde.

## Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W., 1962: Wozu noch Philosophie? In: Ders., Eingriffe. Frankfurt/M.
- Althusser, L., 1973: Antwort an John Lewis, in: H. Arenz, J. Bischoff u. U. Jaeggi (Hg.): Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis. Westberlin.
- Althusser, L., 1974: Philosophie et philosophie spontanée des savants (1967). Paris.
- Althusser, L., 1975: Elemente der Selbstkritik. Berlin/West.
- Althusser, L., 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg.
- Althusser, L., 1977a: Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein? In: Althusser 1977, 51-88.
- Althusser, L., 1977b: Über Marx und Freud, in: Althusser 1977, 89-107.
- Benseler, F., 1980: Plädoyer für Geschichte, in: Heidtmann 1980.
- Blankenburg, M., 1980: Philosophie als Institution. Wandlungen im Selbstverständnis der deutschen bürgerlichen Philosophie im 20. Jahrhundert, in: Heidtmann 1980, 109-125.
- Brecht, B., 1967: Gesammelte Werke (GW). Frankfurt/M.
- Brechts *Tui-Kritik*, 1976 (= Argument-Sonderband AS 11), Berlin/West.
- Brentano, M.v., 1978: Philosophie — Theoriestreit — Wissenschaftspluralismus. (= Argument-Studienhefte SH 3) Berlin/West.
- Brentano, M.v., 1981: Philosophie als Beruf (im vorliegenden Heft).
- Eichhorn (I), W., 1973: Zur Bestimmung des Gegenstands der Philosophie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 21.Jg., H.1, 5-19.
- Gramsci, A., 1967: Philosophie der Praxis. Frankfurt/M.
- Habermas, J., 1975: Die Rolle der Philosophie im Marxismus, in: Ders., Rekonstruktion des historischen Materialismus. Frankfurt/M.
- Haug, W.F., 1973: Bestimmte Negation. Frankfurt/M.
- Haug, W.F., 1975: Wider den bloß verbalen Materialismus (Antwort auf Sandkühler), in: *Argument* 92, 650-701.
- Haug, W.F., 1976: Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit. Antwort auf Tomberg, in: *Argument* 98, 648-667.
- Haug, W.F., 1978: Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus, in: *Argument* 108, 186-201.
- Haug, W.F., 1979: »Ideologische Verhältnisse« in der DDR-Philosophie, in: PIT 1979, 82-105.
- Haug, W.F., 1980: Brechts Beitrag zum Marxismus, in: Aktualisierung Brechts (= Argument-Sonderband AS 50), Berlin/West.
- Heidtmann, B., (Hg.), 1980: Orientierungen der Philosophie (= Dialektik-Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften, Bd.1), Köln.
- Holz, H.H., 1975: NDR-Interview, in: Schickel 1980, 1-20.
- Holz, H.H., 1977: Philosophie als Beruf. (Rundfunkvortrag vom 18.5.1977, NDR, 3. Programm). MS.
- Jowitschuk, M.T., 1973: Die Zukunft der Philosophie in der Sicht des Marxismus-Leninismus und moderner bürgerlicher Konzeptionen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 21.Jg., H.11, 1317-1330.
- Labica, G., 1976: Le statut de la philosophie marxiste.
- PIT 1979: Projekt Ideologietheorie: Theorien über Ideologie (= Argument-Sonderband AS 40). Berlin/West.
- Rheinberger, H.J., 1980: Warum und wie existiert die Philosophie in ihrem Verhältnis zu den Wissenschaften? In: Heidtmann 1980.
- Ricci, F., 1977: Le bâton courbé, in: Annales de la Faculté des Lettres et Sciences humaines de Nice. No.32, 117-129.
- Sánchez Vásquez, A., 1980: Por qué y para qué enseña Filosofía (Warum und wozu Philosophie unterrichten), in: Argumentos, Nov. 1980, Madrid.
- Schickel, J., (Hg.), 1980: Grenzenbeschreibung. Gespräche mit Philosophen. Hamburg.
- Sève, L., 1972: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M.
- Sève, L., 1981: Une introduction à la philosophie marxiste. Paris.
- Wilmis, B., 1978: Offensives Denken. Philosophie und Politik. Opladen.
- Wolf, F.O., 1981: Einwände zu André Gorz' Liquidation des Marxismus, in: Prokla 43.



José María Ripalda

## Marx, Hegel und die Philosophie

### Kritik neuerer Untersuchungen

Norman, Richard, und Sayers, Sean: Hegel, Marx and Dialectic: A Debate. The Harvester Press. Sussex/Humanities Press. New Jersey 1980 (188 S., Ln., 18,50 \$)

Mercier-Josa, Solange: Pour lire Hegel et Marx. Editions sociales, Paris 1980 (207 S., br., 27,10 FF)  
 Furth, Peter (Hrsg.): Arbeit und Reflexion. Zur materialistischen Theorie der Dialektik — Perspektiven der Hegelschen »Logik«. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (Reihe Studien zur Dialektik) (284 S., br., 19,80 DM)

*Norman* und *Sayers* stammen aus der Gruppe »Radical Philosophy«, die Anfang der siebziger Jahre die angelsächsische Alleinherrschaft der analytischen Philosophie vom Marxismus aus in Frage stellte und ihrem isolierenden Akademismus die Rückkehr zu den Wissenschaften und zum Engagement in der Gesellschaft sowie die Öffnung zu den kontinentalen Entwicklungen entgegenstellte. Der Sinn für Pädagogik ist spürbar nicht zuletzt in der Einfachheit der Sprache und der gut durchgeführten Dialogform. *Sayers'* philosophische Grundaussage ist die Bestimmung der Dialektik als konkrete Einheit von Denken und Sein im Gegensatz zur abstrakten Identität der reduktionistischen Metaphysik, denn dialektische Einheit beinhalte in sich auch Unterschied und Gegensatz (89). Diese Bestimmung richtet sich gegen die analytische Philosophie mit ihrer Vorherrschaft des Satzes vom Widerspruch, die *Sayers* verständlich und wirksam kritisiert (137). Weniger überzeugend ist *Sayers'* Grundannahme an sich. Das ungebrochene Vertrauen in die Umgangssprache und ihre philosophische Verarbeitung kennzeichnet von der ersten Zeile an die von *Sayers* vertretene »philosophy of Marxism« (67). Dieses Vertrauen, im Besitz des Schlüssels der Wirklichkeit zu sein — und nicht lediglich eines allgemeinen Hinweises — erhebt über jedes andere Wissen, wie folgendes Zitat verdeutlichen mag:

»Freud betont auch das Unbewußte am Menschen und den irrationalen und neurotischen Charakter eines großen Teils seiner Tätigkeit. Aber nur im Marxismus, im historischen Materialismus finden wir die reichste, vollständigste, entfaltetste Auslegung vom menschlichen Bewußtsein und menschlicher Natur im Allgemeinen, sowie die endgültige Widerlegung des traditionellen Idealismus. 'Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.« (127)

Es scheint also, daß man nach *Sayers* als Marxist von Freud nur einige technische Kenntnisse zu lernen hat, und daß ganz allgemeine Sätze die »reichste, vollständigste, entfaltetste Auslegung« vermitteln. In diesem Punkt fällt *Sayers'* Hegelianismus sogar hinter Hegel zurück, dem die Entsprechung zwischen Aussage und Sein immer auch Problem blieb und der aus dieser Spannung einen entscheidenden Impuls zog. Außerdem kann man Hegel und Marx nicht derselben philosophischen Matrix zuordnen, als ob beide die »metaphysische Weltanschauung« gemeinsam bekämpft hätten; bei Hegel läßt sich eine solche Auffassung natürlich nicht einmal belegen, schon die Funktion der »Metaphysik« in seinen Vorlesungen von 1804/05 zeigt das Gegenteil.

Bei *Normans* Artikeln fällt zunächst seine »philosophische« Darlegung des Marxismus als »Antwort« auf die »zwei philosophischen Traditionen« des »Reduktionismus und des Dualismus« auf (27). Auch bei der sehr klaren Auslegung der Hegelschen Dialektik (29-36) ist die Schematisierung nicht nur groß; auch die Art der Unterscheidung und Zusammenklammerung des logischen und des empirischen Bereiches scheint mir unannehmbar. Engels' Fehler bestand meiner Meinung nach nicht darin, daß er die Hegelsche Dialektik der Begriffe für unvereinbar mit der Dialektik der wirklichen Welt hielt (34), sondern darin, daß er durch die »Umkehrung« der Hegelschen Dialektik ein

Continuum zwischen Wirklichkeit, wissenschaftlicher Sprache und philosophischer Sprache doch für gewährleistet hielt. Gerade diese Kette von Identifizierungen wird von *Norman* als selbstverständlich hingenommen, eine Kette, die auch bei Hegel vorhanden ist, aber mit einer wichtigen Variante: der Polemik gegen die Selbständigkeit der Wissenschaften. Hegel warf seit seiner Dissertation Newton vor, er wäre nicht empirisch und nicht philosophisch genug gewesen. Nach Hegel ist die wahre Physik begrifflich und empirisch zugleich, wenngleich dem Begriff die leitende Funktion zufällt (vgl. *Enzyklopädie* §70, Zusatz am Ende). Was Hegel verwirft, ist die Entwicklung semantischer Felder z.B. der mathematischen Physik, die sich den metaphysischen Fragen verschließen. Und da Hegel keine Beschäftigung mit der Natur ohne Metaphysik versteht, wirft er auch Newton vor, er »überschwemme die physische Mechanik mit einer *unsäglich*en Metaphysik, die — gegen Erfahrung und Begriff — jene mathematischen Bestimmungen allein zu ihrer Quelle hat« (*Enzyklopädie* §70). Oder er interpretiert die Integralrechnung als das implizite Geständnis der unüberwindlichen Schranken und Nebensächlichkeiten dieser formalisierten Sprachen (*Erste Druckschriften*, Ausg. Lasson, S.390). Die *wahre* Mathematik also würde über ihre formalistische Abkapselung durch die äußerliche Reflexion hinausgehen und sich ihrerseits als Agens in jene spekulative Hierarchie integrieren, die auf Leibniz, Kepler, Proclus und Euklid zurückgeht. Der Hegelsche Anspruch zielt eindeutig auf die Verneinung jeder selbständigen Theoriebildung zwischen der direkten Empirie und der Philosophie, das heißt auf die Verneinung der Selbständigkeit der Wissenschaften und ihrer Formalismen. Die direkte Integrierung der Empirie in die philosophische Sprache ist eine Voraussetzung, die *Norman* von Hegel übernimmt. Anscheinend sollen die analytische Philosophie und die moderne Wissenschaftstheorie, ja sogar der naturwissenschaftliche Betrieb überwunden werden, indem man von ihnen keine Kenntnis nimmt.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Übereinstimmung zwischen *Norman* und *Sayers* darüber, daß es eine »materialistische Theorie des menschlichen Geistes« gebe, die sich einerseits der wissenschaftlichen Ergebnisse bediene, die aber gleichzeitig einen kontroversen Rahmen hinter ihnen annehme, der für sie rückwärts bestimmend werden könnte. Das scheint mir eher der Beziehung zwischen Wissenschaften und Philosophie in Hegels *Enzyklopädie* (z.B. §§268, 270, Zusätze) zu entsprechen, als der *Deutschen Ideologie*, wo Marx klipp und klar sagt:

»Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen. (...) Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium. An ihre Stelle kann höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate treten, die sich aus der Betrachtung der historischen Entwicklung der Menschen abstrahieren lassen.« (MEW 3, 27; cfr. MEW 20, 24f.)

Eine »materialistische Theorie des menschlichen Geistes« kann nach diesem Text nur von den Wissenschaften gegeben werden.

Zuletzt muß bemerkt werden, daß mir trotz alles Richtigen, das *Norman* und *Sayers* über Hegel zu berichten wissen, ihr Verfahren der klassischen Ideengeschichte auf Grund von Zitaten nicht zu genügen scheint. Diese doxographische Methode kann entweder auf klassische Philosopheme (*Norman*: Dualismus und Monismus) zurückgreifen, oder etwa fortschrittliche bzw. rückschrittliche Absichten, Beziehungen usw. bei Hegel entdecken, was wirklich schon zu Genüge getan wurde. Man meint offensichtlich, daß es genügt, eine »nicht bürgerliche« Philosophie zu betreiben, d.h. die traditionelle Ideengeschichte mit Klassenbewußtsein zu erfüllen bzw. sie in direkte Beziehung zu politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen zu bringen. Aber solange diese Haltung ohne tiefgreifende methodologische Folgen bleibt, muß man hinter der »bürgerlichen« Hermeneutik beständig herhinken, um so mehr als die Wichtigkeit der revolutionären

Entdeckungen vom Interesse für das Kleingeschriebene und Halbverdeckte, für immanente Funktionen und Zusammenhänge teilweise enthebt. Das erzeugt gelegentlich auch schwere Fehler. So ist es beispielsweise viel mehr als »a kind of joke« (16), wenn Hegel sagt, daß die Tiere beim Fressen die Wirklichkeit »negieren«; die unmittelbare, tierische Genugtuung der Bedürfnisse gilt Hegel als »Negation«, »reine Vermittlung«, im Gegensatz zur Arbeit, die die negierende Vermittlung im Werkzeug vergegenständlicht und auf diese Art die Kultur ermöglicht. Gerade hier liegt eines der für einen »dialektischen Materialismus« wichtigsten Theoreme Hegels. Auf jeden Fall ist auch eine korrekte Auslegung auf Grund von philosophischen Inhalten ungenügend, denn eine Hauptaufgabe ist die Hinterfragung dieser Inhalte selbst, es sei denn, man nimmt an, daß die Philosophie einen direkten und primären Zugang zur Wirklichkeit garantiere, was gewiß nicht Marxens und Engels' Meinung war.

Auch das Buch von *Mercier-Josa* bewegt sich auf der Ebene der philosophischen Inhalte. In diesem Falle ist das Stichwort nicht »Dialektik«, sondern »Geschichte«, und es geht darum, »was Hegel mit dem Bild 'Weltgeist' denkt und Marx ohne Bild denken wird« (16), also um Identität und Differenz zwischen Hegel und Marx als Denker der Geschichte. Es geht also um *Gedanken*; die Arbeit der Verzerrung, Entfremdung, Übersetzung, die die Hegelschen Theoreme durch Marx erfahren, wird in der Form der Gedanken verfolgt. Die Wirklichkeit »einer geschichtlichen Epoche« (21) tritt gewiß auf und in dieser Hinsicht gewinnt der Vergleich Marx/Hegel gegenüber *Norman* und *Sayers* eine genealogische Dimension. Aber diese Genealogie bleibt doch äußerlich, unvermittelt, und hat darum wenig Auslegungskraft, weswegen ihre Aussagen auch sehr allgemein klingen. Das Interessanteste findet sich vielleicht im Aufsatz über Volksgeist und Ideologie, wo die Begriffe »Sittlichkeit« und »Ideologie« verglichen werden, in einem originellen Versuch, spekulative Begriffe marxistisch zu übersetzen. Die größte Schwäche zeigt der Aufsatz über die Verankerung des marxistischen Begriffs der Praxis in Hegel: der ausschließliche Verweis auf große Namen bei der Erörterung philosophischer Topoi, erreicht hier einen Höhepunkt, denn nicht einmal Feuerbach wird zum Thema »Praxis« herangezogen. Noch dazu kennt *Mercier-Josa*, wie *Norman* und *Sayers*, die Arbeitstheorie Hegels ungenügend (als ob im »Genuß« das Paradigma jeder Praxis nach Hegel läge!). Offensichtlich gehört Hegels *Realphilosophie* nicht zu den Grundlektüren dieser jüngeren Hegel-Marx-Forschung. Insgesamt ist die von *Mercier-Josa* vermittelte Information so klar, flüssig, elegant bearbeitet, daß sie den Leser ohne Schwierigkeit erreicht, wenngleich das Informationsniveau ziemlich karg bleibt.

Das Buch von *Furth* und seinen Mitverfassern zeichnet sich zunächst negativ durch schlecht lesbaren Druck und schwerfällig akademische Sprache aus. Aber es handelt sich hier auch um etwas mehr als ein Buch oder eine Kontrolle; es ist das vorläufige Ergebnis eines Kollektivs, das langfristig und interdisziplinär angelegt ist. Die Einleitung von *Furth*, »Negative Dialektik und materialistische Theorie der Dialektik«, expliziert die Tradition, aus der das Buch kommt. *Furths* Ausführungen sind klar und sogar schneidend. Die Frankfurter Schule und die Studentenrevolte werden vorgeführt und beurteilt. Das geschieht mit Gründlichkeit im besten Sinne des Wortes. Der Ansatz der Kritik besteht in der Zurückführung der Theoriebildung in den Rahmen einer allgemeinen Theorie der Arbeit, deren Grundzüge überzeugend dargestellt werden. Dabei wird nicht nur der Soziologisierung des Marxismus bei Abschaffung der »Dialektik der Natur«, sondern auch jeglichem Ökonomismus, sowie der axiomatisierenden Behandlung des dialektischen Materialismus eine klare und deutliche Absage erteilt.

Die von *Furth* vorgetragene Auffassung von Theoriebildung hat als Hauptgegensatz »die wissenschaftstheoretischen Versuche, den Zusammenhang der Wissenschaften durch eine metatheoretisch konstruierte Methodologie herzustellen« (66). Der Beitrag der Berliner Gruppe bestehe darin, eine Vorarbeit zu leisten, die

»noch vor der direkten Inangriffnahme der Probleme der materialistischen Dialektik liegt. Die Bedeutung der Hegelschen Dialektik ist immer gesehen und unter bestimmten Gesichtspunkten zum Gegenstand grundlegender Untersuchungen gemacht worden. Diese Untersuchungen gingen in aller Regel davon aus, daß der einfachste Zugang zum rationalen Kern der Hegelschen Dialektik an der Systematik der Hegelschen Philosophie vorbeiführt: Dialektik als Methode. Sieht man aber eines der zentralen Probleme der materialistischen Theorie der Dialektik in dem Zusammenhang der Wissenschaften, dann rückt gerade der systematische Charakter der Dialektik in den Mittelpunkt des Interesses, und damit entsteht die Frage nach der Funktion der Dialektik für das Hegelsche System der Wissenschaften. Die begründende Rolle der Dialektik für die Konstruktion dieses Systems hat Hegel in der 'Wissenschaft der Logik' ausgeführt. (...) Diesen Ansatz wählen wir nicht zuletzt auch deshalb, weil die negative Dialektik der Kritischen Theorie und ihre existentialistischen Entsprechungen ihre Marxismusrevision auf eine Hegelinterpretation stützen, die von der 'Phänomenologie' als Basis ausging.« (66)

Statt der *Phänomenologie* wird, wie in Lenin, die *Wissenschaft der Logik* gewählt, und zwar nicht ohne Grund. Das Wichtigste ist aber nicht die textliche Grundlage, sondern die Frage des Verfahrens, und in dieser Hinsicht ist mir *Furths* Argumentationskette nicht ganz einsichtig. Denn »der systematische Charakter der Dialektik«, und zwar »in dem Zusammenhang der Wissenschaften«, kann auch historisch-genetisch statt rein systemimmanent-genetisch an Hegels logischem System studiert werden. Der alte Trendelenburg wies schon in seinen *Logischen Untersuchungen* auf die Abhängigkeit der *Wissenschaft der Logik* von der Naturphilosophie hin. Davon sprach auch M. Petry Ende der 60er Jahre und vor zwei Jahren haben Arbeiten von C. Vitone und F. De Gandt auf dasselbe Thema hingewiesen. Wenn schon mit dem materialistischen Anspruch ernst gemacht wird, sollte man dann nicht Hegels Systematik auch in einem Entstehungszusammenhang lesen, der in diesem Falle vor allem in den Topoi der damaligen Wissenschaften zu finden wäre? Das heißt, daß auch die Frage der Naturphilosophie und ihrer überwindenden Aufnahme in Hegels spätere Systeme einer eingehenden Behandlung bedarf, gerade wenn man daran interessiert ist, die Reduktion der Dialektik auf die Gesellschaft zu überwinden.

Daraus sollte keine Herabsetzung der von *Furth* geleisteten Arbeit abgeleitet werden; keiner kann alles auf einmal leisten. Aber gerade die Erforschung der damaligen Beziehungen zwischen wissenschaftlicher und philosophischer Sprache wirft ein scharfes Licht auf Probleme, die auch für den Marxismus bestimmend geblieben sind. Das Unglaubliche an Engels »Dialektik der Natur« besteht eigentlich nicht an der Weite des Geltungsfeldes der Dialektik, sondern an der Einführung einer nicht wissenschaftlichen Sprache mit (über)wissenschaftlichem Anspruch und weder bestimmten noch immanent wissenschaftlich bestimmbar Funktionen. Hegel sah in Keplers Formulierungen eine philosophische Tiefe, die sie auch einer Deduktion rein aus den Kategorien Raum und Zeit fähig machte. Dabei sah Hegel ab von den spezifischen Problemen der astronomischen Beobachtung, der harten Beobachtungsarbeit von Kepler (und Tycho Brahe) und sogar von seinen langwierigen und manchmal bahnbrechenden mathematischen Verfahren, von seiner oft hypothetischen Vorgehensweise, sowie andererseits von seinen manchmal wüsten Spekulationen. Engels, im Gegenteil, gesteht zweifellos der Wissenschaft ihre eigene mathematische und sonstige Sprache zu ohne Vormundschaft »höherer« Begrifflichkeit; aber die »allgemeinsten Ergebnisse« der Wissenschaft selbst werden ihr in einer Sprache vorangestellt, die diese Ergebnisse eines neuen Status verdächtig macht. *Furth* seinerseits nimmt zuerst die Sprache Hegels wie sie vorliegt, was sein gutes Recht ist; aber damit bleibt er auch in den Grenzen, die die Hegelbeschäftigung etwa in der DDR und der Sowjetunion aufweist. Die Unbestimmtheit dieser »Philosophie«, »Wissenschaft vom Zusammenhang«, »Theorie der Dialektik«, »Dialektischer Theorie der Wissenschaften« legt nahe, vor allem im Kontext der Auseinandersetzung mit den Metatheorien der Wissenschaft oder den subjektivistischen Versuchen eines

Wiederaufbaus der Metaphysik, den Wissenschaften eine Art Prinzipienlehre des Marxismus als axiomatische Grundlagenlehre voranzustellen. Offensichtlich wäre die Behauptung ungerecht im Falle *Furths*, der jede Axiomatisierung verwirft. Aber ebenso wichtig ist es, die Frage zu stellen, ob dieses Ergebnis einer Position, die in *Arbeit und Reflexion* dargelegt wird, nicht doch entsprechen würde. Verdächtig bleibt die Neigung zur abstrakten Sprache und die eher geringe Ergiebigkeit großer theoretischer Arbeit, deren Wirksamkeit, auf jeden Fall in der Einleitung, vor allem kritischer Art ist. »Systematische Theorie der Dialektik«, »Dialektik als Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang«, »Wissenschaftscharakter der marxistischen Theorie«, »Theorie der Genesis der Abstraktion« — wobei mir das »genetische« zu vieldeutig, wie vorher »wissenschaftlich« ungenügend bestimmt scheint —, »Grundlagenforschung«, »Totalität« als »philosophischer Sinn des materialistischen Arbeitsbegriffs« usw. bilden ein fast schablonenhaft gewordenes Syndrom.

*Furth* drückt jedoch klar aus, daß das sowjetische — nach *Furth* nur zeitweise — metatheoretische Verständnis der Dialektik, als ob »dialektisch-materialistische Philosophie, Disziplinen übergreifende Methodologien ... und einzelwissenschaftliche Methoden 'verschmelzen' könnten«, wenig erreicht hat. Die Dialektik »hat ihr äußeres Verhältnis zu den Einzelwissenschaften und ihren Methoden noch nicht entscheidend überwinden können.« (59) Meine Fragezeichen beziehen sich also darauf, ob der von *Furth* gewählte Weg viel weiter in der von ihm klar erkannten Richtung führt.

Diesbezüglich bringt *Damerow* am Anfang seines Beitrags über Piaget eine treffende Formulierung: Piaget wäre

»als ein Versuch zu begreifen, die Perspektive auf eine Einheit der Wissenschaften zurückzugewinnen, von der einstmals die Philosophie mit ihren Systemkonstruktionen zeugte. Dieser Versuch scheint mir repräsentativ für gegenwärtige Tendenzen in den Einzelwissenschaften zu sein, ihre Grenzen zu überschreiten und aus der Reflexion auf die gesellschaftliche Praxis, deren Moment sie sind, einen theoretischen Bezugsrahmen für die Behandlung der interdisziplinären Probleme zu gewinnen, die diese Praxis ihnen stellt.«

*Damerow* geht aber so fort:

»Derartige Versuche philosophischer Reflexion, die nicht in der theoretischen Tradition einer systematischen Philosophie stehen, sind allerdings von der Gefahr des Dilettantismus bedroht.« (159)

Ich meine, daß es immer irgendeine Gefahr gibt, und daß gerade der Dilettantismus erträglich und sogar unvermeidlich sein kann, wenn irgendeine Erneuerung Teile der Vergangenheit ausblendet. Daß selbst die gebrochene Tradition der Philosophie, wie *Damerow* sagt, »noch ein Mindestmaß an theoretischer Kontinuität besitzt«, das »Maßstäbe für die Qualität philosophischen Denkens setzt« (ebd.), würde ich annehmen, wenn man das Adjektiv »philosophisch« durch »wissenschaftlich« ersetzt. Und sogar so bleiben große Reserven bestehen, die etwa am vorigen Beispiel des Verhaltens von Hegel, Kepler und Newton gegenüber belegbar sind.

Der kurze und prägnante Aufsatz »Arbeit und Reflexion«, auch von *Furth*, zeigt, wie die *Wissenschaft der Logik* die Theorie der Arbeit aus der Jenaer Zeit in eine Theorie der Reflexion umsetzte. *Furth* entwickelt daraus die Perspektive einer psychologischen Forschung der Genesis der Reflexion, was allerdings in äußerst abstrakter Form geschieht, und eine Kritik der Positionen, die diese Aufgabe ohne Bezug auf den Zusammenhang der materiellen Arbeit zu bestimmen suchen. Da die *Realphilosophie*, das *System der Sittlichkeit* und die *Wissenschaft der Logik* in einem Atem zitiert werden, wäre eins besser nicht ausgeblendet geblieben: daß die Natur für Hegel nur als Vorstufe der Selbstverarbeitung des Geistes dient (was im *System der Sittlichkeit* noch nicht der Fall war). Auch in der *Realphilosophie* liegt die Arbeit auf der Seite des Geistes und dient der Konstitution des Bewußtseins, die Natur ist bloße Vorgeschichte des Men-

schen, nicht sein unaufhebbarer Gegen- und Innenpart. Eben darum ist die allgemeine Sprache der *Wissenschaft der Logik* etwas komplizierter wissenschaftlich umzusetzen, als es zunächst scheinen mag. Und darum fällt auch das Ende des Piagetaufsatzes von *Damerow* meiner Meinung nach etwas zu unbestimmt aus. *Damerow* kritisiert überzeugend Piaget wegen seines abstrakten Handlungsbegriffs unter völliger Vernachlässigung der gegenständlichen Mittel der Handlung. Man könnte diese aber auch in irgendeiner Form einbeziehen, wenn sie nur ihre eigentümliche Logik nicht zur Geltung bringen, und das wäre eine recht Hegelsche Lösung. Die Frage dieser Logik der Handlungsmittel muß deswegen negativ Piaget gegenüber, oder nur global positiv, nicht aus einem entwickelten eigenen Entwurf behandelt werden. Auch W. Lefèvre erzielt mit seinen präzisen Formulierungen über den Erkenntnis- und Arbeitsbegriff bei Kant so geringe Ergebnisse, wie »daß Kant es mit allen Vertretern des Deutschen Idealismus teilt, die Erkenntnis nur insofern arbeitsförmig fassen zu können, als er die Arbeit mit Erkenntnisarbeit gleichsetzt« (111). Ähnliches gilt für *Rheinbergers* Ausführungen über »den wissenschaftlichen Begriff der Entwicklung«.

Was der letzte, kollektive Beitrag, der die theoretischen Ergebnisse zusammenfaßt, leistet, ist vielleicht, klar ausgedrückt zu haben, was ein so verfaßtes Programm an Leistungen und offenen Problemen bedeutet. Bei aller grundsätzlichen Korrektheit muß man noch einmal die extreme Abstraktion, die der »bürgerlichen« Theorie entgegengesetzt wird, herausstreichen. Die Korrektheit kann ziemlich unergiebig sein und die Unkorrektheit doch fruchtbar. Ich denke hier an das — im Buch unerwähnte — Sartresche »pratico-inerte«, das den Arbeitsbegriff verphänomenalisiert bei gleichzeitiger Vermetaphysierung im paradoxen Gegensatz zur Metaphysik. Die Inhalte, die Sartre, bei allen Grenzen seiner *Kritik der dialektischen Vernunft*, für den Arbeitsbegriff gefunden hat, können doch als Hinweis für eine Wirklichkeitsnähe dienen, die mindestens auf keine stereotypen Formulierungen zurückgreift. Gewiß ist diese keine absolute Grenze des Ansatzes der Berliner Gruppe. Etwa der zweite Beitrag von *Damerow*, »Repräsentanz und Bedeutung«, zeigt, welche orientierende Wirksamkeit von so einem systematisch strengen Ansatz ausgehen kann. Indes ist auch hier, und vor allem am Ende des Buches, der Eindruck einer Hypostasierung der dialektischen Theorie nicht von der Hand zu weisen, einer Theorie, die sich zu viel »sondert«, auch wenn das nur »vorläufige« — in unbeabsichtigter, aber eindrucksvoller Analogie mit dem Übergangsstaat — geschehen soll (267, 279).

Gerade diese »Vorläufigkeit« ist aus dem daselbst angeführten Text von Engels nicht zu lesen. Nach Engels ist »der moderne Materialismus« »wesentlich dialektisch und braucht keine über den andren Wissenschaften stehende Philosophie mehr. Sobald an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen sich klar zu werden, ist jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang überflüssig. Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formelle Logik und die Dialektik. Alles andere geht auf in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte.« (MEW 20, 24)

Das »Sobald« bezieht sich keineswegs auf etwas, das noch eintreten sollte; das Präsenz des ganzen Kontextes sollte das schon nahelegen, was noch deutlicher wird im Zusammenhang der Parallelstellen (MEW 20, 34f., 129; 21, 136; 3, 27.) Ein Vergleich mit dieser letzten, oben angeführten Stelle zeigt übrigens, daß Engels' Hauptleistung in diesem Punkt aus der Ersetzung eines »höchstens« durch ein »noch« bestehen dürfte. Nach der *Deutschen Ideologie* kann an die Stelle »einer selbständigen Philosophie« »höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate treten«. Nach dem *Anti-Dühring* ist »was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig bleibt, die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen«. Und was, sogar bei Engels, zu-

gunsten der Abgesondertheit dieser Restlehre angeführt wird, ist nicht viel. Gewiß spricht Engels von einer »Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens« (MEW 20, 132). Aber unmittelbar vorher steht ein »nichts als die«. Und wenn es eine neue Weltanschauung gibt, ist sie »einfach« und »es ist überhaupt keine Philosophie mehr« (MEW 20, 129). Die Verschiebung zwischen Marx und Engels ist hier also geringer als man traditionell im rechten Flügel des Marxismus angenommen hat. Es bleibt allerdings, daß in Engels' Formulierungen Platz für eine Art übergreifende, wenngleich residuelle Wissenschaft bleibt, während in der Einleitung der *Deutschen Ideologie* »Wissenschaft« nur der kollektive Name für die positiven Wissenschaften ist.

Kritiklos wird das Aufsteigen »vom Abstrakten zum Konkreten« als spezifisch für die Marxsche Methode angenommen (248), wobei es der ganzen modernen Wissenschaft seit Galilei und Descartes in ähnlichen Formen eigen und sogar seit der griechischen Geometrie und der platonischen Dialektik (*Politeia* XI, 511; cfr. selbst bei Freud, *Die Traumdeutung*, Kap. VI, C, i.C.) bekannt ist. Auch die Kritik an Hegels »Verselbständigung von Abstraktionen und die Verehrung von Subjekt und Prädikat« (250) ist aus Feuerbach einfach übernommen worden und man sollte nicht übersehen, daß diese theoretischen Elemente in der Marxschen Theorie an Gewicht verloren haben, sogar im Verlauf selbst der »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, die sehr nah zu Feuerbachs Ausdrucksweise beginnt, um sich dann von ihr zu trennen. Hier kommt eine prinzipielle Schwierigkeit hinzu: Nach Hegels Auffassung kam die Anstrengung des Begriffs allein der Philosophie zu, und ihr gegenüber sollte die wissenschaftliche Arbeit im Grunde positivistisch bleiben (so im *De Orbitis*) oder (wie später in der *Enzyklopädie*) höchstens eine untergeordnete Rolle spielen. Gerade in Zusammenhang mit der Hegelschen Auffassung der Wissenschaften sieht man gut, warum der vom jungen Marx aus Feuerbach übernommene Vorwurf der »Verselbständigung von Abstraktionen« nur von begrenztem Interesse ist. Hegels Hauptfehler besteht nämlich nicht darin, daß er »die Wirklichkeit« unter die Herrschaft von Abstraktionen stellte, sondern darin, daß er sich unfähig erwies, die Abstraktionen nach der wissenschaftlichen Praxis zu bestimmen. Wenn er etwa von den Jenaer Schriften an über die *Wissenschaft der Logik* bis zur *Enzyklopädie* über die Zentrifugalkraft im allgemeinen spricht, ohne sie in jedem Fall mit Bezug auf die jeweilige Mitte (Erde, Pendel) zu bestimmen, von ihr in elliptischen wie in kreisförmigen Bahnen sprechend und sie als streng eigene Kraft, Erscheinung der abstoßenden Urkraft der Materie betrachtend, fällt er unvermeidlich in ein metaphorisches Spiel mit dem Wort Zentrifugalkraft. Ich meinerseits würde vom »modernen Materialismus« (Engels) erwarten, daß er sich auf die bestimmten Abstraktionen der Wissenschaft einläßt, die oberen Abstraktionen so im Hinterkopf behaltend, daß sich ihr Sinn erst im Ergebnis der bewußt praktizierten Wissenschaften erweist. Sonst fürchte ich von der marxistischen »Wissenschaft vom Zusammenhang«, daß sie vor allem dazu dienen dürfte, die alte Arbeitsteilung symbolisch zu reproduzieren und zu verewigen auch da, wo man ihre Auslöschung erwarten sollte.

## Psychoanalyse und Realität\*

Das Thema Psychoanalyse und Realität eröffnet eine solche Fülle von Assoziationen, daß es nützlich ist, von vornherein diejenigen Aspekte einzugrenzen, von denen hier die Rede sein soll. Wir werden uns nur sehr umrißhaft damit beschäftigen können, wie die Psychoanalyse als eine Art und Weise, die Welt zu betrachten — als »Sozialwissenschaft«, wie sie sich heute gerne bezeichnet — die Realität wahrnimmt oder bestimmt. Einen solchen psychoanalytischen Realitätsbegriff kann ich hier — und vielleicht überhaupt — nicht entwickeln. Stattdessen sollen einige Erfahrungen darüber vorgetragen werden, wie die Psychoanalyse — genauer gesagt wie Psychoanalytiker — mit der Realität umgehen.

Zur Klarstellung zunächst einmal, daß ich mit Psychoanalytikern alle diejenigen meine, die sich selber als solche bezeichnen, also nicht bloß die Mitglieder oder Ausbildungskandidaten bestimmter psychoanalytischer Gesellschaften. Ich sage dies mit Vorbedacht, weil ich vor einigen Jahren von Alfred Lorenzer<sup>1</sup> der Verdichtung — also eines primärprozeßhaften Denkens — geziehen worden bin, als ich einen von Erich Fromm lehranalytisierten und psychoanalytische Behandlungen praktizierenden Kollegen, wie dieser es selbst auf seinem Briefkopf tat, als Psychoanalytiker bezeichnet habe und nicht bloß als »Kulturalisten«. Diese Vereinsperspektive wirft zwar bereits ein erstes Licht darauf, wie einige Psychoanalytiker zu ihren Realitätsvorstellungen kommen und wie sie diese — nämlich mit Hilfe von Deutungen — auch denjenigen aufzuzwingen suchen, die nicht mit von der Partie sind. Man würde der Gesamtheit der Psychoanalytiker aber sicherlich Unrecht tun, wenn man eine solche Entgleisung zur Grundlage der Interpretation ihres Realitätsbegriffes nähme.

Lassen Sie mich nun — vorab — einige Bemerkungen machen über die verschiedenen Bedeutungen, in denen das Wort Realität gemeinhin gebraucht wird. Dabei ist es nützlich, sich die Gegenbegriffe zu »Realität« vor Augen zu bringen. Daraus ergeben sich verschiedene Bedeutungs-Dimensionen, und für unser Thema erscheinen mir folgende als wichtig:

1. Die Dimension der materiellen Realität im Gegensatz zur begrifflich abstrakten, ideellen. Für einen Materialisten wie mich besteht kein Zweifel daran, daß die letztere in der ersteren verankert ist, wenngleich in einem dialektischen Verhältnis, d.h. die ideelle Realität wirkt ihrerseits gestaltend auf die materielle zurück, was in solchen Formulierungen wie »Macht der Ideen« sich ausdrückt, vor der auch materialistische Politiker einen gehörigen Respekt haben.

2. Die Dimension der äußeren Wirklichkeit versus der inneren, die für die Psychoanalyse von ausschlaggebender Bedeutung ist. Freud<sup>2</sup> nahm an, eine bestimmte psychische Funktion, die Realitätsprüfung, die sich vor allem der Wahrnehmung bedient, sei in der Lage, diese Unterscheidung vorzunehmen und so Eingebildetes von Wirklichem zu unterscheiden. Der Ausdruck »Realitätsprüfung«, der in der psychoanalytischen Literatur sehr oft mit scheinbar übereinstimmender Bedeutung verwendet wird, bleibt in

\* Nach einem Vortrag, der erstmals 1974 am Psychoanalytischen Seminar in Zürich gehalten wurde.



Wirklichkeit — nach Laplanche und Pontalis<sup>3</sup> — jedoch »unbestimmt und verworren«. Diese Dimension ist nicht identisch mit

3. der Unterscheidung einer subjektiven von einer intersubjektiven, gemeinsamen Wirklichkeit (beispielsweise einer Sprachgemeinschaft). Die Lacansche<sup>4</sup> Unterscheidung von »signifiant« und »signifié« gehört in diese Dimension herein. Natürlich kann auch eine intersubjektive sprachlich-symbolische Wirklichkeit an der äußeren Wirklichkeit vorbeiziele.

4. Die Unterscheidung einer augenscheinlichen, phänomenalen Wirklichkeit von derjenigen der diese phänomenale Wirklichkeit zustande bringenden Kräfte. Diese Unterscheidung, die darauf abhebt, daß die Wirklichkeit nicht so ist, wie sie dem gesunden Menschenverstande erscheinen mag, ist der Psychoanalyse und der materialistischen Philosophie gemeinsam: allerdings nicht nur ihnen, sondern auch ganz andersartigen Lehren, beispielsweise dem Idealismus in seinen verschiedenen Spielarten. Dieser Unterschied läßt sich am besten auf die Formel »Wesen und Erscheinung« bringen, wobei das Wesen die Dignität der Realität zugesprochen bekommt.

5. Schließlich bezeichnen manche orthodoxen Psychoanalytiker die »Wirklichkeit« des Unbewußten als »eigentliche Realität« — zumindest innerhalb des psychoanalytischen Prozesses.

Innere und äußere, subjektive und intersubjektive, materielle und ideelle Wirklichkeit, Unbewußtes und Bewußtes miteinander in Beziehung zu bringen, gehört zu den Zielen der psychoanalytischen Kur. Diese Kur erhebt aber auch den Anspruch, daß mit ihr die augenscheinliche Wirklichkeit entschleiert wird und die sie bewegenden Kräfte sichtbar werden. In der Übertragungsbeziehung wird darüber hinaus der erste Schritt zur Verknüpfung innerer und äußerer, subjektiver und intersubjektiver Wirklichkeit getan. In der Deutungsarbeit im analytischen Prozeß wird schließlich die Aufgabe der Entschleierung der Wirklichkeit übernommen. In der psychoanalytischen Behandlung sollen die wirklich bewegenden Kräfte erkennbar werden, zunächst als die zwei verschiedene Subjekte — den Analysanden und den Analytiker — verbindende Realität.

Wie funktioniert nun die Realitätsprüfung des Psychoanalytikers in seinen eigenen psychoanalytischen Beziehungen, wie nimmt er dort die Wirklichkeit wahr (und in welchen Dimensionen), wie entschleiert er die augenscheinliche Wirklichkeit, um die dabei wirksam werdenden bewegenden Kräfte sichtbar, erlebbar, für seinen Umgang geeignet zu machen — und in welchen Bereichen des gesunden und kranken Seelenlebens reicht das ihm zur Verfügung stehende psychoanalytische Begriffsgerüst für diese Aufgaben aus?

Nun gibt es zweifellos unter den Psychoanalytikern sehr verschiedene Einstellungen zur Wirklichkeit. Ich werde bei der Diskussion der Realitätsprüfung der Psychoanalytiker aus dialektischen Gründen jedoch bei denjenigen beginnen, bei denen die eigene Betriebsblindheit — die Blindheit gegenüber allen anderen bewegenden Kräften außer denjenigen, mit denen sie selber umzugehen gewohnt sind — am stärksten war. So verständlich es ist, daß die Psychoanalytiker im individuellen Unbewußten die wesentlichen bewegenden Kräfte suchen, berührt es einen nicht Initiierten doch peinlich, wenn er etwa liest: »Die Hauptquelle des Antiamerikanismus in Vietnam« sei »in der Trias von verschobenem Elternhaß, ungelösten Abhängigkeitsbedürfnissen und Geschwisterhaß zu suchen« — und dies 1965 (Slotse)<sup>5</sup>. Die wesentlichen bewegenden Kräfte der augenscheinlichen Wirklichkeit — nämlich des Antiamerikanismus in Vietnam — die

Bombenangriffe, die Entlaubungsaktionen, die Zwangsumsiedlung von Millionen Bauern, die neokolonialen Demütigungen auch der herrschenden Klassen bleiben bei solchen Deutungen unerörtert. Ähnlich verhält es sich mit Deutungen der therapeutischen Gemeinschaft als Verleugnungsprodukt der als wirklich vorausgesetzten ödipalen Strukturierung der Persönlichkeit, wie sie von P.B. Schneider (Lausanne)<sup>6</sup>, einem ansonsten fortschrittlichen Psychoanalytiker, versucht wurde. Bei solchen Interpretationen werden in einem Falle für den antiimperialistischen Kampf, im anderen für die vermenschlichende Veränderung psychiatrischer Institutionen unbewußte infantile Konflikte als die wesentlichen bewegenden Kräfte ausgegeben, die politische, soziale und institutionelle Wirklichkeit und was in ihr vorgeht, erscheint demgegenüber lediglich als ein Produkt dieser unbewußten Kräfte: ein Verfahren, das seit Freuds<sup>7</sup> Deutung der Religion als kollektive Zwangneurose immer wieder, und nicht bloß von historisch überholten Autoren wie Kolnai<sup>8</sup>, Glover<sup>9</sup>, Laforgue<sup>10</sup> usw. zur Anwendung gebracht worden ist. In solchen Deutungen ist der Psychoanalytismus, wie Robert Castel<sup>11</sup> die Psychoanalyse als Ideologie charakterisierte, in seinen grotesksten Formen anzutreffen.

Da wir hierüber wohl am ehesten Einmütigkeit erzielen können, will ich nicht allzu lange bei diesen Karikaturen verweilen und zu einem zweiten Typ von Realitätsprüfung von Psychoanalytikern kommen, denen wir in Gruppenveranstaltungen am ehesten begegnen. Ein Beispiel: ein Psychoanalytiker — diesmal kein »Kulturalist«, sondern ein Mitglied der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV), die der internationalen Vereinigung angehört —, der zweimal wöchentlich das Teamgespräch einer psychiatrischen Station supervidierte, geht für nahezu drei Monate in Urlaub. Ein sehr explosiver Konflikt im Team mit einem neu hinzugekommenen Kollegen über Therapiestile, therapeutische Nähe und Distanz zu Patienten usw. wird vor seinem Urlaub kurz andiskutiert, entwickelt aber während der darauffolgenden Wochen eine derartige Sprengkraft, daß das Team nahezu funktionsunfähig wird. Immer noch während des Urlaubs des Analytikers wird in der Gesamtklinik wegen des Ausscheidens einiger anderer Kollegen sowie der alljährlichen ausbildungsbedingten Rotation eine ärztliche Umbesetzung auf den meisten Stationen notwendig und von der Direktion der Institution — einer Psychiatrischen Universitätsklinik — auch beschlossen. In diesem Zusammenhang teilt der Kollege, an dem sich der Konflikt entzündet hatte, dem Team mit, daß er dieses verlassen und anderswo im Hause arbeiten möchte. Nach längerer Diskussion einigt man sich darauf, und der Kollege verläßt die Station zum vorgesehenen »Rotationstermin«. Der psychoanalytische Supervisor deutet diese Entscheidung nach seiner Rückkehr als unbewußten Widerstand des Teams gegen seine Supervision, möglicherweise als seine Bestrafung, weil er für solange in Urlaub gegangen sei. Daß objektive institutionelle Zwänge diese Entscheidung nötig gemacht hatten — die nächste Umbesetzung (Rotation) hätte frühestens in einem Jahr stattfinden können — leuchtete ihm nicht ein, und er deutete ihre Erwähnung als Rationalisierung des Widerstandes der Station. Hervorzuheben ist dabei, daß dieser Psychoanalytiker keineswegs ein Anfänger in seinem Geschäft war, sondern ein etablierter Lehranalytiker und renommierter Fachmann für psychoanalytische Institutionsberatung.

Natürlich kann es sich hier um eine isolierte Fehldeutung handeln, die jedermann passieren kann (obwohl ihr Autor unbeirrbar an ihr festhielt). Wenn man aber bedenkt, was für Folgen eine andere Entscheidung — Abwarten der Rückkehr des Psychoanalytikers — gehabt hätte, nämlich entweder die Blockierung der Teamarbeit für ein

weiteres Jahr oder aber eine nochmalige Umbesetzung auf mindestens zwei Stationen sowie die dazugehörige personelle Instabilität mit deren untherapeutischer Wirkung auf nahezu 50 Patienten, so wird einem der Umfang eines solchen gruppeninteraktionszentrierten psychoanalytischen Größenwahns doch schon etwas unheimlicher. Es lohnt sich, auch bei anderen Beispielen über die möglichen Folgen nachzudenken, wenn in institutsgebunden arbeitenden Gruppen die bewegenden Kräfte lediglich in der Gruppeninteraktion gesehen werden. Weite Bereiche der Wirklichkeit gehen dabei unter, und das verändernde Handeln verliert weitgehend sein Objekt in der äußeren Welt.

Nun kann eine solche psychoanalytisch-interaktionistische Deutung eines wirklichen Geschehens (als Entschleierung der sie bewirkenden Kräfte) möglicherweise gar nicht die Realität im Sinne haben, nämlich dasjenige, was wirklich geschehen ist, sondern vielmehr bloß taktisch-methodisch gemeint sein: nämlich weitere Interaktionen zu stimulieren und zu strukturieren. Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, dazu müsse man von der »außeranalytischen« Wirklichkeit — hier also von der Wirklichkeit außerhalb der Supervisionsstunden — absehen, um gerade das Spezifische des Interaktionszusammenhanges zu Gesichte zu bekommen und so bearbeitbar zu machen. Um es noch deutlicher zu sagen: Vielleicht ist es dem psychoanalytischen Supervisor völlig gleichgültig gewesen, aus welchen Hauptmotiven die genannte Entscheidung wirklich gefallen ist, und es ging ihm nur um die Bearbeitung eines Team-Widerstandes gegen ihn, der sich auch an die vernünftigste, logisch begründetste Entscheidung anheften kann. Dagegen muß allerdings geltend gemacht werden, daß es bei der genannten Supervision ja nicht nur um das Verhältnis Analytiker — Team gehen konnte, sondern ihr Hauptthema die therapeutische Beziehung des Teams zu den Patienten war. Zudem handelte es sich um Supervisionsarbeit im Rahmen einer Institution, bei der man die Realität der Institution — ihre mehr oder minder verhaltensbestimmenden Regeln und Normen — zumindest mit wahrnehmen muß. Von diesem Boden, der dem Verhalten aller Beteiligten bestimmte, subjektiv kaum veränderbare Grenzen setzt — mit anderen Worten, erst innerhalb des durch diese objektiven Grenzen konstituierten Spielraums, könnten und müßten Deutungen der Äußerungen und des Verhaltens der Teamgruppe erfolgen. Schießt sich der psychoanalytische Supervisor hingegen ganz auf seine interaktionistische Methode ein, so wird kein Unterschied mehr erkennbar, ob die Trennung von dem genannten Kollegen zum gegebenen Zeitpunkt unter den geschilderten Verhältnissen mit oder ohne termingebundenen Rotationszwang ablief. Zumindest die Stärke und der Umfang des postulierten Widerstandes wären in beiden Fällen wohl nicht unbedingt gleich zu werten gewesen. In dieser Situation konnte sich der Psychoanalytiker auch kaum darauf berufen, »das Unbewußte und sonst nichts« sprechen zu hören. Es lag hier keine Situation vor, in der — wie auf der Couch — die Außenbezüge der Realität ausgeklammert werden mußten, um das »Wirkliche« im Sinne der Psychoanalyse — nämlich das Unbewußte — zu entschleiern.

Orthodoxe Psychoanalytiker bestehen deshalb auch darauf, das Unbewußte könne nur an einer einzigen Stelle zu Worte kommen, nämlich in der klassischen analytischen Situation, trete dort aber dafür auch unverfälscht und rein in Erscheinung. Dieses Argument benutzte auch P.B. Schneider<sup>12</sup>, als es ihm darum ging, die psychoanalytische Irrelevanz ethnopsychanalytischer Verhaltensbeobachtungen (z.B. der Malinowski-Schule)<sup>13</sup> nachzuweisen, die die Universalität des ödipalen Dreiecks in Frage gestellt

hatten (wobei er aber keineswegs zögerte, seine eigenen Beobachtungen therapeutischer Gemeinschaften als Verleugnung der ödipalen Strukturierung psychoanalytisch zu deuten, obwohl sein eigenes »Material« ebenfalls nicht vom Diwan stammte).

Aber selbst wenn es sich um eine analytische Situation im engeren Sinne handelte: Läßt sich nun diese Rückzugsposition unbeschadet hinnehmen, bei der nur das »unbewußte Material« als analytische Wirklichkeit anerkannt wird, und die dementsprechend gesamte übrige, außeranalytische Wirklichkeit als für die Analyse irrelevant ausklammert? Wenn ein kompetenter Analytiker bei einem wohlhabenden Mittelstandspatienten Verspätungen und Ausbleiben bei einigen Therapiestunden gegebenenfalls durchaus zutreffend als Widerstand gegen den analytischen Prozeß deutet, dieses aber bei einem Arbeiter im Schichtdienst und ihm manchmal vom Betrieb aufgezwungenen plötzlichen Veränderungen seiner Arbeitszeit nicht unbedingt täte, so bezieht er ja bereits Außeranalytisches — zumindest als Voraussetzung, Basis, faktischen Boden, von dem man in die analytische Situation eintritt, in diese mit ein. Tut er dies nicht, tut er so, als gäbe es in der Analysestunde nichts als die Übertragungsbeziehung zu ihm und die diese tragenden bzw. gegen sie sich richtenden unbewußten Strebungen, deutet er also in beiden Fällen Verspätungen und Versäumnis der Therapiestunde in gleicher Weise als Widerstand, so wird er sich zumindest in der Gewichtung dieses Widerstandes und bezüglich des Prioritätsgrades seiner Bearbeitung sehr leicht verschätzen. Die Absichtserklärung, man wolle auf objektiv-reale Außeninformationen verzichten und seine Deutung allein auf die unbewußten Produktionen des Analysanden stützen, hilft auch nicht viel weiter. Zunächst wäre der Analytiker gezwungen, seine — sicher unentbehrliche — physiognomische Intuition, seine Sensibilität für averbale Signale, sehr stark zu strapazieren. Zwar wird der Analytiker damit rechnen können, daß auch der objektiv verhinderte Analysand, wenn auch nur ein Keim von Widerstand in ihm steckt (den er jedoch in einer Situation, in der er die Wahl hätte, überwinden würde), diesen Widerstand unbewußt signalisiert, sofern die Antennen des Analytikers auf Widerstandssignale hin gerichtet sind. Dennoch scheint mir — auch für die Gewichtung der unbewußten Prozesse — ein Unterschied darin zu bestehen, ob dieser Widerstand in Form eines »Gott-sei-Dank, heute brauche ich nicht hin« oder in der Form eines »Heute gehe ich einfach nicht hin« sich ausdrückt.

So gibt es, glaube ich, keine »rein« analytische Situation, in der nichts als das Unbewußte zur Sprache gebracht und die außeranalytische Welt ohne Schaden für die Analyse selber aus- oder eingeklammert werden kann. Vielmehr, genauer gesagt: Dies kann nur dort der Fall sein, wo der Analysand über genügend finanzielle und zeitbudgetmäßige Freiheit verfügt, die es ihm erlaubt, sich die Außenrealität — zumindest in Form von ökonomischen, sozialen, politischen und anderen Zwängen — weitgehend vom Leibe zu halten. Ein starkes analytisches Engagement der Analysanden kann dann allerdings dazu führen, daß diese ein solches »Sich-vom-Leibe-halten« der realen Zwänge auch dann versuchen, wenn sie von ihren finanziellen und beruflichen Voraussetzungen her dazu kaum in der Lage sind, was dann zu analysogenen Sekundärkonflikten mannigfacher Art Anlaß geben kann, die ihrerseits manchmal eine größere pathogene Wirkung entfalten als das ursprüngliche Motiv zur psychoanalytischen Behandlung.

Eine effektive Ausklammerung der sozialen und politischen Wirklichkeit, die es tatsächlich verhindern würde, daß diese in die analytische Situation hineinragt und das Unbewußte so rein zur Sprache bringt, ist also nur unter bestimmten sozialen und öko-

nomischen Bedingungen möglich. Da die Ausschaltung dieser Wirklichkeit aber, so die neue Orthodoxie der Psychoanalytiker, für den analytischen Prozeß unverzichtbar ist, damit für diesen ein von beiden Partnern akzeptierter Deutungsrahmen entsteht, muß sie auf irgendeine Art und Weise zustande gebracht werden, notfalls auf Kosten der Lebenswirklichkeit des Patienten. Robert Castel beschreibt die dazu verwendete Technik als »Neutralisierung«. Dies geschieht gleichsam von selbst, wenn Analytiker und Analysand derselben Sozialschicht entstammen, also eine Art politischer und sozialer Endogamie zwischen beiden besteht, was in sehr vielen Fällen auch in der Tat zutrifft.

Wenn dem aber nicht so ist, so muß die Neutralisierung der sozialen und politischen Positionen der Beteiligten durch die Strenge der Regel des analytischen Bündnisses gesichert werden. In diesem Bündnis sind die Machtverhältnisse eindeutig bestimmt: Der Analytiker strukturiert den analytischen Prozeß durch seine Deutung wie durch sein Schweigen, wohingegen der Analysierte auf eine aktive Strukturierung dieses Prozesses seinerseits keinen Anspruch hat; der Analytiker bestimmt auch im wesentlichen die Therapiezeiten, Höhe und Form der Bezahlung, die Positionen, in denen der Prozeß vor sich geht (liegend, sitzend), also die Rahmenbedingungen der psychoanalytischen Kur. Dem Analysanden bleibt nur die Wahl, die vorgeschlagene Strukturierung der Behandlung zu akzeptieren oder zu gehen. Dabei hat er noch Glück, wenn die vorhandenen sozialen und politischen Differenzen zwischen ihm und dem Analytiker in der Analyse nur ausgeklammert und umgangen, und nicht aus den Machtpositionen des Analytikers heraus, aus dessen persönlicher Sicht also, »strukturiert« und gedeutet werden. Die Entpolitisierung vieler linker Analysanden hat in einem solchen analytischen Neutralisierungsprozeß eine ihrer Ursachen. Nicht nur im institutionellen Rahmen, auch in der dualen Beziehung ist also, nach Castel, der Psychoanalytiker am Werke, der unter dem Vorwand der »technisch« nötigen Ausklammerung der sozialpolitischen Wirklichkeit — als angebliche Bedingung dafür, daß das Unbewußte überhaupt zur Sprache kommen kann — spezifische Machtstrukturen der analytischen Situation verschleiert und sie damit auch der Bearbeitung in der Analyse selbst entzieht.

Bei solchen Überlegungen zum Psychoanalytiker geht es nicht bloß um theoretische oder ideologische Probleme. Diese können von der therapeutischen Effizienz psychoanalytischer Behandlungen sogar weitgehend unabhängig sein. So räumt Castel auch ein, daß seine kritischen soziologischen Untersuchungen, die Psychoanalyse aus einer gleichsam ethnographischen Distanz anzugehen, über die therapeutische Relevanz der Psychoanalyse nichts auszusagen vermögen. Mich interessiert aber gerade diese therapeutische Relevanz.

Niemand bezweifelt, daß es Patienten gibt, denen eine analytische Therapie in der Tat geholfen hat, einen größeren Freiheitsspielraum für ihre Lebensentscheidungen zu finden: deren Begeisterungsmöglichkeiten des praktischen Lebens sich ebenso wie ihre subjektiven Erlebnis- und Erfahrungsmöglichkeiten auch außerhalb der Analysestunden merklich erweitert haben. Neben solchen erfolgreich behandelten Patienten, aber auch neben den von den Psychoanalytikern selbst zugegebenen therapeutischen Versagern, bei denen trotz oder auch wegen der Analyse eher noch eine tiefere Verstrickung in ihre Konflikte eingetreten ist, läßt sich noch eine dritte Gruppe von Analysanden ausmachen, an deren täglichen Leben sich auf den ersten Blick nicht viel geändert zu haben scheint, die aber in der Psychoanalyse selber eine zweite, für sie »eigentliche« bedeutungserfüllte Welt mit für jeden Dritten uneinflussbaren Leidens- und Glückserleb-

nissen gefunden haben. Die gesamte Lebensenergie dieser Menschen scheint von der Beziehung zum Psychoanalytiker aufgesogen worden zu sein, während ihr außeranalytisches Leben immer grauer, affektentleerter, indifferenter erscheint. Das Verhältnis dieser beiden Welten zueinander — der analytischen und der außeranalytischen — erinnert manchmal an dasjenige einer bedeutungserfüllten Wahnwelt zur bedeutungsentleerten Alltagswelt von Schizophrenen. Solche Spaltungen der libidinösen Besetzung im Verlauf einer Psychoanalyse — man könnte sie auch als psychoanalytische »folie à deux« bezeichnen — scheinen mir so selten nicht zu sein, und ich frage mich, ob sie nicht auch durch eine überzogene psychoanalytische Neutralisierungstechnik zustande gebracht werden. Unbewusste infantile Konflikte werden zwar bearbeitet, zum Teil auch scheinbar aufgelöst, es entsteht in der Analysestunde eine zweite artifizielle Welt, in der die Phantasmen, nunmehr analytisch wohlstrukturiert und resymbolisiert, flottieren dürfen, so daß sie die relativ erwachsen anmutende Gefühlsbindung zum Psychoanalytiker nicht mehr behindern. Was aber mißlungen scheint, ist die Einbettung dieser — aufgearbeiteten — infantilen Strömungen in die Erwachsenenpersönlichkeit, soweit diese außerhalb der analytischen Zweisamkeit sich zu bewähren hat. Ja, man gewinnt sogar den Eindruck, die Erwachsenenpersönlichkeit mit ihren Beziehungen zur Arbeit und zum Alltag werde durch diese zweite, »eigentliche« Welt der Psychoanalyse parasitär ausgelagert. Was hier sichtbar wird, ist also nicht allein die Tatsache, daß innerhalb der Analysestunde die gesellschaftliche Welt in ihrer Relevanz für die Einzelpersönlichkeit ausgeklammert wird — dies mag nützlich und manchmal sogar notwendig sein; vielmehr erscheint die Einzelpersönlichkeit — und zwar durch die Neutralisierungstechnik des analytischen Prozesses — selber verarmt und um die wesentlichsten ihrer Dimensionen beschnitten. So ist es auch kein Zufall, daß Reimer solche Zustände aphoristisch als »Psychotherapie-Defekte« bezeichnet hat.

Und hier komme ich zum letzten Punkt meiner Erwägungen: ob nämlich der Gesamtbereich auch der Erwachsenenpersönlichkeit und ihrer Konflikte in den Zuständigkeitsbereich psychoanalytischer Kategorien und der in ihnen enthaltenen Handlungsanweisungen fällt. Anders gefragt: Welche psychische Realität ist legitimerweise Objekt der Psychoanalyse? Diese Frage stellt sich natürlich hier nicht zum ersten Male — ich erinnere an die Diskussionen über Psychoanalyse und Marxismus in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts. Dennoch hat den ersten für mich einleuchtenden Versuch einer Antwort darauf Lucien Sève<sup>14</sup> gegeben. Er hat deutlich gemacht, daß es nicht genügt, nebenher so etwas wie »soziale Faktoren« zu beachten, wenn man psychische — auch unbewusste Prozesse — richtig verstehen will. Vielmehr geht es darum, ob es außer den von der Psychoanalyse beschriebenen bewegenden Kräften des Seelenlebens — den Trieben und den vom Ich in Szene gesetzten Abwehrformen — nicht auch prinzipiell andersartige, z.T. ebenfalls unbewusste, aber spezifisch der Erwachsenenpersönlichkeit zuzurechnende bewegende Kräfte und Parameter gibt, die — in einer eigenen, ihnen angemessenen Art — auch bearbeitet, ins Bewußtsein gehoben zu werden verlangen, wenn sie die augenscheinliche Wirklichkeit nicht verzerren sollen. Nach Sève ist das entscheidende Merkmal dieser Erwachsenenpersönlichkeit, daß sie »exzentrisch« ist, ihr »Wesen« also nicht in sich selber hat, sondern, wie Marx es in der 6. Feuerbach-These ausdrückt, im »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse«. Dieses wiederum hat zur Folge, daß eine solche Erwachsenenpersönlichkeit sich nicht in einem stabilen, homöostatischen Wechselverhältnis zu einer Umwelt befindet, sondern zu ei-

ner »erweiterten Reproduktion«, d. h. zu einer fortschreitend zunehmenden Aneignung der Natur sowie des menschlichen sozialen Erbes fähig ist: also einer Erweiterung und Bereicherung der Persönlichkeit auch weit über die biologische Jugend hinaus. Diese Fähigkeit zur erweiterten Reproduktion der Erwachsenenpersönlichkeit hängt damit zusammen, daß sich das menschliche Sozialerbe selber — durch gesellschaftliche Arbeit, vermittels derer sich der Mensch die Natur aneignet — ständig vermehrt. Die erweiterte Reproduktion der Persönlichkeit — vor allem ihrer Fähigkeiten — ist also durch diejenige des menschlichen Sozialerbes bedingt, ohne jedoch mit ihr identisch zu sein. Dabei sind der Entwicklung der Erwachsenenpersönlichkeit dreierlei Grenzen gesetzt:

1. durch die Beschränktheit der individuellen Aneignungsfähigkeit, die immer nur die Aneignung eines Teiles des gesellschaftlichen Erbes für den einzelnen möglich macht,

2. durch die gesellschaftlichen Verhältnisse — deren Kern die Produktionsverhältnisse sind — und die dadurch gesetzten Grenzen für die Entwicklung des einzelnen oder einer Klasse, und

3. schließlich durch die materiell-biologischen Voraussetzungen der Entwicklung von jedweden psychischen Fähigkeiten überhaupt. Durch die jeweils einzigartige Weise, sich innerhalb dieser dreifachen Beschränkung zu verwirklichen, entsteht menschliche Individualität.

Von diesen Grundvorstellungen her entwickelt Sève Hypothesen über die Topik der Erwachsenenpersönlichkeit, die nicht unmittelbar als Funktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen ist, also auch nicht einfach als deren intrapsychische Abbildung, sondern vielmehr zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in einer »Juxtastrukturbeziehung«, einer abhängigen Seitwärtsposition steht. Ich kann die wichtigsten Begriffe der Sèveschen Persönlichkeitstheorie hier nur umrißhaft andeuten. Zu ihnen gehört der Zeitplan, der sowohl das Verhältnis von abstrakten und konkreten Tätigkeiten (z. B. Lohnarbeit vs. Basteln) als auch dasjenige von produkt- und resultatbezogenen Tätigkeiten (wie der beiden letzteren) zu denjenigen angibt, durch die Fähigkeiten erworben werden (z. B. im Lernen). Der Zeitplan ist nach Sève hinsichtlich des Verhältnisses dieser verschiedenen Tätigkeiten in den verschiedenen Lebensabschnitten jeweils in einer charakteristischen Weise strukturiert. Unterschiedliche Verhältnisse im Zeitplan ergeben sich aber auch bei den verschiedenen Klassen der Gesellschaft. Eine Dysharmonie in diesen Verhältnissen kann Dauerbelastungen, eine plötzliche Veränderung Krisen anzeigen. Die Entwicklung solcher zeitlichen Verhältnisse läßt sich der Biographie der konkreten Persönlichkeit — also der einzelnen Menschen — ablesen. Sie geschieht in einer für das Individuum einmaligen und einzigartigen Weise, wobei noch ein weiteres Verhältnis — dasjenige des Produktes sämtlicher Tätigkeiten zu demjenigen der gegebenen Bedürfnisse — ins Spiel kommt.

Solche Begriffe geben eine eigene Art von Handlungsanweisungen; sie verweisen einerseits auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, andererseits aber auch auf die Möglichkeiten des einzelnen, sich mit diesen Verhältnissen auseinanderzusetzen. Im pathologischen Bereich können sie dazu veranlassen, darüber nachzudenken, welche Wunden einem Menschen durch die — im Zeitplan sichtbar gewordenen — Arbeitsbeziehungen geschlagen werden; welche seiner Bedürfnisse in welchem Ausmaß befriedigt werden können, sowie, was im einzelnen Zeitplan wie auch im Verhältnis von Bedürfnissen

und Tätigkeiten veränderbar ist. Es ließe sich eine Wissenschaft denken, die Zeitpläne, Produkt-Bedürfnis-Verhältnisse, also Biographien in diesem präzisen Sinne Sèves vergleichend untersucht. Auch das Verhältnis des wirklichen Zeitplanes zum Wunsch-Zeitplan und zum vorsätzlichen Zeitplan kann hier Bedeutung gewinnen. Bedeutsam in dieser Persönlichkeitstheorie ist ferner ein eigener Begriff vom »Unbewußten« ebenso wie des dynamischen Umgangs mit diesem, beispielsweise der »Verdrängung«, der aber hier nicht infantile Triebanteile betrifft, sondern vielmehr den Prozeß der Verdinglichung, der Fetischisierung menschlicher wie gesellschaftlicher Verhältnisse, die zu natürlichen Verhältnissen, wenn nicht sogar zu Naturobjekten hypostasiert werden, wie Marx dies gezeigt hat. Diese ideologische Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse existiert nicht nur »allgemein«, d.h. als eine gesellschaftlich akzeptierte Ideologie, sondern es gilt, sie in jedem einzelnen Individuum auszumachen, sofern sie zu dessen seelischen Leiden beiträgt. Dabei regen sich bei den einzelnen gegen die Entschleierung eines solchen gesellschaftlichen Unbewußten hinsichtlich der Psychodynamik ähnliche Widerstände, wie Freud sie bei Versuchen beobachtet hat, unbewusste Triebstrukturen zu bearbeiten. Man wird also damit rechnen können, daß sich bei Bearbeitungsversuchen der wirklich bewegenden gesellschaftlichen Kräfte sowie von deren ideologischen Verschleierungen eine ganze Skala von Abwehrhaltungen einstellt, die es erst einmal zu beschreiben und zu ordnen gilt. Daß es bei den einzelnen Individuen solche Widerstände sowie die diese tragenden Ängste und Abwehrhaltungen gibt, ist leicht verständlich. Die Verschleierung der wirklich bewegenden gesellschaftlichen Kräfte ist häufig ein bequemeres Lebensarrangement als ihre Bewußtmachung; und vielleicht ist ihre Verdrängung für Menschen in sehr schwachen und isolierten gesellschaftlichen Positionen auch überlebensnotwendig.

Auf der anderen Seite sind die ständigen Bemühungen der Arbeiterbewegung, dieses gesellschaftliche Unbewußte im Klassenkampf und seinen theoretischen Vorgaben zu entschleiern, für Sève ein wichtiges Forschungsobjekt für eine am Erwachsenen orientierte Persönlichkeitspsychologie. Allerdings steht diese Wissenschaft noch ganz am Anfang und kann zu ihrer Legitimierung noch nicht auf ein kohärentes System von Begriffen, Thesen und Erfahrungen zurückgreifen, befindet sich also bei Kompetenzdiskussionen der Psychoanalyse gegenüber in einem erheblichen taktischen Nachteil. Ich merke z.B. an mir selber immer wieder, daß ich, auch gegen besseres Wissen, in Versuchung gerate, dasjenige, was ein Patient mir sagt, durch meine eigene Erwartungshaltung in die Szenen seines Familienromans hinein zu strukturieren und nicht in diejenigen des Arbeitslebens, der solidarischen oder nicht-solidarischen Haltung von Kollegen usw. Die Aufgabe einer kritischen Psychotherapie wäre, hier ein alternatives Begriffsnetz aufzubauen, das manche psychischen Leiden — eben diejenigen der Erwachsenenpersönlichkeit — angemessen definieren und gliedern könnte. Ein solches Begriffsnetz ließe sich allerdings weder aus dem historischen Materialismus direkt deduzieren noch willkürlich konstruieren. Wahrscheinlich müßte es sich in einem ähnlich mühseligen Prozeß, wie dies bei der Psychoanalyse der Fall war, in der praktischer-therapeutischen Arbeit langsam selber herausbilden und differenzieren. Die Frage, welches der Raum ist, wo dies geschehen kann, ist für mich noch ganz offen.

Ist damit die Psychoanalyse ganz überflüssig geworden? Keineswegs. Sève selber nimmt eine Aufteilung der Kompetenzbereiche bei der Persönlichkeitsforschung — und indirekt auch bei der therapeutischen Intervention — vor, die allerdings in der



Theorie ebenso wie in der Praxis nicht unproblematisch ist.<sup>15</sup> Er spricht der Psychoanalyse zwar ihren Titel als Sozialwissenschaft ab und betont auch ihre Inkompetenz in Fragen, die die Erwachsenenpersönlichkeit betreffen. Zugleich erkennt er sie aber an als die kompetenteste Persönlichkeitswissenschaft der infantilen Persönlichkeitsanteile. In diesen spielen Triebe und Triebabwehr, die Urszene, der Familienroman — geformt und bearbeitet freilich durch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse — in der Tat eine sehr wichtige Rolle. In dieser Entwicklungsphase sind sie sogar das wesentliche einer Biographie und zwar deshalb, weil der Mensch, ehe er mit den Verhältnissen der Produktion und des kapitalistischen Verwertungsprozesses direkt Bekanntschaft macht, eine Zeitspanne durchläuft, wo er — im Schutze der Familie — zum Teil jedenfalls vom direkten Kontakt zur gesellschaftlichen Realität verschont bleibt, so daß die in psychoanalytische Begriffe gefaßten Kräfte und Zusammenhänge (Triebchicksal, Urszene, Familienroman) tatsächlich nicht nur eine wichtige, sondern auch die beherrschende Rolle spielen können. Beim Erwachsenen verlagert sich der Schwerpunkt jedoch zunehmend auf seine gesellschaftlichen Tätigkeiten: freilich immer auch im Verhältnis zu seinen »privaten«. In den gesellschaftlichen Tätigkeiten hat seine Biographie ihr hauptsächliches Gewicht, hier sind auch die wesentlichen Konflikte in den allermeisten Fällen zu suchen. Im kognitiven wie im affektiven Bereich findet nämlich eine Umcodierung der Realität statt, wenn aus einem Kind ein Erwachsener wird.

So einleuchtend eine solche Abgrenzung auch theoretisch scheint — und mir leuchtet sie sehr ein — so schwierig wird ihre Durchführung in der Praxis, was freilich auch Sève nicht verhehlt. Infantile Persönlichkeitsanteile existieren nicht selten unintegriert im Seelenleben des Erwachsenen fort: eine Tatsache, der ja auch der psychoanalytische Begriff des Komplexes (Jung)<sup>16</sup> in gewisser Weise Rechnung trägt. Die Frage läßt sich aber wohl nur ganz konkret beim einzelnen Menschen beantworten, inwiefern infantile Momente bei diesem eine tatsächliche Konfliktquelle darstellen, und insofern psychoanalytisch bearbeitet werden sollen. Selbst wenn in der Symptomatik (einer Psychose oder Neurose) nur oder in erster Linie »infantiles Material« sichtbar wird, wird man sich fragen müssen, ob dies nicht gerade deshalb der Fall ist, weil hier die Erwachsenenpersönlichkeit — unter einem Konfliktdruck aus ihrer eigenen Sphäre — abgedankt hat. Noch komplizierter werden die Verhältnisse allerdings dadurch, daß eine einmal ausgebildete Erwachsenenpersönlichkeit nicht nur durch einen Konfliktdruck aus ihrer eigenen Sphäre abdanken kann, sondern auch durch einen Konfliktdruck, der aus der infantilen Triebosphäre herrührt.

Zu dieser Komplizierung im Bereich des Faktischen tritt eine begriffliche: Damit sie psychisch — oder psychopathologisch — überhaupt wirksam werden können, müssen sich »reale« soziale und sozioökonomische Faktoren bzw. Risikofaktoren umsetzen in eine Physiologie bzw. Pathologie der Bedürfnisse, der Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen sowie der diesen zugeordneten Versagungen und Enttäuschungen — und hier hat Lorenzers<sup>17</sup> Begriff der Desymbolisierung durchaus seinen Platz. Es gälte jetzt, die Struktur dieser Wünsche zu beschreiben in Beziehung zu den sozioökonomischen Ursachen, die sie hervorgebracht haben: also eine erwachsene Physiologie und Pathologie der Bedürfnisse und Wünsche zu entwerfen, die sich von der infantilen Physiologie und Pathologie der Bedürfnisse und Wünsche unterscheidet. Somit gilt es zu allererst, Begriffe und Methoden auszuarbeiten, die solche Unterscheidungen — und damit auch richtige Entscheidungen für therapeutisches Vorgehen — möglich machen.

Ich glaube nicht, daß die Psychoanalyse mit ihren Methoden allein dazu in der Lage ist. Denn ihr eigenes Unbewußtes (genauer: das Unbewußte der Psychoanalytiker in Ausübung ihrer Verfahren) sind in gewisser Weise gerade die gesellschaftlichen Verhältnisse und die »wesentlichen« Strukturen der Erwachsenenpersönlichkeit. Teilbereichen der menschlichen Persönlichkeit und den von diesen Teilbereichen ausgehenden Konflikten werden psychoanalytische Begriffe und Verfahren zwar gerecht — andere wiederum ist die Psychoanalyse gezwungen zu verleugnen. So kann man mit Lucien Sève getrost sagen, sie sei »in ihren intelligenten Formen« das wesentlichste, was zum konkreten Individuum gesagt werden kann, solange dessen wesentlichster Aspekt noch übergangen wird.

Bisher ist es der materialistischen Psychologie allerdings nur in sehr groben Umrissen gelungen, diese »wesentlichsten Aspekte« deutlich zu machen — dies gilt sowohl für Sève selber, als auch für die Schule der »kritischen Psychologie« (Holzkamp u.a.)<sup>18</sup>. Ob und in welchem Rahmen diese Umrisse zu therapeutischen und präventiven Handlungsanweisungen präzisiert werden können, ist die nächste — und entscheidende — Frage. Sicher scheint mir zu sein, daß der Rahmen dafür nicht die psychoanalytische Zweierbeziehung sein kann, — eher eine in der Realität verwurzelte »therapeutische« Gemeinschaft, die dazu in der Lage ist, die widersprüchliche Wirklichkeit nicht mehr verschleiern zu müssen, sondern sie — in solidarischem Handeln — durchsichtig, erträglich und veränderbar zu machen.

### Anmerkungen

- 1 Lorenzer, A.: »Psychoanalyse als Herrschaftswissenschaft?« oder Psychoanalysekritik als Anpassungsgeste, in: Dahmer/Horn/Leithäuser/Lorenzer/Sonnemann: Das Elend der Psychoanalyse — Kritik, Beispiel. Kursbuch 29. Subjektverleugnung als politische Magie. Frankfurt/M. 1973, S.64.
- 2 Freud, S.: G.W. X, S.424.
- 3 Laplanche, J., und J.B. Pontalis: Das Vokabular der Psychoanalyse. Bd. 2, Frankfurt/M. 1973, S.433.
- 4 Lacan, J.: Ecrits, u.a. S.805ff.
- 5 Sloté, W.: Observations on Psychodynamic Structures in Vietnamese Personality. Manuskript, Saigon 1966.
- 6 Schneider, P.B.: Oedipe et la Psychiatrie. Vortrag auf dem gleichnamigen Colloquium der Universität Toulouse und des Goethe-Instituts Toulouse, 24./25.4.1974.
- 7 Freud, S.: Totem und Tabu.
- 8 Kolnai, A.: Psychoanalyse und Soziologie. Rotdruck 1970.
- 9 Glover, E.: War, Sadism and Pacifism. London 1933.
- 10 Laforgue, R.: Geld und Kapital. In: Die psychoanalytische Bewegung III, S.481ff.
- 11 Castel, R.: Psychoanalyse und gesellschaftliche Macht. Kronberg 1976.
- 12 Schneider, P.B.: Diskussionsbemerkung beim Symposium »Oedipe et le Psychiatrie«. Toulouse 1974.
- 13 Malinowski, B.: Sex and Depression in Savage Society. Harcourt, New York 1927.
- 14 Sève, L.: Psychoanalyse et Matérialisme historique. In: Clement, C.B., P. Bruno, L. Sève: Pour une critique marxiste de la théorie psychoanalytique, S.195-268; sowie: Sève, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M. 1973.
- 15 Holzkamp-Osterkamp, U.: Motivationsforschung. Bd.2, Frankfurt 1978.
- 16 Jung, C.G.: Diagnostische Assoziationsstudien. Leipzig 1904.
- 17 Lorenzer, A.: Sprachzerstörung und Rekonstruktion. Frankfurt/M. 1973.
- 18 Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M. 1973.  
Holzkamp-Osterkamp, U.: Motivationsforschung. Bd.2, Frankfurt/M. 1978.

Volker Gransow und Claus Offe

## Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik

Etwa seit Mitte der siebziger Jahre wird der vorher in der Bundesrepublik wenig benutzte Terminus »Politische Kultur« immer stärker ins Gespräch gebracht. Er taucht auf in Wissenschaft und Publizistik wie im Alltagsvokabular. Er läßt sich bei als »konservativ« wie als »progressiv« geltenden Autoren gleichermaßen finden. Es besteht der Eindruck einer kurzfristigen Begriffskonjunktur. Seine Konturlosigkeit scheint den Begriff zur Leerformel zu prädestinieren. Andererseits ist die Frage berechtigt, ob die bisherige Ignoranz gegenüber Politischer Kultur darin begründet ist, daß wir in einem Land mit tradierter »politischer Kultur und politischer Unkultur leben. Wir meinen, daß der Begriff durchaus analytisch sinnvoll verwendet werden kann. Daß wir das gerade an einer Untersuchung der Beziehung von bundesdeutscher Politischer Kultur und sozialdemokratischer Regierungspolitik demonstrieren, ist kein Zufall. Denn erst die SPD hat — Opfer und Täter zugleich — den identitätslosen Staat BRD geschaffen, hat politisch-kulturelle Strukturen hervorgebracht, die letztlich ihre eigene Existenz bedrohen.

### I

Die Verwendung des Begriffes »Politische Kultur« ist meist bezogen auf das, was noch vor wenigen Jahrzehnten mit Worten wie »Nationalcharakter« oder »Zeitgeist« umschrieben wurde, also Bild und Selbstbild einer Staatsgesellschaft. Wenn nunmehr zur Erfassung solcher Phänomene von Politischer Kultur gehandelt wird, geschieht dies unter zwei Aspekten: Erstens wird versucht, mit Hilfe der empirischen Sozialforschung Aussagen über Einstellungen, Meinungen, Werthaltungen gegenüber dem politischen System und seinen verschiedenen Teilen zu treffen. Das vielschichtige Wort »Kultur« wird hier nur in einer seiner vielen Bedeutungen verwendet, nämlich als individuelle Einstellung gegenüber gesellschaftlichen Gegenständen. Anders ist es beim zweiten Aspekt, wo die traditionelle deutsche Befrachtung des Kulturbegriffes auch der politischen Kultur mitgegeben wird. Politische Kultur wird in diesem Sinne zum Kennzeichen von politischer Ethik und Moral. Die erste Strömung der politischen Kulturforschung ist empirisch-deskriptiv orientiert; ihr Vorbild sind jene Untersuchungen, die seit den fünfziger Jahren von Almond, Pye, Verba und anderen amerikanischen Wissenschaftlern angestellt worden sind. Die zweite Strömung — deren *auch explizit* wertehafte Interpretation Politischer Kultur stärker in den Sprachgebrauch des politischen Alltags eingedrungen ist — operiert dagegen oft mit Impressionen und Spekulationen. Dabei lassen sich diese Strömungen keineswegs einfach »links« oder »rechts« verorten. So sind Forscher mit sozialdemokratischer oder liberaler Einstellung Vertreter der empirischen Strömung, während undogmatische Linke und Konservative sich *gleichermaßen* — wengleich mit gegensätzlicher Zielrichtung — des stark wertenden politischen Kulturbegriffs bedienen. Als auffallendes Beispiel läßt sich etwa die Studie von Martin und Sylvia Greiffenhagen »Ein schwieriges Vaterland« (1979) nennen, in der — alles in allem — ein wachsendes demokratisches Potential in der Bundesrepublik beobachtet wird. Die deutlich wertgebundenen Einschätzungen heben dagegen die Zunahme repressiver staatlicher Maßnahmen oder den intellektuellen Kult des Negativismus hervor (vgl. die Übersicht von Berg-Schlosser). Daß die Politische Kultur der Bundesrepublik

mit so unterschiedlichen Ergebnissen und Methoden untersucht werden kann, läßt sich auf drei Ursachen zurückführen:

(1) Erst nach dem Wechsel zur sozialliberalen Regierungspolitik liegen Forschungsmittel und -material in dem breiten Maße vor, wie es das amerikanische Vorbild erfordert. Gleichzeitig scheinen erst in dieser Zeit »positivere« Ergebnisse im Sinne der an angelsächsische Demokratieideale angelehnten Untersuchungen Almonds u.a. möglich.

(2) Die in den siebziger Jahren als Reaktion auf ökonomische und ökologische Verunsicherungen begonnene Diskussion über »Grundwerte« in der Politik als geistiges Fundament der bestehenden Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen begünstigt Fragen nach dem Stand der Politischen Kultur.

(3) Der »deutsche Herbst«, die Anti-Terrorismuswellen vor und nach der Entführung einer großindustriellen Symbolfigur, verstärkt die schon durch die Berufsverbote hervorgerufenen Zweifel am bundesdeutschen Bruch mit den obrigkeitstaatlichen Traditionen von Preußentum, deutschem Imperialismus und Faschismus und führt zu Fragen nach der Quantität und Qualität demokratischer Verhaltensweisen.

Angesichts solch disparater Quellen und Verwendungen liegt der Gedanke nahe, den Terminus wegen seiner Instrumentalisierung als Kampfbegriff oder wegen des nicht gelösten Problems der Beziehung von Empirie und Wertung links bzw. rechts liegen zu lassen. Dieser Versuchung wollen wir deswegen nicht nachgeben, weil die Erforschung Politischer Kultur zum einen eine Überwindung der Fixierung auf politische Institutionen und Organisationen ermöglicht, zum anderen politische Veränderungen besser beschreibbar macht. Indes ist die Kritik kaum abweisbar, daß sowohl die »behavioristische« als auch die »normative« Richtung der Politischen Kulturforschung konzeptionell mangelhaft sind. Diese Mängel wären zu überwinden, wenn der Anschluß an die neuere Kulturdiskussion gesucht würde. In Frankreich, der DDR und besonders in Großbritannien ist in den letzten zwanzig Jahren jenseits ethnologischer und anthropologischer Überlieferung ein neuer holistischer Kulturbegriff entwickelt worden. So gelangte Raymond Williams im Zuge seiner langjährigen Erforschung britischer Arbeiterkultur zu einem Begriff von Kultur als Lebensweise, der nicht nur über die Beschränkung auf geistige Kultur hinausgeht, sondern auch über Kennzeichen von Lebensweise wie Wohnen, Kleidung oder Freizeitbeschäftigung. Für Williams besteht Kultur als Lebenszusammenhang vor allem in den Vorstellungen von der Natur sozialer Beziehungen, salopp ausgedrückt: Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität (Vester). Das heißt auch, daß Kultur mehr als ein System von Werten ist, nämlich eine Praxis. Der kulturelle Prozeß ist mit der tradierten marxistischen Formel von Basis und Überbau nur reduziert zu erfassen. Beeinflußt von Gramsci schlägt Williams eine Kulturanalyse der »Komplexität von Hegemonie« vor. Indem Williams den hegemonialen Aspekt ins Zentrum rückt, vollzieht er u.E. den entscheidenden Schritt hin zur Untersuchung *politischer* Kultur und ist den Hypothesen der etablierten Politikwissenschaft weit überlegen. Es werden soziale Kämpfe integraler Bestandteil der Kulturforschung: Eine herrschende Kultur ist ein System von Praxen, Bedeutungen und Werten, das für die meisten Menschen einer Gesellschaft Sinn von Realität konstituiert. Diese herrschende Kultur beruht auf einem Prozeß von Inkorporation. Kultur erhält ihre Realität in Auflösungen und Umformungen von Bedeutungen und Praxen in der Ausbildung, im sozialen Training in der Familie, in der Organisation der Arbeit, der intellek-

tuellen Tradition. »Alternative und oppositionelle Lebens- und Kulturformen müssen also hinsichtlich ihres Verhältnisses zur wirksamen, d.h. herrschenden Kultur als der historischen Veränderung unterworfen angesehen werden; zugleich geben ihre Quellen Aufschluß über die herrschende Kultur selbst« (Williams 1977, S.192). Die Unterscheidung von »alternativ« und »oppositionell« ist dabei nur theoretisch leicht als die »zwischen jemandem, der eine andere Existenzform sucht und mit dieser allein gelassen werden will, und jemandem, der aus diesem Wunsch nach einer anderen Existenzform den Anspruch ableitet, die Gesellschaft zu verändern« (ebenda, S.194). Wenn also überall von kulturellem Prozeß gesprochen werden kann, dann heißt das, vom Faktum einer Gemeinsamkeit der Kultur auszugehen. Von einer gemeinsamen Kultur sprechen, heißt demnach, die Lebensweise eines Volkes ins Auge zu fassen, und gleichzeitig, »daß die Idee der *Gemeinsamkeit* der Kultur als Kritik benutzt werden konnte an ihrer Aufsplitterung und Fragmentierung« (ebenda, S.77). Diese gemeinsame Kultur ist also einerseits empirisch vorhanden und beschreibbar, andererseits noch nicht vollendet, existiert nur fragmentarisch und fordert Veränderung. In der Kultur ist das Gemeinsame als Möglichkeit bereits enthalten, in der Befreiung von seiner inkorporierten Form kultureller Hegemonie wird es zur Wirklichkeit. So ist die Dialektik von Sein und Werden mitbedacht, ist Williams' Ansatz weder ahistorisch noch kulturintegrationsistisch, wie manche Kritiker irrtümlich annehmen.

Die wesentlichen Schwierigkeiten unserer politischen Kulturforschung erscheinen bei Grundlegung des Kulturbegriffs von Williams als prinzipiell lösbar. Die Erweiterung und Differenzierung des Kulturbegriffs macht es möglich, ein komplexes Bild Politischer Kultur zu bekommen, wo materielle Lebensbedingungen und politische Praxis nicht mehr vernachlässigt werden, und überwindet so die behavioristische Enge. Der Grad der Aneignung und Veränderung von Lebensbedingungen durch die politische Tätigkeit gesellschaftlicher Individuen, d.h. ihr Maß an Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung, könnte als — relativierbarer — Wertmaßstab angesehen werden und so die Frage nach den Kriterien der Bewertung politischen Kulturfortschritts oder -verfalls lösen helfen, die durch die derzeitige Rede vom »Mangel« an Politischer Kultur in Deutschland lediglich aufgeworfen worden ist. Politische Kultur könnte in diesem Sinn nicht mehr als Leerformel dienen, sondern zum genauer bestimmbareren Bereich politischer Programmatik werden.

## II

Die bundesdeutsche Politische Kultur am Anfang der achtziger Jahre ist fragmentiert. Es muß mit einer beträchtlichen Verbreitung von Autoritarismus, Ethnozentrismus und Verniedlichung des Faschismus gerechnet werden. Das Bild des offiziellen politischen Lebens liefert Anhaltspunkte für die Annahme einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems: Der Wechsel von Brandt zu Schmidt in der Sozialdemokratie, von Kohl zu Strauß bei den Christlichen Demokraten bietet sich als wechselseitige Bedingung dar; erst die von »Schmidt« geschaffene Atmosphäre der Reformunlust bedingt das mit »Strauß« bezeichnete Programm des Rechtspopulismus (vgl. die Analysen in »Sozialliberalismus oder rechter Populismus?« Argument-Sonderband AS 51, Berlin [West] 1980). Die nicht enden wollende Praxis der Berufsverbote widerlegt die Ansicht, daß mit der Entspannung nach Osten auch ein Abbau der innerstaatlichen Feinderklärung an den Kommunismus verbunden sein könnte. Dem Terrorismus wurde mit einer

Verketzerung »intellektueller Sympathisanten« begegnet, wobei Angriffe gegen Heinrich Böll und andere Prominente nur die Spitze des Eisbergs darstellten. Gleichzeitig wurde Ende der siebziger Jahre der Überwachungsapparat monströs aufgebläht. Dabei ist dies ein besonderes Land. Preußentum — d. i. die absolute Unterordnung unter die als Staat organisierte Herrenklasse —, 50 Jahre Imperialismus und 12 Jahre Faschismus haben tiefe Spuren hinterlassen. Unter dem Feldzeichen des Anti-Totalitarismus setzten einstige Anhänger des totalen Staates ihren Kampf gegen den Kommunismus in der Ära Adenauer fort. Der deutsche »Knick im Rückgrat« bleibt erhalten bis in die achtziger Jahre — auf der Basis einer Symbiose von autoritären Traditionen mit einer »Sicherheitspolitik« der Polarisierung und Überwachung? Es spricht vieles dafür, manches dagegen. Mehr junge Leute glauben an Sinn und Erfolg politischer Partizipation. Hausbesetzungen faszinieren starke Teile der jüngeren Generation. Etwa die Hälfte der Bundesbürger hält Bürgerinitiativen für sinnvoll und wäre selbst zur Mitarbeit bereit. Zunächst im Gefolge der Protestbewegung von 1968, dann mehr und mehr als eigenständige Reaktion auf die ökonomischen und ökologischen Probleme der siebziger Jahre entstanden »alternative Lebensformen« und »neue soziale Bewegungen«. Brisanz und Dynamik dieser Bewegungen wurden Anfang der achtziger Jahre durch die Welle der Instandbesetzungen allgemein sinnfällig. Fern der Bonner Atmosphäre professioneller Machtverwaltung entwickelte sich eine Politische Kultur der Wohngemeinschaften, Kinderläden, Stadtteilstefte, wirtschaftlicher Selbsthilfe und Selbstorganisation von beachtlichem Umfang mit radikaldemokratischen, ökologischen, sozialistischen Zielsetzungen. Quer zu den Parteien, aber nicht ohne Einfluß auf sie, organisierten sich Bewegungen wie die der Frauen. Impressionen dieser Art lassen eine »Linksentwicklung« in den achtziger Jahren als möglich erscheinen, die freilich traditionellen Vorstellungen der deutschen Linken häufig nicht entspricht. Die etablierte Linke in Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie bei den marginalen Kommunisten hat Schwierigkeiten mit diesem neuen Typ in der deutschen Politischen Kultur, weil ein entscheidendes Kriterium bisheriger politischer Tätigkeit fehlt: Die der etablierten Linken bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsame Orientierung an der politischen Macht. Verblüfft sieht sie sich dem »Wertwandel« gegenüber, einem zunächst in den USA beobachteten Phänomen. Was mit diesem Schlagwort genau gemeint ist, läßt sich schwer ausmachen. Für die einen ist es ein Prozeß bei tendenziell allen abhängig Beschäftigten, für andere eher bei Jüngeren oder den neuen Mittelschichten. Den einen ist es ein Wandel hin zu »postakquisitiven« Werten, den anderen blanker Hedonismus. Unstrittig ist jedoch für die Bundesrepublik, daß eine Mehrzahl der Arbeitnehmer Arbeitszeiten weit unter den jetzigen wünschen und daß eine wachsende Minderheit dafür sogar Einkommensbeschränkungen hinnehmen würde. Die breite Einführung der Mikro-Elektronik verleiht diesem Wertwandel plötzlich Aktualität, wobei allerdings fraglich ist, ob die zögernd begonnenen gewerkschaftlichen Kampagnen für die 35-Stunden-Woche als Signal dafür zu werten sind, daß ein neuer Klassenkampf um individuell und gesellschaftlich disponible Zeit als den Gradmesser gesellschaftlichen Reichtums begonnen hat. Im Wertwandel wird eine Abnahme bisherigen Leistungsdenkens und eine Zunahme des Glücksverlangens deutlich, die unsere Politische Kultur gründlich umstülpen könnte, wenn sich die Tendenzen zur Selbstorganisation und Gegenöffentlichkeit gegenüber dem Egoismus durchsetzen, den Freak und Leistungsfetischist gemeinsam haben. Damit gewinnt vielleicht auch eine »Partei neuen Typus« an Wahrscheinlichkeit. Gerade

die Ambivalenzen des Wertwandels zeigen, daß die Politische Kultur der Bundesrepublik nicht analog dem Leninschen Zwei-Kulturen-Schema (herrschende vs. demokratisch-sozialistische) angemessen analysiert werden kann, sondern eher als komplexe hegemoniale Struktur der Inkorporierung und Ausgrenzung alternativer und oppositioneller Politischer Kultur im Sinne von Williams.

### III

Politische Stabilität der Demokratie entwickelter kapitalistischer Industriegesellschaften hat eine bestimmte Form der Politischen Kultur zur Voraussetzung. Auf diesen Zusammenhang hat mit Nachdruck Richard Löwenthal hingewiesen — einer der einflussreichsten sozialdemokratischen Intellektuellen der älteren Generation. Er entwickelt ein klares Dilemma, dem er die westliche Demokratie konfrontiert sieht. Auf der einen Seite dieses Dilemmas steht die »totalitäre« Gefährdung, nämlich der Versuch, »wissenschaftliche« Erkenntnisse über den Weg der Geschichte, die richtige Auffassung vom Gemeinwohl und die Strategien zu seiner Verwirklichung zu postulieren und die so gewonnenen Erkenntnisse zur Grundlage des politischen Handelns zu machen; dies ist eine Prämisse, die nach Auffassung der Totalitarismus-Theoretiker auf die Abschaffung politischer und gesellschaftlicher Freiheit hinauslaufen muß. Auf der anderen Seite ergibt sich aber die Gefahr, daß der politische Wettbewerb um staatliche Entscheidungspositionen zu einem reinen Interessenkampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Organisationen degeneriert. Die Demokratie könne, wenn sie von den Bürgern und den politischen Eliten als Wettbewerb um partikuläre Vorteile betrachtet und betrieben werde, in einen Zustand hineingeraten, in dem generell akzeptierte Entscheidungen und damit die Funktion des Regierens unmöglich werden. Das Dilemma ist klar: Eine inhaltliche Festlegung dessen, was das Gemeinwohl sein soll, führt zu totalitären Strukturen. Aber der Konkurrenz-demokratische *Verzicht* auf solche Festlegung, die Gleichsetzung von »Gemeinwohl« mit den jeweils sich einstellenden *Ergebnissen* des Wettbewerbs, kann zu Instabilität und Unregierbarkeit führen. Die Lösung des Dilemmas wird nun den politischen Parteien als Aufgabe zugewiesen. Sie müssen aber ihre Deutung des Gemeinwohls unter Verfahrensvorbehalte stellen und gegebenenfalls Niederlagen in Übereinstimmung mit demokratischen Wettbewerbsregeln akzeptieren. Sie müssen, so Löwenthals Analyse, sich gleichermaßen an Inhalten wie an Formen, an ihren Programmen wie an den Wettbewerbsregeln orientieren. »Die freiheitliche Demokratie kann die Probleme der hochindustriellen Gesellschaft nur lösen, soweit sich Parteien ... finden, die willens und fähig sind, am Gemeinwohl orientierte Konzepte für die öffentliche Steuerung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung zu entwerfen und durchzusetzen.« (219) Eine solche Partei würde sich ersichtlich von beiden Polen, die von der Parteisoziologie konzipiert worden sind, gleichweit entfernt halten: Vom Pol der »Weltanschauungs«- oder »Klassenpartei« (die zwar eine materiale Gemeinwohldefinition aufweist, nicht aber die Bereitschaft, sich die Verfahrensregeln demokratischen Wettbewerbs zu unterwerfen, sondern vielmehr bestrebt ist, den Staat zu erobern *und* — Lenin folgend — so umzugestalten, daß ihre Herrschaft nicht wieder in Frage gestellt werden kann) — und ebenso vom Pol der »Stimmenmaximierungs«- oder »catch-all-Partei«, die ja auf programmatische Konsistenz, auf eigenständige Konzepte des Gemeinwohls verzichten sowohl kann wie muß, um im Dauerwahlkampf der modernen Massendemokratie Mehrheiten zu gewinnen

bzw. zu verteidigen. Stattdessen müssen, so Löwenthals Vorstellung, die Parteiliten »zunehmend an ein Gemeinschaftsbewußtsein der Bürger appellieren« (219) und »aufhören, sich als bloße Koalitionen von Interessengruppen zu verhalten; sie müssen zunehmend als Träger alternativer Konzepte der Gesamtentwicklung auftreten und die Bürger dafür gewinnen, ihre Wahl primär anhand der Gemeinschaft zu treffen.« (221) Ein »zunehmendes Gemeinschaftsbewußtsein der Bürger« sei sogar als »Grundbedingung des Überlebens (der Demokratie) in den hochindustriellen Gesellschaften« zu betrachten (221). Diese Politische Kultur — an die Parteien appellieren, auf die sie sich stützen, und die sie ihrerseits entwickeln und fördern müssen, wenn die freiheitliche Demokratie Bestand haben soll — besteht nach Löwenthal im »Gefühl der Verbundenheit mit den Mitmenschen«, der »Verpflichtung ihnen gegenüber«, dem »Bewußtsein gemeinsamer Lebensformen und Institutionen« und »gemeinsamen Werten«. Grundlage und Quelle dieser — nicht über Interessen, sondern gerade über Werte und Normen — vermittelten Gemeinsamkeit ist die Geschichte und die ihrer Reflexion abzugewinnende »historische Identität der konkreten Gemeinschaft«.

Die im folgenden zu untersuchende globale Frage lautet also: Hat die deutsche Sozialdemokratie, nachdem sie seit 1966 gleichberechtigt und seit 1969 führend an der (ihr 1980 wiederum eingeräumten) »Regierungsverantwortung« beteiligt war, in ihrer Politik und Programmatik den Maßstäben entsprochen, die ihr (wie anderen Parteien) von einem ihrer eigenen führenden Theoretiker gesetzt worden sind? Hat sie ihre Politik und Programmatik aus einer spezifischen Deutung der »historischen Identität der konkreten Gemeinschaft« abgeleitet und, umgekehrt, ihrerseits dazu beigetragen, das Bewußtsein einer solchen Gemeinschaft zu schärfen und zu verbreiten? Hat sie es vermocht, sich auf eine »kollektive politische Identität« (Glotz) der Bürger zu beziehen und diese Identität ihrerseits zu festigen?

#### IV

Wir werden im folgenden behaupten und begründen, daß sie all dies nicht getan hat, und daß sie folglich die von Löwenthal postulierten Stabilitätsbedingungen der freiheitlichen Demokratie zumindest nicht gefördert hat. Bei dieser These ist die Tatsache weder zu überschätzen, daß angesichts der Besonderheit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts *alle* Parteien, insbesondere aber die Sozialdemokratie, besondere Schwierigkeiten haben, sich auf irgendein Bewußtsein kollektiver Identität — sei es national, klassentheoretisch oder kulturell konzipiert — zu beziehen. Was die »nationale Frage« angeht, so verbietet sich der Versuch, sie zum Bezugspunkt eines Gemeinwohl-Verständnisses zu machen, nicht nur wegen der chauvinistischen und rassistischen Perversionen des Begriffs der »Deutschen Nation« durch den Nationalsozialismus; er verbietet sich deshalb, weil wegen der in den fünfziger Jahren festgelegten ökonomischen, politischen und militärischen Westintegration jede deutsche Politik eindeutig in transnationalen Abhängigkeitsverhältnissen (Nato, EG) dauerhaft verankert war, und außerdem speziell für die Sozialdemokratie deshalb, weil ihr Anfang der siebziger Jahre unter der Leitung von Willy Brandt durchgesetztes Projekt der Normalisierung der außenpolitischen und -wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und zur DDR nur *gegen* die politisch-kulturellen Restbestände »nationalen Identitätsstrebens« (verstanden als Streben nach »staatlicher Einheit« der beiden Teile Deutschlands) durchgesetzt werden konnte. Die »Deutsche Nation« ist heute schlechthin kein Bezugs-



punkt mehr, der zur Begründung von politischer Programmatik von *irgendeiner* Seite in mehr als marginalem Umfang in Anspruch genommen werden könnte; entsprechend erfolglos waren in den Wahlkämpfen der siebziger Jahre auch die gegnerischen Versuche, den alten Vorbehalt der »nationalen Unzuverlässigkeit« gegen die Sozialdemokratie zu reaktivieren. — Was, zweitens, die strukturellen Bedingungen einer Bezugnahme auf Klassenkategorien angeht, also die Chance, politische Programmatik auf *sozial-ökonomisch* definierte kollektive Identität zu beziehen, so ist daran zu erinnern, daß die Liquidierung der Arbeiterorganisationen durch den Nationalsozialismus und die Nachkriegsprosperität mit den von ihr induzierten Wandlungen der Sozialstruktur in Westdeutschland gemeinsam dazu geführt haben, daß die Bezeichnung »Arbeiter« weniger die Konnotation einer kollektiven Identität, einer gemeinsamen Wahrnehmung und Deutung sämtlicher gesellschaftlicher Lebenssphären hat, als vielmehr den Charakter einer sozialstatistischen, allenfalls organisationspolitischen Kategorie. Das bedeutet, daß die Bestimmung »Arbeiter« ebenso wie die zuvor angesprochene Bestimmung »Deutscher« relativ leer an Sinngehalt ist, die aus gemeinschaftlicher Vergangenheitserfahrung oder Zukunftsorientierung entspringen und auf die sich die staatliche Politik daher als auf eine normative Grundlage beziehen könnte. Aus der sinkenden politisch-kulturellen Relevanz der Kategorie »Arbeiter« für die Lebenswelt derjenigen, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind, hat die SPD bekanntlich 1959 auch die Konsequenz gezogen, sich ihrer wahlpolitisch aussichtslosen Etikettierung als »Arbeiterpartei« zu entledigen, und sich fortan als »Volkspartei« zu deklarieren. Ähnliches gilt schließlich, drittens, für die *kulturellen* kollektiven Identitäten, unter denen als Bezugsgröße für politisches Handeln immer die Konfession eine entscheidende Rolle gespielt hat. Wenn auch die politischen Auswirkungen eines allgemeinen »Säkularisierungseffektes« häufig überschätzt werden und z.B. an Wahlanalysen (etwa an dem immer unterproportionalen Anteil katholischer SPD-Wähler an der Gesamtheit der SPD-wählenden Arbeiter) das nach wie vor beträchtliche Gewicht konfessioneller Faktoren nachgewiesen werden kann, so ist doch zu bedenken, daß Westdeutschland aufgrund der nationalen Teilung ein konfessionell annähernd *paritätisch* strukturiertes Land geworden ist, was wiederum dazu geführt hat, daß (im Gegensatz etwa zu den Niederlanden) das Parteiensystem von vornherein überkonfessionell strukturiert wurde. Insgesamt haben wir es also in Westdeutschland mit einem — im Vergleich mit allen anderen süd- und westeuropäischen Ländern wohl extrem — gering ausgeprägten Fundus an »präpolitischen« kollektiven Identitätsbestimmungen nationaler, sozialökonomischer oder kultureller Art zu tun, auf die sich die Politik von Parteien und Regierungen als auf ein Repertoire an Rechtfertigungen und eingelebten Gemeinwohldeutungen beziehen könnte. Diese Feststellung wird durch die Tatsache unterstrichen, daß wir in der BRD — wiederum im Gegensatz zu den meisten ihrer Nachbarn — auch keine »subnationalistischen« kollektiven Identitäten, etwa von ethnischen, linguistischen oder religiösen Minderheiten oder quantitativ relevante regionalistische Bewegungen antreffen. Infolgedessen ist es für keine der politischen Parteien leicht, sich auf irgendein kulturell präformiertes Bewußtsein von kollektiver Identität, auf politische Relevanzstrukturen und eingelebte Formen der Politischen Kultur zu beziehen. Löwenthals These, daß diese historisch wurzellose Demokratie zu ihrer langfristigen Krisenfestigkeit und Entwicklungsfähigkeit eines Bewußtseins ihrer geschichtlich gewordenen Identität bedarf, impliziert daher eine unter deutschen Verhältnissen besonders schwierige Aufgabe.

## V

Die sozialdemokratische Politik der siebziger Jahre ist nun freilich nicht allein passives Opfer dieser charakteristischen Vagheit politisch-kultureller Strukturen in der Bundesrepublik, sondern — so wollen wir behaupten — sie hat aktiv und ursächlich (wenn auch gewiß nicht »bewußt«) an deren weiterer Auflösung mitgewirkt, so daß die Erwartung heute nicht unrealistisch erscheint, daß sie in näherer Zukunft sehr wohl »Opfer ihrer selbst«, d.h. ihres Verzichts auf politische Hegemonieansprüche und auf die konkrete Formulierung der politisch-kulturellen Basis einer solchen Hegemonie werden könnte.

Diese Gefahr ergibt sich erstens aus der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine extrem *etatistische* Version des Reformismus repräsentiert. Gewiß ist für alle modernen sozialdemokratischen Parteien charakteristisch, daß sie die wohlfahrtsstaatliche Parteiendemokratie als die definitive politische Ordnung anerkennen und programmatisch darauf verzichten, Veränderungen der verfassungsmäßigen Freiheitsgarantien (z.B. Eigentumsgarantie) bzw. der Verfahren politischer Willensbildung und Entscheidung (etwa im Sinne rätedemokratischer Konzepte) anzustreben. Diese politisch-strategische Grundentscheidung, für die sich durchaus eine Reihe ernsthafter theoretischer Gründe und historischer Erfahrungen anführen lassen, nötigt aber sicher nicht dazu, von einer *bedingungslosen Anerkennung* der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung zu einer *alternativlosen Beschränkung* der reformistischen Politik auf etatistische Formen und Verfahrensweisen überzugehen. Salopp gesagt, lautet die methodische Prämisse sozialdemokratischer Politik: »Wir machen das schon!« Die dem Wähler für seine getreulich der SPD gegebene Stimme in Aussicht gestellte Gegenleistung wird in der Form veranstalteter und veranstaltlichter Vorsorge für »Lebensqualität«, für universelles staatlich arrangiertes und verwaltetes Wohlbefinden angeboten. Wir wollen uns hier nicht mit einer erneuten Bilanzierung der *inhaltlichen* Erfolge und Errungenschaften des etatistischen Reformismus der siebziger Jahre aufhalten; es ist bekannt, daß sie etwa im Bereich der Bildungs-, aber auch der Sozialpolitik alles andere als eindrucksvoll waren (vgl. M.T. Greven: Sozialliberalismus und Reformismus, in: Staat und Monopole III, Argument-Sonderband AS 36, Berlin [West] 1979). Uns interessiert vielmehr die Konsequenz der Form einer Politik, die Veränderungen immer nur als administrative Intervention und Verrechtlichung konzipiert, als ausschließlich etatistische Umgestaltung von Lebensverhältnissen. Diese eigentümliche Figur einer etatistisch vermittelten und daher in gewissem Grade »fremdbestimmten« Emanzipation hat einerseits gewiß den Vorzug, auf dem Wege politisch gesetzter und rechtsförmig durchgesetzter Ansprüche und Regelungen das (strukturelle oder konjunkturelle) gesellschaftliche Machtdefizit der lohnabhängig Arbeitenden und anderer benachteiligter Kategorien partiell zu kompensieren. Solche etatistische Korrektur eines gesellschaftlichen Machtverhältnisses hat aber immer den negativen Effekt zur Kehrseite, daß die von ihr Begünstigten nicht nur *entlastet*, sondern gleichzeitig auch *deaktiviert*, d.h. daran gehindert werden, ihre eigenen Vorstellungen von dem, was zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse jeweils erforderlich ist, selbst zu konzipieren und autonom zu verwirklichen. Nicht nur im positiven, sondern in diesem durchaus negativen Sinne geraten die Bürger in den Status von Objekten administrativer Versorgung, denen ein *eigener* Kampf nicht nur erspart, sondern auch untersagt wird. Wir stehen mithin, wie

Preuß kürzlich formuliert hat, vor dem Problem, »die souveräne Gewalt (d.h. die etatistische Konzeption des Reformismus, d.Verf.) nicht entbehren zu können, weil sie die Schwachen, Unorganisierten und das gesellschaftliche Allgemeine vertritt ... und sie zugleich als ein Hindernis für die Entfaltung weniger entfremdeter sozialer Lebensformen und Handlungsnormen erkennen zu müssen« (zit.n.Msk.).

Die etatistische Verwaltung sozialer Probleme, die ihre Verbindung zu den Erfahrungen, Aktionsformen und Werten der gesellschaftlichen Basis weitgehend abschneidet, verwickelt sich, indem sie dies tut, in das Problem, daß sie zumindest nicht gewiß sein kann, ob die von ihr erzeugten Problemlösungen dann als solche auch erfahren und akzeptiert werden. Jede Modernisierung hat nicht nur den positiven Aspekt der Verbesserung, sondern auch den zumindest ambivalenten der Umstrukturierung, häufig den des brutalen und irritierenden Ein- und Übergriffs. Die Bürger werden mit neuen Verhältnissen konfrontiert, deren Gebrauchswert, deren Beitrag zu gesteigerter »Lebensqualität« nur dann evident wäre, wenn sich das Ergebnis der Umstrukturierung explizit an Normen einer Politischen Kultur orientiert hätte. Je weniger dies der Fall ist, desto eher entsteht die Gefahr, daß die Resultate von Reform und Planung als undurchsichtige modernistische Machenschaft von Administration und »Experten« erfahren werden, die zur Verbesserung der Lebensqualität nichts beitragen. Jede strikt etatistische Konzeption des Reformismus begibt sich nicht nur der Triebkräfte und der gesellschaftlichen Resonanz, die für ihr Gelingen entscheidend sein kann; sie begibt sich auch der Chance der Selbstkorrektur an den Bedürfnissen der Betroffenen. Die Widersprüche und Folgeprobleme des rigorosen und einseitigen sozialdemokratischen Etatismus kommen gegenwärtig nicht nur in den Erfolgen zum Vorschein, welche die Rechte mit der demagogischen Kritik an Bürokratie, Wohlfahrtsstaat und der allgemeinen »Bevormundung« des Bürgers durch den Staat erzielt hat. Sie kommen ebenso in der häufig prinzipiellen Feindschaft zum Ausdruck, mit der die Träger der »alternativen« Ökonomie und Kultur den sozialdemokratischen Sachverwaltern der etatistischen Rationalität begegnen. Beide Faktoren zusammengenommen lassen die Perspektive einer Selbst-Paralyse des sozialdemokratischen Etatismus als nicht unrealistisch erscheinen.

Der zweite Aspekt, der diese Befürchtung stützt, ist die bei allem Etatismus ausgeprägt *normative Perspektivlosigkeit* der politischen Kultur der regierenden oder regierungsbeteiligten Sozialdemokratie. Die parteioffiziell kanonisierten »Grundwerte«, nämlich »Freiheit«, »Gerechtigkeit« und »Solidarität«, sind nicht in einigermaßen konkrete Vorstellungen über das »gute Leben« oder die »Lebensqualität« in Betrieb, Stadt oder Familie umgesetzt worden. Interessanterweise sind die Zielvorstellungen, die sich mit dem (negativen) Wert des »Friedens« (negativ im Sinne von *Entspannung* und *Kriegsverhinderung*) verbinden, noch die erfolgreichsten Symbole sozialdemokratischer Politik. Im übrigen herrscht eine programmatische Beliebigkeit, die man mit dem Stichwort »Verlegenheits-Liberalismus« umschreiben könnte, ein abstrakter und konzeptionsloser Modernisierungswille. Das wird heute von führenden Sozialdemokraten zum Teil selbst so gesehen und beklagt: »Einer der Kardinalfehler der Sozialdemokratie nach Godesberg ist die Abweisung der Sinnfrage in die isolierte Privatsphäre, nach dem Motto: Mit seinen seelischen Problemen muß jeder selbst fertig werden.« Glotz folgert aus dieser seiner Diagnose: »... Die Arbeiterbewegung ... muß ihre alte Aufgabe neu definieren: sie muß ... Menschen für die weltweite soziale Auseinandersetzung gewinnen ... Dazu muß sie aber wieder lernen, die Bedeutung des ethisch-politischen Mo-

ments der Geschichte nicht zu unterschätzen.« (zit.n.Msk.) Freilich fragt Glotz nicht weiter nach den politischen, organisatorischen und theoretischen Voraussetzungen, unter denen dieses geschehen könnte. Wenn er es täte, würde sich, wie uns scheint, herausstellen, daß sozialdemokratische Politische Kultur geradezu als eine geistig-politische Verfassung beschrieben werden kann, die für solche Vorschläge einen Resonanzboden nicht bietet. Jene positive »SPD-Kultur«, deren Regeneration Glotz voluntaristisch fordert, läßt sich nämlich mit der Organisations- und Regierungspraxis der SPD nicht in Einklang bringen. Die Objektivität dieses Zwiespals (die im übrigen selten so deutlich wie von Glotz ins Bewußtsein gehoben wird) ist die »SPD-Kultur«.

Im Vergleich zu christlichen, kommunistischen und wohl auch liberalen bzw. radikalen Parteien leiden sozialdemokratische Parteien im besonders ausgeprägten Maße an dem Dilemma, auf ein traditionales Repertoire an Wertorientierung, auf eine kämpferische Klassenkultur, eine christliche Ethik oder ein bürgerliches Freiheitspathos nicht programmatisch Bezug nehmen zu können. Schutzloser als die anderen sind sie dem »Dilemma der Modernität« ausgeliefert. Die Pluralisierung der Wählerschaft, die mit der Wendung zum Typus der Volkspartei einhergeht, verschärft diese Undeutlichkeit der Wertprämissen. Im Falle der deutschen Sozialdemokratie wird sie weiter verschärft durch die in Westeuropa wohl einzigartige Armut des westdeutschen Staates an kollektiv respektierten politischen Symbolen. Solche Symbole, häufig hervorgehobene Punkte, in Raum und Zeit, sind in der Bundesrepublik rar. Die politischen Feiertage (17. Juni und 20. Juli) beziehen sich auf Ereignisse, die jenseits der geographischen bzw. historischen Grenzen der westdeutschen Republik liegen, nicht etwa auf deren Gründung — an sich schon ein Unikum. Die »Hauptstadt« Bonn repräsentiert nichts als die Zufälligkeit, der sie diesen ihren Status verdankt. Die Personen, die sozialdemokratische Traditionen symbolisieren könnten, sind, wenn sie den Faschismus überlebt haben, inzwischen tot oder sonst der Altersgrenze aktiver politischer Tätigkeit nahe. An ihre Stelle ist eine »Mannschaft« jüngerer »Macher« getreten, die nach Erscheinungsbild, Sprache, Biographie und Bildungsweg nahezu ununterscheidbar und schon deshalb als personale Träger von Symbolen unbrauchbar sind. Die »Bedeutungsarmut« sozialdemokratischer Politik und ihrer Akteure wird auch durch verkrampte Versuche militärischer Traditionspflege (oder durch die sehr viel harmlosere Gewohnheit des sozialdemokratischen Bundeskanzlers, eine Kopfbedeckung zu wählen, die seine norddeutsche Herkunft erkennbar macht) nicht behoben, sondern grell parodiert. Im Kontext der deutschen Geschichte stehen der Sozialdemokratie so gut wie keine seriösen Signale zur Verfügung, durch die sie anzuzeigen vermöchte, wer sie ist und wofür sie steht.

Der symbolischen und normativen Undeutlichkeit der regierenden Sozialdemokratie entspricht die »Offenheit«, die einen Grundzug sozialdemokratischer Innenpolitik darstellt. Es gibt kein erkennbares, auch nur programmatisch formulierbares gesellschafts-politisches Projekt, kein angestrebtes Modell des gesellschaftlichen Lebens, das dem vergleichbar wäre, was wir sowohl bei den christlichen wie den kommunistischen Gegnern der Sozialdemokratie finden. Statt dessen gibt es *formale* Ziele: die (wahl-)politische Strategie, *alle* gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Klassen anzusprechen; die methodische Prämisse, Variabilität, Mobilität, Innovation zu fördern; den Grundsatz, Optionen nicht zu »treffen«, sondern »offen zu halten«. Der sozialdemokratische politische Prozeß, so erklären seine theoretischen Protagonisten wie Peter Glotz immer wieder, findet statt in einer Atmosphäre allseitiger Gesprächs- und Kooperationsbereit-

schaft. — So sympathisch sich der damit bekundete Verzicht auf doktrinären Ballast und sozio-politische Diskriminierung auf den ersten Blick ausnimmt, so deutlich wird auf den zweiten, daß diese »Offenheit« das Alibi ist für die nahezu bedingungslose Reaktionsbereitschaft gegenüber gegebenen sozialökonomischen Macht- und Erpressungsverhältnissen. Wer prinzipiell »offen« ist, setzt sich damit um so widerstandsloser der Wirkung jener ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen aus, in deren Rahmen die Chance, von dieser »Offenheit« interessierten Gebrauch zu machen, bekanntlich höchst ungleich verteilt ist. Weil das so ist, verfällt die auf nahezu nichts anderes als ihre »Offenheit« festgelegte Sozialdemokratie auf einen Typus von Politik, der gleichzeitig als »machtversessen« und »machtblind« beschrieben werden kann: als machtversessen, weil im Interesse der Wahrung sozialdemokratischer »Regierungsverantwortung« fast jede normative Programmatik zur Disposition gestellt werden muß; als »machtblind«, weil die realen Auswirkungen und Nutzungschancen, die sich aus solcher »Offenheit« ergeben, geradezu zwanghaft verdrängt und ignoriert werden müssen.

Der abstrakte, normativ-politisch diffuse, rein etatistische Modernisierungswille, der das sozialdemokratische Regierungshandeln stärker als das irgendeiner anderen Partei kennzeichnet, zeitigt latente Folgen, die ein drittes Element der sozialdemokratischen politischen Kultur ausmachen: die forcierte *Verunsicherung der institutionellen Parameter aller gesellschaftlichen Lebensbereiche*. Im vergangenen Wahlkampf haben sich die konservativen und reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik dieses Themas bevorzugt angenommen, aber daß sie es mit großer Resonanz tun *konnten*, ist eine Tatsache, die den unbeachteten Nebenwirkungen etatistischen Modernisierungstrebens angelastet werden muß. Hatte die große historische Perspektive der sozialistischen Arbeiterbewegung darin bestanden, dem technisch-industriellen Modernisierungsprozeß des Kapitalismus einen über diesen hinausweisenden historischen Sinn beizulegen, die Destruktion des Alten zugleich als Konstruktion eines Neuen zu konzipieren und aus der Entfaltung der menschlichen und sachlichen Produktivkräfte das Projekt einer befriedeten und gerechten Gesellschaftsordnung abzuleiten, so hat die moderne Sozialdemokratie jeden Gedanken an einen Zusammenhang von Destruktion und Konstruktion von Modernisierung und Befreiung — ein Zusammenhang, der sich heute nicht mehr schlicht »produktionistisch« denken läßt — aus den Augen verloren: sie betreibt und legitimiert die technisch-industriell-bürokratische Modernisierung, ohne ihr einen positiven praktischen Sinn beizulegen, d.h. anders als negativ, durch die allgegenwärtige *Angst* vor Wachstumsstockungen und Arbeitslosigkeit rechtfertigen zu können. Der perspektivlos gewordene Imperativ der Modernisierung hat aber umgekehrt die relative Bedeutung jener Institutionen, Werte und Lebensverhältnisse dramatisch anwachsen lassen, auf deren Kosten sich die Modernisierung vollzieht: die Bedeutung partikularer Identitäten, die auf Alters- und Geschlechtsrollen gegründet sind, die Bedeutung regionaler und ethnischer Gemeinschaften, die Bedeutung einer intakten natürlichen und städtischen Umwelt. Gewiß ist das Gemisch von »progressiven« und »reaktionären« Motiven schwer zu entwirren, das sich da zu einer »anti-modernistischen« Protestbereitschaft akkumuliert, aber ebenso gewiß nähert eine »modernistische« sozialdemokratische Bildungs-, Familien-, Technologie-, Regional- und Wachstumspolitik, die den Modernisierungsprozeß weder zu bremsen bereit noch auf plausible Zielvorstellungen hin zu lenken in der Lage ist, eben diese an »vor-modernen« Strukturen und Werten orientierte

Protestbereitschaft. In dem Maße, wie die konstruktive, die Emanzipation befördernde Seite des Modernisierungsprozesses ungreifbar wird, werden seine Kosten, die Erfahrung seiner destruktiven Seite, um so deutlicher. Es sind dies Kosten, welche der Sozialdemokratie als der politischen Sachwalterin von Modernität von den neuen sozialen Protestbewegungen einerseits, von rechtspopulistischen Kräften andererseits zugerechnet und politisch vergolten werden.

Ein viertes Merkmal dessen, was wir als Syndrom der sozialdemokratischen Politischen Kultur beschreiben wollen, hängt in widersprüchlicher Weise mit dem Anspruch auf »Offenheit«, jener charakteristischen abstrakten Modernisierungsbereitschaft, zusammen. Wir meinen den *repressiven* Charakter der sozialdemokratischen Politik, der überall dort und gegen alle diejenigen manifest wird, von denen eine intransigente »eigene Linie« vertreten wird und wo Kooperation, Kompromißbereitschaft, Vermittlung und technokratisches Management nicht als oberste politische Orientierungsgröße akzeptiert werden, wo vielmehr auf eigene Lebensformen und deren Autonomie, auf Erfahrungen und Einsichten bestanden wird. Der Zusammenhang zwischen »Offenheit« und »Repression« ist keineswegs geheimnisvoll: eine Partei und die von ihr vertretene Regierungspolitik, die sich wegen ihrer »Offenheit« anpreist und in der Tat beachtliches Geschick dabei bewiesen hat, alle relevanten gesellschaftlichen Machtgruppen mit allen anderen Machtgruppen auszubalancieren, muß naturgemäß sorgfältig darauf bedacht sein, diejenigen Kräfte (in den eigenen Reihen und außerhalb) unter Kontrolle zu halten, die jene Balance stören könnten. Die SPD — und ein guter Teil der mit ihr politisch alliierten Gewerkschaftsführungen — sind folglich von dem Argwohn gegenüber politischen Kräften dominiert, die ihrer wahlpolitischen Akzeptabilität bzw. ihrer Koalitions- und Verhandlungsfähigkeit Schaden zufügen könnten. Es kommt hinzu, daß in dem Maße, wie eine *positive* Integration der Mitglieder, Wähler und Anhänger mangels eines erkennbaren hegemonialen Projektes, einer normativ deutlichen sozio-politischen Zielvorstellung nicht mehr zustande kommen kann, das Problem der Massenintegration zunehmend *negativ* gelöst wird, nämlich durch Ausgrenzung von sozialen Minderheiten und »Abweichlern«. Beide Überlegungen machen deutlich, daß und warum die prinzipielle »Offenheit« einer politischen Kraft wie der Sozialdemokratie geradezu zwangsläufig zu höchst illiberalen Formen der Repression führen muß. Von der berüchtigten Agitation des sozialdemokratischen Berliner Bürgermeisters Schütz gegen die Studentenbewegung im Jahre 1967 (»Schaut Euch diese Typen an!«) über die nicht weniger berüchtigten Berufsverbotsbeschlüsse des Jahres 1972 und die strafrechtlichen und prozessualen Reformen des Jahres 1977 bis zu den neuesten technokratischen Phantasien des führenden sozialdemokratischen Kriminalpolitikers Herold, der die Polizei von einer bloß reaktiven in eine präventiv-»gesellschaftssanitäre« Funktion überführen möchte — durch die sozialdemokratische Innenpolitik zieht sich wie ein roter Faden eine nahezu bedenkenlose Repressionsbereitschaft, die sich in jedem einzelnen Falle nach der einen Formel (»symbolische Bekräftigung der eigenen Nicht-Anfälligkeit für militante Ideen und Praktiken«) oder nach der anderen (»Massenintegration durch Feindbilder«) erklären läßt. Entsprechend groß — und inzwischen allem Anschein nach unüberbrückbar — ist die Distanz und das Mißtrauen zwischen vielen der »Abweichung« verdächtigen Intellektuellen und Künstlern sowie den Trägern »subkultureller« Werte und Lebensformen einerseits und der regierenden Sozialdemokratie andererseits. In der regierungs- und parteioffiziellen Praxis der Ab- und Ausgrenzung, der symboli-

schen und repressiven Diskriminierung von »abweichenden« Elementen kommt. Im übrigen ein bemerkenswertes Mißtrauen gegenüber dem Niveau und der Solidarität der politischen Gesinnung des Volkes zum Ausdruck: die von ausländischen Beobachtern vielfach als »hysterisch« beurteilten amtlichen Kampagnen zur Eliminierung von »Terroristen« aus der Gesellschaft, »Sympathisanten« aus den Universitäten, »Verfassungsfeinden« aus dem öffentlichen Dienst oder nonkonformistischen Autoren aus den Rundfunk-Redaktionen ergeben ja einen Sinn nur unter der Voraussetzung, daß die Handlungen und Äußerungen dieser Personengruppen jederzeit auf fruchtbaren Boden fallen und die politische und kulturelle Öffentlichkeit in dramatischem Umfang »infizieren« könnten, — daß also die Bevölkerung über keinerlei »autonome« politisch-moralische Abwehrkräfte gegen »Abweichungen« verfügt.

Diese Schlußfolgerung ist freilich in einem bestimmten Sinne durchaus zutreffend, und daß dies der Fall ist, muß der sozialdemokratischen Politischen Kultur jedenfalls zum Teil ursächlich zugerechnet werden. Als deren fünftes Charakteristikum möchten wir den negativen Befund anführen, daß es der sozialdemokratischen Regierungspraxis trotz aller von ihr betriebenen bildungspolitischen Reformen nicht gelungen ist, den *harten Kern obrigkeitstaatlicher und autoritärer*, vor-demokratischer Tradition und Einstellungen zu zerstören, der die Politische Kultur der Deutschen nicht erst seit der faschistischen Epoche kennzeichnet. Die sozialdemokratische Modernisierung ist ein *äußerlicher* Vorgang, der nicht von einer Modernisierung der Werte, Einstellungen und politischen Verkehrsformen begleitet worden ist. Spuren eines autoritären, aggressionsbereiten »politischen Naturalismus«, der sich auf Kategorien von Alter, Geschlecht, Nationalität und Rasse stützt, sind heute kaum seltener anzutreffen als in den fünfziger Jahren. Auch ist wohl dem konservativen Politikwissenschaftler Hennis zuzustimmen, wenn er behauptet, die Demokratie sei heute in der Bundesrepublik »affektiv weithin bedeutungslos geworden«. Die »Naturalisierung« sozialer Macht und sozialer Privilegien und die Abwertung politisch-gesellschaftlicher Konflikte, die auf eine Neuverteilung von Macht und Privilegien abzielen, sind die beiden Hauptmerkmale des Autoritarismus: was ist, ist von Natur aus so, und es verändern zu wollen, verfällt mithin dem Verdikt des Widernatürlichen. Man muß sich den Sturm von Indignation und Entrüstung vor Augen führen, der ausbrach, als die Berliner Polizeiverwaltung versuchte — nicht etwa aus Gründen der längst fälligen Ausdehnung von allen Bürgerrechten auf Ausländer, sondern bloß aus polizeitaktischen Zweckmäßigkeitserwägungen — türkische Einwohner für den Polizeidienst zu rekrutieren; Türken, so reagierte hierauf das Ressentiment völlig ungebrochen, können von Natur aus keine Polizisten sein, also Träger von Hoheitsbefugnissen *auch gegenüber Deutschen*. Die Wucht solcher politisch-kultureller »Selbstverständlichkeiten«, die sich massenhaft auch im nur mühsam latent gehaltenen Wunsch nach physischer Liquidierung von Gewaltkriminellen oder in dem Wunsch nach psychischer Separierung von »begabten« und »unbegabten« Kindern in verschiedenen Schultypen äußern, vermag die sozialdemokratische Politische Kultur nicht mit entschlossenen und aussichtsreichen Aufklärungskampagnen entgegenzutreten, — vielleicht nicht einmal in dem Maße, wie es notwendig wäre, um sich auf die Dauer wahlpolitisch erfolgreich gegen die wachsende rechtspopulistische Mobilisierung des autoritär-naturalistischen Syndroms zu behaupten.

## VI

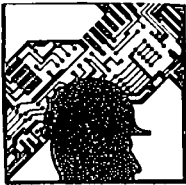
Die sozialdemokratische Regierungspolitik hat nicht nur die demokratische Stabilität der Bundesrepublik nicht gefördert. Mit der Kombination von Etatismus, normativer Prinzipienlosigkeit, Offenheit gegenüber vorhandenen Machtverhältnissen und repressiver Ausgrenzung wird die SPD zunehmend zu einer Partei, die ihre Basis nur noch in einer Schicht von politischen Machtverwaltern findet. So erodiert die traditionelle Sozialdemokratie, verliert die »oppositionellen« Elemente, ohne die »alternativen« integrieren zu können. Diese Entwicklung hat nur den Anschein von Tragik, weil eine Variante des Reformismus durchaus vorstellbar wäre, die sich programmatisch auf *gesellschaftliche* Kräfte und Kämpfe stützt, offen gegenüber alternativen und oppositionellen Kulturen ist und damit auch normative Perspektiven gewinnt.

## Literaturverzeichnis

*Berg-Schlosser, D., 1980: Politische Kultur der Bundesrepublik. In: PVS-Literatur, H.1 (ausführlicher Literaturbericht).*

*Löwenthal, R., 1979: Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Frankfurt/M.*

*Williams, R., 1977: Innovationen, Frankfurt/M.*



Ein Buch, das Eingriffe ins Denken und Handeln provoziert:

**Automationsarbeit:  
Empirische Untersuchungen, Teil 3**

**Projektgruppe Automation und Qualifikation Band VI**  
(AS 67: ISBN 3-88619-005-6)  
206 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Private Vergesellschaftung nennen wir den Widerspruch: eine Produktion, die immer noch Privatbesitz ist und zugleich nur noch gesellschaftlich. Die Anstrengungen der Unternehmer sind enorm. Wie im Wettlauf von Hase und Igel sind sie schon immer da. Je mehr Kenntnisse, je mehr Verantwortlichkeit, je mehr Durchblick die Arbeitenden haben, desto sicherer sind schon die Auffangsstrategien geplant. Wie die Arbeitenden sich in die Widersprüche verwickeln und das Private für Gesellschaftliches halten und umgekehrt, sind keine spitzfindigen Untersuchungen, die bedeutungslos sind gegenüber den Problemen der Arbeitslosigkeit und von dem nächsten Arbeitskampf überholt werden. Gewerkschaftliche Gegenstrategien sind nicht einmal mehr defensiv, wenn sie nicht kennen, worauf sie reagieren. Wie die Unternehmer das Problem lösen, Lohnarbeiter automatisiert produzieren zu lassen, und wie sie eigene Strategien des Umgangs mit dem Neuen bauen, ist Gegenstand dieses Bandes.

Band I bis V weiterhin lieferbar.

Band VII: Arbeiterformen/Fragen der Gewerkschaftspolitik (AS 79) in Vorbereitung.



## Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (8)

Knut Krusewitz

### Ökologie und Militär

#### Fragestellung

Weder die universitäre Umweltforschung (z.B. die Ökologie) noch die politikberaternde Umweltwissenschaft (z.B. der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) haben sich in den vergangenen zehn Jahren (1. Umweltdekade der BRD) des Themenzusammenhangs von Ökologie und Militär (Militärökologie) vergewissert. Obwohl — oder weil — die NATO die erste internationale Organisation war, die sich des Umweltthemas bemächtigte (1969), haben die seit 1969 amtierenden SPD/FDP-Regierungen die wissenschaftspolitische Ignoranz gegenüber militärökologischen Problemen nicht korrigiert. Im Gegenteil. Eine Bilanzanalyse der staatlichen Ausgaben für Umweltinvestitionen und für Umweltforschung (zwischen 1970 und 1979 immerhin rd. DM 80 Mrd.) erweist, daß keine öffentlichen Mittel ausgewiesen wurden, um die militärischen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit erforschen zu lassen. Dabei werden die medialen und systemaren Beziehungen zwischen Verteidigungs- und Umweltplanungen von der politischen und militärischen Führung in den jeweiligen NATO-Mitgliedstaaten keineswegs bestritten. So kann man in einer »Umweltdokumentation des Bundesministers der Verteidigung« nachlesen, daß die Bundeswehr bereits in »Friedenszeiten« alle Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden, Landschaft, Ökosystem) nutzt und sie belastet, gefährdet oder zerstört. Und während eines NATO-Seminars im Herbst 1980 in München beschlossen die Teilnehmer, in den Streitkräften der NATO-Staaten die »Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)« einzuführen. Den Nachweis ökologisch-systemarer Bezüge zwischen Militär und Umwelt hatte eine weltweit geführte Diskussion über die Ursachen und Folgen der ökologischen Kriegsführung der USA in Vietnam erbracht. Als Folge der damit verbundenen internationalen Protestbewegung konnte das Thema »Umweltkriegsführung« in den Vereinten Nationen auf die Tagesordnung gesetzt werden. 1977 wurde eine UN-Konvention gegen Umweltwaffen und Umweltkriegsplanung verabschiedet. Der denkbare Einwand, fehlende ökologische Praxisrelevanz (geringer militärökologischer Problemdruck) habe die politische und wissenschaftliche Ignoranz gegenüber diesem Umweltthema verursacht, ist mithin nicht stichhaltig. In dieser Bibliographie können die Gründe für diesen beunruhigenden Befund nur grob skizziert werden.

#### NATO und Umweltpolitik

Die Militär- und Politikplaner der NATO wurden von der weltweiten Politisierung der ökologischen Krise (Ende der sechziger Jahre) sowenig überrascht wie die Regierungen der Mitgliedstaaten. Überraschen müßte eher die Tatsache, daß die NATO als erste internationale Organisation die Existenz einer »globalen ökologischen Krise« zur Kenntnis nahm. Am 10. April 1969 forderte der damalige US-Präsident Nixon in einer Rede vor den Außenministern der Bündnisstaaten die Gründung eines NATO-CCMS (Committee on the Challenges of Modern Society; im amtsdeutsch: NATO-Umweltausschuß). Zum Vergleich: Die OECD gründete ihren Umweltausschuß ein Jahr später

(1970), die erste UN-Umweltkonferenz fand drei Jahre später statt (1972) und die erste gesamteuropäische Umweltkonferenz erst sechs Jahre später (1975, im Rahmen der KSZE). Mit diesem Umweltausschuß sollte die NATO ihre »dritte Dimension« (zur militärischen und politischen) entwickeln, die »soziale«. Dazu Nixon: Die NATO benötigt »eine soziale Dimension«, um »sich mit unseren Besorgnissen über die Qualität des menschlichen Lebens im letzten Drittel dieses Jahrhunderts zu befassen«. Und weiter: »Alle unsere Länder sind weit entwickelt [Stichwort: Wirtschaftswachstum]. Unsere Bevölkerung teilt sich in den Nutzen [Stichwort: Segnung des technischen Fortschritts], aber auch in die wachsenden Probleme einer schnell voranschreitenden industriellen Technologie [Stichwort: Gefahren des technischen Fortschritts]. Den Industrienationen [Stichwort: Industrie, Megamaschine prägt Gesellschaft] ist kein dringlicheres Problem gemeinsam als die Anpassung des heutigen Menschen an seine Umwelt [Stichwort: ökologische Politik] — die Aufgabe, die darin besteht, die Welt für den Menschen lebensfähig zu machen [Stichwort: ökologische Marktwirtschaft] und dem Menschen dabei zu helfen, daß er lernt [Stichwort: neues Umweltbewußtsein], in einem harmonischen Verhältnis [Stichwort: Neugestaltung des Lebens auf öko-partnerschaftlicher Basis] zu seiner sich rasch verändernden Umwelt zu bleiben.«

Diese Passage der Nixon-Rede ist nachzulesen in der auch sonst aufschlußreichen Schrift von:

Huntley, James R., Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise, NATO Informationsabteilung 1110 Brüssel, Brüssel 1971 (48 S.)

Huntley referiert ohne Leisetreteri die Interessen, die konzeptive NATO-Ideologen an die Entwicklung einer »dritten Dimension« knüpfen. Danach hatte der NATO-Umweltausschuß die Aufgabe, ein Konzept der NATO-Umweltpolitik als Antwort auf die »ökologische Krise in Industrienationen« zu formulieren, mit dessen Instrumentarium »den Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der Umweltprobleme« geholfen werden sollte. Doch, so NATO-Berater Huntley weiter, der »Umweltausschuß beschränkt sich nicht auf die physischen Probleme der Umwelt [...], sondern wendet seine Aufmerksamkeit auch solchen sozialen Fragen zu, die von allgemeiner Bedeutung sind«. Dazu zählt er u. a.: »Die Arbeitsbefriedigung im technologischen Zeitalter.« Die Menschen, wußte die NATO lange vor den Grünen und Buntten, »haben Sorge, daß die menschlichen Persönlichkeitswerte von den technischen und administrativen Bedürfnissen überschattet werden. [...]

Wenn diesem komplizierten Problem, das allen modernen Gesellschaften gemeinsam ist, nicht rechtzeitig genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird, könnte sowohl die Arbeitsleistung als auch die Arbeitsbefriedigung rapide absinken, was für unsere Zivilisation ungeahnte Folgen haben würde.«

Auch Ralf Dahrendorf lieferte auf der Eröffnungssitzung des NATO-Umweltausschusses seinen Beitrag zur Zivilisationsproblematik ab: »Schon die Tatsache, daß dieser Ausschuß geschaffen wurde, zeigt, daß die Sicherheit für uns genauso sehr von der Lebenskraft unserer Gesellschaft« — lies: der Arbeitsproduktivität der Werktätigen — »wie von der Stärke unserer Armeen abhängt.«

Zur selben Zeit, als Nixon und Dahrendorf vor NATO-Militärs und -politikern über Lebensqualität, ökologische Harmonie, Gefahren der Technik oder die Lebenskraft der Gesellschaft philosophierten, eskalierten die US-Streitkräfte ihre ökologische Kriegsführung gegen das Volk und die Natur in Indochina bis an die Grenzen des regionalen

Ökozids (»Umweltmorde«). Über Genese, Intensität und Auswirkungen der Umweltkriegsführung unserer NATO-»Partner« klären die Standardwerke auf von:

Westing, Arthur H., *Ecological Consequences of the Second Indochina War*, Almquist & Wiksell, Stockholm 1976 (119 S.)

Ders., *Warfare in a Fragile World. Military Impact on the Human Environment*, Taylor & Francis Ltd; London 1980 (249 S.)

Wen die vielfältigen Verstrickungen des jetzigen US-Außenministers Alexander Haig in den damaligen Indochinakrieg, vor allem den Kambodschakrieg, interessieren, der lese zusätzlich:

Shawcross, William, *Schattenkrieg. Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas*, Verlag Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin (West) 1980 (480 S.)

Von Interesse ist die Entstehungsphase der NATO-Umweltpolitik aber nicht nur aus militärökologischen Gründen, sondern vor allem deshalb, weil sich der NATO-CCMS in der Tat mit gesellschaftlichen Fragen »von allgemeiner Bedeutung« befaßt hat. Zu den Essentials der NATO-Umweltpolitik, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten bereits im Stadium der Programmformulierung ihrer nationalen Umweltpolitik und -planung berücksichtigt worden sind, gehörten (und gehören noch):

- Ausblendung politisch-parlamentarischer Debatten über a) die historischen Ursachen der »globalen ökologischen Krise«, über b) die Auswirkungen der herrschenden Produktions-, Verteilungs- und Machtverhältnisse auf die umweltplanerische Korrekturinstanz »Staat« und über c) die unabweisbare Revision der tradierten »Sicherheitsphilosophie« (Neubestimmung des Verhältnisses von »äußerer« und »ökologischer« Sicherheit).
- Beschränkung der politischen Ursachenbestimmung der »ökologischen Krise« auf »industrietechnische«, »industriegesellschaftliche«, »ökologisch-mediale«, »menschliche« oder schlicht ideologische Fragestellungen.
- Einbau von öffentlich-rechtlichen und administrativen Schutzgarantien für die weitere Dominanz privatwirtschaftlicher Wachstumsentscheidungen und -strategien in zukünftige Umweltplanungskonzepte des Staates.
- Gewährleistung von Mitbestimmungsrechten des Militärs (der Verteidigungsplaner) über Planung und Vollzug nationaler, bilateraler und internationaler Umweltgesetze bzw. -abkommen.
- Immunisierung der Militärpolitik gegen umweltwissenschaftliche Forschungsstrategien, deren Fragestellungen und Resultate mit militärökologischen Planungsinteressen kollidieren können, durch entsprechende staatliche Steuerung der Umweltforschung.

Hinweise darauf findet man bei:

Füllenbach Josef, *Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit*, Europa Union Verlag, Bonn 1977 (273 S.)

Bungarten, Harald, *Umweltpolitik in Westeuropa. EG, internationale Organisationen und nationale Umweltpolitiken*, Europa Union Verlag, Bonn 1978 (400 S.)

Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Hrsg., *Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Voraussetzungen, Probleme, Perspektiven*, Verlag Progreß, Moskau 1978 (459 S.)

Krusewitz, Knut, »Umweltpolitik in der BRD (1970-1980)«, in: *Argument-Sonderband (AS 56)*, Argument Verlag, Berlin (West) 1981 (192 S.)

In der Bundesrepublik wurde im Vollzug der NATO-Umweltstrategie eine umweltpolitische Variante der Sozialpartnerschaft fundiert, deren ökologischer Basiskonsens

zwischen Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften und Militär auf vier Prinzipien beruht und der seit zehn Jahren durch allgemeine Wahlen und Tarifverhandlungen erneuert werden konnte:

1. Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden) »modernisiert« die traditionelle (mediale) Umweltpolitik der Nachkriegszeit zur ökologischen Infrastrukturpolitik. Der Staat stellt mit öffentlichen Mitteln wichtige produktionsnahe Umweltmedien (z.B. Wasser) zur Verfügung (»Umwelt als öffentliches Gut«).

2. Die Wirtschaft entscheidet über Inhalte, Umfang und Tempo der Umweltsanierung. Sie entwickelt und organisiert einen Markt für Umwelttechnologie (»Entsorgungsstrategie«). Als Abnehmer tritt der Staat unterschiedlich auf: als Käufer für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen oder als Finanzier privatwirtschaftlich eingesetzter Umwelt-Entsorgungstechnik.

3. Der militärischen Führung werden institutionalisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt, die sich auf alle wichtigen Bereiche staatlicher Umweltgesetzgebung und -planung (vom Kabinettsausschuß für Umweltfragen bis zu den Umweltbehörden auf Kreisebene) beziehen.

4. Den Gewerkschaften werden Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen staatlicher Technologiepolitik angeboten (»Humanisierung der Arbeit«), gleichsam ihre Einbindung in das Programm der Verbesserung der betrieblichen »Umwelt«.

Die einzelnen Kooperationsprinzipien mögen an sich rational sein; in ihren wechselseitigen Bezügen sind sie irrational. Pointiert ausgedrückt: Der herrschende ökologische Basiskonsens in den NATO-Staaten hat nicht zufällig die »umweltfreundliche« Neutronenbombe ermöglicht, deren Hersteller wir gerne glauben, daß sie von den Rüstungsarbeitern unter humanisierten Arbeitsbedingungen in einer emissionsarmen Fabrik hergestellt wird, die mitten in einem Landschaftsschutzgebiet liegt.

Der ökologische NATO-Konsens beruht aber, wie wirtschaftliche, währungspolitische oder soziale Konsense, auf der Fähigkeit kapitalistischer Ökonomien, genug Wachstum der Produktion zu erzielen, mit dessen Hilfe die steigenden Kosten für »ökologische« und »äußere« Sicherheit finanziert werden können. Bereits ein flüchtiger Blick auf die Wachstumsraten der NATO-Volkswirtschaften in den siebziger Jahren erweist deren abwärts gerichteten Trend.

Mit den ersten umweltpolitischen Maßnahmen der Reagan-Administration — radikale Senkung der produktionsrelevanten Umweltstandards, Aufbau einer nationalen, strategischen Rohstoffreserve, Finanzierung einer in Friedenszeiten nie dagewesenen Rüstungskonjunktur mit ihren enormen Rohstoff-, Energie- und Umweltfolgen, der Absicht, ganze Landschaften zu zerstören, um die MX-Raketensysteme unterirdisch zu installieren (worüber es bereits ein gut 1000-seitiges ökologisches Gutachten gibt) oder der verstärkte Druck auf die westeuropäischen NATO-Länder, die »eurostrategischen« Atomwaffensysteme zu stationieren (womit zum Genozid und Ökozid in Europa eingeladen wird) — mit diesen Maßnahmen der US-Regierung wird die NATO-Umweltpolitik als das erkennbar, was sie immer war: Machtpolitik zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Bedingungen (ökologischer Basiskonsens), innerhalb derer sich die NATO erst behaupten und entwickeln kann.

## NATO-Umweltpolitik und Umweltkriegsplanung

In Abwandlung einer inzwischen populären Drohgebärde, derzufolge die ganze Welt »eine Sache der NATO« sei, läßt sich behaupten, daß es zumindest die ganze Umwelt in der Tat ist. Bungarten notierte knapp zehn Jahre nach Gründung des NATO-CCMS: »Erstaunlich ist vor allem die Tatsache, daß der CCMS gerade auf dem Gebiet keine Untersuchungen vornimmt, für das er wohl prädestiniert wäre: die Ermittlung der Auswirkungen militärischer Aktivitäten auf die Umwelt.« Der CCMS hat gute Gründe, dies zu unterlassen. Auch ohne seine geschätzte Mitarbeit belegt die Studie von Arthur H. Westing, daß es kein Ökosystem mehr gibt (Atmosphäre, Biosphäre, Ökosphäre, Hydrosphäre, Lithosphäre), das nicht als Medium zur Umweltkriegsführung untersucht, bewertet und, soweit dies möglich war, sogar getestet wurde. In den USA wurden in den letzten Jahren eine Reihe militärischer Geheimdokumente zutage gefördert, die beweisen, daß die US-Steitkräfte seit Jahrzehnten einen Umweltkrieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen einen Teil ihrer Mitglieder (Armeeangehörige) und gegen die Bevölkerung anderer Staaten (so auch die der BRD) führt(c). Dabei wurden atomare, biologische, chemische und ökologische Waffentestserien durchgeführt, mit denen die komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Ökosystemen und menschlicher Gesundheit (Widerstandsfähigkeit) »untersucht« werden sollten. Es ging, wie Nixon 1969 den NATO-Außenministern versicherte, darum, »dem Menschen dabei zu helfen, daß er lernt, in einem harmonischen Verhältnis zu seiner sich rasch verändernden Umwelt zu bleiben«.

Literatur zu diesem Thema (außer Westing-Studien):

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), »Umweltkriegsführung, ökologischer Mord und Massenvernichtungswaffens«, in: SIPRI, Hrsg., Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1977 (366 S.).

Lohs, Karlheinz, »Chemische Kampfstoffe, neue Massenvernichtungsmittel, Umweltkrieg«, in: Bredow, Wilfried v./Kade, Gerhard, Hrsg., Abrüstung. Politische Voraussetzungen, sozio-ökonomische Folgen, Aufgaben der Wissenschaftler, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978 (151 S.)

Leisewitz, André, »Naturwissenschaften — Rüstungsforschung — Abrüstung«, in: Bredow/Kade, a.a.O.

Paul, Günter, Aufmarsch im Weltraum. Die Kriege der Zukunft werden im Weltraum entschieden, Keil Verlag, Bonn 1980 (266 S.)

Krusewitz, Knut, »Militär und Umwelt. Probleme militärischer Umweltnutzung«, in: Huffschild, Jörg, Hrsg., Rüstungs- oder Sozialstaat? Militär, Rüstung und Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981 (286 S.)

Lutz, Dieter S., »Wieviel an Vernichtung(skapazität) ist genug? Ein Worst-Case-Szenario gegen West-Europa«, in: Studiengruppe Militärpolitik, Hrsg., Aufrüsten um abzurüsten?, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980 (314 S.)

Zeitschriften, die regelmäßig über militärökologische Probleme berichten:

Antimilitarismus Information (Bestellungen): Bernd Schade, Sömmeringstr. 17, 6000 Frankfurt/M.

Blätter für deutsche und internationale Politik, Anschrift: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

BBU-Umweltmagazin, Anschrift: Flämingstr. 9, 1000 Berlin 41

Friedensanalysen — Für Theorie und Praxis, Redaktionsadresse: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 6242 Kronberg, Schloßstr. 6

Wichtigstes Jahrbuch:

SIPRI Yearbook: World Armaments and Disarmament, lfd. Europa-Auslieferung durch Taylor & Francis, 10-14 Macklin St, London.

### Rüstungsindustrie, Ressourcen und Ökologie

Die Rüstungsindustrie in den USA und der BRD ist zu 80% bzw. zu 100% von »strategischen Mineralien« abhängig, die importiert werden müssen. Rüstungsprodukte bestehen aus Metallen, deretwegen schon wieder Rohstoffkriege geplant werden. Unter der Überschrift »Der Westen verschläft den Rohstoff-Krieg« berichtete Rüdiger Moniac vor sechs Monaten in der *Welt* (24.11.80) über eine Tagung, an der »westliche Strategie- und Wirtschaftsexperten« teilgenommen hatten: »Der 'Krieg um Energie und Rohstoffe' ist längst im Gange, ein Krieg, wie ihn die Welt bislang nicht gesehen hat. Deshalb hat der Westen damit auch keine Erfahrung [sic!], und viele werden sich weigern, ihn als '3. Weltkrieg' anzusehen. Die Folgen der Ost-West-Konfrontation um die Beherrschung der wirtschaftlichen Grundlagen auf dem Globus könnten aber nicht minder katastrophal sein für die industrialisierten Staaten des Westens als das Ende eines mit Waffen geführten Krieges.« Den selbstmörderischen Konsequenzen dieser NATO-Sicherheitsphilosophie versucht die Bundesregierung zu entgehen. Nicht durch eine rationale Sicherheitspolitik, die das Umwelt- und Ressourcenproblem als Zwang zur Abrüstung begriffe, sondern durch die staatliche Förderung privater und halb-staatlicher Rohstoff-Konzerne, die ihr Kapital in »politisch sicheren Regionen« anlegen wollen (Australien, Kanada).

Eine andere Variante ist das »Saudi-Arabien-Modell«, dessen Realisierung allerdings erhebliche innen- und außenpolitische Widerstände entgegenstehen. Das gleiche Modell funktioniert allerdings im Falle Australien. Im Frühjahr 1980 verhandelten BMVg Hans Apel und sein Rüstungsdirektor Hans Eberhard mit der australischen Regierung über bundesdeutsche Waffenexporte nach und Rohstoffimporte aus Australien. Die Rede war von Panzern und Fregatten sowie von Mangan, Chrom, Vanadium, Metalle, aus denen Panzer und Fregatten u.a. hergestellt werden.

Die Rüstungsproduktion gefährdet nicht nur die oft beschworene Wettbewerbsfähigkeit der »deutschen Wirtschaft« — worauf das Beispiel Japan verweist —, sondern auch die Gesundheit der Rüstungsarbeiter und die der Anwohner von Rüstungsbetrieben. Ein drastisches Beispiel ist die chronische Berylliose. In der November-Ausgabe 1980 der Zeitschrift »Bild der Wissenschaft« wurde gefragt, »ob Be — das chemische Symbol für Beryllium — zu einem Kürzel für das Umweltgift von morgen wird. Nicht zuletzt durch die militärische Raketentechnik [...] gelangt Beryllium in unsere Atmosphäre. Ökologen, Ärzte und Toxikologen müssen meist passen, wenn sie über die Folgen für Gesundheit und Umwelt berichten sollen.« Beryllium-Legierungen werden in der Rüstungsindustrie überall dort verwendet, wo funkenfreie Werkstoffe benötigt werden (Panzerplattenstähle), wo starke thermische Belastungen auftreten (Tragflächenkanten von Militärmaschinen sowie Leitsysteme und Spitzen von Raketen) und sie werden als Beryllimpulver (Treibstoff) für Feststoffraketen genutzt. Die Krankheit »Berylliose« trat nicht nur bei Rüstungsarbeitern auf, sondern auch bei Personen, die in einem Umkreis von 1 bis 2 Kilometern um solche Fabriken lebten. Jetzt sorgt der militärische Raketeinsatz bereits in Friedenszeiten für eine klassenneutrale Versorgung der Bevölkerung mit Berylliose. Ähnlich besorgniserregende Daten und Zusammenhänge ließen sich gewiß auch für andere »strategische« Rüstungsmetalle nachweisen (z.B. Asbest, Chrom, Nickel, Cadmium, Zink). Aus gewerkschaftlicher Umweltsicht ließe sich im Verfolg solcher Untersuchungen die Fragwürdigkeit der Alternative »Rüstung oder Arbeitslosigkeit« noch wirkungsvoller destruieren. In der Wirklichkeit einer voll beschäf-

tigten Rüstungsindustrie lautet die Alternative längst: »Berylliose (Asbestose usw.) oder Arbeitslosigkeit.« Auf dieser Ebene der Kritik an den Erscheinungsformen der Militärökologie wird der politische Ablenkungscharakter einer »ökologisch« argumentierenden Ursachenanalyse erkennbar, die den Ursachen- und Funktionszusammenhang zwischen Militär und Umwelt in der Entwicklung des »Industriesystems« (des Wirtschaftswachstums, der Produktivkräfte oder »Zentralmächte«) verorten will. (Zur Erinnerung: Die größten Rüstungsproduzenten in der BRD sind durchweg Hersteller von Umweltschutztechnologie! Die bekannten Rüstungsunternehmen von AEG, BBC, Bosch über Dornier, Krupp bis MAN und Siemens sind seit Jahren im Umweltschutzgeschäft aktiv.)

Überzeugender bleibt die ursachenanalytische Treffsicherheit, die der Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Mostafa K. Tolba, in einem Interview mit der DDR-Zeitschrift »Horizont« (Nr. 32/1978) präsentierte: »Das Wettrüsten ist eine ernste Belastung für die gesamte Entwicklung der Welt. Die Festigung des internationalen Entspannungsprozesses, Rüstungsbegrenzung und effektive Abrüstungsmaßnahmen sind eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Sicherung des menschlichen Fortschritts und für die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt.« Wirksamer Umweltschutz in der Bundesrepublik und anderswo ist ohne effektive Abrüstungsmaßnahmen so wenig zu erreichen, wie wirksame Vollbeschäftigungspolitik ohne gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen.

Über Beziehung zwischen Rüstung, Ressourcen und Umwelt geben Auskunft:

Tinberger, Jan, Der RIO-Bericht an den Club of Rome: Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung, Westdeutscher Verlag, Opladen 1977 (356 S.)

Gocht, Werner, Wirtschaftsgeologie. Rohstofferschließung — Rohstoffwirtschaft — Rohstoffpolitik, Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1978 (200 S.)

Umweltbundesamt, Hrsg., Bericht 4/1977: Luftqualitätskriterien für Cadmium, Berlin 1977 (158 S.)

Umweltbundesamt, Hrsg., Medizinische, biologische und ökologische Grundlagen zur Bewertung schädlicher Luftverunreinigungen (Sachverständigenanhörung des BMI, Berlin 20. bis 24.2.1978), Berlin (West) 1978 (319 S.)

Horn, Karlwilhelm, Lufthygiene. Medizinische Aspekte des Umweltschutzes, VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin (DDR) 1979 (174 S.)

Müller, Harald, »Krieg ums Erdöl?«, in: Studiengruppe Militärpolitik, Hrsg., Aufrüsten, um abzurüsten?, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980 (314 S.)

Umweltbundesamt, Hrsg., Prüfung alter Verwertungstechnologien aus Mangel- und Kriegszeiten (Schlußbericht), Berlin (West) 1980 (113 S. + CXV S. Anhang)

Autorenkollektiv, Medizinischer Schutz der Bevölkerung, 2. Aufl., VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin (DDR) 1979 (183 S.)

Der Spiegel, Jg. 33, Nr. 18 (30.4.1979): »Gesundheitliche Spätfolgen bei den Beobachtern amerikanischer Atombombentests«, S.225-229

Bericht der Bernal-Friedensbibliothek über chemische und biologische Kriegsführung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 14, Heft 4 (April 1969), S.424-444

Reeves, Adrew L., »Beryllium (Toxicity)«, in: Friberg, Lars et. al., Ed., Handbook of Toxicological Metals, Amsterdam 1979, p.329-343

Krampitz, Gottfried, »Beryllium. Raketen bringen eine gefährliche Unbekannte in unsere Atmosphäre«, in: Bild der Wissenschaft, Jg. 17, Nr. 11 (Nov. 1980), S.154-161

Giftgas in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 24, Heft 10 (Okt. 1979) S.1271-1279

de la Trobe, Fred, »Der schüchterne Riese: Wie Japan am Rüstungsetat spart und sich dadurch Handelsvorteile verschafft«, in: Welt, Nr. 40, 17.2.1981, S.6

- Siebert, Horst A., »Präsident Reagan kündigt eine Neuordnung der Rohstoffpolitik an: Die Vorräte strategisch wichtiger Metalle sollen ausgeweitet werden«, in: *Welt*, Nr. 64, 17. März 1981, S.13
- Paucke, Horst/Streibel, Günter, »Zur Rolle der Naturressourcen bei der Reform der internationalen Wirtschaftsordnung«, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Jg. 27, Heft 5 (Mai 1979), S.592-607
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Hrsg., »Zur Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit wichtigen Stahlveredlern«, in: *DIW-Wochenberichte*, Jg. 47, Nr. 3 (17. Jan. 1980), S.20-24
- Report: Seerechtskonferenz — Ein Kampf ums Mehr, in: *Wirtschaftswoche*, Jg. 34, Nr. 16 (18. April 1980), S.36-46
- Leitenberg, Milton, »Unfälle mit Atomwaffensystemen«, in: *Technologie und Politik*, Bd. 9, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1977, S.156-214
- Bernal, John D., *Welt ohne Krieg*, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR) 1960 (498 S.)
- Schulz, Karl-Ernst, Hrsg., *Militär und Ökonomie. Beiträge zu einem Symposium*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977 (328 S.)
- Maier, Lutz, »Globale Probleme und internationale Monopole (am Beispiel der Energie- und Rohstofffrage)«, in: Kade, Gerhard/Schmidt, Max, Hrsg., *Frieden, Rüstung und Monopole. Konzerne und internationale Sicherheit*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, S.233-245

### NATO-Umweltpolitik und Entspannung

Der NATO-CCMS hatte außer der Funktion, einen Umwelt-Konsens für die Mitgliedsländer des Militärbündnisses zu entwickeln, die Aufgabe, eine Strategie für die zukünftige intersystemare (Ost-West-)Umweltpolitik zu begründen. Als Antwort auf umweltpolitische Initiativen der sozialistischen Länder erklärten die NATO-Staaten im Dez. 1969 ihre Bereitschaft, die CCMS-Tätigkeiten für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit »nutzbar zu machen« (Füllenbach). Das Interesse der NATO-Staaten und das der Warschauer Vertragsstaaten an intensiver Umweltkooperation reflektierte jeweils unterschiedliche Umwelt-»Philosophien«. Die westlichen Teilnehmerstaaten an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, Helsinki 1975) waren daran interessiert, ihre östlichen Vertragspartner in ein System intersystemarer Umweltkooperation einzubinden, das entscheidend nach Maßgabe westlicher Industrie- und Handelsinteressen (Export von Umwelttechnologien) gestaltet werden sollte. Die sozialistischen Länder waren daran interessiert, den beginnenden Entspannungsprozeß durch Vereinbarungen auf Gebieten von gemeinsamen Interessen zu materialisieren, die am wenigsten kontrovers schienen (Export der Entspannungs- und Abrüstungspolitik). Formelhaft charakterisiert: Das Primat umweltökonomischer Interessen mußte mit dem Primat entspannungs- und abrüstungspolitischer Interessen vermittelt werden. Seit Nov. 1979, als auf der 1. Gesamteuropäischen Umweltkonferenz in Genf im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) erste Vereinbarungen zur Verbesserung der Umwelt Europas vertraglich vereinbart werden konnten, haben sich die entspannungspolitischen Bedingungen nachhaltig verschlechtert. Umwelt-Kooperation und Detente bedingen einander: Scheitert die Helsinki-Politik, braucht man über Umweltpolitik in den Ost-West-Beziehungen nicht mehr zu reden.

#### Literatur zur intersystemaren Umwelt-Kooperation:

- Volle, Hermann/Wagner, Wolfgang, *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beiträge und Dokumente*, Verlag für internationale Politik, Bonn 1976 (339 S.)
- Dies., *Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa*, Beiträge und Dokumente, Verlag für internationale Politik, Bonn 1978 (212 S.)



Füllenbach, Josef, Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit, Europa Union Verlag, Bonn 1977 (273 S.)

Krusewitz, Knut, »Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 24, Heft 12 (Dez. 1979), S.1425-1429

Mylnikow, Anatolij, »Die internationale Zusammenarbeit beim Umweltschutz in Europa«, in: Deutsche Außenpolitik, Jg. 25, Heft 3 (März 1980), S.87-98

Becher, Karl, »Gesamteuropäischer Umweltkongreß — ein Beitrag zur Entspannung und zum internationalen Umweltschutz«, in: Deutsche Außenpolitik, Jg. 25, Heft 3 (März 1980), S.99-107

Kries, Hansjürgen v., Hrsg., Friede durch Zusammenarbeit in Europa, Berlin Verlag, Berlin (West) 1980 (342 S.)

## NATO, Bundeswehr und Umwelt

In der Aufbauphase des bundesdeutschen Militärpotentials, in Zeiten hoher Wachstumsraten der Industrieproduktion, ging es der militärischen Führung zunächst darum, die Gleichrangigkeit privatwirtschaftlicher, sozialer und militärischer Raumnutzungsinteressen staatlich absichern zu lassen. Sie wurde 1965 garantiert durch die Kodifizierung unterschiedlicher raumrelevanter Wachstumsinteressen im Bundesraumordnungsprogramm. Es war nur eine Frage der Zeit, wann der raumexpansive Wachstumsdrall sozial-liberaler Militärpolitik seit Beginn der siebziger Jahre zur Dominanz »militärgeographischer« Interessen führen würde. Rechtzeitig in der Entstehungsphase der staatlichen Umweltpolitik (Programmformulierung) machte die militärische Führung in Stäben, Truppen und Verwaltungen ihre militärökologischen Interessen an der weitreichenden Berücksichtigung ihrer Sicherheitspolitik im Planungskonzept staatlicher Umweltpolitik geltend. Die Mitwirkung des BMVg an der Planung und Programmverwirklichung auf allen raum- und umweltrelevanten Ebenen staatlicher Infrastrukturpolitik ist längst Praxis. Der Durchdringungsprozeß der ökologischen durch die militärische Sicherheitsphilosophie ist sicher durch die Tatsache gefördert worden, daß auf dem Territorium der Bundesrepublik NATO-Streitkräfte (und französische) stationiert sind. Nicht nur die Bundeswehr, nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch ausländische Streitkräfte nutzen Raum und Umweltmedien. Etwa 600000 ha Gelände werden von Streitkräften genutzt. Naturschutz-Gebiete: ca. 220000 ha. Im Gegensatz zum Wirtschafts- und Sozialkonsumwachstum ist der Wachstumstrend des militärischen Landverbrauchs (durch »Modernisierung« der Wehrtechnik) durchaus positiv (rd. 30% im 1. Umweltjahrzehnt). Das ökologische Sicherheitsrisiko, das die hohe militärische Dichte in der BRD darstellt, hat viele Aspekte. Die geltende Doktrin der Vorverteidigung auf der Grundlage »ausreichender« konventioneller, taktisch-nuklearer und strategisch-nuklearer Streitkräfte besagt in Kriegszeiten, daß ein länger andauernder »Kampf auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland« mit Gewißheit »letztlich die Substanz dessen zerstören« würde, »was verteidigt werden soll« (Weißbuch, 1976, S.87). Aber auch in Friedenszeiten produzieren Rüstungsindustrie und Streitkräfte »negative Folgen für die Umwelt« (BMVg, Umweltdokumentation, 1977, S.2)

- Landschaftsschäden (Manöver, Bunker- und Raketenanlagen, Unfälle)
- Landverbrauch (Standorte, Infrastrukturen, Flughäfen)
- Lagerung von Toxinwaffen
- Lagerung und Transport von Atomwaffensystemen
- Belastung, Gefährdung oder Zerstörung von Umweltmedien durch Abwärme (Klimaveränderungen), Emissionen (feste, flüssige, gasförmige, die z.T. toxisch sind), Immissionen, Lärm, wahrscheinlich Radioaktivität (Unfälle mit Atomwaffen).

Kurz: Die NATO-Streitkräfte in der Bundesrepublik nutzen, belasten, gefährden und zerstören (teilweise) a) alle Umweltmedien und, vermittelt durch den ökologischen Kontext, die Natur, b) die Umwelt des Bundesgebietes und angrenzender Staaten sowie c) die Gesundheit ihrer Mitglieder und die der gesamten Bevölkerung.

#### Literatur zu diesem Thema:

Beyer, E./Petersen, G., »Militärische Verteidigung und Raumordnung«, in: BMI, Hrsg., Informationsbriefe für Raumordnung (R. 6.6.3), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1969 (12 S.)

Jurczek, Peter, »Militär und Umwelt. Probleme militärischer Raumnutzung«, in: Evangelische Akademie Arnoldshain, Hrsg., Militärpolitik. Dokumentation, Nr. 6/1977 (25 S. + Anhang)

Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, Hrsg., Aktuell: Umwelt Forum 1978 — Grenzen des Landschaftsverbrauchs, Schriftenreihe der AGU, Bonn o.J. (1979) (134 S.)

Bundesministerium der Verteidigung, Hrsg., Umweltdokumentation des BMVg. Fortschreibung: Stand Okt. 1977, Bonn o.J. (34 S.)

Busche, Ernst, Hrsg., Rettet die Garlstedter Heide, Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 1977 (143 S.)

Lohs, Karlheinz, »Chemische Kampfstoffe — zerstören oder umwandeln?«, in: Akademie der Wissenschaften der DDR, Hrsg., wissenschaft und fortschritt, Jg. 30, Heft 11 (Nov. 1980), S.430-434

»NATO-CCMS-Seminar über Umweltschutz und Streitkräfte in Friedenszeiten«, in: BMI, Hrsg., Umwelt. Informationen des Bundesministers des Innern zur Umweltplanung und zum Umweltschutz, Ausgabe 80 (16. Jan. 1981), S.29-32

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Hrsg., Forderungskatalog für ein Öko-Konzept in der BRD, Karlsruhe 1979 (33 S.)

Bürgerinitiative gegen Tieffluglärm, Tieffluglärm und was damit zusammenhängt, Bezugsadresse: Obere Schloßgasse 3, 6509 Biebelnheim, 1980 (37 S.)

Bartjes, Stephan/Krysmanski, Renate/Wiengarn, Rudi, »Militarisierung der Umwelt. Ökologische, raum- und kommunalpolitische Folgen der Aufrüstung in der Bundesrepublik«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 25, Heft 12 (Dez. 1980), S.1444-1460

#### Schlußbemerkung

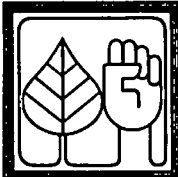
Den NATO-Umweltkonsens, der auf der prognostischen Annahme beruht, derzufolge bürgerlich-kapitalistisch organisierte Gesellschaften genug Wirtschaftswachstum produzierten, um die exponentiell wachsenden Ausgaben der freien Welt für »ökologische« und »äußere« Sicherheit finanzieren zu können, läßt eine gleichfalls wachsende Ökologie- und Friedensbewegung verwittern. Er ist nur noch um den Preis innerer Militarisierung, nicht mehr über den ökonomischen Kontext von Profit — Lohn — Steuern zu retten. Die Autoren der Freiburger Thesen der Liberalen (1972) müssen diesen Konflikt bezeiten gehaut haben. In dem Teil des FDP-Programms, der den Bereich der Umweltpolitik thematisierte, kann man nachlesen: »Die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft wird aber in Zukunft danach beurteilt werden, ob es gelingt, mit marktgerechten Mitteln [!] umweltfreundliche Verfahren und Produkte durchzusetzen. Umweltpolitik verlangt Umdenken und Nachdenken [...]. Deshalb muß Umweltpolitik den gleichen Rang erhalten wie ... Landesverteidigung [!].«

Und so sieht die »Gleichrangigkeit«, ausgedrückt in monetären Meßziffern, nach zehn Jahren FDP-Umweltpolitik auf Bundesebene aus: In der Umweltdekade (1970-1979) gab der Staat 303,578 Mrd DM für Verteidigung und 76,9 Mrd DM für Umweltschutz aus. Zählt man die Kosten für ökologische und militärische »Sicherheit« zusammen und ermittelt den jeweiligen Anteil in Prozent, dann ergibt sich: Rüstung (Vertei-

digung): rd. 80%, Umwelt: rd. 20%. Ein Vergleich der F&E-Ausgaben des Staates für Rüstungs- und Umweltforschung ergibt fast genau dasselbe Verhältnis: 82% zu 18%. Darüber, daß diese mehrjährigen Finanzplanungspräferenzen nicht im entferntesten die Umwelt- und Verteidigungsinteressen der Bevölkerungsmehrheit reflektieren, weiß niemand besser Bescheid als die Bundesregierung. Sie hat nämlich entsprechende Repräsentativumfragen in Auftrag gegeben. Man darf ohne nennenswerte Übertreibung behaupten: Weder die SPD/FDP-Regierungscoalition noch die Opposition, weder das Parlament noch die umweltrelevanten Bundesämter (z.B. UBA), weder die herrschende Umweltforschung noch die wissenschaftliche Umweltpolitik-Beratung sind bereit oder fähig, die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß seit zehn Jahren eine stabile Mehrheit von etwa 70% der Bevölkerung in der BRD Ausgaben für Umweltschutz für wichtiger halten als die für »Verteidigung«. Was Anton-Andreas Guha im Zusammenhang mit der NATO-»Nachrüstungs«politik auf die Formel von der »Absage an die Vernunft in der Politik« brachte, gilt auch für die Militärökologie der NATO-Staaten.

Damit wird der letzte, überaus wichtige, Literaturhinweis gegeben:

Bredthauer, Karl D./Mannhardt, Klaus, Hrsg., Es geht ums Überleben. Warum wir die Atomraketen ablehnen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981 (213 S.)



ALTERNATIVE  
UMWELTPOLITIK  
AS 56

neu im Argument-Verlag

## Alternative Umweltpolitik

Natur- und arbeitsorientierte Politik,  
Wissenschaft und Technologie

Der vorliegende Band konzentriert sich auf theoretische Entwürfe und praktische Erfahrungen, die das Konzept einer auf die Emanzipation der Menschen gerichteten Umweltpolitik im Auge haben.

Wer könnten die Subjekte einer alternativen Umweltpolitik sein? Welche Ziele müßten sie verfolgen, welche Strategien einschlagen? Liegen die Ursachen von Umweltzerstörung in den Produktionsverhältnissen begründet oder gehören sie zu den fundamentalen Eigenschaften des »Industriesystems«? Unterscheiden sich sozialistische und kapitalistische Staaten grundsätzlich darin, wie sie Umweltprobleme gesellschaftlich wahrnehmen und politisch verarbeiten? Inwieweit bestimmen Eigenschaften des Naturhaushaltes die Handlungsspielräume für umweltpolitische Strategien? Wo deutet sich ein Wandel im naturwissenschaftlichen und technologischen Denken an?

Autoren: Albracht, Bechmann, Betke, Czeskleba-Dupont, Dewitz, Hallerbach, Hampicke, Haug, Illum, Krusewitz, Lee,

Sternstein, Tjaden, Wiesenthal

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 56: ISBN 3-88619-009-9

## Kongreßberichte

### »Religion und Sozialismus«

veranstaltet vom Deutschen Freidenker-Verband, Duisburg, 4.4.81

Bislang erschien es als bloßes Problem endlich einzulösender Aufklärung: Religionskritik als Vorstufe der Gesellschaftskritik und umgekehrt: Gesellschaftsveränderung, die die Strukturen der Entfremdung aufbricht, befreit auch und gerade von den »religiösen« Illusionen. Wenn es überhaupt eine Gruppierung gab und gibt, die die Marx'sche Basis-Überbau-Theorie als weltanschauliche Waffe gegen Religion und Kirche einsetzte, so waren es die »proletarischen Freidenker« in beiden Flügeln der deutschen Arbeiterbewegung. Ihr »wissenschaftlicher Atheismus« fixierte sie stark auf theoretische wie institutionelle Religionskritik und schloß eine positive Einschätzung des religiösen Phänomens als eigenständige Begründung für sozialistische Positionen aus. Seitdem sich, etwa durch die Dialoge des katholischen Priesters Wilhelm Hohoff mit Bebel, Kautsky und Karski der deutsche Sozialismus zu Beginn dieses Jahrhunderts als politische Bewegung definierte, die durch verschiedene Weltauffassungen — auch die christliche — begründet werden konnte und ein »religiöser Sozialismus« geduldet und gefördert wurde, verschärfte sich sogar die Agitation der Freidenker gegen die Religion und ihre Vertreter in der Sozialdemokratie. Seitdem aber nicht nur mehr einzelne Christen sich für den Sozialismus entscheiden, sondern ganze linksdemokratische und sozialistische Bewegungen religiös motiviert sind, müssen heutige Freidenker, die sich auf die proletarische und marxistische Tradition berufen, ihre Haltung neu überdenken. Daß dies keine bloße Taktik ist, zeigen gerade die internen Flügelkämpfe im nordrheinwestfälischen Landesverband, dem wegen der Akzentsetzung für einen Kongreß »Religion und Sozialismus — ein Problem für die deutsche Linke?« eine Spaltung droht. Während Christen allenfalls im Vorfeld der Klassenkämpfe, wie etwa im antifaschistischen oder antimonetaristischen Bündnis, als Partner willkommen waren, wurden sie nun von der einladenden Freidenker-Gruppe als gleichberechtigte Definitoren eines Sozialismus-Begriffes und einer Sozialismus-Perspektive betrachtet. Ebenso stellten sich die nordrheinwestfälischen Freidenker die Frage, ob die marx'sche Religionskritik überholt sei oder für die heutigen Verhältnisse erweitert werden und Erscheinungen miteinbeziehen müsse, die nicht auf den ersten Blick als religiös erkennbar seien.

Der Einladung nach Duisburg waren etwa 200, meist jüngere, Teilnehmer gefolgt. Sie hörten sich zunächst geduldig die Einzelbeiträge der Podiumsredner an. Heinz Brandt, der »grüne« Sozialist, Erhard Lucas, Historiker der Arbeiterbewegung, Theo Schneid als Vertreter des Freidenker-Verbandes, Klaus Kreppel vom linkskatholischen Bensberger Kreis, Helmut Elsner als Marxforscher im Karl-Marx-Haus in Trier und Hans-Hermann Hücking als Polen-Experte waren dazu eingeladen worden.

Die Diskussionsbeiträge lassen sich in der Rückschau auf drei Problemebenen zusammenfassen. Die erste Ebene konzentrierte sich um die »Theorie« und wurde vom Podium angesprochen. Es ging um die von den Freidenkern aufgeworfene Frage nach dem Aktualitätsgrad der Marx'schen Religionskritik, deren berechtigter Kern — gegen praxislähmende Vertröstung gerichtet — heute sowohl von Christen wie Sozialisten im erweiterten Sinn ernstgenommen werden muß, wenn allmächtige Institutionen einer Gesellschaft, eines Staates, einer politischen oder weltanschaulichen Großgruppe als vertröstende Sinnproduzenten auftreten, um gesellschaftsverändernde Praxis zu verhindern.

Eine zweite Ebene, die der Kirchenkritik, wurde von einem Teil der Kongreßteilnehmer thematisiert, die vor allem biographische Erfahrungen mit den bundesrepublikanischen Kirchenprivilegien (Kindererziehung, Kirchensteuer, §-218-Diskussion) vortru-

gen. Der hohe Grad an Betroffenheit, von der die Kirchenkritik betroffen war, macht deutlich, daß die Analyse kirchlicher Machtstrukturen im staatlich-gesellschaftlichen Bereich auch für Linke nicht obsolet geworden ist. Die Frage ist nur, ob Freidenker unbedingt ihre kulturkämpferischen Attitüden, die sie mit den Freigeistern der FDP oder der Humanistischen Union teilen, einbringen müssen, und damit die linken Christen unter falschen Legitimationszwang setzen. Christlich oder religiös motivierte Sozialisten sollten aus diesem Teil der Diskussion die Lehre ziehen, aus der Ambivalenz von fortschrittlicher theologischer Argumentation und amtskirchlicher Zurückweisungspraxis heraus die institutionenkritische Analyse der Kirche nicht zu vernachlässigen.

Einem dritten Diskussionsschwerpunkt lassen sich Argumente aus dem Bereich der sozio-emotionalen Interaktion zwischen Linken zuordnen. Eine Arbeitermutter aus dem Ruhrgebiet riet ihrem linken Sohn, nicht aus der Kirche auszutreten, weil ihn dann später keiner beerdige. Dieser linke Sohn stellte den Anwesenden die Frage, ob sie sich noch nie Gedanken darüber gemacht hätten, warum die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft trotz marxistischer und aufklärerischer Traditionen der sozialistischen Bewegung in der Kirche geblieben sei. Mit Wissenschaft und Rationalität allein ließen sich keine gesellschaftlichen Phänomene erklären oder das Bedürfnis, als Sozialist einmal ein Weihnachtslied zu singen, wediskutieren. Diese Ebene der Diskussion sprach wohl die meisten der jüngeren Teilnehmer an, weil hier Bedürfnisse nach mehr menschlicher Kommunikation und »Wärme« artikuliert wurden, die oft von Linken »Nur-Theoretikern« wegrationalisiert wurden und werden. Sozialisten könnten hier die Lehre ziehen, daß die Motive für eine Gesellschaftskritik auch im inter-personalen Bereich liegen können, den die Kirche bisher »monopolisiert« hatte. Dies bedeutet nicht, ihre sozio-emotionalen Verarbeitungsrituale von Geburt bis Tod zu übernehmen, sondern Sinn in kommunikativen Situationen selbst zu stiften. Von diesem letzten Teil könnten die Impulse für eine weitere Sozialismus-Christentum-Diskussion gesetzt werden, die auch von anderen Gruppen und Organen aufgegriffen werden sollte. Den Freidenkern in Nordrhein-Westfalen ist für ihre Initiative zu danken. Selbst wenn manche ihrer Akzentsetzungen nicht angenommen wurden und bestimmte Zielsetzungen nicht erreicht wurden, hat sich die Tagung schon wegen ihres letzten Teils gelohnt.

Klaus Kreppel (Bielefeld)

### »Faschismus in der Kinder- und Jugendkultur«

Frühjahrstagung des Arbeitskreises Kinder-Bücher-Medien e.V. »Roter Elefant«, Berlin, 8.-10.5.81.

Im Arbeitskreis »Roter Elefant« haben sich seit 1976 knapp 100 Bibliothekare, Buchhändler, Pädagogen, Hochschullehrer, Autoren, Graphiker, Studenten, Verleger und andere auf dem Gebiet »Kinder- und Jugendmedien« tätige organisiert. Ziel ist eine »alternative« Kinder- und Jugendkultur. Dafür kämpfen sie mit einem »Elefantenbaby« (ihre Zeitschrift), didaktisch kommentierten Listen von Kinder- und Jugendbüchern, Elternbroschüren, themenorientierten Medienlisten, positiven sowie negativen Preisverleihungen und mit regelmäßigen Tagungen. Thema der vergangenen Tagung war »Faschismus in der Kinder- und Jugendkultur«. Drei Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit faschistoiden Angeboten durch Musik, mit der Aufarbeitung des historischen Faschismus in der Kinder- und Jugendliteratur sowie mit faschistoiden Tendenzen im Kinderfernsehen.

Daß zumindest ein Teil der bundesdeutschen Jugend für faschistoide oder faschistische Angebote ansprechbar ist, wies Klaus *Sochatzky* zu Beginn der Tagung in seinem Einführungsreferat nach. Eine Studie, die er gemeinsam mit Studenten im Großraum Frankfurt durchgeführt hatte, ergab, daß rund 25 Prozent der befragten Jugendlichen

rechtsradikalen Parolen mehr oder weniger zustimmten. Sein Fazit: »Wenn Rechtsradikale Kampf gegen kommunistische Tendenzen versprechen und restriktive und harte Maßnahmen vorschlagen, um Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu garantieren, werden sie auf bedrückend viel Zustimmung stoßen.« Die Tagungsteilnehmer stellten einen engen Zusammenhang zwischen diesen »mentalalen Strukturen« — wie sie auch von anderen Untersuchungen bestätigt werden (Habermehl, Jaide, Sinus-Studie, Shell-Jugendwerk) — und dem Auftreten offen faschistischer Symbole und Verkehrsformen innerhalb der Jugendkultur her. Bei der Beurteilung solcher Erscheinungen (Punks, AC/DC, Kiss, Rocker u.ä.) ist es notwendig, zwischen der Vermarktung faschistisch besetzter Symbole und Inhalte einerseits und dem Ausdruck jugendlichen Protestverhaltens andererseits zu unterscheiden.

Der propagandistische Gebrauch faschistischer Symbole (SS-Runen) zu kommerziellen Zwecken ist zwar problematisch, da so die mit dem Nationalsozialismus verbundenen Ängste werbestrategisch ausgenutzt werden, — gefährlicher erscheinen aber die Strukturen und Inhalte der durch Gruppen wie Kiss und AC/DC initiierten Kulturformen: Unterwerfung und besinnungslose Integration des Publikums, Aufputzen der »Fans« mit Zitaten wie »Wollt ihr den totalen Krieg?« (Kiss), Kriegsschauplatz-Kulissen usw. Offen ließ die Tagung, inwieweit derartige Rock- oder Pop-Musik tatsächlich eine eigene (neue) Qualität gegenüber traditionellem Rock und Pop besitzt, oder ob eine »besinnungslose Integration« der Konsumenten nicht auch ohne Bühnenblut, Kriegsschauplatz und Goebbels-Parolen, sondern bloß durch die bisher gekannten Auftritte à la »Rockpalast« geschieht. Ob also ein bestimmter Gewaltcharakter den Massenveranstaltungen der Rock- und Pop-Agenturen nicht immanent ist.

Faschistoide Gewaltformen und Symbole tauchen aber nicht nur auf Rockbühnen, Plakaten und Plattenhüllen — sie tauchen auch bei den Jugendlichen selbst auf, etwa bei den Punkern. Dazu Manfred Geiss, Vorsitzender des »Roten Elefanten«: »Bei den Punks drücken die faschistischen Symbole — trotz des immensen Gewaltzusammenhangs — zumeist eher Distanz zu den vorgegebenen Normen und eine neue und oftmals kreative Sinnggebung aus, die nicht auf Vermassung und aggressive Schuldzuweisung zielt und durchaus in ihrem Aufbegehren die Wendung zu freiheitlich-humanen Werten einschließt.« Faschistische oder faschistoide Verkehrsformen werden so zu einem Ausdruck antibürgerlichen Protestes. Eine Überlegung, die auch bei der Beurteilung rechtsextremer oder neofaschistischer Jugendgruppen zu beachten ist. Manfred Geiss, der das Resümee der Tagung zog: »Die rechten Angebote scheinen durchaus sinnvoll: Sie kommen den nicht befriedigten Bedürfnissen nach Erlebnis und Aktion entgegen. Zumindest scheinhaft werden Jugendliche bei den rechten Gruppen ernst genommen, erscheinen nicht als anonyme und sinnlose Nummer, wird ihnen eine Aufgabe gegeben. Verstärkt wird dies zusätzlich durch existentielle Bedrohungen und den totalen Mangel an Perspektive, ausgelöst durch die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen«. Auch Karl-Klaus Rabe ist bekanntlich bei seinen Beobachtungen der rechtsradikalen Szene zu der Auffassung gelangt, daß es weniger Ideologie und politische Ziele sind, die neonazistische Gruppen für Jugendliche attraktiv machen, sondern vielmehr die dort gebotene Geborgenheit und »echte« Kameradschaft.

Einiges über die »Einübung« faschistischer oder faschistoider Verkehrsformen bereits im Kindesalter berichtete die Arbeitsgruppe »Trivialmedien«, die als exemplarisches Beispiel die ZDF-Zeichentrickserie »Captain Future« analysierte. Diese Billig-Zeichentrick-Serie — wie viele ihrer Art aus Japan (Heidi, Tarzan u.a.) — zeichnet sich durch Verharmlosung des Krieges, durch ein Übermaß an Gewalt, durch Rassismus, durch autoritäre Herrschaftsstrukturen und andere Elemente des Faschismus aus. Jan-Uwe Rogge hat beobachtet, daß sich das Fernsehverhalten von Kindern durch die Verrohung des Kinderprogramms verändert hat. Serien, die noch vor nicht allzu langer

Zeit im Beliebtheitsgrad noch oben standen, aber nur relativ wenig Gewalt »brachten« — etwa Lassie, Fury oder Flipper — hätten heute kaum noch Chancen auf obere Plätze der Hitliste. Bei derartig »langweiligen« Sendungen winkten viele Kinder gähnend ab. Noch ist die Sendezeit für gewaltverherrlichende Zeichentrickfilme begrenzt, doch droht durch die Veränderung der Medienlandschaft, Kabelfernsehen und regionale Privatisierung, eine derartige Selbstbeschränkung der Fernsehanstalten »unrentabel« zu werden. Ein düsteres Beispiel ist Italien, wo die japanischen Action-Trickfilme bereits die Kinderstunden beherrschen. »Captain Future« und ähnliche Filme, ebenso Trivial-Comics und Trivial-Romane (insbesondere »Perry Rhodan«), prägen eine signifikant undemokratische und autoritäre Sicht von Welt und Technik, welche die Schuld den Außenseitern zuschiebt und Helden braucht, nicht den selbständig Handelnden und denkenden Bürger. Relevant werden die von »Captain Future«, Perry Rhodan, Jerry Cotton und John Wayne vorgelebten und angebotenen Möglichkeiten, Konflikte und Krisen zu lösen, für Jugendliche vor allem in Situationen der Arbeits- und Perspektivlosigkeit, der Resignation, der Leistungsängste und der Enttäuschungen. In solchen Situationen müssen Jugendlichen attraktive, ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechende demokratische Handlungsangebote gemacht werden. Als Aufgabe antifaschistischer Kulturarbeit sehen es die »Roten Elefanten« an, eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen, die den Kindern und Jugendlichen mehr Platz gibt für eigenständiges Agieren und sie ernst nimmt. Manfred Geiss: »Würde mehr demokratisches Verhalten vorgelebt und möglich sein, brauchte weniger pädagogisiert und die Demokratie in Schulbüchern beschworen zu werden. Die Demokratisierung des Alltags verhindert rechte Strömungen wirkungsvoller als jede neue Stelle im Verfassungsschutz.« Die »Roten Elefanten« denken an Versuche, Kinder und Jugendliche ihre Probleme selbsttätig durch verschiedene Medien beschreiben und darstellen zu lassen.

Udo Perina (Frankfurt/Main)

## Kongreßankündigungen

»Kultur ist, wie der Mensch lebt und arbeitet«, Symposion zur demokratischen Kulturarbeit in Theorie und Praxis mit Referaten, Arbeitsgruppen, Kulturprogramm. 30.10.81 (15 Uhr 30) bis 1.11.81 (13 Uhr).

*Veranstalter:* DGB (Landesbezirk Baden-Württemberg), Bund demokratischer Wissenschaftler e.V., Zeitschriften »Das Argument« und »Kürbiskern«.

*Tagungsort:* Pädagogische Hochschule Heidelberg, Keplerstr.87, Heidelberg. *Hauptreferenten:* Prof. Dr. W.F. Haug (Berlin), Dr. K. Maase (Frankfurt), L. Pinkall (IG Metall, Frankfurt a.M.), O. Todtenberg (DGB Bundesvorstand, Düsseldorf).

*Anmeldungen an:* Prof. Wolf Rüdiger Wilms, Pädagogische Hochschule Heidelberg, Keplerstraße 87, 6900 Heidelberg.

ARGUMENT  
STÜCKENHEFTE  
SH 46

FRAUEN —  
OPFER ODER TÄTER?  
DISKUSSION

Frigga Haug (Hrsg.)

### Frauen — Opfer oder Täter?

Diskussion (SH 46) 5,— DM



»Auch das Sich-Opfern ist eine Tat und kein Schicksal, jede Unterdrückung — soweit sie nicht mit äußerem Zwang arbeitet — braucht die Zustimmung der Unterdrückten.« — Frigga Haug Opfer-Täter-These hat eine Vielzahl von entgegengesetzten Meinungen provoziert. Diskussionsbeiträge, die von persönlichen Erfahrungsberichten bis zur Frage, wie Politik zu machen und zu begreifen sei, reichen, sind in diesem Studienheft zusammengetragen.

## Dokumentation

### Permanentes Tribunal der Völker über El Salvador

Am 9. bis 11. Februar dieses Jahres tagte in Mexico City eine Jury des 1979 gegründeten Permanenten Tribunals der Völker. Diese Jury war zusammengetreten, um über die Anklagen der Menschenrechts-Kommission El Salvadors gegen die Christlich-Demokratische Militärjunta zu beraten und Urteile zu fällen. Angesichts der besonderen Rolle der Vereinigten Staaten in El Salvador und der durch die US-Medien verbreiteten Lügen faßten die US-Mitglieder der Tribunal-Jury die wichtigsten Zeugnisse und die Verdikte in einer Dokumentation zusammen. Diesen »Tagungsbericht des Permanenten Tribunals der Völker über die Verletzung der Menschenrechte in El Salvador« stellen wir in Auszügen vor:

#### *Das Tribunal:*

»Als Nachfolger des Bertrand-Russell-Tribunals verpflichtet sich dieses Tribunal der Verteidigung der 1976 in Algerien beschlossenen Allgemeinen Erklärung der Völkerrechte.«

#### *Der Charakter der Salvadorianischen Junta:*

Als jüngstes Glied einer fünfzigjährigen Tradition »repräsentiert sie nur und ausschließlich die Interessen der Oligarchie und mit dieser verbündeter Armeekreise. Heute ist der Junta die Mehrheit der Volkskräfte entgegengesetzt. (...) Um an der Macht zu bleiben, führt die Junta eine brutale und systematische Politik des Terrors gegen alle Kreise der Bevölkerung durch ...« Neben unzähligen »Fällen individueller Folterung und Ermordung gibt es Kollektiv-Massaker« und darüber hinaus »kontinuierliche, systematische Repressionen gegen Bauerngenossenschaften, Arbeiter-Nachbarschaften, Gewerkschaften, kirchliche Institutionen, akademische Vereine, Medien, Bibliotheken, Schulen und selbst Spitäler. (...) Bis heute sind annähernd 12.000 Menschen ermordet worden ...« Im Zusammenhang mit diesen Mordfällen ist »nicht gegen eine Person je ermittelt oder jemand vor Gericht gebracht worden.« Zeugenaussagen zufolge »ist es klar, daß diese« beiden wichtigsten ultra-rechten »paramilitärischen Organisationen« — *Orden* und Todesschwadron — »in der Tat von der Armee abhängen« und keineswegs, wie dies die Junta behauptet, »außerhalb der Kontrolle des Staates« stehen. — »Ebenfalls infolge der Repression waren 92.000 Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen. (...) Besonders alarmierend ist die Lage der Flüchtlingslager in Honduras und Costa Rica, wo Hunger und Hungertod gang und gäbe sind.«

#### *Die Rolle der US-Regierung und die 'Agrarreform':*

»Die Agrarreform ist ein weiterer Mechanismus der Kontrolle und der Terrorisierung der Bauernschaft. (...) Entworfen und geleitet von US-Beamten, die mit ähnlichen Programmen in Vietnam und den Philippinen operiert hatten, war das Ziel dieser Reform, ... die Führung der Bauernschaft auszurotten. (...) Die Junta könnte nicht überleben ohne die ökonomische und militärische Hilfe der Vereinigten Staaten. (...) Es halten sich bereits 800 militärische und andere US-Berater in El Salvador auf. Seit der Invasion von Santo Domingo ist dies das größte Kontingent, das eine US-Regierung in ein lateinamerikanisches Land geschickt hat. (...) Man muß nochmals betonen, daß die US-Regierung der Hauptlieferant von Militär- und Polizeimaterial — und daß die US-Militärbasis in Panama die wichtigste Ausbildungsstätte der Militär- und Sicherheitskräfte war.« Seit eh und je wurde der oligarchisch-militärische »Machtblock von den Vereinigten Staaten unterstützt, weil diese El Salvador innerhalb der zentral-amerikanischen Region als Schlüsselsektor betrachteten. (...) Zentral-Amerika wurde von den US-Administrationen als eine Region der US-Vorherrschaft definiert.« Und dies vor der »Existenz irgendeiner bewaffneten revolutionären Gruppe auf Salvadorianischem Boden.«

#### *Das Tribunal entschied (u.a.):*

Gemäß der Allgemeinen Erklärung der Völkerrechte und der Verfassung der Republik von El Salvador im Januar 1962 hätten »die Kräfte des Volkes das moralische sowie das legale Recht«, in ihrem Kampf gegen die »illegitime Gewalt« der Militärjunta »Unterstützung jeglicher Art und Herkunft zu suchen und zu erhalten ...«.

\* Verfasser des Berichts: Vicente Navarro, Prof. of Public Health, The Johns Hopkins Univ./Harvey Cox, Prof. of Theology, Harvard Univ./James Petras, Prof. of Sociology, State Univ. of New York/George Wald, Prof. of Biology, Harvard Univ., Nobelpreisträger und Präsident der El Salvador-Session des Tribunals.



## Besprechungen

### Sprach- und Literaturwissenschaft

Müller-Michaels, Harro: Positionen der Deutschdidaktik seit 1949. Scriptor Verlag, Königstein/Ts. 1980 (259 S., br., 24,80 DM)

Insgesamt werden fünf Positionen der Deutschdidaktik in der BRD unterschieden, die einerseits in grober zeitlicher Abfolge geordnet sind und andererseits unterschiedliche Probleme im weiten »Handlungsfeld Deutschunterricht« thematisieren: »Die Methodik des Deutschunterrichts« (Ulshöfer), »Didaktik der deutschen Sprache« (Helmers), »Kritische Didaktik« (u.a. Bremer Kollektiv), »Didaktik der sprachlichen Kommunikation« (u.a. Lüneburger Kollektiv) und »Didaktische Handlungsforschung« (Ivo, Müller-Michaels selber). Ein Kapitel über die Deutschdidaktik in der DDR ist als »Exkurs« gekennzeichnet und — vermutlich aus Gründen nicht nur der Chronologie, sondern auch der konzeptionellen Affinität — zwischen die »Didaktik der deutschen Sprache« und die »kritische Didaktik« eingeschoben. Diese Einteilung ist durchaus plausibel, zumal bei der ausdrücklichen Beschränkung auf Konzeptionen, die bis zur Unterrichtspraxis hin konkretisiert werden. Die einzelnen Positionen sind äußerst sorgfältig dargestellt, indem jeweils sowohl ein breiter Gesamtüberblick gegeben als auch prägnant ihre Spezifik herausgearbeitet und Kritik geübt wird, letzteres sogar, wenngleich in vergleichsweise geringerem Maße, an Müller-Michaels eigener Position. Im Bewußtsein, selbst Partei zu sein, ist der Autor erkennbar um Sachlichkeit bemüht. So gewinnt er auch allen dargestellten Positionen wesentliche Anteile ab am derzeitigen differenzierten Problembewußtsein der Disziplin. Dies gilt gerade auch für Konzeptionen, wie z.B. diejenige von Helmerts, deren pauschale Zurückweisung neuerdings bisweilen zum Topos gerinnt. Eine Ausnahme bildet am ehesten die Auseinandersetzung mit der DDR-Didaktik, gegen die Müller-Michaels zum Teil undifferenziert polemisiert, insbesondere hinsichtlich ihrer politischen Rahmenbedingungen, was umso problematischer ist, als seine Reflexion auf die politischen Rahmenbedingungen der BRD-Konzeptionen weitgehend nur darin besteht, die Sicht der dargestellten Konzeptionen nachzuvollziehen. Mit diesem Manko dürfte auch eine Unklarheit in Müller-Michaels eigener Position zusammenhängen. Er akzentuiert in ausdrücklicher weitgehender Übereinstimmung mit Ivo die Problematisierung tradierter Handlungsmuster. Die Schüler dazu zu befähigen, scheint ihm geradezu die vordringlichste Aufgabe heutigen Deutschunterrichts zu sein. Man vermißt allerdings genauere Hinweise, welche Handlungsmuster in der heutigen Gesellschaft der BRD vor allem problematisch sind und, mehr noch, welche an deren Stelle treten sollten. Auch wenn die Didaktik die Lernenden als Subjekte noch so ernst nimmt, sollte sie die Lösung dieses Problems nicht ihnen allein überlassen, sondern ihnen zumindest klare Entscheidungshilfen anzubieten suchen. Vielleicht tritt bei Müller-Michaels dieses Problem deshalb nicht scharf genug hervor, weil er die Deutschdidaktik mit der Handlungsforschung offenbar ausschließlich forschungs- und lehrmethodisch zu begründen versucht und kaum auch im Sinne einer — normative und analytisch-empirische Bestandteile verbindenden — Theorie. Weniger im Sinne einer Kritik sei noch angemerkt, daß die elementaren Fertigkeiten (Kulturtechniken: Schreiben, Erstlesen, Orthographie), deren Vermittlung in den Aufgabenbereich des Deutschunterrichts fällt, kaum behandelt werden. Ohnehin jedoch sollen unsere kritischen Hinweise die positiven Qualitäten des außerordentlich informativen Buches keineswegs in Frage stellen. Es ist reich an Anregungen für eine systematische Konzeption der Deutschdidaktik. Unentbehrlich aber ist es vor allem für ihre neuere Geschichte — als Ergänzung von Arbeiten wie die von Frank oder auch Eckhardt.

Ulrich Ammon (Duisburg)

Henrici, Gert: Sprachunterricht in der Lehrerbildung. Theorie und Praxis einer Pädago-Linguistik. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1979 (186 S., br., 22,— DM)

Zunächst einmal der Widerspruch: um die Kluft zwischen Hochschulbildung und Lehrerberufspraxis zu überbrücken, empfiehlt Henrici eine »theorie-praxisbezogene Curriculararbeit«, mit der die »Aufhebung der starren Fächergrenzen« in der Schule zumindest langfristig zum Ziel gesetzt ist. Andererseits wünscht er sich jedoch ein »Schulcurriculum Linguistik« — sprich Linguistik als eigenes Unterrichtsfach —, das momentan allerdings von Lehrern und Schulbürokratie (gewiß aus unterschiedlichen Gründen) abgelehnt wird. Derart unter Lehrerbildungsökonomischen Gesichtspunkten zu argumentieren (weil das Fach umfangreich und vielfältig geworden sei), bedeutet eine Vernachlässigung der Tatsache, daß sich gerade die sprachlichen Erfahrungen von Schülern neben ihrer Alltagskommunikation auf Literatur- und Medienbereiche beziehen. Stünde es nicht eher an, die »germanistische« Literaturwissenschaft und Linguistik im Hinblick auf die Ausbildung zum Primärsprachlehrer einmal einer *zusammenhängenden* Überprüfung und Veränderung zu unterziehen?

Für den Sprachunterricht selbst geht es dem Autor »nicht um detaillierte Ableitungssysteme von oberen Lernzielen zu Feinzielen« (74), was für einen erfahrungsbezogenen und auf die Lernenden ausgerichteten Unterricht zu begrüßen ist. Seine Bemühung gilt stattdessen »Orientierungsgrößen, innerhalb derer Lehrer und Schüler konkrete Ziele für begrenzte Vorhaben vereinbaren« (74). Die globale, auf jeder Lernstufe auftretende Orientierungsgröße des Sprachunterrichts ist dabei die Erlangung der »aktiven und reflexiven kommunikativen Kompetenz« (76), die sich in den beiden »interdependenten« Bereichen »Kommunikation in Aktion« und »Kommunikation in Reflexion« realisiert (76f.). Jedoch erscheint die aktive Sprachverwendung der Schüler in den von Henrici aufgeführten Beispielen stets in Abhängigkeit von der Sprachreflexion, nie umgekehrt, nach dem Schema: indem die Schüler sprachliches Material analysieren, sprechen und argumentieren sie auch miteinander (108). Entsprechend anfallende sprachliche Produkte können auch auf Tonband aufgenommen werden, um später als zu analysierendes Material Gegenstand der Reflexion zu sein. Das Prinzip solchen Sprachunterrichts besteht darin: sprachliche Qualifikationen sind vom Schüler über Sprachanalyse (Reflexion) zu erwerben, genügend Raum zur Anwendung der erworbenen Qualifikationen (Aktion) sind zu gewährleisten. Dieses Prinzip steht aber auf zwei Holzbeinen zugleich. Das eine wird von Henrici konsequenzenlos selbst beschrieben: »Wissen über Kommunikation hat eine Funktion für Kommunikationskönnen. Welches Gewicht diese Funktion hat, ist ungeklärt.« (77) Zumindest ist bekannt, daß Linguisten, deren alltägliche professionelle Beschäftigung die Reflexion von Kommunikation ausmacht, nicht gerade die Leute mit der qualifiziertesten Sprachbeherrschung sind. Zum anderen kann auf keinen Fall die vom Autor so genannte »reflexive Kompetenz« mit der analytischen und rezeptiven Tätigkeit im Alltag gleichgesetzt werden, da die Fähigkeit zur Rezeption, d.h. Einschätzung des Gesprächspartners, Interpretation seiner Äußerung etc., gerade untrennbarer Bestandteil der aktiven Sprechfähigkeit ist. Reflexive Sprachanalyse bezieht sich hingegen ausschließlich auf die Ebene der Metasprache.

Den Titel des Buches muß man (leider) allzu wörtlich nehmen: im Ganzen besehen geht es darum, *wie* man den Sprachunterricht in die Lehrerbildung hineinkriegt. Dazu werden kritische (dabei oft etikettierende) und konzeptionelle Überlegungen sowie ein ausführlicher, sehr detaillierter Erfahrungsbericht geliefert, was sich insgesamt jedoch zu sehr auf organisatorische Abläufe und Zusammenhänge konzentriert. Die anstehenden *inhaltlichen* Diskussionen etwa über die Brauchbarkeit pragmalinguistischer oder kommunikationstheoretischer oder auch psycholinguistischer Ansätze und Gegenstände, die makrostrukturelle Ausgestaltung von sprachorientiertem Unterricht oder die Lücken linguistischer Forschung bezüglich den Erfordernissen des Unterrichts

tens (sowohl Unterrichtsinhalt wie auch Lehrerwissen betreffend), kommen zu kurz oder bleiben außer acht. Theorie und Praxis einer Pädago-Linguistik muß *mehr* sein.

Harro Schweizer (Berlin/West)

Meyer, Meinert Arndt (Hrsg.): Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe II. Ein Modell. Athenäum Verlag, Königstein/Ts. 1980 (238 S., br., 24,80 DM)

Dieses Buch berichtet von einem Modellversuch in Nordrhein-Westfalen. Berufsschulen, Fachoberschulen und gymnasiale Oberstufen sollen zu einer Einheit zusammengefaßt werden, zu dem Lernort Schule, zu der Kollegschule. Speziell wird darauf eingegangen, wie sich diese Reform im Bereich des Fremdsprachenlernens auswirkt.

Das neuhumanistische Bildungsideal, das den Fremdsprachenunterricht auch im Bereich der modernen Fremdsprachen geprägt hat, ist verfallen. An die Stelle dieses Ideals wollen die Initiatoren des Modells einen Versuch setzen, der allgemeine Bildung und berufliche Qualifikationen miteinander verbindet. Im konkreten Fall heißt das: ein Bildungsgang 'Fremdsprachenkorrespondent/allgemeine Hochschulreife'. Die Lernenden sollen aus diesem Bildungsgang eine doppelte Qualifikation erwerben: die allgemeine Hochschulreife ebenso wie eine berufliche Qualifikation. Dies soll nicht durch eine Doppelbelastung erfolgen, bei der zwei Bildungsgänge addiert werden; vielmehr soll diese Doppelqualifikation *integrativ* vermittelt werden. Inwieweit dieser hehre Anspruch in der Praxis durchgesetzt werden kann, läßt sich allein aus der Lektüre des Buches nicht erschließen. Festzustellen ist aber: einer brillanten allgemeinen theoretischen Ableitung von Herwig Blankertz am Anfang des Buches folgen diverse Beiträge zur Realisierung, bei denen der integrative Aspekt nicht ohne weiteres deutlich wird. In dem Beitrag von H. Rück erscheint eine Beschäftigung mit der Literatur in der Zielsprache nur sehr oberflächlich sinnvoll. »Begründung: Romane, Comics, Filme usw. bilden einen beliebten Gesprächsstoff. Der Auslandskorrespondent sollte diesen Gesprächsthemen z.B. auf Empfangen, bei Einladungen, bei gemeinsamen Busfahrten usw. nicht verständnislos gegenüberstehen, sondern in der Lage sein, sich an derartigen Gesprächen zu beteiligen.« (133) Literatur als *small-talk*. Dann kann man sie auch gleich weglassen. Von der Selbstdistanzierung, die ein Produkt des Fremdsprachenlernens ist, von der allgemeinen Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit zur Kritikfähigkeit usw. ist in diesem Beitrag nichts mehr übriggeblieben. Andererseits gibt es aber auch Beiträge wie den von Bahnert/Blechmann/Drosdol, in dem ein Leistungskurs Französisch vorgeführt wird, der sich mit dem Thema 'Norm' befaßt und damit auf der Metaebene einen für den späteren Beruf besonders wichtigen Bereich kritisch angeht und Distanz zur eigenen Tätigkeit lernen läßt.

Insgesamt: ein Buch, das besonders in seinen historischen Rekursen interessante Beobachtungen zum Fremdsprachenunterricht im Spannungsfeld zwischen Allgemeinbildung und Fertigkeitserwerb bringt und das darüber hinaus sich mit einem Bereich des schulischen Fremdsprachenlernens befaßt, der in der akademischen Diskussion recht stiefmütterlich behandelt wird: mit dem Fremdsprachenlernen im Bereich der beruflichen Bildung und mit dem Verhältnis von praktischen Anforderungen an die Schulabsolventen und deren Vorbereitung in der Schule.

Dietmar Rösler (Berlin/West)

Weijenberg, Jan: Authentizität gesprochener Sprache in Lehrwerken für Deutsch als Fremdsprache. Groos Verlag, Heidelberg 1980

(272 S., br., 36,— DM)

zitiert: a

Barkowski, Hans u.a.: Deutsch für ausländische Arbeiter. Gutachten zu ausgewählten Lehrwerken. Scriptor Verlag, Königstein/Ts. 1980

(134 S., kt., 15,80 DM)

zitiert: b

Barkowski, Hans, Ulrike Harnisch und Sigrid Kumm: Handbuch für den Deutschunterricht mit ausländischen Arbeitern. Scriptor Verlag, Königstein/Ts. 1980 (380 S., kt., 28,— DM) zitiert: c

Piepho, Hans-Eberhard: Deutsch als Fremdsprache in Unterrichtsskizzen. Quelle & Meyer Verlag, Heidelberg 1980 (247 S., br., 19,80 DM) zitiert: d

Deutsch als *Zweitsprache* und als *Fremdsprache* war in der Bundesrepublik ein wissenschaftliches Dornröschen. Geweckt wurde es u.a. durch die Nöte einer immer größeren Zahl von Kindern ausländischer Arbeiter/innen, die in den deutschen Schulbetrieb strömten und bei ihrer Identitätsfindung durch den Kontrast von deutscher und elterlicher Sprache und Kultur gestört wurden und durch die Tatsache, daß ihre Eltern aufgrund der langen Verweildauer von stummen Funktionswesen zu integrationswürdigen Objekten 'befördert' wurden, wobei, oberflächlich betrachtet, die fehlenden Sprachkenntnisse das Haupthindernis auf dem Weg zur Integration zu sein schienen. Geweckt wurde es auch wissenschaftsimmanent durch die endgültige Aufgabe der Idee, bestimmte Methoden seien beim Fremdsprachenlernen erfolgreicher als andere, und durch die daraus erfolgende Hinwendung zu den Lernenden als Schwerpunkt neuen Forschens. In dem sich aus diesem Wandel konstituierenden interdisziplinären Neuansatz 'Sprachlehr- und Sprachlernforschung' wiederum standen die ausländischen Arbeiter/innen als Deutschlernende im Mittelpunkt des Interesses, was sich u.a. an der Zahl der von der DFG in diesem Bereich geförderten Projekte ablesen läßt.

Mit der Aufgabe der Vorstellung von einer besten, allgemeingültigen Methode für den Deutschunterricht und der Hinwendung zu den Lernenden in all ihrer Komplexität und ihren Interaktionen in der Gruppe, mit den Lehrern usw. einher ging die Auflösung einheitlicher Unterrichtskonzepte. Deutsch für ausländische Arbeiter/innen mit geringer Schulbildung im Wedding kann andere Inhalte und Vorgehensweisen erfordern als ein Deutschunterricht an einer ausländischen Universität für Jugendliche der gehobenen Mittelschicht. Wenn man lernergerichteten Unterricht machen will, muß man sich auf seine *Zielgruppe* einstellen. Ein schöner Spruch, aber was bedeutet er in der Praxis? Neue Interaktionsformen, andere Lehrerausbildung, andere Inhalte ...? Und vor allem, womit unterrichtet man? Soll die Gruppe eigene Materialien erstellen, muß der Lehrer für seine jeweiligen Gruppen selbst Material erstellen, können arbeitsteilig Lehrbuchmacher Materialien erstellen, die zielgruppenspezifisch genug sind? Während Sozialformen im Unterricht, politische und soziale Kooperation von Lehrern und Schülern über den Unterricht hinaus usw. abhängig von Einstellungen und Bewußtseinsbildung sind, die 'vor Ort' angegangen werden können, ist dies bei der materiellen Präsentation von Sprache und Inhalten nur unter großem Zeit- und Arbeitsaufwand möglich. Unterrichtsmaterialien erscheinen oft als Hemmnis für wirklich zielgruppenbezogenes Unterrichten.

Bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Lehrmaterial in der Bundesrepublik kam Ende der 60er Jahre als Reaktion auf subjektive Einschätzungen einzelner Fachgutachter die Forderung nach überprüfbarer, objektiver Lehrmaterialanalyse auf. Daraus resultierende Arbeiten beschränkten sich strikt auf den Umgang mit dem Material selbst. In diese Tradition gehört die Arbeit von Weijenberg. In Einklang mit der Wende der Fremdsprachendidaktik zum Kommunikativen, die eine Zeit lang vor allem in einer Überschätzung der Funktion von Dialogen sichtbar wurde, vergleicht er am Beispiel von Dialogen Lehrwerksmaterial mit authentischen Texten (i.e. Dialogen aus dem 'Freiburger Korpus'). Bei den Lehrwerksdialogen fehlen u.a. Wortfragmente, ungrammatische Konstruktionen, simultanes Sprechen, längere Pausen und Abtönungspartikeln wie 'ja'. Außerdem findet man dort kaum Verständigungsprobleme, so daß »diese Texte oft den Anschein der Glätte und der Problemlosigkeit erwecken« (a, 92). Weijenberg gelingt es, eine Reihe von sprachlichen Elementen zu isolieren, aus deren Fehlen

deutlich wird, wieweit Lehrwerktexte von tatsächlicher Kommunikation entfernt sind. Was er allerdings aufgrund seiner wissenschaftstheoretischen Position nicht sagt, ist, inwieweit dies ein wünschenswerter, didaktisch sinnvoller oder zu verändernder Tatbestand ist.

Eher Farbe bekennen dagegen andere Lehrwerkgutachten, die Weijenberg 'impressionistisch' (a,6) nennen würde. Im Bereich Deutsch als Fremdsprache haben die Mannheimer Gutachten für Kontroversen gesorgt. Sie haben bei all den wichtigen und interessanten Informationen, die sie liefern, und Ansichten, die sie vertreten, den Nachteil, daß sie aufgrund ihres allgemeinen Anspruchs zu selten dazu kommen zu sagen, welches Lehrwerk für welche Zielgruppe genau wie geeignet ist. Dieses Problem stellt sich dem Gutachten von Barkowski u.a. nicht. Sie analysieren vorhandene Lehrmaterialien im Hinblick auf die Zielgruppe 'ausländische Arbeiter' und sie tun dies von einer bestimmten Position aus. Sprachunterricht für diese Zielgruppe wird verstanden als Bestandteil der Arbeiterbildung, er muß von der realen Situation ausgehen, in der sich die Lernenden befinden: Sprachkenntnisse könnten zwar »die grundlegende rechtliche und soziale Situation der Arbeitsemigranten im Einwanderungsland nicht verändern« (b,2), seien »aber eine wichtige Voraussetzung, Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu ermöglichen« (b,2). Der Sprachunterricht muß entsprechend dem wichtigsten Lernziel der Arbeiterbildung, der Solidarität, organisiert werden. Aus diesem Vorverständnis heraus entwickeln die Autoren sieben Kriterien zur Beurteilung von Lehrwerken. Das wichtigste, die anderen bestimmende, ist dabei Kriterium 1: Der Sprachunterricht muß den Kultur- und Identitätskonflikt der ausländischen Arbeiter darstellen und die sprachlichen Mittel zu seiner Verarbeitung bereitstellen. Abgesehen von Kriterium 5, das z.T. in die überwundene Methodendiskussion zurückfällt, entwickeln die Autoren dabei ein *übersichtliches Instrumentarium* der Lehrwerkanalyse für diese bestimmte Zielgruppe. Weniger erfreulich ist das Ergebnis der Analyse: die meisten der besprochenen Lehrwerke sind, obwohl z.T. für die Zielgruppe 'ausländische Arbeiter' geschrieben, für sie weitgehend unbrauchbar. An dem am besten bewerteten Material, an 'Feridun', zeigt sich die Malaise zielgruppenbezogener Lehrmaterialproduktion: es ist am besten auf eine Zielgruppe bezogen und damit am eingeschränktesten in seiner Verwendung: es ist »ausschließlich in homogen türkischen Lerngruppen einsetzbar« (b,21), die dazu noch überdurchschnittliche Schulbildung und Vorkenntnisse im Deutschen haben müssen und es fordert einen Lehrer mit Türkischkenntnissen.

Was ist bei dieser Lage auf dem Lehrmaterialmarkt zu tun? Wer an einer VHS, in der Nachbarschaft, im Betrieb usw. ausländischen Arbeitern Deutsch beibringen will, sollte unbedingt das Handbuch von Barkowski/Harnisch/Kumm lesen, bevor er/sie aus einer Mischung von Erinnerungen an die eigne Schulzeit und emanzipatorischen Ideen anfängt, selbst einen Kurs zu basteln. Wenn man vom Pathos des Erneuerers einmal absieht, mit dem stellenweise offene Türen der Fremdsprachendidaktik (Prinzip der bewußten Aneignung, Aufnehmen realer Kommunikation) eingetreten werden, erfreut einen das Buch mit einer Fülle von *Informationen und Anregungen*. Die Ausgangslage der ausländischen Arbeiter und ihre Einstellung zum Deutschunterricht werden skizziert; dabei stellt »die Erfahrung der Diskriminierung die wesentlichste Barriere gegen das Deutschlernen« (c,24) dar. Es folgt eine Beschreibung von Situation und Motivation der Lehrer, ihrer Erwartungen und der Erwartungen an sie. Dabei wird auch offen diskutiert, wie bei allem politischen Engagement Kontakte von den Lehrern »oft als Mühe« (c,43) empfunden werden und daß die Lehrer »gesellschaftlich verursachte Kommunikationsstörung ... nicht stellvertretend aufheben« (c,43) können. Ab Seite 45 findet man dann die Vorstellung des Unterrichtskonzeptes und die Beschreibung des 'Wie wir's gemacht haben' — 300 Seiten, die für jemanden, der sich mit dem Deutsch-

unterricht noch nicht ausführlich beschäftigt hat und der Anregungen und keine Rezepte für seine Arbeit sucht, eine Fundgrube sind, da sie einigermaßen ehrlich Möglichkeiten und Sackgassen zeigen und statt geglätteter wissenschaftlicher Auswertung Erfahrungen aufs Papier bringen. Erfahrungen, das sind nicht nur die schicken Lehrende-Lernende-Interaktionen, sondern vor allem Versuche, die Tücken der deutschen Sprache so anzugehen, daß sie sich weder verselbständigen, noch durch 'kommunikative Begeisterung' ersetzt werden, sondern aufgenommen werden in ein Modell, »das den Mitteilungsbedürfnissen der Lerner den Vorrang gibt vor der Entfaltetheit ihrer sprachlichen Mittel, ohne deswegen die Wichtigkeit der *systematischen* Vermittlung dieser sprachlichen Mittel aus dem Blick zu verlieren« (c,116).

*Lernergerechteren Umgang mit konventionellem Lehrmaterial* versucht Piepho in seinen 'Unterrichtsskizzen' vorzuschlagen. Diese sind auch nicht zur direkten Übernahme geeignet, vielmehr soll der Leser versuchen, »in kritischer Distanz zu den bisherigen Gepflogenheiten und zu den Empfehlungen dieses Buches einen dritten eigenen Weg zu finden« (d,8). Die Zeiten, in denen Didaktiker glaubten, zukünftigen Lehrern sagen zu können, wie man richtig unterrichtet, sind vorbei. Piephos Credo: kein Lehrmaterial kann den Unterricht bestimmen; der Lehrer entscheidet aufgrund seiner Kenntnisse der Lernenden, welches Material wie verwendet wird. Gegen eine 'Lernzielbuchhalterei' (d,12) und die »Lehrbuchabhängigkeit vieler Lehrkräfte« (d,39) wird die Distanz zum Lehrbuch gesetzt, die »eine dynamische, schülerentsprechende und kommunikative Unterrichtsgestaltung« (d,49) erst möglich macht. Verschiedene mögliche Leitprinzipien, denen Lehrer im Unterricht folgen, werden diskutiert und auch Piepho fordert nun, »daß der Schüler die Zielsprache zunächst aus seiner eigenen Erfahrungswelt und in ihr anwenden lernen soll« (d,77). Nach gut 100 Seiten interessanter lernerbezogener fachdidaktischer Ansichten, die einen auf die Adaptionen für die Lernenden gespannt werden lassen, sind die eigentlichen Unterrichtsskizzen etwas enttäuschend. Zu Texten aus verschiedenen Lehrmaterialien erweisen sich die Vorbereitungen des Lehrers als Herstellen von Begriffskarten, Redemittelstreifen, Dialogschablonen, Handlungskarten und Übungskarten zur Grammatik. Anleitungen zum Eingehen auf die Lernenden wie bei Barkowski/Harnisch/Kumm sind nicht möglich, da Piepho seine Skizzen für einen weltweiten Leser konzipiert hat. Es ist ein in zwei Teile zerfallendes Buch, das im ersten Teil wichtige und gut lesbare Ausführungen zur Rolle von Lehrmaterial, Lernenden und Lehrern im Unterricht enthält und im zweiten Teil *sich dem Problem der Adaption* zumindest *praktisch stellt* und, wenn man die eigne Gruppe dabei nicht vergißt, brauchbares und gut gegliedertes Material liefert. Als solches ist es *empfehlenswert*. Das eigentliche Problem der Adaption wird in der Vorbemerkung beiläufig mit einem Satz abgetan: »Es erwies sich, daß die Adaptierungen der Lehrverfahren, Lernziele und Arbeitstechniken an die lokalen Gegebenheiten unproblematisch waren, wenn die Skizzen als Alternativen oder Umsetzungen auf der Grundlage des Lehrmaterials schlüssig ... waren.« (d,7) So einfach ist das wohl nur, wenn man die vorgegebenen Skizzen nur koloriert. Geht man ernsthaft auf die Lernenden in ihrer Komplexität ein wie z.B. Barkowski/Harnisch/Kumm, dann erfordert dieser Schritt viel Zeit und Arbeit. Und neben der Erstellung spezieller Lehrmaterialien muß dann auch die Adaption gegebener Materialien an die gegebene Gruppe Teil einer Ausbildung zum Lehrer für Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache werden, die es fast nicht gibt. In einer derartigen Ausbildung wiederum könnten zumindest die drei letztgenannten Bücher eine Reihe nützlicher Informationen zum Erstellen und Adaptieren von Lehrmaterial für gegebene Zielgruppen liefern.

Dietmar Rösler (Berlin / West)

Kießling, Wolfgang: Exil in Lateinamerika. Verlag Philipp Reclam. Leipzig 1980 (571 S., br., 5,— DM)

18 von 20 lateinamerikanischen Ländern waren Lebensraum und Arbeitsgebiet deutschsprachiger Literaten und Künstler im Exil. Kießling ist in diesem Sektor der Forschung kein Neuling: Bereits 1974 veröffentlichte er im Akademie-Verlag Berlin eine zweibändige Studie über Zeitschrift und Bewegung »Freies Deutschland in Mexico«. Kießling zeichnet sich durch sorgfältige Sammlung des erreichbaren Materials und durch eine erstaunliche Kenntnis der Vielzahl politischer und literarischer Persönlichkeiten aus. Der Band enthält eingehende Studien über Tätigkeit und Täter der antifaschistischen Emigration in Lateinamerika. Dabei werden nicht nur aus den gedruckten Quellen die Gruppenarbeit geschildert, sondern Einzelschicksale, zum Teil mit neuem Material, vorgestellt. So sind Monografien der wichtigsten Figuren des lateinamerikanischen Exils entstanden. Eben die persönlichen Einzeldarstellungen sind das besondere an diesem Werk, das sich darum leicht und flüssig liest. Das wohldokumentierte und reich illustrierte Buch — ein rechtes Geschichtsbuch — ist ein Vorbild für die Vereinigung von Anschaulichkeit und Materialreichtum. — Ein Kapitel stellt die Geschichte des Verlages El Libro libre in Mexico dar, der die erste deutschsprachige Fassung von Anna Seghers »Das siebte Kreuz« herausbrachte. Bruno Frei (Wien)

Lützeler, Paul Michael/Schwarz, Egon (Hrsg.): Deutsche Literatur in der Bundesrepublik seit 1965. Untersuchungen und Berichte. Athenäum, Königstein/Ts. 1980 (318 S., kt., 38,— DM)

Im US-amerikanischen St. Louis finden seit Jahren Symposien zu verschiedenen Themen der Literaturentwicklung und -geschichte statt, so z.B. zur 'Literatur und Kultur der DDR', zu 'Exil und Innere Emigration', 'Juden und Deutsche um die Jahrhundertwende' und 'Das Bild des Adels in der deutschen Literatur'. Das 5. Symposium widmete sich der westdeutschen Literatur seit 1965.

Die dort gehaltenen Referate sind hier gesammelt und zeigen vor allem zweierlei: a) Die *Vielfältigkeit* der Themen, die zurückzuführen ist auf eine seit der Mitte der 60er Jahre ins Fließen gekommene Literaturszene und b) die *Schwierigkeit*, diese Vielfältigkeit sinnvoll zu dokumentieren. Denn geht man davon aus, daß es Anliegen des Symposiums ist, die Vielfältigkeit der Themengebiete auf gemeinsame literaturtheoretische und gesellschaftspolitische Hintergründe zu beziehen, dann trägt der vorliegende Band hierzu lediglich Bausteine zusammen.

Warum 1965? fragen sich Lützeler/Schwarz in einem recht knappen Vorwort, das außer einigen einführenden Bemerkungen nichts zur Formulierung übergreifender Fragen beiträgt.

»Die Jahre 1965/66 markieren eine Wende in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«, denn hiermit beginnt die Studentenbewegung, von dessen früher anti-autoritärer Phase »Reformimpulse (gingen), denen sich, wenn auch lediglich vorübergehend, nur wenige Bereiche des öffentlichen Lebens« in der BRD verschlossen. Über die Willkürlichkeit dieses Stichjahres sind sich die Autoren wohl bewußt wie auch darüber, daß »nicht jedes der bearbeiteten Themen genau an diesem Punkt einsetzen würde« (7).

Klar ist: die Studentenbewegung hat nicht nur die angeblich 'formierte Gesellschaft' ihres schönen Scheins beraubt, sondern gewiß auch intensive Auswirkungen im kulturellen Bereich gehabt und zu einer Verunsicherung und Neuformulierung vor allem des politischen Verständnisses und der politischen Funktion von Literatur beigetragen. Um die daraus resultierende Theorie und Praxis noch einmal nachvollziehen zu können, bieten die Aufsätze allerdings einige Hilfen.

Walter Hinderers Beitrag zeichnet »Tendenzen der westdeutschen Lyrik nach 1965«

nach (13-30): Ausgehend vom 'Hermetismus' und der 'Fluchtästhetik' der 50er Jahre, dem Aufruf zur 'Metaphern-Enthaltbarkeit' und den 'Thesen zum langen Gedicht' von W. Höllerer bis zur 'Radikalisierung des politischen Gedichts' im Agitprop und der 'radikalen Entpoetisierung des Gedichts' der Neuen Subjektivität der 70er Jahre spannt Hinderer den Bogen.

Drei Thesen verdienen dabei Beachtung: a) Entgegen anderer Untersuchungen weist Hinderer nachdrücklich auf eine nicht erst 1966 propagierte 'Wiederentdeckung der Wirklichkeit' im Gedicht hin, sondern setzt diesen Punkt bereits 10 Jahre früher an mit Gedichtbänden wie »Mein Gedicht ist mein Messer« oder anderen von Enzensberger, Rühmkorf und Grass, die sowohl eine sprachliche Öffnung wie auch eine Hinwendung zu politisch-realistischen Themen vornahmen. Aber eben nur partiell und noch eng (gerade bei Enzensberger) an die fern ab und vorbei am Leser gefundene Sprache.

b) Die Parallelität der Ansätze des 'langen' und des 'neuen' Gedichts wird plausibel bestimmt, wenn auch Hinderers abqualifizierende Bemerkungen, daß die »etwas hemdsärmeligen Empfehlungen des Jüngeren (gemeint ist J. Theobaldy) wie eine freie Nachschrift der vorgreiflichen Vorschläge des Älteren (gemeint ist W. Höllerer)« (16) zu lesen seien, ein deutliches Indiz ist sowohl für ein gewisses Unverständnis moderner und zugleich einfacher Schreibweisen wie auch für den Ursprungsort seiner ästhetischen Position.

c) Hinderers Bestimmung der aktuellen Situation, daß nach der Phase der ungeschminkten und unmetaphorischen Mitteilung über die Befindlichkeit des Ichs »bereits eine Wende zu einer neuen Differenzierung in der sprachlichen Vermittlung« (26) festzustellen sei, hat zweifelsohne seine Richtigkeit. Woraus allerdings das Abklingen der »Berührungsangst vor metaphorischen Aussagen« (26) zu erklären ist, darüber schweigt er sich aus.

Dies mag als Beispiel für die Mehrzahl der Aufsätze stehen: Ob R. Nägele »Notizen zur experimentellen Literatur«, H. Haid »Deutschsprachige Dialektlyrik«, W. Hinck »Deutsche Dramatik«, A. v. Bormann »Arbeiterliteratur«, Beck und Martin »Westdeutsche Frauenliteratur«, W. Nutz »Trivilliteratur«, P. Beicken die »Neue Subjektivität«, D. Bronson »Autobiographien«, J. Drews »Die Entwicklung der westdeutschen Literaturkritik«, K.L. Berghahn die »Theorie der dokumentarischen Literatur« oder P.U. Hohendahl die »Politisierung der Kunsttheorie« untersuchen (insgesamt 19 Beiträge); jeder Autor gibt auf 15-20 Seiten einen kurzen Einblick in das Spezialgebiet, problematisiert dabei einige wichtige Publikationen und ihre divergierenden Standpunkte, ohne die eigene Einschätzung oder mögliche Perspektive zu vernachlässigen.

Insgesamt also kann das Buch genutzt werden, um einen Überblick und Einstieg in die Palette relevanter Themenstellungen aktueller Literaturtheorie und -praxis zu erhalten. Zu einem wirklich vertieften Verständnis tragen die Aufsätze allerdings wenig bei: das wird besonders augenfällig bei Hohendahls Versuch, die »Politisierung der Kunsttheorie« bzw. die ästhetische Diskussion nach 1965 nachzuvollziehen. Differenzen und Berührungspunkte solch markanter Positionen wie von Adorno, Marcuse, Benjamin, Haug, Holz, Lüdke, Metscher, Bürger, Chr. Enzensberger, Habermas u.a. auf gut 15 Seiten schlüssig darstellen zu wollen, gegeneinander abzuwägen und in einer auf Habermas basierenden Perspektive einer 'nach-autonomen' Kunst münden zu lassen, ist denn schon fast eine Vergewaltigung der Rezipierten wie auch der Rezipienten.

Frank Dietschreit (Hamburg)



## Kunst- und Kulturwissenschaft

Meyn, Hermann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland (Zur Politik und Zeitgeschichte; 24), Colloquium Verlag, Berlin 1979 (173 S., br., 11,80 DM)

Im 193. Tausend erscheint die 3. überarbeitete Auflage dieses von der Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (in Verbindung mit dem Fachbereich Politische Wissenschaft der FU) herausgegebenen Kompendiums. Ihr zugrunde liegt die Leitfrage, »ob und wieweit Presse, Hörfunk und Fernsehen den Aufgaben gerecht werden, die sie im politischen System der Bundesrepublik erfüllen sollen« (6). Diese werden für eine Demokratie, nach Dahrendorfs These: eine »Regierung durch Konflikt«, gemeinhin mit der Informationsfunktion (»vollständig, sachlich, verständlich«), mit einer angemessenen »Mitwirkung an der Meinungsbildung« und mit der nicht weniger konvenablen »Kritik und Kontrolle« umschrieben — alles hübsch ausbalanciert: Minderheiten sollten zwar auch publizistische »Chancengleichheit« beispielsweise durch einen »anwaltschaftlichen Journalismus« erhalten, aber keinesfalls mehr als die Majorität, wie es etwa der »außerparlamentarischen Opposition« und den Kernkraftgegnern vorgehalten wird.

Aufschlußreich mag es daher sein, die wichtigsten Bearbeitungen und Veränderungen zwischen der 1972 erschienenen und dieser Auflage knapp zu markieren: Gestrichen worden ist der sechsseitige Exkurs über die »Massenmedien in der DDR«; ohnehin war auf so engem Raum und im Kontext der eingangs beschriebenen Intention kaum mehr als eine negatorische Konfrontation und eine Auflistung von Entwicklungsdaten möglich gewesen. — Verschwunden ist auch das selbständige Kapitel zum »Film in der Bundesrepublik«. Schon im Vorwort zählt ihn der Verfasser zu den Themen, die an »Bedeutung« verloren haben. Das gilt ganz gewiß nicht für den Kinofilm. Nie zuvor hat er so ungeheure Subventionen von seiten des Staates und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bekommen, nie zuvor ist soviel Politik mit ihm und für ihn gemacht worden wie in den 70er Jahren; selten zuvor wurden die künstlerischen und auch publikumswirksamen Leistungen des bundesdeutschen Films so hochgeschätzt wie in jüngster Zeit, und schließlich steigen auch die Zuschauerzahlen wieder an. — Neu aufgenommen wurde ein rezeptionsanalytisches Kapitel. Unter dem Stichwort »Wirkungen« werden einmal Faktoren des »Kommunikationsprozesses« skizziert, wobei auch das traditionelle Konzept der Meinungsführer (»ein Viertel der erwachsenen Bundesbürger« dürfen sich laut Demoskopie dazurechnen) unbestrittene Aufmerksamkeit erfährt; zum anderen werden die einschlägigen Daten zur Reichweite und Nutzung referiert und schließlich einige »Ergebnisse der Wirkungsforschung« erläutert — mit dem bei derart komprimierten Abrissen stets zwiespältigen Effekt, daß den äußert begrenzt aussagekräftigen und bekannt widersprüchlichen Befunden mehr Gewicht und Triftigkeit eingeräumt wird, als es deren Urheber gemeinhin für sich beanspruchen (dürfen). — Erweitert und aktualisiert wurde das Kapitel über die »rechtliche Stelle der Presse«; leider gibt der Autor keine Auskunft darüber, ob sich in dieser (verstärkten) Justifizierung der Presse- und Meinungsfreiheit (wachsende) gesellschaftliche Konflikte widerspiegeln oder ob sie nur die bevorzugte Sichtweise des Autors reproduziert. — Ausführlicher und in neueren Tabellen und Grafiken veranschaulicht werden die Konzentration der Presse und die Dimensionen der großen Medienkonzerne dargestellt und in ihren Wirkungen auf die politische Meinungs- und Willensbildung »bedauert«. Gleichwohl scheinen die »objektiven wirtschaftlichen und technischen Gründe für diese Entwicklung« nahezu unausweichlich, wie auch die zahlreichen untauglichen Gegenstrategien belegen: »Medienpolitisch vernünftiger« sind ohnehin »gezielte Hilfen an die tatsächlich wirtschaftlich in Not geratenen Verlage« (79). — Das Problem der Pressefreiheit und des »Ausgewogenheitssyndroms« bei Hörfunk und Fernsehen wird mehrfach

beleuchtet: als Problem der Nachrichtenbeschaffung durch die Informationsquellen; als Problem der Professionalisierung der Journalisten und des institutionellen Konflikts zwischen Verleger und Journalisten (»Statutenbewegung«); und als Problem der anhaltenden Kommerzialisierungsattacken gegen die Rundfunkanstalten und der überhandnehmenden Partei- und Verbandsherrschaft, wobei auch die politisch tendenziösen Inhaltsanalysen der Nachrichten und Magazine erörtert werden. — Schließlich finden die sog. neuen Medien ihre obligate Beachtung unter der Leitfrage: Wer soll über die neuen Medien verfügen? Doch ebenso wie viele andere Fragen bleibt auch diese am Ende offen, denn »SPD und F.D.P. haben inzwischen erkannt, wie schwer es ist, Gesetze gegen die Besitzer der Produktionsmittel durchzubringen« (160). Daher sind wohl auch die »Medienpolitische(n) Konzepte der Parteien«, die nun gleichfalls behandelt werden, nicht über programmatische Absichtserklärungen und vereinzelte Maßnahmen hinausgelangt, mit Ausnahme der CDU/CSU, deren taktische Proporz- und Personalpolitik in den Rundfunkanstalten schon und deren strategische Gefälligkeitspolitik für die Verleger bald Früchte tragen wird.

Solch unübersehbare Indizien rubriziert der Autor unter rechtspolitischen Vorzeichen, ohne die strukturellen Substrate aufzudecken. So wird beispielsweise der abgewehrte Drucker-Streik von 1976 ebenso als Gewinn für die Pressefreiheit verbucht wie das grundgesetzliche Zensurverbot oder die eingedämmte Verlegerwillkür: »Das Recht, über den Inhalt der Zeitungen zu bestimmen, sollten nur jene haben, die dafür die presserechtliche Verantwortung tragen« (20). Mit solch 'abgewogenen' Urteilen stellt dieses medienkundliche Bändchen nicht nur seine 'Sachlichkeit' und politische Pluralität unter Beweis, sondern empfiehlt sich auch für den breiten unbedenklichen pädagogischen Einsatz. Aber Institutionenkunde und pluralistische Datenakkumulation weisen zirkulär immer auf sich selber, gerade in der politischen Bildung bedarf es der *inhaltlichen* Stellungnahme, der *interessensspezifischen* Abklärung und der Formulierung normativer Strategiehorizonte. Selbst wenn derzeit »kaum jemand nach Radikalkuren« ruft, so wären doch ihre Perspektiven (nicht zuletzt infolge der unerhörten Popularität des Bändchens) aufzuzeigen gewesen. Die enorm angeschwollenen Literaturhinweise lassen zumindest vermuten, daß dem Autor solch kritische Positionen nicht unbekannt sind. Ein ebenfalls erweiterter Anhang rundet mit einer Zeittafel über die allgemeine technische, die politische und die Entwicklung der Medien (von 1450 bis 1979!), mit Auszügen aus Pressegesetzen und Redaktionsstatuten sowie mit Hinweisen zu (audiovisuellen) Arbeitsmitteln für den medienkundlichen Unterricht das Bändchen ab, das viel Material und Daten in übersichtlicher, komprimierter Weise liefert, aber den kritischen Zugriff weitgehend vermissen läßt. Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Ein anderer Rundfunk — eine andere Republik oder die Enteignung des Bürgers. Dietz Verlag, Bonn 1980 (180 S., br., 9,80 DM)

Die öffentlich-rechtlichen Medien sind seit langem Objekt privatwirtschaftlicher Interessen und parteipolitischen Machtstrebens. Dafür immer noch aktuelles Beispiel sind die Vorgänge um den NDR. Was nun die neue Qualität der Angriffe ausmacht und welche Strategien dahinterstecken, soll in diesem Band problematisiert werden.

M.W. Thomas gibt in seinem einleitenden Beitrag zunächst einen kurzen Überblick zur Geschichte des bundesrepublikanischen Rundfunks. Anschaulich informiert er dann über die sogenannten »Neuen Medien«: Kabel, Satellit, Video- und Bildschirmtext und erläutert, wie mit der Forderung nach Einsatz dieser Technologien Privatisierungsabsichten verbunden werden. Mit der Argumentation von Unternehmerseite und CDU/CSU, man dürfe dem »mündigen Bürger« die neuen Kommunikationstechniken nicht vorenthalten, setzt sich Marie-Luise Kiefer auseinander. Anhand eigener Untersuchungen stellte sie fest, daß es auch 1979 »keinen mehrheitlichen drängenden Bedarf

nach neuen, technisch vermittelten Kommunikationsmöglichkeiten im privaten Bereich (gibt)» (132). Unter der Fragestellung »Was macht die Wirtschaft mit dem Rundfunk« analysiert Kleinsteuber die vielfältigen Interessen der Zeitungsverleger, der elektrotechnischen Industrie und der werbetreibenden Wirtschaft am Rundfunk. Dieser Aufsatz gehört m.E. zum herausragenden des Sammelbandes, ist hier doch ein Bereich Gegenstand der Untersuchung, der in der Medienforschung bisher kaum Berücksichtigung fand. »Denn die ärgste Bedrohung unserer Rundfunklandschaft geht nicht allein von der CDU/CSU aus; vielmehr stehen einflußreiche Kräfte hinter ihr und wirken durch sie. Sie zu benennen ist eine wesentliche Voraussetzung, um sie bekämpfen zu können« (43). Einzig Becker führt diesen Ansatz in seinem Text »Der weltweite Medienkommerz« konsequent fort. Er entlarvt die Ideologie des »free flow of information« als das Machtstreben jener Konzerne, die auf dem internationalen Markt ihre Monopolstellung auf dem Mediensektor immer weiter ausbauen wollen. Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem die Länder der Dritten Welt. Bezeichnend dabei, so der Autor, ist die Politik der Bundesregierung: während sie sich im eigenen Land gegen die Ausstrahlung des kommerzialisierten Satellitenprogramms von Radio Luxemburg heftig zur Wehr setzt, blockiert sie in der UNO die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Informationsordnung. Thorn-Prikker schließlich nimmt sich zwei Institutionen vor, die es der CDU/CSU ermöglichen sollen, ihren Einfluß auf den Rundfunk weiter auszubauen: den Mediendienst Tele Control und die Aktion Funk und Fernsehen. Beide versuchen durch gezielte Kampagnen gegen die angebliche »Linkslastigkeit« der Sender Front zu machen.

»Zwischen der Absprache, das vorliegende Buch herauszubringen, und dem Erscheinungstag liegen nicht einmal 10 Wochen.« Dieser Notiz des Herausgebers hat es wohl auch bedurft. Denn neben den genannten Beiträgen enthält der Band etliche kurze Aufsätze, u. a. von Pross, Hymmen und Eggebrecht, die eigentlich nur noch einmal bereits Gesagtes wiederholen. Passagen aus dem Grundgesetz, Zitierung des Fernsehurteils des Bundesverfassungsgerichts von 1961 tauchen immer wieder auf, ohne qualitative neue Aussagen damit zu verknüpfen. Auch die Beiträge von Hostnig und Fabian lassen sich zusammenfassend als Appell für die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems kommentieren. Eine längere Überarbeitungszeit hätte sicher langweilige Wiederholungen erspart und Raum gegeben, Alternativen zur Strategie der Union zu diskutieren. Die notwendige Forderung Sängers in seinem Aufsatz »Wächteramt des Bürgers«, die Zusammensetzung der Gremien in den Anstalten zu ändern, ist nur ein erster Schritt. Ebenso fehlt die genaue Analyse des bestehenden Rundfunksystems, denn ehe man sich an die Verteidigung begibt, gilt es, bereits praktizierte Fehler aufzudecken und kritisch einzuschätzen. So liefert der Band lediglich eine erste Information und eilige Argumentationshilfe, greift aber über den Ist-Zustand nicht hinaus.

Rita v.d. Grün (Berlin/West)

Kreuzer, Helmut (Hrsg.): *Fernsehforschung und Fernsehkritik* (Beiheft 11 zur Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980 (284 S., br., 54,— DM)

Der Band sieht auf den ersten Blick aus wie eine zufällig zustandgekommene Sammlung wild durcheinandergewürfelter Einzelbeiträge. Erst bei näherem Hinsehen erweisen sich die hier vorgestellten 13 Beiträge als ein exakter Spiegel derzeitiger Fernsehforschung im literaturwissenschaftlichen Bereich, der vier Grundmerkmale unterscheiden läßt.

*Erstens: Fernsehforschung ist zunächst einmal Grundlagenforschung.* Es gilt, die in den vergangenen 20 Jahren zu verzeichnende Vernachlässigung des heute gesellschaftlich dominanten Mediums Fernsehen und die daraus erwachsenen Defizite aufzuholen.

Es bedarf heute dringend verlässlicher Bestandsaufnahmen und Überblicke, auf denen man aufbauen kann. Literaturwissenschaft muß hier versäumte Schularbeiten nachholen. Der vorgelegte Band stellt sich dieser Aufgabe in mitunter souveräner und vorbildlicher Weise. Das reicht von einer »Bibliographie zum bundesdeutschen Fernsehspiel« von I. Schneider (mit 448 Titeln Sek.lit. und Angaben über veröffentlichte Texte von Fernsehspielen) über eine »Kommentierte Bibliographie zur Fernsehgattung 'Talk Show'« von H. Kalverkämper (151 Titel) bis zu einem knapp 100-seitigen fundierten Literaturbericht zum Thema »Kinder und Fernsehen« von H.-D. Kübler. Es sind insbesondere diese Beiträge, die den Band zu einem unverzichtbaren Instrument zukünftiger Forschung machen, auf das kein Medienwissenschaftler wird verzichten können. Allerdings deutet sich dabei eine nicht ungefährliche Gattungsorientiertheit an, wie sie auch den Beitrag über »Probleme einer Fernsehgeschichte« von K. Hickethier bestimmt (wenngleich da zusätzlich zu Momenten einer zukünftigen Programmgeschichte des Fernsehens auch solche einer Rezeptionsgeschichte thematisiert werden): Immerhin wird 'Fernsehen' nur von den wenigsten Zuschauern gattungs- oder gar sendungsspezifisch rezipiert.

*Zweitens: Fernsehforschung ist international.* Das bundesdeutsche Fernsehen steht in unmittelbarer Verflechtung mit der internationalen Entwicklung des Mediums; dies nicht nur im Hinblick auf Programmübernahmen ausländischer Fernsehsender oder Eurovisions-Sendungen, sondern generell in technischer, produktions- und werkästhetischer und zunehmend sogar struktureller Hinsicht. Die sogenannten Neuen Medien belegen das derzeit wohl am schlagendsten. Im Sammelband ist diese supranationale Problemsicht präsent gehalten durch erhellende Hinweise auf Amerika, in Form eines Literaturberichts zu aktuellen US-Fernsehpublikationen von M. Durzak, und auf Japan, von Satoru Ogawa. Allerdings muß hier gelten, daß die Aneignung ausländischer Forschungsergebnisse in der universitären Literaturwissenschaft noch sehr viel deutlicher in den Kinderschuhen steckt als die nationalspezifische Grundlagenforschung. Immerhin werden dadurch zukunftssträchtige Kooperationsmöglichkeiten der Literaturwissenschaft quer durch alle neuphilologischen Fächer eröffnet.

*Drittens: Fernsehforschung ist Fernsehkritik.* Eine Reihe anderer Beiträge ist weniger befaßt mit Aufarbeitung, Beschreibung, Sichtung, mit der Kärnerarbeit systematisierenden Zugriffs, als vielmehr mit einer emanzipationsorientierten wissenschaftlichen Kritik an Programmen bzw. Programmformen. So beschreibt P. Zimmermann die kurze Geschichte der »Arbeiterfilme im Fernsehen«, wobei er unter Bezugnahme auf Filme von (u.a.) von der Grün, Mühl, Monk/Meichsner, Ziem, Menge, Waldmann, Fassbinder, Runge, Schübel/Gallehr, Sanders die Regeln fernsehinterner Vorzensur offenlegt, denen die filmische Behandlung des Themas »Arbeitswelt« in den 70er Jahren immer stärker unterlag. Wie eine Parallele dazu liest sich der Überblick über den deprimierenden Weg der Fernsehkritik im Fernsehen (besonders »Glashaus« und »betrifft: Fernsehen«), den P. Neudeck für die gleiche Zeitspanne nachzeichnet. Auch der Beitrag von S.-P. Ballstaedt über Nachrichtensendungen und deren relative Unverständlichkeit (z.B. wegen Nominalisierung, lexikalischen Varianten, Satzlänge oder Sprechgeschwindigkeit) endet eher resignativ, wenn abschließend die Vereinbarkeit entscheidungsorientierter Forschung (gemäß den kurzfristigen, praktischen Interessen der Macher) und folgerungsorientierter Forschung (gemäß den langfristigen, eher theoretischen Interessen der Wissenschaftler) in den Bereich der Science Fiction verlegt wird. Der in allen drei Beiträgen konstatierte Niedergang emanzipativer Inhalte und Formen im deutschen Fernsehen läßt für die kommenden Jahre nur wenig reale Alternativen erkennen.

*Viertens: Fernsehforschung ist Multimediaforschung.* Dieser Grundzug klingt in den meisten Beiträgen, zumindest implizit, immer wieder an und wird vor allem von Karl Prümm im Hinblick auf multimediales Schreiben bei Tankred Dorst und Heinar Kipp-

hardt thematisiert. Hierbei handelt es sich um das langfristig wohl gewichtigste Merkmal derzeitiger literaturwissenschaftlicher Fernsehforschung: das Bewußtsein darüber, daß es nicht mehr allein um eine einzelne Fernsehsendung geht noch um eine Gattung, sei es national oder international, noch auch nur um ein einzelnes Medium, sondern daß sich das Fernsehen nur im Geflecht mit allen anderen Medien — ästhetisch ebenso wie ökonomisch — zureichend begreifen läßt. H. Kreuzer hat dieses Moment in seiner Einleitung besonders unterstrichen: Das Fernsehen steht als Symptom für eine neue Tendenz, welche die alte Aufspaltung in E- und U-Kultur hinfällig macht: steht für den Beginn einer neuen A(llgemein)-Kultur, an der jeder partizipiert. Es mag freilich dahingestellt bleiben, ob in dieser A-Kultur das Spektrum tatsächlich so weit, die ästhetische Vielfalt wirklich so groß und die Gegensätze so gravierend sind, wie das wünschenswert wäre, oder ob nicht vielmehr das Fernsehen ganz im Gegenteil eine neue Gleichschaltung im Sinne einer einheitlichen Medienkultur einleitet.

Die Qualität der Beiträge ist nicht ganz einheitlich. Aber auch das gehört zur Fernsehforschung, wie sie in diesem Band in wünschenswerter Vielfalt gespiegelt wird: die eingegrenzte Spezialisten-Nische steht neben dem 'Ritt über den Bodensee', wie Kreuzer an anderer Stelle charakterisierte. Das LiLi-Heft 11 ist zweifellos ein gelungener Versuch, Risiken einzugehen und in wegweisende Impulse umzusetzen.

Werner Faulstich (Tübingen)

Rupp, Erik P.: *Bildschirmtext. Technik — Nutzung — Marktchancen*. R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1980 (86 S., br., 24,80 DM)

»Die verständliche, kompakte, kritische Beschreibung der Möglichkeiten dieses neuen Mediums« — so kündigt der Verlag das Buch an. Und die ersten beiden Qualitäten weist es in der Tat auch auf. Auf ca. zwanzig Seiten werden in den ersten beiden Kapiteln knapp und verständlich die technische Funktionsweise und die absehbaren Nutzungsmöglichkeiten des neuen Mediums dargestellt. Ich versuche eine Zusammenfassung: In der Verbindung von Telefon, Fernseher und Computer stellt Bildschirmtext einen neuen, interaktiven Fernmeldedienst dar. Er ermöglicht dem Teilnehmer prinzipiell das Abrufen und das Eingeben von Daten, die über einen Zentral-Computer von der Bundespost gesammelt bzw. verteilt werden und als Textseiten (mit beschränkten graphischen Anteilen) auf dem Bildschirm empfangbar sind. Die Nutzungs-Palette reicht bei dem gegenwärtigen Stand der technischen Entwicklung von z.B. elektronisch übermittelter Post, über das »Fernlesen« von Textseiten, die von der Zentrale bzw. privaten Informations-Systemen angeboten werden, über diverse kommerzielle Nutzungen wie Warenbestellungen von Großversandhäusern oder der Abwicklung von Bankgeschäften, bis hin zu »Ferndialogen«, wie etwa dem »computerunterstützten Lernen« (25ff.).

Inhaltlich und quantitativ den breitesten Raum nimmt eine Analyse der »Faktoren der Markteinführung und Marktdurchdringung« der »Innovation Bildschirmtext« (31ff.) ein. Die entscheidenden »Innovationsfaktoren« sind für den Autor: »Die Modernisierung und der Ausbau der Fernmeldenetze; die Ausweitung und Erschließung des Marktes für Fernsehgeräte, Fernsehterminalen und ihre Zusatzgeräte; vor allem aber die Rationalisierungsinteressen ausgewählter Unternehmen und Unternehmensgruppen an Bildschirmtext als eine neue, preislich außerordentlich günstige Form kundennaher Datenfernverarbeitung.« (53) Hinzu kämen noch vielfältige Möglichkeiten der Integration des Mediums in bestehende betriebliche Organisationen (insbesondere der Dienstleistung und Verwaltung).

Es ist schwer zu erkennen: Die Perspektive der Analyse ist vollständig den Bedürfnissen der einschlägigen Interessenten in Staat und Industrie verpflichtet, welche die neue Technik zur Optimierung der Waren-Zirkulation und ideeller Normierung durch-

setzen wollen. Und der Autor hat auch eine immanent einleuchtende Begründung dafür: Die Hauptinteressenten des neuen Mediums seien in absehbarer Zukunft private und staatliche Unternehmen, und nicht etwa die Masse der Konsumenten.

Den Schluß der Abhandlung bildet die Darstellung einiger politischer und kultureller Aspekte, die der Innovation im Weg stehen; etwa der Streit um die juristische Organisation des Mediums im Zusammenhang mit dem projektierten Kabelfernsehen; die Angst des Bürgers vor der Bürokratisierung des Wohnzimmers; oder die Gefahr der Steigerung von Arbeitslosigkeit in bestimmten Unternehmens-Bereichen. Diese Darstellung liest sich wie eine Strategie-Anweisung für Industrie und Post zur reibungslosen Durchsetzung des neuen Mediums. Ein kritisches Verhältnis zu seinem Gegenstand — wie es die Verlags-Werbung ankündigt — ist dem Autor völlig fremd.

Dies vermindert freilich für die Medienforschung nicht die Notwendigkeit, sich mit diesem Buch auseinanderzusetzen. Die Feldversuche mit Bildschirmtext in Düsseldorf und West-Berlin, welche die Durchsetzungs-Möglichkeiten testen sollen, sind in vollem Gange. Neben der präzisen Darlegung der Technik des Mediums werden von Rupp klar die involvierten Interessen benannt und begründet. Es wäre schön, wenn die *wissenschaftliche Kritik* der neuen Medien-Technologien schon eine solche Klarheit und Prägnanz erreicht hätte.

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

IG Druck und Papier, Landesbezirk NRW (Hrsg.): Neue Medientechniken — In wessen Interesse? Zu wessen Nutzen? Bund Verlag, Köln 1980 (193 S., br., 19,— DM)

Unter der Überschrift »Was ist das und was bringt das?« werden im ersten Teil Kabelfernsehen (insbesondere das Pilotprojekt Dortmund), Bildschirmtext, Videotext und Satellitenfernsehen erläutert. Gegen die Interessen der Wirtschaft und der Verleger an einer Forcierung und kommerziellen Nutzung dieser Techniken verdeutlichen die Autoren (u. a. E. Spoo, M. Meißner) die gewerkschaftliche Skepsis gegen eine vorschnelle Installierung dieser »neuen« Medien; in Auseinandersetzung mit den Argumenten der Verlegerseite liefern sie präzise Begründungen für die Forderung nach mehr Mitbestimmung und genereller öffentlich-rechtlicher Organisation (insb. 49ff.).

Der zweite Teil bringt Überblicksartikel zur Rundfunksituation in Skandinavien, Japan und den USA (65-90; teilweise aus der Zeitschrift »Medium« übernommen). Die letzten hundert Seiten dokumentieren medienpolitische Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses von 1978, die wichtigsten themenbezogenen Artikel aus der Gewerkschaftspresse von 1975 bis 1979 und Zusammenfassungen von Hearings zu den neuen Kommunikationstechniken. Eingeschoben sind eine Analyse des — inzwischen verhinderten — Staatsvertragsentwurfs von Albrecht und Stoltenberg für den NDR, der Gesetzestext über die Durchführung eines Bildschirmtext-Versuches in NRW, ein Verzeichnis der an Bildschirmtext interessierten Anbieter sowie eine Aufstellung der Firmen und Beteiligungsverhältnisse des Bertelsmann-Konzerns von 1978.

Der formale Aufbau dieser »Broschüre« (6) läßt Stringenz vermissen: neben der Statistik über Bildschirmtext-Interessenten steht unvermittelt die (Werks-)Beschreibung eines Redakteursarbeitsplatzes für dieses System mit detaillierten technischen Angaben (34ff.); die Anordnung der abgedruckten Gewerkschaftstexte zu medienpolitischen Fragen scheint beliebig zu sein, usw. Diese Unstrukturiertheit ist Indiz für inhaltliche Unsicherheiten und Divergenzen: befürwortete die gewerkschaftliche »AG Publizistik« noch 1976 Pilotprojekte (96), so fordern die Autoren nun einen Stop des Dortmunder Versuchs für zwei Jahre (64), um versäumte öffentliche Diskussionen nachzuholen (Detlef Hensche hält inzwischen Pilotprojekte gänzlich für nutzlos: vgl. »Die Feder« 3/81); während die Verfasser dezidiert dafür plädieren, daß »die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsbewegung bestrebt sein (muß), bestimmenden (Hervorh. A.S.) Einfluß auf die Massenmedien ... zu erhalten« (50), spricht der Landesbezirksvorsitzende

der IG Druck in seinem Vorwort nur davon, daß »die neuen Medien unter die Kontrolle unserer pluralistischen Gesellschaft (gehören)« (6).

Insofern ist dieser Band durchaus adäquater Spiegel gewerkschaftlicher Medienpolitik, für deren Zustand auch bezeichnend ist, daß dieser erste Versuch einer ausführlichen Beschäftigung mit den neuen Medientechniken nicht vom DGB, sondern dem Landesbezirk einer betroffenen Einzelgewerkschaft angegangen wurde. Fast beschwörend heißt es denn auch in der Vorbemerkung der Autoren: die »Auseinandersetzung um die Medienpolitik (ist) keine Sache, mit der sich die IG Druck und Papier, die RFFU alleine rumschlagen können. Es geht darum, die ganze Solidarität des DGB bei der Abwehr der reaktionären Pläne (v.a. Zulassung kommerzieller Programmveranstalter; A.S.) in die Waagschale zu werfen.« (8) Bis dahin — geschweige denn bis zur Erarbeitung einer medienpolitischen Strategie der Gewerkschaften, die nicht nur »abwehrt«, sondern auch positive Gebrauchswert-Vorstellungen entwickelt und durchzusetzen versucht, ist es noch ein weiter Weg (bislang existiert nicht einmal eine eigene Medienabteilung beim DGB-Bundesvorstand). Die Broschüre ist immerhin ein Schritt in diese Richtung.

August Soppe (Hamburg)

Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Portraits der deutschen Presse. Politik und Profit. Verlag Volker Spiess, Berlin/W. 1980 (296 S., br., 28,— DM)

Leuschner, Udo: Zeitungs-Geschichte. Vom »Intelligenz-Blatt« zum Kabelfernsehprojekt am Beispiel Mannheims. Verlag Die Arbeitswelt, Berlin/W. 1981 (224 S., 45 Abb., br., 25,— DM)

Der Anspruch der aus Hörfunksendungen hervorgegangenen Aufsatzsammlung wird vom NDR-Medienredakteur Thomas allzu bescheiden formuliert: sie sei »der Versuch, anhand von Stichproben auf die Situation der deutschen Presse aufmerksam zu machen« (7). Der Band leistet mehr. Fünf Überblicksartikel zur Situation der Zeitungen insgesamt und besonders der Lokalpresse sowie zur Lage der Publikumszeitschriften, der Musik- und Buchmarktzeitschriften vermitteln dem Leser Einblick in alle relevanten Presseprobleme: innere und äußere Pressefreiheit, Konzentrationsvorgänge, Abhängigkeit vom Anzeigenmarkt, die Bedeutung der Vertriebswege, usw. Dazu kommen Einzeldarstellungen der größten Zeitungen und Zeitschriften (WAZ, SZ, FAZ, FR, Welt, Bild, Stern, Spiegel, Hör zu, Rheinischer Merkur, Vorwärts, Zeit). Auf ca. 20 Seiten werden jeweils die wichtigsten Entwicklungsstationen (incl. der politischen Umstände und personellen Protagonisten) nachgezeichnet, politische Tendenz und Besonderheiten der redaktionellen Arbeit analysiert und die wichtigsten Daten erläutert (Auflage, Finanzsituation etc.).

Diese Beiträge — durchweg von liberaler bis radikaldemokratischer Haltung geprägt — sind verständlich, manchmal sogar spannend geschrieben (besonders Thomas zum »Stern« und Brumm zum »Spiegel«) und sicherlich eine gute Material- und Diskussionsgrundlage für Oberstufen- und Volkshochschulkurse. Sie ersetzen keine wissenschaftliche Analyse (eine dreiseitige Literaturliste gibt Hinweise für weitere Beschäftigung), liefern jedoch so viel Material, daß der Leser zum Weiterfragen angeregt wird. Ich jedenfalls lese die behandelten Publikationen jetzt anders.

Bei einer Zweitauflage sollte auch im Titel die Beschränkung auf die bundesdeutsche Presse kenntlich gemacht werden.

Sind die Beiträge des Sammelbandes manchmal durch ein allzu ausgewogenes »so-wohl — als auch« gekennzeichnet (z.B. die Aufsätze von H. Meyn zur Lokalpresse und zur »Zeit«), so ist Leuschners exemplarische Aufarbeitung der Mannheimer Pressegeschichte eher einer dezidierten Parteilichkeit verpflichtet. Leuschner war vor seiner Tätigkeit für den »extra-dienst« und jetzt die »Progress-Presse-Agentur« als Redakteur beim »Mannheimer Morgen« tätig. In einer wahren Puzzlearbeit rekonstruiert er aus

Archivmaterialien, Zeitungsberichten und persönlichen Zeugnissen die Entwicklung der jetzigen regionalen Monopolzeitung: von den Anfängen als »Generalanzeiger« des jüdischen Kommunalpolitikers Haas Ende des 19. Jahrhunderts und der Übernahme durch ein Konsortium nationalliberaler, gutbetuchter Bürger um 1900 bis zum Übergang in den Besitz des Huck-Zeitungskonzerns 1920 und die Eingliederung in das komplizierte faschistische Pressewesen. Noch spannender liest sich die Nachkriegsgeschichte: wie sich in ein fortschrittliches Lizenzblatt die alten Zeitungsbesitzer wieder einnisteten und das nunmehr konservativ orientierte Unternehmen durch Beteiligungen und Absprachen expandiert, die Möglichkeit zur Beteiligung an den baden-württembergischen Kabelfernsehprojekten erhält und doch schon wieder die Konkurrenz kapitalkräftiger Verlagsunternehmen fürchten muß.

Nur ein kurzes Kapitel gilt den Journalisten und ihren erst jungen Versuchen, Mitbestimmung durchzusetzen; Leuschners Augenmerk konzentriert sich auf die — auch für ein Meinungsunternehmen wie die Zeitung grundlegenden — Besitzverhältnisse, die dabei eine Rolle spielenden Personen und ihre individuelle Geschichte. Herausgekommen ist dabei eine personenzentrierte, facettenreiche Chronik eines Zeitungsunternehmens und einer Presselandschaft, journalistisch geschrieben, manchmal auch Polemik und Plattitüde nicht scheuend — eine Art »Gegenfestschrift«, die gerade durch ihre lokale Beschränkung auf Verallgemeinerung durch den Leser drängt.

Wo Leuschner selbst ans Verallgemeinern geht, wird es allerdings manchmal ärgerlich. Besonders im letzten Teil, der neben der Schilderung der aktuellen Kabelfernsehpläne eine Gesamteinschätzung der massenmedialen Entwicklung versucht, greift Leuschner allzu unvermittelt zu den »herrschenden Kreisen in der BRD«, die mit bewußter, einheitlicher Konzeption die Medien als Mittel der Profitsteigerung und Massenmanipulation voll im Griff haben. So einfach — und so hoffnungslos — ist es denn doch nicht.

August Soppe (Hamburg)

## Soziologie

Kuczynski, Jürgen: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*, Bd. 1, 1600-1650. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981 (379 S., Ln., 29,80)

Der erste von fünf geplanten Bänden zur »Geschichte des Alltags des deutschen Volkes« behandelt den Zeitraum von 1600 bis 1650, den dreißigjährigen Krieg und dessen unmittelbare Vorgeschichte. Vorangestellt sind zwei Vorbemerkungen, die das Verhältnis der »Alltagsgeschichte des Volkes« zur Sozialgeschichte und Volkskunde behandeln und die weitgehend aus langen Zitaten montierte Form des Buches rechtfertigen. Darstellungsform und Gegenstandsbestimmung zeigen einen grundsätzlichen Mangel des Buches: die Arbeit bietet eine Zitat-Kollage aus sozialgeschichtlichen und volkskundlichen Standardwerken, deren Auszüge nur jeweils durch kurze Überleitungen verbunden sind. Das Buch präsentiert eine (ungeordnete) Fülle interessanter Materials, das aber weder begrifflich aufgearbeitet noch systematisch angeordnet ist. Der Autor bleibt in der schlechten Unmittelbarkeit des reichen Stoffes über Lebensverhältnisse und -gewohnheiten der Bauern und Handwerker stecken. Die nötigen theoretischen Perspektiven für eine materialistische Alltagsgeschichte fehlen völlig. Schon der Anfang im Jahre 1600 entbehrt der Begründung. Wollte der Autor das alltägliche Substrat derjenigen Geschichtsprozesse aufzeigen, welche die beiden modernen Klassen hervorgebracht haben, so hätte er im Alltag selbst Entwicklungsrichtungen und Tendenzen aufzeigen müssen (etwa Verfleißigungsprozesse im Handwerk mit Hinblick auf die Herausbildung frühbürgerlicher Tugenden etc.), zum anderen hätte dann der Anfang wohl eher in die Zeit von Reformation und Bauernkrieg gelegt werden müssen. So jedoch ist ein



über die bloße Materialsammlung hinausgehender Zweck nicht zu erkennen.

Der erste Teil des Buches (betitelt »Hintergrund und 'Große Welt'«) sammelt Zitate zur wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage vornehmlich der Bauern in der Zeit um 1600. Der Autor schlußfolgert, daß diese »außerordentlich differenziert« (76) gewesen sei, sich sozial und rechtlich im Gefolge des Bauernkrieges verschlechtert habe, während die wirtschaftliche Not der Bauern ungefähr gleichgeblieben sei. Es folgen Zitate zum dreißigjährigen Krieg, zu dessen wirtschaftlich-sozialen Folgen und Begleiterscheinungen. — Im zweiten Teil der Arbeit (»Alltag der Werktätigen«) wären einleitend theoretisch-begriffliche Überlegungen zum Thema Alltag spätestens am Platze gewesen, der Autor gibt aber lediglich eine Aufzählung der heterogenen Gesichtspunkte, unter denen er das Material anordnet und auch diese Gesichtspunkte bieten nur eine grobe Leitlinie für den Leser, weil der Autor sie häufig unmotiviert zugunsten anderer Themen verläßt. Die Überschriften des ersten Abschnitts lauten »Angst«, »Außerökonomischer Zwang« und »Sicherheit«. Unter dem Stichwort »Angst« findet der Leser eine weitläufige Diskussion über Definitionen des Aberglaubens (als einer Hauptquelle der irrationalen Angst). Auch kann er hier bemerken, daß der Autor Affekte wie die Angst häufig nicht in ihrer qualitativ-historischen Ausprägung und Eigenart auffaßt, sondern ganz unhistorisch mit »gegenwärtiger Angst« parallelisiert, etwa Todesängste im 17. Jh. mit moderner Examensangst (145). Ähnlich begriffslos und sprunghaft verfährt der Autor im Abschnitt »Sicherheit«. Die folgenden Kapitel bringen Material zum Thema »Gemeinschaftsleben« (Familie und Genossenschaften), zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung) und einen Anhang von W. Jacobeit über Arbeit und Arbeitswerkzeuge.

Eine historisch-materialistische Antwort auf die gegenwärtige Alltags-Diskussion in den Sozialwissenschaften gibt das Buch nicht. Als Materialsammlung ist es nützlich, wenn auch, da nur bereits verarbeitete Quellen präsentiert werden, wenig originell. Im Umgang mit methodischen, theoretischen und darstellungsbezogenen Problemen einer Geschichte des Alltags (zumal einer materialistischen) zeigt der Autor selbst einen alltäglich-naiven Pragmatismus, der zwar den Gegenstand seiner Forschung zielt und diesem auch rechtmäßig zukommt, der sich aber im »wissenschaftlichen Alltag« sehr unvorteilhaft ausnimmt.

Nach theoretisch-begrifflicher Verarbeitung und anschaulicher Darbietung des Materials ist Otto Rühles »Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats« immer noch besser. Zwar verfolgt diese ein anderes, allgemeineres Ziel als eine Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, sie hat aber in den verschiedenen Formen und Phasen der allmählichen Entstehung des modernen Proletariats die theoretische Leitlinie, die der vorliegenden Arbeit fehlt.

Clemens Knobloch (Bonn)

Beck, Ulrich, Michael Brater und Hansjürgen Daheim: Soziologie der Arbeit und der Berufe. Grundlagen, Problemfelder, Forschungsergebnisse. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek b. Hamburg 1980 (304 S., br., 17,80)

»Mit diesem Lehrbuch wird versucht, eine Lücke in der bisherigen Literatur über Aspekte von Beruf und Arbeit zu schließen: Es wird eine theoretische Perspektive entwickelt, die es erlaubt, einschlägige empirische Materialien aus unterschiedlichen Problem- und Forschungsfeldern aufeinander zu beziehen und zusammenhängend zu interpretieren.« (13) Vor jedem kritischen Einwand kann bestätigt werden, daß dieser Versuch den Autoren gelungen ist. Es dürfte in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Literatur keine andere Arbeit geben, die ihren berufssoziologischen Gegenstand in solch umfassender Weise behandelt. Eine Stärke der Untersuchung ist es, nicht nur den neuesten Diskussionsstand zu reflektieren, sondern auch den Bezug zu der älteren und zu der angelsächsischen Berufs- und Professions-Literatur zu wahren (u.a.

Blau, Braverman, Freidson, Hughes, Parsons, Ritzer).

Was die theoretische Perspektive anbelangt, in der die Autoren versuchen, ihr reichhaltiges und informatives Material zu ordnen, werden sie in der Fachöffentlichkeit auf starken Widerspruch stoßen. Mit der Kritik an einer kruden funktionalistischen Begründung der Beruflichkeit (und Professionalisierung) von Arbeit (u.a. 42) treffen sich Beck, Brater und Daheim noch mit vielen anderen berufs- und industriesoziologischen Positionen, die eine traditionelle technologisch-deterministische Betrachtungsweise überwinden wollen. — Für ihren eigenen Ansatz postulieren die Autoren »die Verbindung einer strukturellen Analyse, die die historisch-gesellschaftlichen Bedingungen vorfindlicher Orientierungs- und Handlungsmuster berücksichtigt, mit einer interaktionistischen Analyse, die auch vorgegebene Strukturen thematisiert, und zwar sowohl als Bedingung wie als Auswirkung aktuellen Handelns ... Betroffenheit und Interessenorientierung, Handeln der Arbeitenden und Reaktionen der Betriebsleitung sind analytische Aspekte des Prozesses der Arbeitskraftnutzung, die mit den objektiven Aspekten der Situation in mehrschichtigen Beziehungen stehen.« (158) Im Ergebnis der Analyse wird berufliche Arbeitsteilung damit zu einem gesellschaftlich-politischen Prozeß, »in den vielfältige Interessen und Strategien eingehen und in dem von benennbaren Akteuren Berufe 'gemacht', 'konstruiert' werden.« (42)

Berufe sind aber für die Autoren nicht nur gesellschaftliche »Konstrukte«, damit historisch variable und von gesellschaftlichen Macht- und Interessenlagen abhängige »Kompetenzschneidungen«, sie sind für sie ein bestimmender Faktor gesellschaftlicher Ungleichheit. Die berufliche Organisation von Arbeit wirkt sich demzufolge äußerst nachteilig sowohl auf die Funktionsmechanismen des Beschäftigungs-, wie die des Bildungssystems aus: Den »Arbeitsinhalten (ist) unter Berufsbedingungen ein grundlegendes Ungleichgewicht in den Verfügungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten eingelassen« (261), der Beruf ist »das sinnfällige Medium der 'Verdinglichung' der Sozialbeziehungen unter Warentauschbedingungen« (217). Die »Rigiditäten« des beruflich orientierten Bildungssystems führen zur »Existenz von Arbeitsmarktungleichgewichten« (100), das Prinzip einer »Lernobergrenze« ist den Berufen »strukturell eingebaut« (224). — Bei der Lektüre vieler Passagen des Buches gewinnt der Leser den Eindruck, daß hier alle systemisch bedingten Asymmetrien und Ungleichgewichte einer kapitalistischen Marktökonomie der »Berufskonstruktion« angelastet werden sollen. Was in vielen industriesoziologischen Untersuchungen als negative Folgeerscheinungen gesellschaftlich verallgemeinerter Lohnarbeit analysiert wird, kritisieren Beck, Brater und Daheim als notwendige Konsequenz der beruflichen Organisation von Arbeit. Anhand der traditionell privilegierten, »professionalisierten« Berufe (wie Ärzte und Rechtsanwälte) wird immer wieder auf die negativen Folgen von »Berufsschneidungen« hingewiesen. Kritisiert wird dann aber nicht die unterschiedliche Konstruktion von (akademischen) Professionen und Berufen, die auf einer betrieblichen Lehre basieren, vielmehr wird die Abschaffung der Berufe überhaupt gefordert. Die Autoren vermerken zwar selbst: »Die Institutionalisierung von Berufen und beruflichen Teilarbeitsmärkten bedeutet also für den Arbeitenden eine gewisse ... 'Bedarfsgarantie' für das entwickelte Arbeitsvermögen« (76), hieraus ziehen sie jedoch keine strategischen Konsequenzen.

Die Abschaffung der beruflichen Organisationsform des Arbeitsvermögens, so die These vieler Industriesoziologen (u.a. B. Lutz), würde die unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise immer schon vorhandenen Polarisierungstendenzen verschärfen und einer kleinen Schicht Hochqualifizierter eine große Mehrzahl Ungelernter gegenüberstellen. Das Konzept der »Entberuflichung« von Beck, Brater und Daheim zielt zwar auch auf die Berufe mit akademischer Vorbildung, vor allem auf die »professions« im angelsächsischen Sinne, die Ergebnisse der in den 70er Jahren geleisteten Arbeitskräfteforschung (sowohl des ISF München wie des SOFI Göttingen) lassen jedoch

befürchten, daß vor allem der Bereich der mittleren Qualifikationen (zwischen den Hochschulabsolventen und den Ungelernten) einer Entberuflichungsstrategie zum Opfer fallen würde.

Michael Bochow (Berlin/West)

Schäuble, Gerhard: *Die Humanisierung der Industriearbeit*. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1979 (303 S., br., 38,— DM)

Selbst nach langjährigen Erfahrungen mit dem Programm »Humanisierung der Arbeit« (HdA) besteht immer noch ein Mangel an Untersuchungen, die die in diesem Rahmen abgelaufenen staatlich unterstützten betrieblichen Innovationsprozesse auf den Realisierungsgrad der in der Förderkonzeption entwickelten Vorgaben sowie auf die Bestimmungsfaktoren des konkreten Verlaufs der Innovation in einem vielfältigen Kräfte- und Interessenfeld hin durchleuchten. Neben einer solchen empirisch fundierten Bestimmung von Tätigkeitsgrenzen und Spielräumen angesichts veränderter gesamtwirtschaftlicher, gewerkschaftspolitischer und strukturpolitischer Ausgangsbedingungen wären insbesondere die kumulierten Beschäftigungs- und Qualifizierungswirkungen einer vorläufigen Abschätzung zu unterziehen. Demgegenüber herrscht wohl kein Mangel mehr an bloß programmatischer oder normativer Literatur zum HdA-Problem. Auch eine Prozeßevaluation, die sich ausschließlich auf Veränderungen im Bereich Arbeitszufriedenheit und Autonomie gründet, wird wenig über eventuelle beschäftigungs- und berufsbildungspolitische Alternativen oder Begleitstrategien zum HdA-Programm aussagen können. (So stellt sich der auf der Betriebsebene operierenden sozialwissenschaftlichen Begleitforschung kaum noch das Problem, ob eine überbetriebliche Ausbildung unter dem Aspekt der Risikominderung nicht einer hochgradig betriebs- oder funktionsbereichsspezifischen Qualifizierung von Belegschaftsteilen im Rahmen der mit der HdA verknüpften arbeitsorganisatorischen Veränderungen vorzuziehen sei.)

Die vorliegende Arbeit ist, soweit sie nicht empirische Untersuchungen referiert, zu dem weitgehend programmatisch bleibenden, um die Ableitung von Veränderungsspielräumen und -chancen bemühten Strang von HdA-Literatur zu rechnen. Die Bestimmung dessen, was menschenwürdige Arbeit ausmacht, wird phylogenetisch, klassen- und entfremdungstheoretisch (Kopf- und Handarbeit), pädagogisch und von einem »ganzheitlichen Menschenbild« (43) ausgehend vorgenommen. Daraus vermag der Autor jedoch keine handhabbaren Kriterien zur Evaluation konkreter HdA-Projekte zu gewinnen. Die Darstellung aktueller Veränderungen der Betriebsorganisation (participative management, flexible Einzelarbeitsplätze usw.) liefert noch keine Hinweise darauf, unter welchen Bedingungen diese für eine Strategie gezielter Veränderungen der Fertigungsstruktur in von Stückzahl- und Tonnenmentalität gekennzeichneten Branchen nutzbar gemacht werden können, wo sich eine Produktivitätssteigerung durch HdA zumindest nicht unmittelbar ergibt. Der Nachweis, daß immer mehr Betriebe flexible Fertigungsinseln benötigen, sagt wenig aus über die strategischen Möglichkeiten einer Humanisierungspolitik, wenn nicht Dequalifizierung und Arbeitsplatzabbau außerhalb der Humanisierungsprojekte ebenfalls thematisiert werden.

Die Studie ist brauchbar dort, wo die in der Literatur dargestellten Implikationen unterschiedlicher Systeme innerbetrieblicher Arbeitsteilung und die verschiedenen Konzeptionen und Positionen zum Humanisierungsprogramm sowie der gewerkschaftlichen Humanisierungspolitik referiert werden (Vilmar, Fricke, Mendner usw.). Chancen zur Überleitung arbeitsorganisatorischer Alternativen in eine weiterführende Konzeption betrieblicher Demokratisierung sieht der Autor vor allem in Frickes Strategie zur »Verwirklichung der beruflichen Autonomie in der Arbeit« (12), die nur vor dem Hintergrund eines »gesamtwirtschaftlichen Konzepts« vorstellbar sei. Dieser Anspruch, die »geschichtlich gewordenen Handlungsmöglichkeiten« (9) der in der Humanisierungs-

kampagne wirksamen Kräfte aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu bestimmen, wird nirgends konkret eingelöst. So fließen an keiner Stelle die gewerkschaftlichen Krisenerfahrungen der letzten Jahre in die Überlegungen ein; entgegen dem gesamtgesellschaftlichen Analyse-Anspruch werden auch die Verknüpfungen zwischen dem Humanisierungsprogramm und der staatlichen Struktur- und Technologiepolitik ausgespart. Es bleibt der Anspruch, den »fremdgesetzten ... Schein« (12) des kooperativen Arbeitsprozesses auf betrieblicher Ebene und durch Erwachsenenbildung aufzuheben.

Hans-Jürgen Weißbach (Dortmund)

Katterle, Siegfried, und Karl Krahn (Hrsg.): *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*. Mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter. Bund-Verlag, Köln 1980 (335 S., br., 24,80 DM)

Der Band ist im Zusammenhang eines vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderten Forschungsprojekts entstanden: Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung.

Aufgabe des Projekts war es, zu untersuchen, wie Arbeitnehmerinteressen bei der Planung und Durchführung von Forschungsvorhaben und bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen stärker als bisher berücksichtigt werden können. Das Projekt wurde in gemeinsamer Initiative von Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Forschungspolitikern erarbeitet und hat in der Bundesrepublik, insbesondere im Ruhrgebiet, die Diskussion zur arbeitnehmerorientierten Forschung stark beeinflusst und sicherlich in der realen Auseinandersetzung um die Bestimmung von Arbeitnehmerinteressen und von Kooperation zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften mehr Lernprozesse in Gang gesetzt, als sich in dieser Publikation niederschlagen. Die Veröffentlichung trägt die Züge einer konfliktvermeidenden oder -verdeckenden Sprachregelung. Sie versucht, möglichst vielen Interesseninterpretationen 'gerecht zu werden', so daß Peter Glotz in einem Tagungsbeitrag sich mit einigem Recht darauf berufen kann, daß es keine inhaltliche Bestimmung von arbeitnehmer-orientierter Forschung gäbe, sondern für sie in ausgeprägter Weise die allgemeinen Kriterien Anwendung fänden wie: Schaffung von Transparenz über die Trends der ökonomischen und sozialen Entwicklung, Herstellung von Kommunikation darüber in den Gewerkschaften und insbesondere das Bemühen um eine größere Verständlichkeit. Zur Kooperation und Demokratisierung von Forschungsprozessen wird von ihm empfohlen: Nicht Parität sei herzustellen, wohl aber mehr Beteiligung von Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretungen. Ganz besonders wichtig sei die Integration des sozialen und wirtschaftlichen Potentials in die Arbeit des Technikers und die Folgenabschätzung der technik- und ingenieurwissenschaftlichen Forschung.

Die Mitarbeiter des Projekts haben demgegenüber in Kenntnis der konkreten Kooperationsbedingungen und forschungspolitischen Strategien der Bundesregierung die methodologischen Prinzipien einer alternativen, arbeitnehmerorientierten Wissenschaft formuliert. Dies sind *Interessenbezug*, wie er sich in konkreten Handlungszusammenhängen und konfliktfähigen Strategien herausbildet, *Praxisbezug* insbesondere unter dem Aspekt der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen, und *Kooperation*, die in der systematischen Einbindung in die Willensbildungsprozesse der Gewerkschaften besteht. Diese Kriterien sollen nicht nur für die Vermittlungsprozesse erforschter Erkenntnisse gelten, sondern auch schon für die Formulierung von Forschungsfragen und für die Durchführung von Forschung. Hierbei kommen aber mehr Ansprüche als bereits konkret realisierte Erfahrungen zur Sprache. Bei der Darstellung der Kooperationseinrichtungen zwischen Gewerkschaften und Hochschulen wird die schmale personelle und sachliche Basis deutlich, die trotz offizieller Erklärungen die jeweiligen Kooperationseinrichtungen an den Hochschulen haben. Deutlich wird an den verschiedenen

Beiträgen in diesem Band auch, daß, angesichts enger werdender Verteilungsspielräume, die Gewerkschaften und eine arbeitnehmerorientierte Forschungspolitik Konzeptionen einer alternativen Wirtschaftspolitik im Sinne einer Vollbeschäftigung und eine Steuerung der Forschungspolitik als Flankenschutz für ihre Tarifpolitik benötigen. Die Wissenschaftler müssen in einer kooperativen Forschung ihren Führungsanspruch aufgeben und eine Kritik an der Arbeitsteilung praktizieren, wie sie bisher allenfalls für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit formuliert wurde. Eine starke gewerkschaftliche Präsenz an den Hochschulen ist dafür eine notwendige Bedingung, aber für die Einzelnen ein harter Weg, weil nicht nur die Karrierebedingungen für dissidente Wissenschaftler ungünstig sind, sondern auch für die Gewerkschafter Kooperation zunächst Mehrarbeit bedeutet. Leider ist in dem Band der Forschungsantrag nicht mitabgedruckt. Es fehlt auch ein Bericht über die Arbeitsbedingungen im Projekt selbst, also eine Überprüfung der formulierten Ansprüche in der eigenen Arbeit. Das Buch wird hoffentlich eine Signalwirkung haben. Es fordert Weiterarbeit und kooperatives Nachdenken heraus.

Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

Lück, Helmut E. (Hrsg.): Sozialforschung durch Bürgerinitiativen. Am Beispiel Stadtplanung Leverkusen. Leske Verlag, Opladen 1979 (96 S., br., 9,80 DM)

*Zu diesem Buch gingen zwei Besprechungen ein. Sie kommen — begründet — zu beinahe entgegengesetzten Einschätzungen. Das verweist auf Probleme in der verhandelten Sache: dem Zusammenhang von Politik und empirischer Sozialforschung. Als zwei Positionen in dieser Diskussion veröffentlichen wir beide Rezensionen.*

*Die Redaktion*

Die Bürgerinitiative für ein wohnliches Wiesdorf setzte sich gegen die Ausdehnung des Gewerbegebietes der Firma Bayer-Leverkusen und zugunsten der Beibehaltung und Ausdehnung einer Grün- und Erholungsfläche ein. Um dem Vorwurf der Parteilichkeit und der Wahrnehmung von Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit — insbesondere der Bereitstellung von Arbeitsplätzen — zu entgehen, wandte sich die Bürgerinitiative an einen Wissenschaftler um Hilfe. Der belehrte sie mit seinen Koautoren über die verschiedenen Auswahlverfahren von Stichproben und die Entwicklung standardisierter Fragen. Für die Durchführung einer Befragung wurden 20 Laieninterviewer geschult, die Ergebnisse nach einem Programm von SPSS über EDV ausgewertet und der Presse mitgeteilt.

Ergebnis der Befragung: Die Bürgerinitiative für ein wohnliches Wiesdorf wird von der Mehrheit der Leverkusener Bevölkerung unterstützt. Die Mitteilung an die Presse in einer Pressekonferenz hatte allerdings mitnichten den erwarteten Effekt, nämlich die Argumente und das Handeln der Kommunalpolitiker und der anderen Interessenpartei zu beeinflussen — im Gegenteil, sie blieben ihrerseits 'tendentios'.

Wem nützt daher eine solche 'objektive', methodisch traditionelle und 'unpolitische' Sozialforschung? Das hier dargestellte Beispiel nützt dem Wissenschaftler, insbesondere dem Herausgeber. Das Buch ist letztlich auch im Aufbau, in der Sprache und in der politischen Relevanz für die Wissenschaftler als Bezugsgruppe geschrieben, nicht dagegen für diese oder andere Bürgerinitiativen. Wäre dies der Fall gewesen, wäre auch ein anderes Verständnis und ein anderes methodisches Vorgehen gewählt worden: eine engagierte und parteiliche Sozialforschung durch Bürgerinitiativen, die ihre Interessen authentisch aufnimmt und methodisch mit Gesprächen, durch Unterstützung von Aktionen und durch Kulturarbeit vorgeht. Sozialforschung bleibt hier eng und quantitativ begrenzt: Mehrheitsmeinungen und Einstellungen in der Bevölkerung sind nicht das einzige Kriterium für ernstzunehmende Beteiligung der Bürger am Planungsverhalten der Politiker und die dargestellten Methoden der repräsentativen Meinungsbefragung machen die Bürger auch nicht kompetenter, Planungen selber durchzuführen.

Die Hierarchie zwischen Experten und Laien, zwischen Wissenschaftler — Politiker — und einfacher Bevölkerung bleibt erhalten.

Und dies ist kritisch gegen dieses und ähnliches Vorgehen zu wenden: Die Sozialwissenschaftler benutzen die Bürgerinitiativen für eigene Forschungsinteressen oder zur Profilierung auf einem 'neuen' sozialen Feld. Die Betroffenen und die Laienhelfer werden oder bleiben Marionetten unter der Leitung des Wissenschaftlers. Einen Forscher mit einer im Grunde ablehnenden politischen Haltung gegenüber den Bürgerinitiativen und den Menschen sollte die Bürgerinitiative ganz schnell vor die Tür setzen. So etwas wirkt nach unseren Erfahrungen außerordentlich zerstörend, weil ein Teil der Betroffenen wissenschaftshörig wird und von den viel wichtigeren politischen Aktionen abgelenkt wird. Im Ruhrgebiet wurden hierzu bei Zechenhausinitiativen Erfahrungen gesammelt.

Iris Büchenschütz, Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

• • •

Hier wird beschrieben, wie eine Bürgerinitiative in Leverkusen eine Repräsentativumfrage durchführte, um der Stadt mitteilen zu können, was ihre Bürger lieber auf der Rheinwiese bei Wiesdorf hätten: eine Grünanlage zur Bürgernaherholung oder einen Containerhafen für den Bayer-Konzern. Das Ergebnis: die meisten Bürger wollen lieber eine Grünanlage.

Die Lektüre dieses meist flüssig geschriebenen Büchleins lohnt sich auch außerhalb Leverkusens: sind hier doch klassische Probleme der empirischen Sozialforschung aufgetaucht, redlich bearbeitet worden und in ihren Auswirkungen erläutert. Der Stil ist oft eher journalistisch oder gar pseudowissenschaftlich (so bei den Venn-Diagrammen und deren Unterschriften ab S. 71: »Freierwerdende Energie hilft zur Problemlösung«, oder auf S. 60: »Das Interesse ... ist groß im Vergleich zu anderen ... Lokalproblemen«; das Interesse an anderen Lokalproblemen wurde aber gar nicht gemessen). Diese Mängel bei sonst exakter methodischer Vorgehensweise lassen aber nicht das Interesse am Weiterlesen erlahmen.

Der Herausgeber und Mitautor bezieht sich ausdrücklich auf seinen der Arbeit zugrundegelegten wissenschaftstheoretischen Ansatz des kritischen Rationalismus. Für ihn bedeutet dies exaktes Arbeiten mit dem »Risiko der Enttäuschung« (89). Reflexionen und Theorien über den Zusammenhang zwischen allgemeinem Bewußtsein, Meinungen und schließlich einer verbalisierten Meinung sparen sein Ansatz und er aus, und so kann er sich am Schluß nur wundern: Es waren »mir selbst als wissenschaftlichem Betreuer der Umfrage die Ergebnisse fast zu eindeutig ...« (89).

Im gegebenen praktischen und gewählten theoretischen Rahmen wurden die Möglichkeiten der empirischen Sozialforschung ausgeschöpft. Dies schließt ein: differenzierte methodenimmanente Überlegungen z.B. zur Frageformulierung; die Zusammenarbeit mehrerer Mitarbeiter mit unterschiedlichem wissenschaftlichen Qualifikationsniveau auf gleichberechtigter Ebene; und schließlich die Einbettung der Untersuchung in ihren gesellschaftlich-politischen Kontext, die Darstellung ihrer Wirkung in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Ich hege Sympathie für die Autoren; sie haben empirische Sozialforschung geradezu schulmäßig sorgfältig durchgeführt, verständlich dargestellt und damit das getan, wofür empirische Sozialforschung eigentlich da ist. Und hierbei zeigt sich eben: Die methodische Sorgfalt muß im gesellschaftstheoretisch abstinenten Rahmen des kritischen Rationalismus gleichsam verpuffen. Dabei ist der kritische Rationalismus offenbar nur die theoretische Widerspiegelung der tatsächlichen »Wertfreiheit« der Meinung der befragten Bevölkerung. Was soll die Akribie bei der Frageformulierung, wenn die Befragten nur eine differenzierte Meinung äußern dürfen, aber von der wirklichen Teilnahme an gesellschaftlichen Planungsprozessen weitgehend gesperrt sind? Die Autoren zei-

gen sich enttäuscht über die offenbar von anderen Interessen geleitete Darstellung ihrer Ergebnisse in der Presse. Wie stark kann Sozialforschung als Waffe in einem politischen Konflikt überhaupt sein?

Diese und noch mehr wichtige Fragen ergeben sich aus der Lektüre des Büchleins, sie werden keineswegs von den Autoren bereits beantwortet vorgelegt. Deshalb halte ich es für hervorragend geeignet zum Studium einiger Methoden und fast aller Probleme der empirischen Sozialforschung.

Ursula Koch (Emden)

## Erziehungswissenschaft

Nevermann, Knut, und Ingo Richter (Hrsg.): *Verfassung und Verwaltung der Schule. Eine Auswahl rechts- und sozialwissenschaftlicher Beiträge.* Klett-Cotta, Stuttgart 1979 (435 S., br., 124,— DM)

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert, die zwei unterschiedliche Herangehensweisen an den Gegenstand 'Bildungsverwaltung' aufzuzeigen suchen: die sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise der 'Schule im politisch-administrativen System' (Teil I) und die verfassungsrechtliche Perspektive, die das Bildungsrecht im Rahmen der Rechtswissenschaft thematisiert (Teil II).

Was die sozialwissenschaftliche Perspektive auf die Bildungsverwaltung betrifft, so gehen die Herausgeber davon aus, daß man weder von einem definierten Gegenstandsbereich noch von einem empirisch gesicherten Wissensbestand oder bestehenden Erkenntnisinteressen und Theorietraditionen ausgehen kann (21). Sie bemühen sich daher in der Auswahl der Beiträge, verschiedene Annäherungsversuche an den Gegenstand 'Bildungsverwaltung' aufzuzeigen. Die ersten drei Artikel dienen zudem dazu, den Einfluß der jeweiligen Organisation des Schulwesens auf die Entwicklung von Forschungsansätzen zu demonstrieren. Vor dem Hintergrund des staatlichen Schulwesens der BRD steht der staatstheoretische Beitrag E.R. Hubers 'Zur Problematik des Kulturstaates', der in der objektiv-idealistischen Dialektik von Kultur und Staat eine Auflösung ihres im Zeichen des Liberalismus gedachten Gegensatzes anstrebt. Demgegenüber legt S.P. Hencley in seinem Artikel 'Politik und Macht im kommunalen Bereich' die Kontroverse im Bereich der Community-Power-Forschung dar, die vor dem Hintergrund der lokalen Schultradition der USA stattfindet: kontrovers sind die Theorien einer monolithischen Machtstruktur (repräsentiert durch eine ökonomische Elite) und die Ansätze eines pluralistischen Einflußkonzepts, die Machtausübung in der Bildungsverwaltung eher empirisch-zufällig bestimmen wollen. Das beiden Ansätzen zugrundeliegende Verständnis drückt F.M. Wirt in seiner Bestimmung der 'Schule in den USA als politisches System' aus, wenn er die Schulverwaltungen als »politische Miniatursysteme« (105) zu fassen versucht.

Ein zweiter Block vereinigt organisationstheoretische Beiträge. T. Parsons ('Elemente einer allgemeinen Theorie sozialer Organisation') versucht, durch eine Unterscheidung von technischer (Ausführungs-)Ebene, Management und (repräsentierender) institutioneller Ebene sowie durch eine Bestimmung ihrer Verbindungspunkte in Entscheidungsprozessen eine relative Unabhängigkeit dieser drei Ebenen zu belegen, um die These einer kontinuierlich-linearen Befehlsgewalt in Bürokratien zu widerlegen (161). Mit ähnlichem Anliegen referiert P. Fürstenau 'Neuere Entwicklungen der Bürokratieforschung und das Schulwesen', wobei er zu begründen sucht, daß sich die Schulverwaltung dem (idealtypisch der Weber'schen Position gegenübergestellten) Human-Relations-Modell öffnen sollte, das eine Verschiebung von Entscheidungs- und Verantwortungskompetenzen auf untere Ebenen (Lehrer) und damit eine Professionalisierung unterer Funktionsträger bedingen sollte. Während E. Hoyle ('Organisationstheorie

und Bildungsverwaltung') eine wertfreie und multidisziplinäre Theoriebildung fordert, versucht P. Burnham dies über die Verbindung von 'Rollentheorie und Bildungsverwaltung' anzugehen.

In einem dritten Abschnitt werden zwei marxistische Ansätze vorgestellt: E. Altvaers und F. Huiskens 'Programmatische Aspekte einer politischen Ökonomie des Ausbildungssektors' versuchen der Frage nachzugehen, welche Auswirkungen die steigenden Qualifikationskosten der Arbeitskraft auf den Kapitalverwertungsprozeß haben. C. Offe geht demgegenüber davon aus, daß bezogen auf die Qualifikation der Ware Arbeitskraft eine 'Unterdetermination' des Bildungssystems durch das Beschäftigungssystem besteht; das Bildungssystem reagiere primär auf legitimatorische Strukturprobleme.

Die verfassungsrechtlichen Beiträge (Teil II) beschäftigen sich zunächst mit der staatlichen Schulaufsicht. H.-U. Evers ('Verwaltung und Schule') weist daraufhin, daß die staatliche Schulhoheit eine Vielfalt inhaltlicher Bildungsziele offenlasse und durch das Elternrecht, das Recht der persönlichen Freiheit und der Schulwahl beschränkt werde. A.v. Camphausen ('Die staatliche Schulaufsicht') betont demgegenüber, daß der Staat mit den Lehrplänen auch Ziele vorgebe. W. Geiger versucht eine rechtliche Begründung von Privatschulen über das Minderheitenrecht (295). T. Oppermann ('Zum Rechtsstaatgebot'), der für eine Entwicklung des Schulrechts in parlamentarischer Öffentlichkeit plädiert, weist auf den Sachverhalt der allmählichen Öffnung des 'besonderen Gewaltverhältnisses' Lehrer-Schüler für rechtliche Normierungen hin. Mit dem Verhältnis staatlicher Schulaufsicht zur kommunalen Selbstverwaltung beschäftigt sich W. Perschel ('Staatliche Schulaufsicht und kommunale Selbstverwaltung nach dem Grundgesetz'), der ein Mitspracherecht der Kommunen bei Fragen der Fach- und Dienstaufsicht der Lehrer befürwortet. Weitere Schwerpunkte bilden 'Die Kirchen unter dem Grundgesetz' (A. Hollersbach), das 'Elternrecht' (I. Richter) sowie 'Die Lehrerfreiheit des Lehrers', die W. Perschel analog zur universitären Lehrerfreiheit (Artikel 5 Absatz 3 GG) zu begründen versucht. K.-D. Heymann und E. Stein versuchen, 'Das Recht auf Bildung', welches im Grundgesetz nicht verankert ist, über andere Verfassungsgebote zu legitimieren.

Vermag das Buch auch in die Fülle und Heterogenität der verschiedenen Ansätze zur Problematik der Bildungsverwaltung einzuführen, so muß man sich allerdings fragen, ob der Preis des Buches in einem angemessenen Verhältnis zu seinem Gebrauchswert steht, der sich weitgehend in einer Übersicht über (vor allem, was den sozialwissenschaftlichen Teil angeht) die Spezifizierung gängiger Theoriekonzepte auf den Bereich der Bildungsverwaltung ausdrückt.

Alfred Schäfer (Köln)

**Hopf, Christel, Knut Nevermann und Ingo Richter: Schulaufsicht und Schule. Eine empirische Analyse der administrativen Bedingungen schulischer Erziehung (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung). Klett-Cotta, Stuttgart 1980 (428 S., Ln., 72,— DM)**

Das zentrale Anliegen der Autoren besteht im Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses von Bürokratie und Pädagogik: Nicht eine abstrakte Gegenüberstellung von bürokratischer Verwaltung und pädagogischer Freiheit sei als Ausgangspunkt zu nehmen, sondern man müsse davon ausgehen, daß sich auf bürokratischem Wege gesellschaftliche Anforderungen als pädagogische durchsetzen (12). In der Beurteilung des Lehrers durch den Schulrat, die sich heute weigend auf pädagogisch-methodische Probleme bezieht (im Gegensatz zu der früher gebräuchlichen fachspezifischen Lernkontrolle), werden dem betreffenden Lehrer inhaltliche Normen adäquaten pädagogischen Handelns vermittelt. Es sind dies Normen, die weit über rechtliche und unterrichtsorganisatorische Fragen hinaus in den Bereich 'pädagogischer Freiheit und Verant-



wortung' hineinreichen. Eine 'Sensibilisierung' der Lehrer zur Aufnahme dieser Normvorstellungen wird durch die Beurteilungssituation bewirkt: nahezu alle Unterrichtsbesuche von Schulräten haben mit der Begründung von Auswahlentscheidungen zu tun (108): Probezeitbesuche, Beförderungsbesuche, Besuche aus besonderen Anlässen (Versetzung, Beurlaubung, Elternbeschwerden). Selbst die Auswahl der Schulräte erfolgt meist auf diesem Wege (326ff.).

Die Kompetenz zur Begründung von Auswahlentscheidungen weist auf die Kontroll- und Herrschaftsfunktion der Schulräte hin, die normsetzend auch dann wirkt, wenn dies nicht beabsichtigt ist (wie etwa bei den gefürchteten unangemeldeten Unterrichtsbesuchen) oder wenn die Nachbesprechung etwa vom Schulrat als kollegiale Beratung verstanden wird. Daß sich eben diese Kontrollfunktion nicht ungebrochen durchsetzt, was die Gegenüberstellung von bürokratischer Kontrolle und pädagogischer Freiheit suggeriert, versuchen die Autoren durch eine empirische Untersuchung in strukturell gegensätzlichen Regionen (Berlin, Südwürttemberg) zu belegen. Mit qualitativen Methoden werden die Äußerungen von 94 Schulräten daraufhin untersucht, in welcher Form sich die Herrschaftsbeziehung Schulaufsicht — Lehrer in ihnen niederschlägt (14). Anhand dieser Äußerungen versuchen die Autoren nachzuweisen, daß pädagogische Beratung und kontrollierende Aufsicht kaum unabhängig voneinander betrachtet werden können. So geraten — auch wenn die Mehrzahl der Schulräte ihre primäre Aufgabe in der Beratung des Lehrers sieht (115) — Beratungsgespräche aufgrund der Abhängigkeit des Lehrers vom Schulrat (als weisungsberechtigtem Vorgesetztem) zur normierenden Kontrolle dessen, was als pädagogisch adäquat anzusehen ist. Dies wird auch durch Beratungsideologien wie die des 'demokratischen Führungsstils' oder des 'kollegialen Verhältnisses' nicht aufgehoben. Der normierend-kontrollierenden Funktion der Beratung durch den Schulrat kann der Lehrer sich auch kaum durch den Hinweis auf die fragwürdige Geltung der Unterrichtsbeobachtung entziehen (Kap. 5).

Das bemerkenswerteste Ergebnis dürfte jedoch in folgender 'Dialektik der Aufklärung' bestehen: die früher im Vordergrund der Beurteilung stehenden Unterrichtsrituale sowie die inhaltliche Erfolgskontrolle durch Abfragen von Schülerwissen wird zunehmend ersetzt durch eine am Konzept 'sozialintegrativen Unterrichts' orientierte Beobachtung des pädagogischen Geschehens — eine pädagogische Orientierung der Bürokratie, die gerade aufgrund ihres pädagogischen Charakters in den 'pädagogischen Freiraum' des Lehrers eingreift und diesen einschränkt (240).

Was die politische Kontrolle des Lehrers angeht, so treten die Schulräte nach dieser Untersuchung eher als Wächter eines allgemeinen (konservativen) Konsensus auf (311); weniger die Parteizugehörigkeit ist wichtig als ein grundsätzlicher Konservatismus (349), der das Pluralismus- und Identifikationsgebot mit der Verfassung eher pragmatisch handhabt — ähnlich den Eltern auf bestimmte Reizmuster reagiert ('laissez-faire-Methoden', Sexualität, Systemvergleich, Sozialkritik usw.). Eine grundständige Loyalität ist neben 'pädagogischer Bewährung' und der Profilierung bei der Schulaufsichtsbehörde wesentlich für eine mögliche Beförderung zum Schulrat (372).

Wenn die Autoren von einem Doppelcharakter der (erst am Anfang stehenden) Bürokratisierung des Schulwesens sprechen, womit sie die gleichzeitige 'Verfachlichung' und Formalisierung der Arbeitsabläufe meinen (405), so wird noch einmal das Anliegen deutlich, gegen die gängige abstrakte Gegenüberstellung von Bürokratie und Pädagogik einen über die Rekonstruktion bürokratischer Praxis vermittelten Zugang zum Problem der Kontrolle 'pädagogischer Freiheit' zu suchen. Dieser Zugang sollte nicht nur fruchtbar für die Diskussion dieses Verhältnisses sein: er wirft zugleich die Frage nach der Funktion pädagogischer Theorien auf, die hier neben der Legitimation pädagogischer Handlungen zugleich die Funktion der Legitimation einer Kontrolle dieser Handlungen übernehmen, wobei die fehlende intersubjektive Vergleichbarkeit der

Unterrichtsbeobachtungen darauf hindeutet, daß man über die Geltung dieser Theorien durchaus verschiedener Ansicht sein kann. Alfred Schäfer (Köln)

**Lüers, Ulf: Jugendarbeit im Zugriff von Verwaltung und Politik. Handlungsspielräume in der außerschulischen Jugendbildung am Beispiel der hessischen Jugendbürokratie.** Verlag Jugend & Politik, Frankfurt/M. 1979 (290 S., br., 22,— DM)

Vom staatlichen Zugriff von institutionellen Zwängen in den Bereichen der Sozialarbeit, besonders innerhalb der Jugendarbeit, ist in der letzten Zeit viel gesprochen worden. In der Tat schließen Jugendclubs, verschwinden Jugendprojekte, werden selbstverwaltete Jugendzentren der Verwaltung der Kommune unterstellt. In diesem Buch von Ulf Lüers wird indessen nicht nur die Entwicklung der Jugendpolitik aufgezeigt, sondern auf Handlungsspielräume hingewiesen, die sich nicht aus irgendwelchen pädagogischen Nischen ergeben. Es geht dem Autor um den Doppelcharakter der Jugendpolitik; daß sich solche Spielräume gleichsam parallel zu den staatlichen Zugriffen entwickeln. Unter Bezug auf Offe und Preuss, daß es eine Dialektik gebe zwischen den Strukturen des Systems und den in ihm agierenden Interessen, wird versucht, politisch-administrative Handlungsabläufe einzuschätzen und damit durchschaubar zu machen.

Dargestellt und ausführlich beschrieben werden: Das politische Verständnis von Theorie und Praxis; der Prozeß jugendpolitischer Entscheidungen; administrative, parlamentarische und verbändliche Gestaltung der Jugendpolitik.

Diese vier detaillierten Kapitel sind nicht eben einfach zu lesen. Die Darstellung der Hessischen Jugendpolitik nach 1945 z.B. mit Gesetzesentwürfen, Gesetzesänderungen beispielsweise erfordert schon sehr konzentriertes Mitdenken, wenn man wirklich begreifen will, welche wirtschaftlichen Interessen und kommunalen Machtbestrebungen sich dahinter verbergen. — Die Folgen innerverbandlicher Spannungen (bei Verbänden) werden sehr plastisch am Beispiel Naturfreundejugend und Bund Deutscher Pfadfinder veranschaulicht. Hier wird deutlich, wie sich solche innerverbandliche Spannungen auf die institutionellen Bedingungen der Jugendarbeit auswirken und wie sich das politisch administrative System dazu verhält. Die Widersprüchlichkeit zwischen Zugriff und Spielräumen wird evident.

Es macht den Wert dieses Buches aus, daß Ulf Lüers nicht nur Thesen aufstellt, Bedingungen analysiert, sondern auch sorgfältig empirisch arbeitet. Er verweist nicht nur immer auf Quellentexte; zum Anhang des Buches gehört auch eine ausführliche Dokumentation; sondern — und das ist wohl neu in der Literatur über Jugendpolitik — er führte auch ausführliche Befragungen mit Politikern, Vertretern der Ministerialbürokratie (Kultus- und Sozialministerium), Vorstandsmitgliedern des Hessischen Jugendrings und Mitarbeitern der Jugendpflege durch. M.E. ist die Kenntnis um den Zusammenhang von ökonomischen Bedingungen im Spätkapitalismus und den Einflußmöglichkeiten des politisch-ökonomischen Systems ein wirksamer »Schutz« gegen sich immer weiter breitmachende Resignationstendenzen in der Sozialarbeit.

Johanna Gottschalk-Scheibenpflug (Frankfurt/M.)

**Jaide, Walter, und Detlef Hinz: Jugendliche im Bildungsurlaub. Eine empirische Studie in sozialpädagogischen Instituten des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland.** Klett-Cotta, Stuttgart 1979 (79 S., br., 12,— DM)

Ungefähr 43% aller Veranstaltungen zum Bildungsurlaub werden von kirchlichen Organisationen getragen, von denen einige — darunter das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) — sich 1957 zur Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung zusammenschlossen. Gegenstand der Studie sind (meist) einwöchige Kurse der Sozialpädagogischen Institute des CJD, an denen Auszubildende im Rahmen des Bildungsurlaubs teilnahmen.

Die Untersuchung zielt darauf ab, »die Meinungen der Jugendlichen über das Kursgeschehen« (14f.) und Wirkungen der Kurse »auf die Persönlichkeit der Teilnehmer« auf der Ebene der persönlichen Selbsteinschätzung (29ff.) zu erfassen. Darüber hinaus ging es darum, den Interessenhorizont und den Meinungsraum der Jugendlichen in persönlichen, sozialen, beruflichen, politischen Fragen auszuleuchten (35ff.). Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß die Teilnehmer insgesamt ein »ziemlich einhellig positives Bild« (14) von Themenauswahl, Kursgestaltung sowie den Arbeits- und Kommunikationsformen gewonnen haben. Die Kursteilnahme hat sie, wie sie meinen, in Optimismus und Zuversicht bestärkt, ihnen bessere Interaktionsmöglichkeiten erschlossen, sie in jeder Weise ermutigt und stabilisiert.

Bei den Interessenprioritäten standen eindeutig psychologische Fragen »im weitesten Sinne als Hilfe zum Verstehen der eigenen Person und der Mitmenschen und für deren Kooperation« (45) im Vordergrund, während »politische Fragen i. e. S., die das Gesamtsystem unserer Demokratie betreffen«, am Ende der Interessenrangskala rangierten. Dabei ergab sich bei der Beurteilung unseres politischen Systems und des Wirtschaftssystems eine hohe Konsistenz von Zufriedenheit bzw. Zustimmung, gekoppelt mit Zuversicht bezüglich der subjektiven Lebensstrategien. Nun mögen diese Ergebnisse auf den ersten Blick Erstaunen auslösen, weichen sie doch erheblich von dem sonst gezeichneten Bild der heutigen Jugend ab. Der Titel »Jugendliche im Bildungsurlaub« ist insofern auch irreführend, zeigen die Autoren doch selbst, daß die der Untersuchung zugrunde liegenden Jugendlichen keinesfalls repräsentativ für *die* BRD-Jugend stehen können. Ganz überwiegend handelt es sich um Auszubildende, doch auch »von einer universellen, für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Lehrlingsstichprobe« (11) kann keine Rede sein: Die Daten stehen lediglich »für die 'mittlere' soziale Gruppe« (41), »für junge Arbeitnehmer der Mittelschichten« (45).

In diesem Zusammenhang vermißt man Hinweise darauf, wie die Jugendlichen für die Bildungsurlaubsveranstaltungen geworben wurden, wie also diese Selektion zustandekam.

Kann man bis zu diesem Punkt der Untersuchung folgen, ist es doch durchaus legitim, eine Gruppe Bildungsurlaub in Anspruch nehmender Jugendlicher zu untersuchen, ohne diese auf die Gesamtheit der Bildungsurlaubsteilnehmer in der BRD zu beziehen, so grenzt doch der letzte Satz der Untersuchung angesichts der aktuellen Situation der sozial schwächsten Gruppen unserer Jugendlichen schon an Zynismus: »Allerdings muß dazu betont werden, daß auch solche relativ gutwilligen, 'normalen' Jugendlichen der speziellen Beachtung, Betreuung und Stützung bedürfen — zumal in einer 'Öffentlichkeit', die den Sonder- und Randgruppen eine z.T. überzogene, z.T. sachlich falsche oder zumindest stückhaft entstellende Publizität gewährt und damit auch die (noch) stabile Hauptgruppe der Jugendbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen könnte« (46).

Ein weiteres Ärgernis besteht darin, daß Wirkungen dargestellt werden, ohne daß genauer aufgezeigt wird, welche Inhalte Ursache dieser Wirkungen waren, wie also die Bildungsveranstaltungen aussahen. Ausführungen zu den Arbeitsformen, der Hinweis, daß »die Erwartungen der befragten Kursteilnehmer in hohem Maße erfüllt« (14), »für die Jugendlichen relevante Problemthemen« (45) angesprochen wurden und die Nennung dieser relevanten Themen reichen nicht aus. Ein Hinweis findet sich lediglich im Vorwort von Christopher Dannenmann: »Ziel der Bildungsarbeit ist es nicht, junge Menschen zu fanatischen Kritikern unseres Staates und unserer Gesellschaft zu erziehen, noch zu anpassungsbereiten Duckmäusern. Der junge Mensch soll sich vielmehr mit sich selbst und mit dem Gemeinwesen, in dem er lebt, identifizieren können. Nur so wird er eine sinnvolle Lebensgestaltung lernen.« (7) Dieter Grünh (Berlin / West)

**Kupffer, Heinrich:** *Erziehung — Angriff auf die Freiheit: Essays gegen Pädagogik, die den Lebensweg des Menschen mit Hinweisschildern umstellt.* Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1980 (191 S., br., 19,80 DM)

Kupffer versteht die gängige Pädagogik als eine Art Heilslehre, die planvolle Ziele verfolgt, sicheres Wissen vorgaukelt und einen verbindlichen Weisungszusammenhang darstellt, gepaart mit einem Denken, das pädagogische Aussagen zu handlichen Anweisungen bündelt. Er will das undemokratische, freiheitsfeindliche Denken, das ausgehend vom Erziehungsfeld unsere Grundeinstellung prägte, überwinden, um auszuweichen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, der Bereitschaft, fremdbestimmt zu agieren. Sein Vorhaben sei jedoch nicht mit Antipädagogik zu verwechseln, es gehe ihm nicht darum, Pädagogik abzuschaffen, sondern um die Möglichkeit, auf dem Erziehungsfeld Widerstand zu leisten und so die pädagogische Auseinandersetzung weiterzuführen.

In einem Stil, der sich einiges von der Existenzphilosophie borgt (»der Mensch wird in eine sekundäre, unauthentische, fiktive Existenz gedrängt«), einiges von Pater Lepich (»der Schnuller der Therapie«), geht es um den Zusammenhang von Pädagogik und Freiheit. Freiheit sei ein Element des Handelns, das Eigene, das durch die einzig von Vernunft, Wille und Erfahrung gelenkte Person verantwortet werde. Sie offenbare sich jenseits der Notwendigkeiten, z.B. jenseits lebensnotwendiger Fertigkeiten, um den Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden; an Punkten, wo Entscheidungen mit offenen Konsequenzen zu treffen sind; im Umgang mit anderen Menschen. Die heutige Pädagogik opfere aufgrund ihres Ideals einer konfliktfreien Gesellschaft die Freiheit der Sicherheit, der Ordnung, dem reibungslosen Ablauf. Jeder werde zum potentiell erziehungsbedürftigen Objekt eines »pädagogischen Imperialismus« (38). »Was in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts der Faschismus leistete, das leistet in der zweiten Hälfte die Pädagogik« (116). Der Lebenssinn als Angelegenheit des einzelnen verschwinde, »de facto wird menschliche Existenz als ganze für sinnlos erklärt« (140), der Mensch beziehe eine »um die personale Komponente verkürzte Existenzform« (35), werde zum Anwendungsfall genereller und quantifizierbarer Gesetzmäßigkeiten. Tugenden, Werte, Moral, nach Kupffer Dinge der freien Entscheidung, der Bewährung bei persönlichen Anforderungen, und Denken verkümmerten zu schein-effektiven bürokratischen Vollzügen, zu technischen Veranstaltungen, Pädagogik gerinne zum Instrument für die Organisation von Systemzwecken, zum Spiegel der industriellen Struktur der Gesellschaft.

Die letzten Seiten widmet Kupffer den Alternativen: auf filmisch-ästhetischem Gebiet Eisenstein und auf pädagogischem Makarenko, bei dem Erziehung als »in sich selbst sinnstiftender gesellschaftlicher Prozeß« (190) begriffen werde. Eine Pädagogik, die nicht vordergründige Zielsetzungen und Methoden, die als Auftrag von der Gesellschaft gestellt werden, erfülle, sondern Erziehungsziele im »dialektischen Spannungsfeld« erst selbst erzeuge (182).

Wer will nicht selbstbestimmt, frei und kritisch sein? Wer wird Kupffer nicht zustimmen, wenn er der Herrschaft die Selbstbestimmung entgegenhält? Dabei merkt man kaum mehr, durch welchen zugrunde liegenden Diskurs sein Text strukturiert ist: Kupffers organisierendes Prinzip ist die Verwischung des Gegensatzes von Rechts und Links. Von der Linken besetzte Begriffe wie Selbstbestimmung, kritisches Denken zieht er an sich, bei gleichzeitiger Ausgrenzung der Begriffe Veränderung und Gesellschaft. Kupffer macht sich dabei die unausgesprochene Staatlichkeit im Begriff der Gesellschaft zunutze — und Staatlichkeit impliziert Herrschaft; Veränderung spricht er aus als von der Gesellschaft erzwungen, fremdbestimmt.

*Vergesellschaftung* = Verstaatlichung = Herrschaft // *Selbstbestimmung* = *Privatisierung*. Selbstbestimmung wird artikuliert als Privatheit, Vergesellschaftung als Herr-

schaft. Die Bedrohung der Privatheit durch zunehmende Vergesellschaftung (auch im pädagogischen Bereich) spricht er aus als Bedrohung höherer Werte, Freiheit, Moral, Tugenden im allgemeinen. Elemente, die Vergesellschaftung vorantreiben könnten, wie Wissenschaft und Technik werden als Angriff auf die menschliche Existenz als solche dargestellt. Eine Vergesellschaftung unter gleichen wird undenkbar, denn die Gesellschaft ist für Kupffer etwas dem Menschen Fremdes, prinzipiell feindlich Gesonnenes.

Birgit Mehdorn (Berlin/West)

## Geschichte

**Hroch, Miroslav, und Josef Petráň:** Das 17. Jahrhundert. Krise der Feudalgesellschaft. Reihe »Historische Perspektiven« Band 17. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1981 (256 S., br., 52,— DM)

Der Prozeß der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise verlief nicht als kontinuierlich quantitative Ausweitung der Keime früher Zentren der Warenproduktion. Zwischen diesen frühen Entwicklungsformen und dem Manufakturstadium als unmittelbarer Vorstufe des industriellen Kapitalismus lag eine Zwischenperiode, die in der sogenannten »Krise des 17. Jahrhunderts« kulminierte. Die Ungleichzeitigkeit der europäischen Entwicklung manifestierte sich in der Stagnation der frühen Zentren, dem beschleunigten Prozeß der Refeudalisierung in weiten Regionen Ost- und Mitteleuropas und dem Aufstieg der neuen Seemächte Holland und England zur Suprematie auf dem sich bildenden Weltmarkt und deren Konstituierung als erste bürgerliche Nationen. Um die Mitte des 17. Jh. wurde Europa von einer ganzen Kette synchron einsetzender sozialer und politischer Umwälzungsprozesse erschüttert.

Mit der Übersetzung des Buches der beiden Prager Historiker Hroch und Petráň werden zum ersten Mal in deutscher Sprache sowohl die theoretische Debatte um die »allgemeine Krise des 17. Jh.« als auch die wichtigsten Ergebnisse der konkreten historischen Forschung in West- und Osteuropa zugänglich gemacht. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe des in Prag 1976 erschienenen Werks formulieren die beiden Autoren ihr Anliegen folgendermaßen: »Der erste Teil gibt einen historiographischen Überblick über die bisherige Debatte zum Wesen und den Ursachen der Krise der Feudalgesellschaft und endet mit einem Abschnitt, der die Meinung der Verfasser, wie diese Krise zu definieren und zu deuten sei, darlegt. Der zweite Teil überprüft die Anwendbarkeit dieser Auffassung auf verschiedene Aspekte der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung Europas im 17. Jh. ... Der dritte Teil ist der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in den böhmischen Ländern und im überwiegenden Teil des südlichen Mitteleuropas gewidmet.« (9)

Die Darstellung der »30 Jahre Kontroverse über die Krise des 17. Jh.« beginnt mit einem Referat des Past-and-Present-Aufsatzes von Hobsbawm, der 1954 die Debatte eröffnete und die Fragen aufwarf, die der theoretischen Diskussion und der empirischen Forschung neue Wege wiesen. Gleichzeitig hatten französische Historiker in der Nachfolge Simiands die Preisbewegungen in dieser Epoche studiert und eine »Krise alten Typs«, eine Unterproduktionskrise diagnostiziert. Im Verlauf der Diskussion der 50er Jahre wurde der Krisenbegriff in seiner Anwendbarkeit nach Regionen differenziert: neben dem Niedergang des Mittelmeerraums, der neuen Funktion der Kolonien als Absatzmarkt, der Festigung der feudalen Verhältnisse im Ostseeraum und in Osteuropa wird der Aufstieg der entwickelten Region (Niederlande, England, Frankreich) konstatiert.

Die Debatte der 60er Jahre brachte das Eingreifen von Historikern sozialistischer Länder — in Polen diskutierten sie vor allem die Frage, ob die Krise mit einer allgemeinen

Regression zu identifizieren sei. Die Krisen-Hypothese wurde zum Ausgangspunkt konkreter historischer Forschung. Unter den marxistischen Historikern wurde dann in den 70er Jahren der Inhalt des Begriffs Krise selbst zum Diskussionsgegenstand. Hroch und Petráň wollen unter »allgemeiner Krise« die außerordentliche Verschärfung der grundlegenden inneren Widersprüche der feudalen Gesellschaft, die sich in untereinander verbundenen Teilkrisen äußert« (43), verstanden wissen. Als Mangel der bisherigen Diskussion wird der Abschließungseffekt voneinander isoliert verlaufender Diskussionszusammenhänge in Ost und West hervorgehoben. Die Autoren wollen diesem Defizit durch eine Synopse abhelfen (52), die die wichtigsten Beiträge zur Krisen-debatte in ein übersichtliches Raster einordnet. Schließlich werden zwei konträre Grundpositionen herausgearbeitet: »Auf der einen Seite steht die Krise als Äquivalent für die Depression, den Verfall im Verlauf einer linearen Entwicklung eines bestimmten Ganzen. Auf der anderen Seite steht die Krise als Verschärfung von Schwierigkeiten und Widersprüchen einer bestimmten gesellschaftlichen Struktur« (50). Letztere Position ist der gemeinsame Nenner der marxistischen Diskutanten — während die meisten bürgerlichen Autoren eine Krise des Jahrhunderts konstatieren, die gleichermaßen ökonomisch wie politisch zu bestimmen sei. Eine Zwischenposition nehmen die Verfechter der Zyklenkonzeption ein, deren Defizit nach Hroch/Petráň aber in der Annahme einer linearen gesellschaftlichen Entwicklung liegt.

Im zweiten Kapitel wollen die Autoren ihre eigene Krisenkonzeption (Zuspitzung der inneren Widersprüche, die das Gleichgewicht teilweise oder im ganzen störte) an den Bereichen »internationale Politik, Entwicklung der Technik, landwirtschaftliche Produktion, Manufaktur- und Handwerksproduktion, demographische Entwicklung, Warenaustausch, Preisentwicklung, Verhältnis von Feudalstaat und Handelskapital« empirisch überprüfen. Der 30jährige Krieg wird als »Ausdruck eines verschärften Widerspruchs innerhalb der herrschenden Feudalklasse« (65) interpretiert. Die Klassenkämpfe und innenpolitischen Konflikte im Europa des 17. Jh., vor allem zwischen 1640 und 1660 zentriert, »waren ihrem Klasseninhalt nach sehr unterschiedliche Konflikte«. Antifeudale Bewegungen waren die englische bürgerliche Revolution, die städtischen Rebellionen in Rußland, Italien und Frankreich, die nationalen Befreiungsbewegungen. »Unter den Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse dominierte der Widerstand von partikularistischen ständischen Kräften der Feudalgesellschaft gegen die Zentralgewalt des Herrschers.« (78)

Für die Entwicklung der Landwirtschaft wird als Indiz der Depression der Übergang zu extensiven Formen konstatiert — mit Ausnahme der Niederlande und Englands, wo die Ansätze kapitalistischer Entwicklung in der Landwirtschaft eher gefördert wurden. Allerdings vermißt man in den Kapiteln zur Entwicklung der Technik und der Landwirtschaft eine präzise Bestimmung der jeweils widerstreitenden Produktionsweisen der Übergangsphase zum Kapitalismus. Für die gewerbliche Produktion ist charakteristisch, daß im 17. Jh. »viele alte Produktionszentren, besonders für die Textilherstellung, eine Periode der Stagnation und Depression durchmachten, die auch ihre sozialen Auswirkungen hatte.« (93) Größeren Raum nimmt die Darstellung von Fernhandel und Preisentwicklung ein. Typisch für das 17. Jh. waren Konflikte, Handelskriege um die Beherrschung der Hauptachsen des Fernhandels, die Ausgangspunkt für die Expansion im Welthandel wurden. Die für den mittelalterlichen Fernhandel typischen Luxusprodukte wurden zunehmend von neuen Massenbedarfsartikeln verdrängt. Der Handel zwischen Ostsee und Atlantik stagnierte im Verlauf des 17. Jh. Insbesondere sank die Nachfrage nach Getreide infolge der Produktivitätsfortschritte in der westeuropäischen Landwirtschaft. Bei ihrer Analyse der Preisbewegung und der Handelsbilanzen legen die Autoren Wert auf die Analyse der Produktionsweisen, in denen die nachgefragten Waren produziert wurden. So wurden auch auf den Märkten Europas, wo bereits an-

satzweise Bedingungen der freien Konkurrenz herrschten, Waren gehandelt, die »unter Bedingungen des Zwangs und starker außerökonomischer Kontrolle hergestellt wurden« (113).

Die entstehenden absolutistischen Staaten werden von Hroch/Petráň zu umstandslos als feudale Staaten aufgefaßt — allerdings unterscheiden sie je nach der Stärke des Handelskapitals im betreffenden Land verschiedene Typen feudaler Politik, die von bloß parasitärem Verhalten bis zu aktiver merkantilistischer Politik reichen konnten. Im dritten Kapitel analysiert J. Petráň die Entwicklung Mitteleuropas — und besonders der böhmischen Länder — unter den Bedingungen der allgemeinen Krise, wobei zahlreiche eigene Forschungsergebnisse einfließen. Auf eine konzise Analyse der Typen von Grundherrschaft und deren regressive Entwicklung nach der Kriegskonjunktur des 30jährigen Kriegs folgt die Untersuchung der Politik des österreichischen Absolutismus. »Das System der Frongutswirtschaften und die Entwicklung der adeligen Manufakturen ... behinderten die Entstehung bürgerlicher Manufakturen und die Bildung der modernen Bourgeoisie in Mitteleuropa.« (143) Der Sieg über die Stände brachte die Dominanz einer reaktionären Adelsschicht, die Kriegslasten führten zu enormer Staatsverschuldung, der man mit der Vergabe von Monopolen begegnete. Die Exportproduktion in Mitteleuropa beschränkte sich auf Fleischexport und Textilproduktion in einer verelendeten Hausindustrie.

In einem zusammenfassenden Schlußkapitel gehen die Autoren davon aus, ihre Hypothese der allgemeinen Krise durch das ausgebreitete Material verifiziert zu haben und kommen auf das allgemeinere Problem des Stellenwerts der Krisendebatte in der Problematik des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zu sprechen. Die Analyse des 17. Jh. sei deshalb so entscheidend, weil hier der Keim der neuen Ost-West-Polarität gelegt worden sei. In der Folge »vertiefte sich der Unterschied im Entwicklungstempo zwischen den höher entwickelten westeuropäischen Ländern, die an der Schwelle zur kapitalistischen Entwicklung standen, und jenem Teil Europas, in welchem die Feudalklasse und der Feudalstaat sich die Möglichkeit erhielten und weiter ausbauten, einen beträchtlichen Teil des Nationaleinkommens in Form von Grundsteuern, Zöllen oder feudaler Grundrente über die Vermarktung von Agrarprodukten unproduktiv zu nutzen« (205).

Ulrich Wacker (Hamburg)

Kriedte, Peter: Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Verlag Vandenhoeck und Rupprecht, Göttingen 1980 (223 S., br., 19,80 DM)

Kriedte faßt mit dieser Überblicksdarstellung die Ergebnisse vor allem der französisch- und englisch-sprachigen Forschung der letzten zwanzig Jahre für den deutschen Leser zusammen. In 75 Tabellen und Abbildungen (mit Verlaufskurven etc.) wird das umfangreiche Material übersichtlich und anschaulich dargeboten. Dabei werden die Überblicksdaten regelmäßig durch Daten zu Einzelverläufen ergänzt. Z.B. wird die nach Regionen gegliederte Tabelle der Bevölkerungsentwicklung Gesamteuropas durch ein Abbild der Entwicklung von Weizenpreis, Begräbnissen und Taufen in einem kleinen Gebiet bei Paris durchschaubar gemacht.

Seinen Stoff gliedert der Autor in das Zeitalter der Preisrevolution im 16. Jh., die Krise des 17. Jh. und den Aufschwung des 18. Jh., d.h. im ersten Zugriff durch Periodisierung. In jedem der drei Kapitel setzt er mit der Entwicklung der Bevölkerung ein, fährt mit den Veränderungen in der Landwirtschaft fort, stellt dann die Geschichte von Gewerbe, Handel und Finanzen dar und schließt mit einem zusammenfassenden Essay über den sozialökonomischen Prozeß in jedem der drei Jahrhunderte. Daten zu einzelnen Staaten werden jeweils diesen periodischen und systematischen Rastern zugeordnet, so daß trotz der Einzelbeispiele ein relativ hoher Generalisierungsgrad entsteht. In

seinen Schlußbemerkungen geht der Autor von dem Vorsprung aus, den Großbritannien um 1800 errungen hatte, und führt aus, daß es für die kontinentalen Gesellschaften zum »unabdingbaren Imperativ« wurde, »die in England entwickelte Technologie zu übernehmen und mit ihrer Hilfe in den Prozeß kapitalistischer Industrialisierung einzutreten« (190). Kriedte hütet sich zu Recht, die Bedeutung des Weltsystems für die »Formationsperiode des europäischen Kapitalismus« zu überschätzen, setzt die Übersee-Expansion vielmehr an die vierte Stelle seines Kriterienkatalogs. Den ersten Rang weist er der inneren Dynamik der feudalen Produktionsweise zu, den zweiten dem Handelskapital, den dritten der Kommerzialisierung der Landwirtschaft und Protoindustrialisierung, und den fünften Rang dem widersprüchlichen Charakter des Staates, der — um den Feudalismus zu sichern — zu Mitteln griff, die den Feudalismus langfristig in Frage stellten.

Über einzelne Positionen in dem Buch kann man selbstverständlich streiten, wobei die wissenschaftliche Auseinandersetzung erschwert ist, weil Kriedte zwar ein umfangreiches bibliographisches Nachwort, aber keine Anmerkungen zum Text bringt. Mir scheint das Argument, mit dem der Autor die Bedeutung der Edelmetallimporte relativiert — »eine wachsende Wirtschaft schafft sich vielmehr die Zirkulationsmittel, deren sie zu ihrer Expansion bedarf« (176) — nicht überzeugend. Gerade in einer noch weit hin vorkapitalistischen Übergangsgesellschaft ist eine »wachsende Wirtschaft« nicht frei, sich Zirkulationsmittel zu »schaffen« — weder bengalische Nabobs noch polnische Adlige hätten es für andere Mittel als Edelmetall zu einem Außenhandelsdefizit kommen lassen. Drei Viertel ihrer Importe aus Bengalen zahlte die Ostindische Kompanie (vor 1757) mit Gold und Silber. Für europäische Waren gab es in Indien noch im 18. Jh. keinen Markt, und ohne das Edelmetall aus Amerika hätte man den europäischen Asienhandel gegenüber dem mittelalterlichen Umfang genausowenig steigern können, wie den baltischen Handel, der ja ebenfalls ein Passivhandel war.

Insgesamt bietet Kriedte eine vorzügliche Einführung zur Wirtschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit. Für den mit der marxistischen Diskussion nicht vertrauten Leser wird die Lektüre manchmal durch die ohne nähere Erklärung eingeführten marxistischen Kategorien erschwert. Trotzdem ist das Buch auch als Einführung sehr zu empfehlen. Wer sich mit theoretischen Problemen des Kapitalismus befaßt, wird das Buch von selbst immer wieder zur Hand nehmen, weil es den Zugang zum empirischen Material außerordentlich erleichtert.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Rudé, Georges: *Ideology and popular protest*. Verlag Lawrence and Wishart, London 1980 (176 S., br., 3.50 £)

Georges Rudé ist einer der wichtigsten Historiker, die »Geschichte von unten« betreiben. In seinen bisherigen Veröffentlichungen erforschte er vor allem, *wer* an den Volksaufständen, Demonstrationen usw. der vorindustriellen Zeit teilgenommen hat (7; s. dazu G. Rudé: *Die Volksmassen in der Geschichte*. Frankfurt/M. 1977). Hier stellt er sich die Frage: »Warum handelte das Volk so, wie es handelte, was trieb es zur Rebellion ...?« (7) Zu ihrer Beantwortung genüge es nicht, zwischen sozialökonomischen und politischen, kurz- und langfristigen Forderungen zu unterscheiden: notwendig sei vielmehr die Untersuchung der »Ideologie der Handelnden«. Unter »Ideologies« versteht er ganz allgemein »Ideen«, soweit sie sozialen Handlungen zugrundeliegen, ob in strukturierter Form oder als »attitude, mentalité, outlook« (8, 27). »Ideology of popular protest« fragt also: Welche Vorstellungen strukturierten, leiteten die Protesthandlungen des Volkes, der städtischen und ländlichen Massen der vorindustriellen Zeit?

In der Besichtigung der vorliegenden marxistischen Ideologietheorien verwirft er Althusser's Ansatz (25). Die theoretische Hauptfront baut er gegen Lukačs: dessen Ideologietheorie gehe von einer idealtypisch polarisierten Gesellschaft aus und könne daher



die Bewußtseinsformen der städtischen und ländlichen Massen in vorindustriellen Gesellschaften nicht fassen; für Bewußtsein interessiere er sich nur, insoweit es »Klassenbewußtsein« sei; der Zusammenhang zwischen politischen Kämpfen und Bewußtseinsentwicklung bleibe ausgeblendet; all dies mache ihn ungeeignet als Leitfaden einer Untersuchung der Bewußtseinsentwicklung der städtischen und ländlichen Massen der vorindustriellen Gesellschaft.

Rudé wird selbst konzeptiv tätig; seine Theorie versteht er als Weiterentwicklung Gramscis. Das Bewußtsein der Volksschichten sei eine Mischung aus 2 Typen von Ideologie: »inhärenten« (»inherent«) und »abgeleiteten« (»derived«) Elementen (28). »Inhärente« Elemente seien keine strukturierten Ideensysteme, es seien »Sichtweisen« (»outlooks«), »Haltungen« (»attitudes«), vergleichbar dem, was *E.P. Thompson* »plebeian culture«, *Vovelle* »mentalité« nennt, allerdings nur insoweit, als sie mit Protestformen verknüpft sind. Sie seien der jeweiligen Volksklasse oder -gruppe »eigen« (»peculiar«). Als Beispiele nennt er: die Forderung der Bauern nach eigenem Land, nach Wiederherstellung ihrer traditionellen Rechte; die Forderung der Lohnarbeiter nach gerechtem Lohn; die Freiheitsliebe des freigebornen Engländers. Sie seien eine Art »mother-milk ideology«, gebildet und tradiert über »direkte Erfahrung«, »mündliche Überlieferung« und »folk memory« (28).

Demgegenüber stammen die »abgeleiteten« Elemente aus strukturierten »Ideensystemen«, die außerhalb der Volksmassen ausgearbeitet worden seien. Es handle sich um »politische, religiöse, philosophische« Bewußtseinsformen (als Beispiele nennt er Nationalismus, Sozialismus, Laissez-faire), die den Volksmassen »fremd« seien, von »außen«, über Kanzel, Reden, Bücher ins Volksbewußtsein eindringen und sich mit den »inhärenten« Elementen überlagerten. Die Untersuchung der Entwicklung von Volksprotest dürfe sich weder auf die Ideensysteme, noch auf die »inhärenten« Elemente konzentrieren; entscheidend sei gerade die Untersuchung des Zusammentreffens beider Typen, ihrer »Verschmelzung« (»merger«), ihrer »Überlagerung« (»superimposed«, »grafting«).

Die Leistung der »inhärenten Elemente« bestehe vor allem in der Abwehr der ideologischen Hegemonie der oberen Klassen (»ideological resistance«); revolutionär könnten Volksbestrebungen nur werden, wenn sich die »inhärenten« mit »philosophischen, politischen oder religiösen« Elementen, d.h. abgeleiteten Elementen verbänden (32/33). Für sich genommen hätten die »inhärenten Elemente« keine festgelegte politische Orientierung; diese ergebe sich vielmehr aus der politischen Orientierung der Ideensysteme, mit denen sie verschmelzen. So gehen die Bauern der Vendée in der Französischen Revolution im Gegensatz zu den Bauern anderer Regionen (die dieselben »inhärenten« Ideen haben) auf die Seite der Konterrevolution über, weil sich ihre »inhärenten Ideen« mit dem politischen Ideensystem der Gironde verbinden.

Aber auch die ausgearbeiteten Ideensysteme haben keine festgelegte politische Orientierung. Die Ideen Rousseaus z.B. werden vom Adel antiköniglich, von den Bauern und den niederen Ständen jedoch antifeudal ausgelegt; die Rezeption der ausgearbeiteten Ideensysteme würden durch die jeweiligen »inhärenten« Elemente gesteuert. Um schließlich zu erklären, warum ein- und dasselbe Ideensystem von derselben sozialen Gruppe angenommen, aber auch abgelehnt werden kann (so lehnen die Bauern in Spanien 1794 die Idee der Menschenrechte ab), führt er noch einen dritten Faktor ein: die »Erfahrung«. Der jeweilige Charakter der Volksbewegungen ergebe sich demnach aus dem Zusammenspiel von »ausgearbeiteten Ideensystemen«, »inhärenten Elementen« und der »Erfahrung« (35).

In den historischen Teilen (Kap. 2-4) versucht er, seine Begriffe »anzuwenden« (10). Der dargestellte Zeitraum ist riesig: in jeweils vergleichender Untersuchung behandelt er die Bauernbewegungen im Mittelalter, die Volksbewegungen unter dem Absolutismus, die bürgerlichen Revolutionen, die Revolutionen im Frankreich des 19. Jahrhun-

derts, die englische Entwicklung im 19. Jahrhundert; in einem postscript schlägt er den Bogen bis ins England der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Dabei zeigt sich die Schwäche seiner »Theorie«: mit seinen Begriffen (»inhärente« und »abgeleitete« Ideen) und einer aus dem historischen Material abgelesenen, nicht analytisch entwickelten Kasuistik, welche Mischungstypen auftreten können, gelingt es ihm nicht, die Entwicklungslogik der Volkskämpfe aufzuspüren. Seine »Theorie« bleibt deskriptiv: er *beschreibt* detailliert die soziale Zusammensetzung der Träger der Volksaufstände, Ursachen und Anlässe ihres Ausbrechens, ihre Programmatik und ihren Verlauf; dabei legt er besonderes Gewicht auf die Untersuchung der Frage, aus welcher sozialen Schicht die Ideen und Forderungen der Bewegungen stammen, welche Forderungen spontan vom Volke gestellt werden und welche aus »Ideensystemen« stammen, die außerhalb des Volkes ausgearbeitet wurden, über welche Umschlagplätze und Transmissionsstätten die Kernbegriffe dieser Ideensysteme als Parolen ins Volk eindringen. Er kann aber nicht *erklären*, warum und wie z.B. soziale Interessen »religiös«, »politisch« oder »philosophisch« artikuliert werden; er kann nicht die jeweiligen Austragungsformen der Klassenkämpfe rekonstruieren. — Mit dieser Einschränkung gelingt es ihm, materialreich die in den theoretischen Kapiteln entwickelten Thesen zu *illustrieren*: er zeigt, daß die verschiedenen Formen der Volksbewegungen nicht auf Manipulation beruhten, das Volk nicht im Dienste fremder Interessen handelte, sondern *eigene* Interessen und Ideen vertrat; er *deskribiert* die Überlagerungen, Verknüpfungen dieser eigenen Interessen und Ideen mit »von außen« kommenden, aus ausgearbeiteten Ideensystemen stammenden Parolen und führt vor, daß das Volksbewußtsein nicht von einer der ökonomischen Stellung entspringenden Logik durchorganisiert ist, sondern ein komplexes Gebilde darstellt, das aus dem Zusammenwirken von aktueller Erfahrung, Traditionsbildung und bewußtseinsformierenden Instanzen der Kulturgesellschaft im Sinne Gramscis zu begreifen ist.

Herbert Bosch (Berlin / West)

Bergmann, Klaus, Annette Kuhn, Jörn Rüsen und Gerhard Schneider in Verbindung mit weiteren Kollegen (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 2 Bände. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1979 (XXIX, 321 S. bzw. XXV, 274 S., Ln., 78,— DM)

Die geschichtsdidaktische Forschung und Diskussion hat inzwischen einen Umfang und eine Qualität erreicht, daß ein zusammenfassender Überblick angemessen und notwendig ist. Dieses Handbuch ist mehr als das: zahlreiche Beiträge regen zur Weiterarbeit und praktischen Umsetzung an. 61 Mitarbeiter sorgen für eine Vielfalt von durchaus kontroversen Ansätzen, aber auch für ein deutlich erkennbares Engagement in den meisten Artikeln. Ein innerer Zusammenhalt der Beiträge wird dadurch hergestellt, daß die Autoren sich fachwissenschaftlich eher einer Historischen Sozialwissenschaft bzw. Gesellschaftsgeschichte als einer traditionell verstandenen politischen Geschichte verpflichtet fühlen. Fachdidaktisch wollen sie einen Beitrag zur am Schülerinteresse orientierten historisch-politischen Bildung leisten.

Die acht Kapitel: Geschichte als Lebenswelt, Geschichte als Wissenschaft, Geschichte in der didaktischen Reflexion, Geschichtsdidaktik und Curriculumentwicklung, Geschichte im Unterricht, Geschichtsunterricht als Institution, Geschichte im Kanon der Unterrichtsfächer sowie Geschichtslehrerbildung enthalten zunächst eine Einführung seitens der Herausgeber (die im übrigen auch mit der Zeitschrift »Geschichtsdidaktik« verbunden sind). In ihr sollen die jeweils zugeordneten Beiträge — insgesamt sind es 110 — miteinander verbunden, deren Auswahl und Stellenwert begründet werden. Im Anschluß an jedes Stichwort folgen Literaturhinweise. Ein Personen- und Sachregister am Schluß des zweiten Bandes erleichtert die Benutzung. Es wäre ungerecht, hier einzelne Artikel gesondert zu besprechen. Lehrer, Fachdidaktiker und Geschichts-

studenten werden von diesem Handbuch Gewinn haben. So schnell und gut können sie derzeit auf keine andere Weise in die Probleme der Fachdidaktik eingeführt werden; darüber hinaus hilft es bei der Lektüre weiterführender Spezialliteratur. Doch auch das Geschichtsstudium insgesamt kann davon profitieren, da Sachgebiete wie historischer Materialismus, die einzelnen historischen Disziplinen und die wichtigsten Begriffe, Alltags-, Arbeiter-, Frauen- und Kindergeschichte, Oral History u.v.a. knapp und fundiert behandelt werden. Einen Mangel hat das Buch allerdings: es ist für die private Anschaffung zu teuer. Dem sollte schnellstens abgeholfen werden.

Heiko Haumann (Freiburg i.Br.)

## Soziale Bewegung und Politik

Aron, Raymond: Clausewitz. Den Krieg denken. Propyläen-Verlag, Frankfurt / M.-Berlin / W.-Wien 1980 (778 S., Ln., 68,— DM)

Zum 200. Geburtstag des preußischen Generals Carl von Clausewitz ist 1980 in der Bundesrepublik das Interesse an dessen Theorie des Krieges erneut aufgekommen. Trotz der Bedeutung dieses klassischen Kriegstheoretikers sind eingehende Untersuchungen über ihn und sein Werk immer noch an den Fingern abzuzählen, so daß alte Mißverständnisse fortdauern können: viele sehen in Clausewitz einen veralteten Kriegsfanatiker (den »Mahdi der Massen und der Offensive« nannte ihn Liddell Hart), andere dagegen benützen ihn — wie G. Maschke in der FAZ — als einen Propheten der moralischen Aufrüstung. Gegen derart verkürzte Interpretationen will Raymond Aron in seiner großangelegten Monographie, die 1976 zuerst in Paris erschien, die originäre Kriegstheorie Clausewitzens systematisch rekonstruieren und, in einem zweiten Teil, ihre Rezeptionsgeschichte und ihre Geltung in der Gegenwart untersuchen.

Die Besprechung eines solch weitgreifenden Buches kann auf Einzelprobleme und Details, die kritisch diskutiert werden müßten, nur begrenzt eingehen. Ich werde daher Arons Buch unter den drei Aspekten a) der Theorie, b) der Geschichte und c) der Aktualität behandeln, um dann zum Abschluß auf das Buch als Ganzes zurückzukommen.

a) Clausewitz hat die Revolutionierung der Kriegführung im Gefolge der französischen Revolution und vor allem Napoleons zum ersten Male aufgenommen und theoretisch verarbeitet. Nicht mehr nur Heere standen sich gegenüber, der »Krieg war plötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden« (Clausewitz: Vom Kriege, 8. Buch, 3. Kapitel). In Auseinandersetzung mit den Umwälzungen der Wirklichkeit und mit der rationalistischen Kriegstheorie des 18. Jahrhunderts, die der neuen Entwicklung hilf- und begriffslos gegenüberstand, entfaltete Clausewitz die Theorie des, gleichsam bürgerlichen, Krieges der Nationalstaaten und der nationalen Befreiung bis in die feinsten Verästelungen von Strategie und Taktik.

Entscheidendes und alle weiteren begrifflichen Untersuchungen bestimmendes Interpretationsproblem ist für Aron das Verhältnis des »absoluten«, des seinem Begriff entsprechend bis zum Äußersten treibenden Krieges und der »realen Kriege« bzw., unter dem Gesichtspunkt der theoretischen Entwicklung Clausewitzens, das Verhältnis der einzelnen Bestimmungen des Krieges in den nacheinander entstandenen Teilen des posthum erschienenen Hauptwerks »Vom Kriege«. Zu Recht analysiert Aron die Theorie von der »Schlußsynthese« des 1. Buches her (103ff.), wo Clausewitz die »realen Kriege« im Spannungsfeld der »wunderlichen Dreifaltigkeit« (Vom Kriege, 1.2) von Volk/Leidenschaft, Feldherr/Talent und Regierung/politischer Verstand ansiedelt und damit die Kriege vollends und durchgängig als Fortsetzung der jeweiligen Politik mit anderen, gewaltsamen Mitteln begreift. Erst in der Fassung der Kriegstheorie nach 1827

gelingt es Clausewitz also, die Widersprüche in seiner Theorie zu beseitigen: er sieht die Einheit des Krieges »nicht mehr in der äußersten Entfesselung der Gewalt, sondern in einem höheren Gesichtspunkt: der Krieg entspringt der Politik, die Politik bestimmt seine Intensität, stellt sein Motiv; sie zeichnet die großen Linien, legt die Zwecke und zugleich die militärischen Ziele fest.« (159)

Von dieser Klärung der grundlegenden Bestimmung des Krieges aus analysiert Aron, detailliert wie kaum ein Interpret Clausewitzens vor ihm, die begriffliche Struktur der Theorie. Im Mittelpunkt stehen das Verhältnis von militärischem Mittel und politischem Zweck, die Rolle des moralischen Elements im Krieg und die Dialektik von Verteidigung und Angriff. Im nächsten Abschnitt des Buches untersucht Aron die methodischen Implikationen der Kriegstheorie als »Theorie einer Praxis, nicht einer Philosophie der Geschichte« (170). Clausewitz' Theorie ist gerade deswegen klassisch zu nennen, weil er weder deskriptiv-äußerlich noch normativ vorgeht, sondern seinen Gegenstand begrifflich erfaßt und analysiert, was es dann wiederum erlaubt, »richtiges« und »fehlerhaftes« Handeln zu unterscheiden und dieses Urteil zu begründen. Die »Praxis«, deren Theorie er zu schreiben suchte, war für Clausewitz immer historisch bestimmt; für ihn führte jede Zeit ihre eigenen Kriege, die »mit Rücksicht auf ihre Eigentümlichkeiten beurteilt werden« müssen (Vom Kriege, 8.3). Seine Methode bewahrt ihn aber davor, das Verhältnis von Theorie und Geschichte einseitig verabsolutierend zugunsten des Historismus oder der Dogmatik aufzulösen — im Gegenteil liefert die historisch-systematisch verfahrenende Theorie »die Begriffe, mit Hilfe derer der Theoretiker die geschichtliche Erfahrung befragt. Diese bestätigt oder weist die Grundsätze zurück, die aus einer Synthese abstrakter Überlegungen und der Beobachtung der Wirklichkeit resultieren« (303).

b) Diesem Wechselspiel von Geschichte und Systematik setzt sich Aron selbst bei der Behandlung seines Gegenstandes nur begrenzt aus. So intensiv und überzeugend er die begriffliche und methodische Struktur der Kriegstheorie untersucht, so wenig Interesse schenkt er den gesellschaftlichen und politischen Grundlagen ihrer Genesis. Über die Entwicklung der europäischen bürgerlichen Gesellschaft während der und nach den napoleonischen Kriegen erfährt der Leser nur Beiläufiges. Ebenso werden die »gesellschaftstheoretischen« und geschichtlichen Auffassungen Clausewitzens, die außerhalb der eigentlichen Kriegstheorie liegen, sie aber begründen, nur cursorisch (62-69) und unvollständig (es fehlen die wichtigen »Bemerkungen und Einfälle« von 1807) behandelt. Weder die prägenden Einflüsse der Katastrophe von 1806 auf den ehrgeizigen Offizier noch etwa die »Bekanntnisdenschrift« von 1812 werden ausreichend untersucht. Mag vom Standpunkt des Systematikers aus dieses Desinteresse verständlich sein, so wird doch derjenige, der der Entwicklung der Theorie aus ihren gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen nachspüren will, auf andere Darstellungen (Rothfels, Hahlweg, Paret) ausweichen müssen.

Die Geschichte beginnt bei Aron eigentlich erst nach dem System: mit der Rezeption der Themen und Thesen von Clausewitz durch die Militärs und Politiker. Sie erscheint als eine Aneinanderreihung von Mißverständnissen und Fehlurteilen, die — vor allem da sie sich auf undeutliche oder aus ihrem Zusammenhang gerissene Stellen bei Clausewitz berufen konnte — zu dem noch heute verbreiteten Bild eines Fanatikers der Offensiven und der Entscheidungsschlachten geführt hat. Ironischerweise hat Bismarck, der einzige bürgerliche Politiker des 19. Jahrhunderts, der nach Aron clausewitzianisch handelte, Clausewitz wohl nie gelesen. Nur: so interessant und wichtig diese, in ihrer Tendenz alle auf die Unterordnung des politischen Zwecks unter das militärische Mittel gehenden »Abweichungen« von Clausewitz auch sind, so gelangt doch Aron an keiner Stelle zu einer über individuelle Motivationen hinausgreifenden Untersuchung der gesellschaftlichen und politischen Ursachen und Gründe der verzerrten Clausewitz-Re-

zeption, die erst die »Abweichungen« verständlich machen würde.

Von allen Politikern und Militärs konnten einzig *Lenin* und *Mao Tse-tung* zu einem angemessenen Verständnis der Kriegstheorie durchbrechen, indem sie den Begriff der Politik auf die realen Klassenauseinandersetzungen und -interessen bezogen und so zu einer »Synthese von Marx und Clausewitz« (399) gelangten, in der die Kriege wieder ohne metaphysische Verkleidung als »politische Handlungen« (Vom Kriege, 1.2) begriffen werden konnten. Die innere Zerrissenheit der bürgerlichen Gesellschaft, die von Clausewitz unter den Bedingungen des Befreiungskampfes gegen Napoleon nur undeutlich antizipiert werden konnte, mußte, um im Herrschaftsinteresse aufrechterhalten werden zu können, mit einem ideologischen Nebel verdeckt werden, der eine klare Einsicht in die grundlegende »Einheit von Politik und Kriege« (429) nicht mehr zuließ — außer in der marxistischen Analyse eben dieser Gesellschaftsform. Auch Aron muß diese »Rettung« Clausewitzens durch seine Weiterentwicklung in Theorie und Praxis (in der Gründungsphase der Sowjetunion und in der chinesischen Revolution) anerkennen, ohne aber seine Irritation verleugnen zu können: gegen *W. Hahlweg*, der Lenins Clausewitz-Wiederherstellung »bewundere«, führt Aron an, die leninsche Interpretation führe »weg von der Theorie auf den Treibsand der Ideologie« (400f.).

c) Es ist wohl keine Überzeichnung, wenn ich Arons Versuch, Clausewitz zu denken, als großangelegte Rettungsaktion des preußischen Kriegstheoretikers aus den Fängen der marxistischen Interpretation bezeichne. Aron will im Zeichen der globalen Auseinandersetzung zwischen den beiden hegemonialen Großmächten USA und UdSSR Clausewitz für das bürgerliche Lager fruchtbar machen. Damit sind wir bei der Aktualität Clausewitzens angelangt. »Beinhaltet«, so fragt Aron, die Theorie von Clausewitz »für uns, im Atomzeitalter, noch eine Lehre, gute oder schlechte?« (335). Genauer gefragt: Läßt sich die Gegenwart noch im Rahmen der Kriegstheorie des 1831 gestorbenen Generals analysieren?

Für die nach 1945 unterhalb der atomaren Schwelle geführten Kriege, einschließlich der nationalen Befreiungskriege und der revolutionären Bürgerkriege ist die Clausewitz'sche Theorie weiterhin anwendbar. Es ist eben nicht zufällig, daß der Theoretiker der Kriege zwischen bürgerlich organisierten Nationalstaaten dem »Kleinen Krieg« der Partisanen und Befreiungskämpfer große Aufmerksamkeit gewidmet und in seine Theorie integriert hat. Allerdings hat Aron recht: »Den Krieg unserer Zeit gemäß Clausewitz denken besteht nicht in der mechanischen Anwendung der Begriffe des preußischen Offiziers, sondern in der Treue zu einer Methode.« (497) Das begriffliche System der Kriegstheorie kann nicht bruchlos übernommen werden, sondern muß die technischen und gesellschaftlich-politischen Veränderungen seit Clausewitz in sich aufnehmen. Das gilt sowohl für die von Clausewitz — wie auch von Aron — ungenügend analysierte Rolle der Seestreitkräfte als auch etwa für den möglichen Einsatz »taktischer« Atomwaffen wie Pershing I oder Honest John im Rahmen begrenzter Kriege (Aron spricht in diesem Rahmen von der durch die Atomwaffen geschaffenen »Trennung zwischen den Ebenen des militärischen Handelns«, 550). Eine wesentliche Veränderung scheint sich nach Aron für das Verhältnis von Verteidigung und Angriff ergeben zu haben: war für Clausewitz die Verteidigung die stärkere Form des Krieges, geben die technologischen Veränderungen wie auch die kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart (etwa der israelisch-arabische Krieg 1967) Grund zu der Annahme, das Verhältnis habe sich zugunsten des Angriffs gewandelt.

Die zentrale technologische Entwicklung aber ist zweifellos die der »strategischen« atomaren Interkontinentalwaffen: sie haben eine neue Dimension der Kriegführung und der Politik eröffnet; sie »führen eine Abschreckungsstrategie ein, die die Entscheidungsstrategie (Clausewitzens, W.K.) ablöst« (575). Das Dilemma dieser Waffen ist: nach Clausewitz gehört die Anwendung der Waffen im Kriege in den Bereich der Tak-

tik; der Einsatz von »strategischen« Atomwaffen aber sprengt jede Taktik und vernichtet jeden *rationalen* politischen Zweck. Nur wenn sie nicht eingesetzt werden, sind diese Waffen mögliche Mittel einer nicht-irrationalen Politik, Mittel der »Abschreckung«. Diese Einschätzung schließt nicht aus, daß unterhalb der Schwelle eines großen atomaren Schlagabtausches Nuklearwaffen in einem kriegerischen Konflikt eingesetzt werden können (die Bemühungen der USA scheinen rüstungstechnologisch in diese Richtung zu gehen), oder daß ein globaler Atomkrieg irrational »vom Zaume gebrochen« wird. Sie sieht nur — clausewitzianisch — im Einsatz von »strategischen« Atomraketen kein rationales Mittel.

Betrachten wir nun das Buch als Ganzes, so ist vor allem wegen der im ersten Teil gelieferten systematischen Rekonstruktion der Kriegstheorie Arons Arbeit für die Clausewitz-Forschung unverzichtbar. Darüber hinaus ist es — mit den genannten Einschränkungen — wichtig für die kriegshistorische und militärpolitische Diskussion. Ein Nachteil des Buches soll noch erwähnt werden: ist der erste Teil wenigstens klar durchstrukturiert und, von einigen Umständlichkeiten abgesehen, einigermaßen konzentriert geschrieben, so zerfasert sich die Arbeit, je weiter Aron zur Gegenwart kommt. Hier wechseln weitschweifige Ausführungen mit Wiederholungen, so daß oftmals ein systematischer Zusammenhang nur schwer auffindbar ist. Überdies hat Aron noch eine Sammlung erweiterter Exkurse und Skizzen zu den einzelnen Kapiteln als eigenen Teil (587-784) beigelegt, von denen viele schlicht überflüssig sind bzw. in Fußnoten Platz gefunden hätten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als hätte das Buch eine Kürzung und eingehende Umarbeitung verdient.

Was bleibt von Clausewitz? Für die Frage eines möglichen Atomkriegs kann das von Aron referierte Argument der sowjetischen Militärtheorie auch als Antwort von Clausewitz gelten: »Jeder Krieg, auch der Atomkrieg, bleibt an die Politik gebunden, aus der er entstanden ist und an die Zwecke, nach denen der verantwortliche Politiker strebt; aber im Unterschied zu anderen, unter bestimmten Umständen legitimen Kriegen, ist der thermonukleare Krieg als Mittel nicht zulässig; es wäre nicht vernünftig, massive Vernichtungswaffen zu gebrauchen, und es ist möglich, den Frieden zu erhalten. Mit anderen Worten ..., die Erscheinungsformen des möglichen Atomkriegs legen spezifische Handlungsgrundsätze nahe, nämlich den Willen, niemals einen solchen Krieg zu führen.« (574)

Wilfried Kunstmann (Marl)

Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Freiheit ohne Krieg? Beiträge zur Strategie-Diskussion der Gegenwart im Spiegel der Theorie von Carl von Clausewitz. Dümmler-Verlag, Bonn 1980 (413 S., kt., 38,— DM)

Die Clausewitz-Gesellschaft ist eine Vereinigung von hohen Militärs und anderen »Persönlichkeiten in Führungspositionen«, die »am geistigen Leben unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft mitgestaltend« teilnehmen, über Militärpolitik diskutieren und »die Fähigkeit zum 'generalen' Denken bei den Führungskräften« fördern will (413). Präsident der 1961 gegründeten Gesellschaft ist gegenwärtig Gen. a.D. U. de Maizière. Daß eine solche Gesellschaft im Clausewitz-Jubiläumsjahr 1980 eine Aufsatzsammlung publiziert, ist verständlich; *diese* aber läßt doch am »geistigen Leben« arg zweifeln.

Nur wenige der 25 Beiträge des mit einem Aufsatz von *Hans Apel* beginnenden Buches sind eng auf Clausewitz bezogen oder untersuchen die Gegenwart »im Spiegel der Theorie« des preußischen Generals. Von ihrer Qualität her aber heben sie sich — mit Abstufungen — von den übrigen Beiträgen deutlich ab. *W. Hahlweg* berichtet über den — bislang eher gering eingeschätzten — Einfluß des Kantianers Kiesewetter auf Clausewitz' Denken (325-332) und über die Rolle des Guerillakrieges bei Clausewitz (349-357). *P. Paret* analysiert die Entwicklung der politischen Ansichten Clausewitzens

(333-348), während *H.J. Arndt* auf seine eurozentrische Vernachlässigung der Seemacht hinweist (203-219). Unter Bezug auf die historische Entwicklung bis zur Gegenwart untersucht *R. Aron* den Begriff der »politischen Strategien« (41-55) und das veränderte Verhältnis von Verteidigung und Angriff (75-89), *M. Rauchensteiner* die Dialektik von politischem Zweck und militärischem Ziel (57-74) und *J. Wallach* — am Beispiel Israels — die Rolle der geistigen und moralischen Faktoren (271-289). Als »Stimmen (!) aus dem Bereich des Warschauer Paktes« (10) findet man: den Clausewitz-Artikel aus der Sowjetischen Militärenzyklopädie (359-362).

Neben allerlei kaum interessanten Themen (Führungskräfteausbildung in NATO und WVO; Armee der Schweiz usw.), die oberflächlich abgehandelt werden, überwiegen Beiträge, die mehr oder weniger allgemein das Loblied der NATO und der »freien Welt« singen — zumeist garniert mit zeitgemäß kritischen Bemerkungen über Erosionsprozesse im Bündnis, in jedem Fall aber mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der »Verteidigung der eigenständigen Lebensart« (Wissing, 247) gegen den sowjetischen »Masterplan« zur Weltrevolution (Pauls, 116; der es bedauert, daß die Sowjetunion keine »Verpflichtung zu Wohlverhalten im westlichen Sinne« einginge). Hier wurde Clausewitz zum Anlaß genommen, die eigene Position nicht kritisch zu reflektieren, sondern zu propagieren. Es ist bei dieser Aufsatzsammlung kein Zufall, daß etwa *M. Wörner*, CDU, einen Totalüberblick über seine »Weltanschauung« einschließlich eines Plädoyers für die Neutronenwaffe abgeben kann (185-201), genauere militärpolitische und -strategische Analysen aber ebenso fehlen wie kritische Stimmen zur Militärpolitik der USA und der NATO.

In einer anderen Hinsicht aber sind einige Beiträge aufschlußreich. Die militärpolitische Diskussion fand — bis vor kurzem jedenfalls — gleichsam unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, worauf etwa *Chr. Potyka* eindringlich aufmerksam gemacht hat. Auch heute noch berichten große Teile der bundesrepublikanischen Medien über sicherheitspolitische Probleme äußerst einseitig und desinformierend. Nach der Meinung eines der Redakteure des Bandes kann das aber nicht schaden, denn »Rücksichtnahme auf die Stimmung auch des als kurzfristig eingeschätzten Wählers ist ein häufiger Fehler in demokratischen Systemen, die der verantwortliche Politiker vermeiden sollte« (E. Wagemann, 36). Wie es stattdessen zu machen sei, schildert *L. Ruehl*: da das »öffentliche Bewußtsein« von »einfachen Vorstellungen bestimmt und von eindrucksvollen Bildern aufgereizt« werde (256), sei das »Verständnis der breiteren Öffentlichkeit« bei militärpolitischen Diskussionen schlicht »überfordert« (252). Zudem werde die Öffentlichkeit leider »nicht von den Trägern der politischen Entscheidung ... manipuliert, ... sondern im Gegenteil von einer eher anarchischen sozialen Gegengewalt (!) der von Verantwortung freien veröffentlichten Meinung« (262). Daher sei es an der Zeit, daß »die Demokratien in der Defensive den ideologischen Kampf aufnehmen« (268). Ruehl, ehemals als ZDF-Korrespondent »von Verantwortung frei«, hat diesen Kampf begonnen: er ist stellvertretender Sprecher der Bundesregierung geworden.

Wilfried Kunstmann (Marl)

Flickinger, Hans Georg: Neben der Macht. Begriff und Krise des bürgerlichen Rechts. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1980 (173 S., br., 28,— DM)

Auf der Grundlage einer Lektüre des letzten großen Systementwurfs zum bürgerlichen Recht, des Hegelschen, entwickelt Flickinger seine These vom *Recht neben der Macht* und in Konkurrenz mit ihr. Konkretisiert wird dies an der aktuellen Krise des bürgerlichen Rechts, die er unter den Aspekten von Verrechtlichung, Bürokratie, Sozialpolitik und Umweltschutz behandelt.

Mit Hegel wird das Recht zentral als Freiheits- und Anerkennungsidee gefaßt. Es wird mit dieser grundlegenden Kategorie dem Recht »das normative Prinzip des freien

Willens« (31) unterstellt, das in den rechtsfähigen Sozialverhältnissen die wechselseitige Anerkennung als freie Personen sichern soll. Hegels Rechtsphilosophie wird als Versuch gelesen, das Recht seiner Zeit systematisch, d. h. dem Begriffe gemäß darzustellen. »Die objektive Logik des Begriffs rekonstruiere die Wirklichkeit und lege ihre wesentlichen Wirkungsprinzipien frei.« (23) Sein Programm »verlangt die Freiheits- und Anerkennungs-idee des Rechts einerseits und die objektiven gesellschaftlichen Machtstrukturen andererseits aufeinander zu beziehen und diesen Sachverhalt zu interpretieren.« (23) Resultat ist, daß die Differenz zwischen »dem logisch vorausgesetzten Geltungsanspruch des Rechts und seiner objektiven Reichweite« (121) sichtbar wird. Soziale und politische Verhältnisse unterliegen diesem Geltungsanspruch nur insoweit, als sie als rechtsfähige Anerkennungsprinzipien durchorganisiert sind, d. h. nur soweit »sie sich in allein rechtsfähigen Willensbeziehungen finden lassen« (121). Wo immer es jedoch im Kapitalismus, einer Ökonomie verdinglichter Sozialbeziehungen, gelingt, »den Willen der Personen in vergegenständlichte Gestalt einzuhüllen, wo immer Personen als Sachen verhandelt werden können« (38), werden die rechtsförmig normierten Anerkennungsprinzipien inhaltlich außer Kraft gesetzt. Hier gewinnt die »Vernunft der kapitalistischen Ökonomie (...) die Chance zur Entfaltung ihrer Macht jenseits der Kontrolle durch das Recht« (38).

Die im zweiten Teil behandelten Problembereiche des Rechts zeichnen sich durch dieselbe Paradoxie aus: »Die Herrschaft des Rechts provoziert die Macht der Sache« (116). In der Umweltkrise wird nach dem Recht als Mittel zur Gegensteuerung gerufen, wodurch die Umweltpolitik an der immanenten Logik des Rechts teilnimmt; »d. h. es teilt auch dessen Abstraktion von den Gebrauchsqualitäten der Natur« (132). Je intensiver rechtsstaatliche Interventionen den Umgang mit der Natur organisieren, »desto klarer grenzen sie den Spielraum der Macht ökonomischer Rationalität für die gesellschaftliche Umweltausbeutung aus sich aus und geben sie frei« (138). Die zunehmende Verrechtlichung in der Sozialpolitik ist nunmehr leicht verständlich, da diese »ja nur der Logik des Rechts sozialer Anerkennung folgt« (150). Jedoch mit der »Umformung von Not und Elend in rechtsfähige Ansprüche ist erreicht, daß a) auch soziale Defizite in den Bannkreis des 'Vernunftanspruchs' des bürgerlichen Rechts gelenkt und entschärft werden, und b) der soziale Ausgleich dem ökonomischen Kalkül preisgegeben ist, weil die Rechtsform nicht auf die konkreten Sozialbedürfnisse reflektieren kann« (150). Die »Verbürokratisierung« wird in Anknüpfung an Max Webers Theorie legaler Herrschaft analysiert, wonach bürokratisches Handeln nicht auf die Legitimationsfunktion des Rechts verzichten könne. Als rechtsfähige Instanz ist die Bürokratie aber auf das »gebrauchswertabstrakte Verfahren« (164) verpflichtet. Das dadurch eröffnete politische Machtvakuum kann daher »von den herrschenden gesellschaftlichen Interessen leicht instrumentalisiert werden« (172).

Keine soziale Bewegung bleibt unbetroffen von der Umorganisation ihrer Klassen-, Emanzipations- oder Kompetenzkämpfe in Rechtsstreitigkeiten. Flickingers Problemstellung ist deshalb von Bedeutung für jeden Versuch, unter den Bedingungen der Verrechtlichung handlungsfähig zu werden. Mit seiner Unterstellung eines Funktionswandels des Rechts, von einem Prinzip der Freiheitssicherung zu einer Ursache der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, löst er das Problem jedoch einseitig auf, sowohl für die Vergangenheit als auch für die Gegenwart. Konsequent ist in diesem Rahmen sein einziger klarer Strategieverweis, »das bestehende Netzwerk rechtsförmiger Ansprüche und Erwartungshaltungen zu durchbrechen« (143). Offen bleibt dann jedoch, wie erkämpfte Kompetenzen und Handlungsräume gesichert werden sollen, ob soziale Bewegungen nicht *zugleich* auf die Überwindung der Verrechtlichung *und* auf die rechtliche Absicherung angewiesen sind. Es ist problematisch, die Verrechtlichung schlechthin als im Dienst der Herrschaft stehend zu begreifen. Eine neue Rechte im Verfassungsrecht



ist dabei zu überdenken, ob nicht für die Verrechtlichung ein zu hoher Preis gezahlt worden ist. Die Verrechtlichung im Rahmen eines politischen Kompromisses mit der Sozialdemokratie hatte die Konsequenz, daß die Verfassung entsprechend »biegsam« gehandhabt werden mußte und damit eine klare wertmäßige Festlegbarkeit der Verfassung auf die bestehende Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden konnte. Damit ist eine von diesen Kreisen erhoffte Stabilität und Sicherung durch die Verfassung in den Krisen der Zukunft ungewiß geworden. Stephan Dietrich (Berlin/West)

**Kliemt, Hartmut: Zustimmungstheorien der Staatsrechtfertigung.** Verlag Karl Alber, Freiburg/München 1980 (122 S., br., 24,— DM)

Der Autor, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Rechts- und Sozialphilosophie, Rechtssoziologie an der Universität Mainz, gibt eine Einführung in die Gesellschaftsvertragstheorie von Robert Nozick und versucht zu zeigen, daß diese Theorie, wie auch alle anderen Vertragstheorien, das Ziel staatsphilosophischer Theoriebildung, die Rechtfertigung staatlicher Herrschaft, nicht erreichen kann. In einem ersten Schritt begründet Kliemt die Notwendigkeit einer philosophischen Theorie der Staatsrechtfertigung aus den Mängeln von »Alltagstheorien und den Wertvorstellungen des täglichen Lebens« (28). Da viele Menschen auf engem Raum anonym zusammenlebten, bei knappem Güterangebot Konkurrenz entstehe und nicht-staatliche Kontrollmechanismen nur im Nahbereich funktionierten, sei es eine »der am tiefsten verwurzelten Überzeugungen« (27), daß ein Staat im Interesse aller notwendig sei. Diese alltagstheoretische Staatsrechtfertigung lasse offen, welche Form des Staates gerechtfertigt ist. »Die Geschichte hat uns über zu viele schreckliche Möglichkeiten belehrt, als daß wir sagen könnten, absolut jeder Staat sei immer noch besser als gar kein Staat.« (28) Kliemt deutet hier an, welche sozialen Notwendigkeiten ein Legitimationsproblem entstehen lassen: Nach der Erfahrung des Faschismus und der Verbreitung der Totalitarismustheorie, bei gleichzeitiger Infragestellung des kapitalistischen Staates durch die Linke, ist es unmöglich geworden, jeden Staat zu rechtfertigen. Der »philosophisch bedeutendste« (31) Ansatz zur Beantwortung dieser Frage sei die Theorie des Gesellschaftsvertrages. Kliemt referiert die Theorie von Nozick. Dieser versucht zu zeigen, daß gegenüber dem günstigsten staatsfreien Zustand, auf den ein »Anarchist« hoffen könne, die Existenz eines Staates gerechtfertigt werden kann. Der beste staatsfreie Zustand sei der Lockesche Naturzustand, in dem alle Menschen Privateigentum besitzen, das Recht haben, beliebige Verträge zu schließen, und die Pflicht, Eigentum, Gesundheit und Leben der Mitmenschen zu respektieren. Bei Rechtsverletzungen kann der Geschädigte Wiedergutmachung fordern und Strafen verhängen. Diese Rechte und Pflichten würden im Großen und Ganzen eingehalten. Im Naturzustand geschehe es hin und wieder, daß ein Mensch in seinen Rechten von einem stärkeren oder anonymen Gegner verletzt wird, ohne Wiedergutmachung und Strafen durchsetzen zu können. Um diesen Mangel zu beheben, würden die Menschen per Vertrag Schutzvereinigungen gründen, diese konkurrieren miteinander, die effektivste setzt sich durch, es entsteht ein Staat. Die Vertragstheorie mobilisiert also gegen die anarchistischen Bestrebungen des Privatmannes die Angst vor dem Verlust des Eigentums. An diesem Konzept kritisiert Kliemt, es sei »im höchsten Maße irreführend, fiktive Versprechen so zu behandeln, als wäre in ihnen in irgendeiner Weise die verbindlichkeitsstiftende Wirkung der realen Institution des Versprechens oder Vertrages berührt.« (77) Und zweitens, daß kein Vertrag ohne eine Zentralinstanz eingehalten werden würde, diese könne daher nicht aus einem Vertrag entstehen.

Kliemt schlägt einen anderen Weg vor: Der Staat könne dadurch gerechtfertigt werden, daß die Gesellschaftsmitglieder ihm stillschweigend zustimmen, indem sie Bestrebungen zur Auflösung des Staates unterlassen. Voraussetzung sei, daß der Staat solche

Bestrebungen nicht verbiete. Kliemt untersucht zwei »Modellvorstellungen von einer Auflösung des Staates« (103): Frederic Skinner und Karl Marx. Skinner schlägt zur Auflösung des Staates die sukzessive Gründung von Landkommunen vor. »In einer liberalen Gesellschaft spricht (...) einiges dafür, eine Erprobung der Vorschläge Skinners als eine Erprobung *zusätzlicher* Lebensformen zumindest zuzulassen.« (107; Hervorh. im Text) Kliemt zitiert aus »Marxistische Staats- und Rechtstheorie«, herausgegeben vom Inst. f. Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Rez. im Argument 100), zehn »Bedingungen für das Absterben des Staates in der Sowjetunion« (109). Diese Bedingungen erfordern den »Zugriff auf den staatlichen Zwangsapparat selbst.« (112) Es liege aber »im Interesse aller, daß keine Sondergruppierung weitreichende Ziele mittels des Staates durchzusetzen vermag« (114). Das »Willenskriterium«, d.h. die Zustimmung aller, erlaube es, eine »zentrale Grenzlinie zwischen akzeptablen und weniger akzeptablen Theorien der Staatsauflösung zu ziehen« (111). Toleranz sei nur gegenüber den Gruppen möglich, die sich »im Rahmen einer bestehenden liberalen Staatsverfassung« (115) betätigen; gegenüber »gewissen Marxisten« reduziere sich das Problem »auf eine reine Machtfrage« (114). Die Broschüre von Kliemt ist Teil einer Konjunktur konservativer Staats- und Praktischer Philosophie. Sein an Carl Schmitt erinnernder Strategievorschlag ist: Toleranz gegenüber der Alternativbewegung, keine Toleranz gegenüber den Marxisten. Dazu stellt er die Marxisten als Sondergruppierung unter anderen vor, die aus irgendwelchen Gründen den Staat abschaffen wollen, schweigt von der Existenz von Klassen und Klassenkampf im Kapitalismus, kann daher die Elemente des Alltagsbewußtseins aufgreifen, wonach »der Staat allen nützt« und organisiert so die Undenkbarkeit eines Zugriffs der Massen auf Staat und Kapital. — (Der Preis von 24,— DM für 122 Seiten Text ist unverschämt.)

Christoph Stein (Berlin/West)

**Niggemann, Heinz: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich. Hammer Verlag, Wuppertal 1981 (375 S., kt., 29,80 DM)**

Zur Frage, wie das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Arbeiterbewegung heute praktisch zu lösen sei, bringt das Buch trotz des vielversprechenden Haupttitels nichts. Auch die einzelnen theoretischen Einschätzungen zur Emanzipation der Frau überhaupt, zur Rolle der Familie, zur Frauenfeindlichkeit bei führenden Sozialdemokraten sind bekannt. Ich werde im Folgenden einige Argumente zusammentragen, warum es dennoch ein nützliches Buch ist, eines, das man sich anschaffen sollte.

Der Autor hat aus einer Menge von teils ungedruckten Quellen und aus einer Vielzahl von Büchern und Zeitschriften (das Literaturverzeichnis umfaßt 25 engbedruckte Seiten) Material zusammengetragen, das die Arbeit für die Frauenbewegung unterstützt. Es gibt z.B. Berufsstatistiken von 1895 und 1907, in denen der enorme Anteil der Frauen bei den dienenden Berufen (häusliche Dienste, einschließlich persönlicher Bedienung) dokumentiert ist, der gar noch steigt (auf 68%), wo er in Bergbau, Industrie, Landwirtschaft unter 20% liegt. Andere Daten belegen die katastrophale Ausbildung der Frauen — etwa um 1907 — wo als großartig ins Auge fällt, daß auf 100 gelernte Schneiderinnen nur 4 ungelernete kommen, dafür auf 100 Buchbinderinnen 1335 ungelernete Arbeiterinnen. Sorgfältig notiert werden die Mitgliedschaften der Frauen in verschiedenen Vereinen, Lesegruppen, Schulungszirkeln, ihre geringe Rolle in der Sozialdemokratie. Die Positionen der Arbeiterführer zur Frauenfrage werden aus Zeitungen und Vereinsbeschlüssen und -diskussionen wörtlich belegt. Die Namen der Anführerinnen der bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung werden mit ihren charakteristischen Äußerungen ebenso dokumentiert (im Anhang finden sich zudem Kurzbiographien der Frauenkämpferinnen) wie die Beteiligung von Frauen an Streiks

und Arbeitskämpfen. Im Abschnitt »Die Frauen in der SPD« findet man nicht nur eine Tabelle über die Zahl der weiblichen Delegierten in den Parteitag (die von 1,3% im Jahre 1890 im Jahre 1911 die stolze Zahl von 10,06% erreichte, um dann 1913 schon wieder auf 7,49% gesunken zu sein); dokumentiert ist auch ihre Beteiligung an den Debatten in Seitenumfängen und noch genauer der Anteil an Frauenfragen in ihren Beiträgen (so sprach z.B. Rosa Luxemburg gar nicht zu Frauenfragen, Klara Zetkin etwa in 25% ihrer Beiträge).

Im Kapitel Familie findet man die Statistiken über vorehelich oder unehelich geborene Kinder (um 1900 wurde fast ein Zehntel aller Kinder unehelich geboren) wie die Debatten in der Sozialdemokratie um Gebärstreik und Empfängnisverhütung. Viele Dokumente — so die Auseinandersetzung um die Friedenspolitik — lesen sich wie heute geschrieben. So liest man von Lily Braun: »Verschwunden waren mit einem Schlage alle spezifisch frauenrechtlerischen Forderungen, die stets in der Gleichstellung mit dem Manne gipfelten ... Die Arbeitsgebiete der auf diese Weise organisierten Frauen entsprachen wieder durchaus dem ursprünglichen Schaffen und Wirken des Weibes, wie ihre Geschlechtsbestimmung sie ihr zuwies: Ernährung, Bekleidung, Jugendfürsorge.« Und man liest erneut, daß Klara Zetkin versuchte, über die Friedensforderungen die Frauen in die KPD zu bringen, und erfährt die genauen Mitgliederzahlen, die sich allerdings mit »nur« 32856 Frauen in der KPD im Jahre 1923 für uns heute sehr hoch anhöhen.

Der Autor wollte für die Emanzipation der Frau das historische Wissen erweitern. Der Versuch ist gelungen.

Frigga Haug (Berlin / West)

*Für den Geschichts- und Englischunterricht:*

**Zweite Kultur  
in England, Irland, Schottland, USA  
(gulliver 9)**

(AS 65: ISBN 3-88619-000-5) 288 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Alltagskultur, politische Kultur, Literatur der Arbeitswelt — solche Themen gab es bislang in der Anglistik/Amerikanistik weder in der Forschung noch in der Schule. Der vorliegende Band liefert dazu Vorschläge eines Theorierahmens und Untersuchungen über Dickens, Chartismus, Mark Twain, deutsche Arbeiterkultur in Chicago, Sherwood Anderson und v.a.m. Des weiteren gibt es eine ausgearbeitete Unterrichtseinheit Sekundarstufe I zum Problem des Streiks und Grundsatzüberlegungen zur Behandlung der Arbeiterbewegung im Englischunterricht. Aus Anlaß des 70. Geburtstags Philip Fohners werden kontroverse Positionen der gegenwärtigen U.S.-Geschichtswissenschaft vorgestellt.

*In dieser Reihe u.a. erschienen:*

**Commonwealth und Dritte Welt: Afrika/Karibik  
(gulliver 8)**

(AS 57: ISBN 3-920037-82-0) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

**Literatur und Politik in Irland  
(gulliver 7)**

(AS 46: ISBN 3-920037-27-8) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Alle genannten Titel enthalten eine Unterrichtseinheit zum Schwerpunktthema.

## Summaries

### Helmut Gollwitzer: People + University = People's University

Opening speech of the 2nd People's University in Berlin 1981. Gollwitzer talks about the oppositions between of people and the university, which are determined by the opposition between the people and the power block. He sees the People's University as a chance of overcoming this opposition form below. A condition is that no group claims to be the leader. It is to be seen only afterwards who is actually leading.

### Volker Braun: Stories of Hinze and Kunze

Very short stories by Braun, who lives in the GDR. »*Coming and Going*. Hinze asked: When is your communism going to come! Kunze replied: It will never come. Maybe we should go.«

### Günther Anders: On the Esoterics of Philosophical Language

In form of a dialogue, Anders pleads for a non-esoterically formulated philosophy. »Do you think that we as university philosophers are trying to rescue a last appearance of conspirative honour by means of the jungle of words? Or do you think that we are using our esoteric idiom in order to hide from the 'layperson' to what ashaming degree our philosophy is congruent with the ruling opinions? I can't possibly think of any other feasible motive for esoterics.«

### Margherita von Brentano: Philosophy as a Profession

Philosophy is studied partly as a special subject (logic, philosophy of science, philosophy of language), and partly as a universal theory (neohegelianism, phenomenology, etc.). Brentano considers both to be dangerous: Philosophy as a universal theory ignores Kant's knowledge that the whole, the true, and the reasonable cannot be the object of pure theory. Dissolving philosophy into different scholarly disciplines, however, is also problematic, because scientific rationality is particular, its development has not led to reasonable understanding and making of history. Brentano claims that the function of philosophy is to reflect on the preconditions of theory and of practical action, which is necessary when problems occur in the development of theory and practice.

### José María Ripalda: Marx, Hegel, and Philosophy

Ripalda reviews three recent publications on the relationship between Marx and Hegel: Norman/Sayers, Hegel, Marx and Dialectic; Mercier-Josa, Pour lire Hegel et Marx, and in most detail, Furth (ed.), Arbeit und Reflexion. He concentrates on the relationship of science and philosophy, and criticises mainly the tendencies to hypostacise a philosophy that is independent from the sciences.

### Erich Wulff: Psycho-Analysis and Reality

Wulff discusses the reality-testing of psycho-analysts themselves. He criticises the psychoanalytic-interactional »neutralisation« of social conflicts and social developments. It follows that the psycho-analytic session becomes a second, artificial world, whereas every day life and work are becoming less and less meaningful. He outlines how Sève's concepts can be made useful for a psychology of personality for adults: especially the »eccentric« position of the individual and the time plan.

### V. Gransow/C. Offe: Political Culture and Social Democratic Government

Political culture means, following R. Williams's concept of »culture«, the set of values, orientations and political practices that give political coherence and identity to the people. There is a lack of political culture in the Federal Republic, which the social democrats haven't been able to compensate, they have even worsened the situation. The statist form of social democratic governmental politics, its need for and restriction of mobilization from below and its specific »meaninglessness« have prevented the construction of a new political culture of democratic reforms and also have produced »new social movements«, which break with the social democratic consensus and could mean the self-paralysis of social democracy.

## Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete / V.: = Veröffentlichungen u.a.

**Ammon, Ulrich**, Prof. Dr. phil., geb. 1943; Hochschullehrer in Duisburg. V.: *Probleme der Soziolinguistik* (21977). Dialektreden (1978). Mitglied in GEW und BdWi.

**Anders, Günther**, geb. 1902; Promotion 1923 bei Edmund Husserl; Mitinitiator der internationalen Anti-Atombewegung. Hauptwerk: *Die Antiquiertheit des Menschen*, 2 Bde (1961 und 1980); *Der amerikanische Krieg in Vietnam oder Philosophisches Wörterbuch heute* (in *Argument* 45); zahlreiche Erklärungen und Aufrufe gegen Atomkrieg und Imperialismus im *Argument*. Demnächst erscheint sein Buch »Ketzereien«.

**Bochow, Michael**, Dr. rer. pol., geb. 1948; Forschungsstipendiat am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin (West). V.: *Bildung und Arbeit* (1980). A.: Industrie- und Bildungssoziologie; Arbeitskräfteforschung. Mitglied der GEW.

**Bosch, Herbert**, geb. 1953; Studium von Französisch und Geschichte. A.: Ideologietheorie, Sprachwissenschaft. Mitglied in ADS und ÖTV.

**Braun, Volker**, Mitarbeiter am Berliner Ensemble. V.: *Unvollendete Geschichte* (1977); *Großer Frieden*, Schauspiel (in: *Im Querschnitt*, 21979); *Training des aufrechten Gangs*, Gedichte (1980).

**Brentano, Margherita von**, Prof. Dr. phil., geb. 1922; V.: *Philosophie, Theoriestreit, Wissenschaftspluralismus* (*Argument* 5H3, 1978); A.: Antike; Philosophie; Ontologie; Philosophie und Wissenschaftsgeschichte.

**Büchenschütz, Iris**, Dipl.Päd., Wiss. Mitarb. an der Univ. Dortmund. Mithrsg. des *Ruhrvolksblattes*. Mitglied des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen.

**Dietrich, Stephan**, geb. 1958; Studium der Rechtswissenschaft und Politologie. A.: Recht und Ideologie. Mitglied der ÖTV.

**Dietschreit, Frank**, geb. 1954; Doktorand. V.: *Faschismusanalyse in Lion Feuchtwangers Roman-Trilogie 'Im Wartesaal'* (1980); *Es ist ein Blödsinn... Gedichte* (1980). A.: Politische Dichtung; Neue Subjektivität; Alternativbewegungen. Mitglied in GEW, Die Grünen.

**Faulstich, Werner**, Dr. phil., geb. 1946; Wiss. an der Universität Tübingen. V.: *Einführung in die Filmanalyse* (31980); *Radiotheorie* (1981). A.: Literatur in den Medien; Empirische Rezeptionsforschung; Literatur und Mediendidaktik.

**Frei, Bruno**, Prof. Dr. phil., geb. 1897; Journalist.

**Gotschalk-Scheibenflug, Johanna**, geb. 1944; Dipl. soz. päd., Mitarbeiterin an der Universität Frankfurt/M. V.: *Schulsozialarbeit* (1980). A.: Jugendforschung; Schulsozialarbeit; Sozialarbeit. Mitglied in Arbeitskreis hessische Schulsozialarbeit, GEW.

**Gransow, Volker**, Dr. phil., geb. 1945; Privatdozent an der FU Berlin und der Universität Bielefeld. V.: *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung* (1980). A.: Politische Kultur; Politische Soziologie. Mitglied der SPD, GEW und DVPW.

**Gröhn, Dieter**, geb. 1946; Dipl. Kfm., Dipl. Pol., Wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Soz. der FU Berlin. A.: Arbeitsmarkt; Bildungssystem.

**Grün, Rita von der**, geb. 1955; Studentin. A.: Massenmedien im Faschismus, Antisemitismus; Hörspiel. Mitglied der GEW.

**Haug, Frigga**, Dr. phil., geb. 1937; Habilitation; Wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik; Hrsg. des *Argument*. V.: zus. mit anderen, vier Bände zur Automation (AS 7, AS 19, AS 31, AS 43); *Frauenformen* (Hrsg., 1980). A.: Automationsforschung; Arbeitswissenschaft; Frauen. Mitglied in BdWi; ÖTV; Sozialistischer Frauenbund Westberlin (SFB/W).

**Haug, Wolfgang Fritz**, Prof. Dr. phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Herausgeber des *Argument*. V.: *Kritik der Warenästhetik* (61977); *Vorlesungen zur Einführung ins 'Kapital'* (21976); *Theorien über Ideologie* (1979); zus. mit Projekt Ideologie-Theorie, PIT, in *Argument*-Sonderband 40); *Zeitungsroman* (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.

**Haumann, Heiko**, Dr., geb. 1945; Privatdozent am Hist. Seminar der Univ. Freiburg. V.: *Grundlagen der sowjetischen Wirtschaftsverfassung* (1977); *Kapitalismus im zaristischen Staat* (1979). A.: Russische und sowjetische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Vergleichende Regionalgeschichte. Mitglied in GEW, BdWi.

**Knobloch, Clemens**, Dr. phil., geb. 1951; Wiss. Angest. am Institut für deutsche Sprache, Bonner Forschungsstelle. V.: *Orientierung und Koordination* (1980). A.: Kommunikationssoziologie; Sozialphilosophie. Mitglied der GEW.

- Koch, Ursula*, Prof. Dr., geb. 1944; Dozentin an der FH Ostfriesland in Emden. Letzte V.: *Didaktik sozialwissenschaftlicher Methodenlehre* (Mitautorin, 1977); *Ältere Menschen in Emden* (1979). A.: Empirische Sozialforschung; Berufsforschung Sozialarbeit. Mitglied in der GEW.
- Kreppel, Klaus*, Dr. phil., geb. 1934. V.: *Christen für den Sozialismus* (zus. mit Schmidt/Stankowski, 1976); *Religiöser Sozialismus* (zus. mit Ewald, 1978). A.: Theologie; Kirche; Religion und politische Linke.
- Krusewitz, Knut*, Dr. rer. pol., geb. 1941; Wiss. Ass. an der TU Berlin. V.: *Anti-Enzensberger* (zus. mit Kade, 1974); *Landschaftsplanung* (Mitverf., 1980). *Umwelt und Militär* (Mitverf., 1981). A.: Umwelt-, Energie- und Rohstoffprobleme; Gewerkschaften; Militärplanung. Mitglied in SPD, ÖTV, BdWi, Öko-Institut, Deutsche Ges. f. d. Vereinten Nationen.
- Kübler, Hans-Dieter*, Dr. rer. soz., geb. 1947; Wiss. Ass. u. Privatdozent an der Univ. Münster. V.: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975); *Massenmedien im Deutschunterricht* (1981). A.: Kommunikationsforschung; Kulturwissenschaft; Medienwissenschaft und Medienpädagogik. Mitglied in GEW, Kulturpolitische Ges., DGPK, Tübinger Vereinigung f. Volkskunde. Studienkreis Rundfunk und Geschichte.
- Kunstmann, Wilfried*, geb. 1949; Doktorand. V.: *Kritische Theorie von der Geschichtstheologie bis zur Evolutionstheorie* (1981). A.: Kritische Gesellschaftstheorie; politische Erwachsenenbildung; Lernprozesse und Moralentwicklung; Militärtheorie.
- Mehdorn, Birgit*, geb. 1958; Studium der Psychologie. Mitglied im SFB/W..
- Metz-Göckel, Sigrid*, Prof. Dr., geb. 1940; Leiterin d. Hochschuldidaktischen Zentrums d. Univ. Dortmund. V.: *Theorie und Praxis der Hochschuldidaktik* (1975). A.: Hochschuldidaktik; Frauenforschung; Weiterbildung. Mitglied in: Verein Sozialwiss. Forschung u. Praxis f. Frauen, Sektion Frauenforschung i. d. Dt. Ges. f. Soziologie, Arbeitskreis d. Wissenschaftlerinnen v. NRW, GEW.
- Nolte, Hans-Heinrich*, Prof. Dr., geb. 1938; Prof. f. osteuropäische Geschichte in Hannover. V.: *Gruppeninteresse und Außenpolitik* (1979). Mitglied in HDS, GEW.
- Offe, Claus*, Prof. Dr., geb. 1940; Prof. f. Politik und Soziologie. V.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (1980); *Berufsbildungsreform* (1975). A.: Innenpolitik; Soziologie des Arbeitsmarktes. Mitglied GEW und Grüne.
- Perina, Udo*, geb. 1953; Doktorand; Studium der Politischen Wissenschaften. A.: Nationalsozialismus; Neofaschismus; Entdemokratisierung; Faschismustheorien.
- Ripalda, José-Maria*, Dr. phil. (Madrid) 1972; Studium der Philosophie und Soziologie in Münster (1967/68), Bochum (Hegel-Archiv 1970-1972), FU Berlin (1972-1976). Prof. an der Univ. Madrid. V.: *The Divided Nation* (1977); Ausgaben der Jugendschriften von Hegel (1978). Mitglied der Komm. Partei Spaniens (PCE).
- Rösler, Dietmar*, geb. 1951. A.: Sprachlehrforschung; Deutsch als Fremdsprache.
- Schäfer, Alfred*, Dr. päd., geb. 1951; Jugendbildungsreferent. V.: *Zur gesellschaftlichen Formbestimmtheit schulischer Sozialisation* (1978). A.: Allgemeine Pädagogik; Metatheorie der Erziehung; Sozialisierungstheorie; Bildungssoziologie; Theorie der Schule.
- Schweizer, Harro*, Dr. phil., geb. 1949; Wiss. Ass. an der FU Berlin. V.: *Marxismus und Kybernetik* (Mithrsg., 1975); *Sprache und Systemtheorie* (1979). A.: Psycholinguistik; Sprachdidaktik; Sprachplanung. Mitglied in GEW, Kita-Berzirkseleiternausschuß Kreuzberg.
- Soppe, August*, geb. 1950; I. Staatsexamen Germanistik u. Politik, 1978-81 Redaktionssekretariat Argument, Doktorand. V.: *Die Einführung des Rundfunks in Deutschland* (1976); *Der Streit um das Hörspiel 1924/25* (1978). A.: Medienpolitik, Rundfunkgeschichte.
- Stein, Christoph*, geb. 1958; Studium der Philosophie und Literaturwissenschaft a.d. FU Berlin.
- Wacker, Ulrich*, geb. 1950; Lehrer. A.: Entstehung des Kapitalismus; Zeitgeschichte; Frankreich. Mitglied in GEW.
- Weißbach, Hans-Jürgen*, geb. 1950; Wiss. Ang. an der Sozialforschungsstelle Dortmund. A.: Berufsbildung in Irland und Nordirland.
- Wulff, Erich*, Prof. Dr. med., geb. 1926; Prof. f. Sozialpsychiatrie an der Med. Hochschule Hannover. V.: *Ethnopsychiatrie — seelische Krankheit — Ein Spiegel der Kultur?* (1978); *Psychiatrie und Herrschaft* (Argument-Studienheft SH 34). Sprecher d. antiimp. Solidaritätskomitees, Vors. d. Ges. f. d. Freundschaft zwischen d. Völkern i. d. Sozialistischen Republik Vietnam u. d. BRD, Mitglied in BdWi, Deutsche Ges. f. soziale Psychiatrie, Weltfriedensrat.
- Zielinski, Siegfried*, M.A., geb. 1951; Wiss. Mitarb. an der TU Berlin. V.: *Technik und Massenmedien* (Hrsg., 1980); *Veit Harlan — Analysen und Materialien zur Auseinandersetzung mit einem Filmregisseur des deutschen Faschismus* (1981). A.: Geschichte der Massenmedien; sozial-kulturelle Zusammenhänge von Medien-Techniken.



# Blätter für deutsche und internationale Politik

7-8'81

*b:e-Thema:*

*Wir Kinder vom Schulhof Zoo*

H. Schwehm/Chr. Sterzing: Sucht oder Sehnsucht?

Gesprächsrunde: »Dann lachen wir uns wieder über den Lehrer kaputt«

B. Priebe: Durch Selbsterfahrung zum Beratungslehrer

R. Bockhofer: Simulation einer Fixerkarriere

*Beiträge:*

A. Makarenko: Auf den holprigen Wegen der Pädagogik

W. Popp: Friedensbewegung: Aufgabe der Schule

H.A. Pestalozzi: Kind und Werbung: »... damit's ein Prachtkind wird«

H.-G. Rolff: Ungleichheit, die gleichmacht. Die Folgen sozialliberaler Bildungspolitik

W. Geisler: Jasager und Neinsager. Brechts Lehrstück in der Schule

*b:e-Gespräch* mit Bernt Engelmann über seine Anti-Geschichtsbücher, die Schule und Preußen, Klassenstandpunkte und den Erbprinzen Johannes von Thurn und Taxis.

*b:e-Reportage:* Studentensexkursion nach Kolumbien. Auf der Suche nach der fremden Wirklichkeit.

14. Jg. 1981

5'81

*Chronik des Monats*

US-Admiral a.D. Gene R. La Rocque: Atomkrieg in Europa

*Kommentare und Berichte*

K.D. Bredthauer: Zu spät zum Umdenken in Bonn?

B. Jentzsch: Freie Hand für die CIA

*Hauptaufsätze*

W. Kreck: Was heißt Verantwortungsethik? Anmerkungen zum Kanzler-Interview über die Verantwortung von Christen und Kirchen

M. Zeitlin: Die amerikanische Misere — Über die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs

H.-J. Axt: Konkurrenz und »Arbeitsteilung« — Zu Griechenlands EG-Beitritt

R. Peltzet/J. Buddenkotte: Zur Entwicklung in Nicaragua

H.W. Kahn: Ketzerisches zum Preußenjahr — Eine Tradition, aus der manches zu lernen ist

L. Köllner: Das UNO-Konzept der »Finanziellen Abrüstung«

*Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

*Medienkritik*

G. Giesenfeld: Exil

*Dokumente zum Zeitgeschehen*

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '81  
Zur Friedensbewegung

26. Jg. 1981

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim · Einzelheft DM 6,—, Jahressabo DM 58,—, Studentenabo DM 48,—, incl. MWSt zuzgl. Versandkosten.

Hrsg./Führ. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Hufschmid, U. Jaeggi, G. Kaede, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Rüdter, F. Straßmann, G. Stuby. — Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöfner, J. Weidenheim. — Erscheint monatlich — Einzelheft 5,30 DM, im Jahressabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottsweg 31, 50900 Köln 31

# Demokratie und Recht

## 2 '81

P. Römer: Wolfgang Abendroths Beitrag zur Verteidigung demokratischer Positionen in der Bundesrepublik Deutschland

U. Reifner: Erfolgs- und Zugangsbarrieren in der Justiz. Eine kritische Bestandsaufnahme der empirischen Forschung

W. Holtfort: Zum Landesverratsfall MdL Dr. Cremer, Markt-Triefenstein

*Kontroversen* um die Aussperrungsurteile des BAG und das Paritätsdogma — Neofaschismus, GG und die Linke — 20. Strafrechtsänderungsgesetz (§§ 88a, 130a StGB)

### Entscheidungen

BGHSt Geltung des StGB für DDR-Bürger mit Anmerkung von H. Ridder — Wiederaufnahmesache van der Lubbe — Datenschutzgesetz und »Schwarze Liste« der NOFU — Speicherung von Briefkontakten mit Strafgefangenen — Pflugschaftsverweigerung wegen DKP-Mitgliedschaft

5. Jg. 1981

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich — Einzelheft 7,50 DM, im Jahresabo 6,50 DM, für Studenten 5,50 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# FORVM

Internationale Zeitschrift links von der Mitte

## 329/330 '81

E. Kmölniger: Stationiert Kernwaffen in jedem Haushalt!

### Forumkommentare

F. Duve: Die Hartgummichristen (Brokdorf)

M. Siegert: Der Tunnel (Stadtende)

### Leichte Krawallerie

10 Wiener Jugendliche: Wir Kojoten (Interview)

E. Lanc: Jugendwünsche erfüllen (Vorschläge des Polizeiministers)

### Osteuropa

V. Havel: Lebend begraben (Gefängnisbriefe)

M. Siegert: Polenspaltung (Frostaufbrüche)

### Sonne Nr. 3

G. Fädler: Aus dem Leben der Taugenichtse (Von Eichendorff bis Zürich)

B. Spray: The Fall of Metropolis (Punkoper)

### Literatur

h. pataki: frühlings wachen (gedichte)

Chr.l. Hintze: Böse Dichter (Vom ö. Schriftstellerkongreß)

R. Menasse: Sozialpartnerisch statt habsburgisch (Österreichs Literatur soziologisch)

### Frauenbewegung: Männer über Frauen

Lingens, Nenning & Co.: Das unschöne Geschlecht (Männerbekenntnisse)

### Rezensionen

28. Jg. 1981

Herausgeber: Günther Nenning — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 40,— DM, 260 ÖS, Studentenabo 33,— DM, 220 ÖS. — Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien. Tel.: 933353.



# FORVM

Internationale Zeitschrift links von der Mitte

# positionen

## 331/332 '81

### Forumkommentare

F. Duve: Kriegsamis und Friedensruskis?

J. Dvorak: Wer fürchtet sich vorm grauen Wolf?

G. Nenning: Wehe einer Partei

### Terror

M. Siegert: Mit dem Browning philosophiert (Der Mord an Moritz Schlick am 22.06.1936)

M. Siegert: Die Gelbe Liste (Aus der Geheimgeschichte des Antisemitismus der I. Republik)

M. Siegert: Das Ganze und das Nichts (Philosophie des Wiener Kreises)

### CSSR

O. Havlova: Nachruf zu Lebzeiten (Gespräche mit Olga Kanturkova)

### Sonne Nr. 4

G. Nenning/C. Pöchlauer: Erzherzog Johanns Wiederkehr (Film)

G. Nenning: Erzherzog Johann, Mythos und Vernunft (Essay)

### Gerichtspsychiatrie

H. Gross/O. Schiller: Aus den Verliesen der Republik (Gutachten)

### Nahost

B. Schaqa'/J. Armitay: KriegsBegin (John Bunzl sprach mit linken Israelis und Palästinensern)

### Frankreich

H. Pataki/F. Geyrhofer: Reggae auf der Bastille (Linker Aufwind)

### Medien

Wauwau: Lulu am Spannteppich (Einführung in die Tierseele)

28. Jg. 1981

## 35'81

### Sozialdemokratie in Nöten:

*Der Unterbau ist in Bewegung*

N. Scherr: Hauskrach in der Sozialdemokratie

St. Klingenberg: »... die Menschen werden in vieler Hinsicht ärmer sein als heute« (Global 2000-Report)

B.I. Lanz: »Free enterprise« im Vormarsch. Zur »neuen« Wirtschaftspolitik in GB und USA

Partei-Diskussion — Was heißt revolutionäre Politik in den 80er Jahren?

G. Degen: Zu einigen Gegebenheiten und zu einigen Veränderungen der nationalen und internationalen Lage

Th. Heilmann: Verschärfte Aggressivität des Imperialismus, Restrukturierung des Kapitals, Disloyalität und Partei

Rezensionen

Herausgeber: Günther Nenning. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS. Jahresabo 40,— DM, 260 ÖS. Studentenabo 33,— DM, 220 ÖS. — Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien. Tel.: 933353.

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 2,50, Doppelheft Fr. 3,50 — Abo: Schweiz Fr. 13,—, Ausland Fr. 16,— — Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik



## 43 '81

*Probleme mit dem Klassenkampf — Marxistische Theorie und soziale Bewegungen*

Paul Mattick

J. Hoffmann: Einheitsgewerkschaft oder 'korporatistische Blockbildung'

F.O. Wolf: Einwände zu André Gorz' Liquidation des Marxismus

A. Evers/Z. Szankay: Das gerissene Band

W. Spohn: Geschichte und Marxismus

M. Vester: Der 'Dampf-Marxismus' von Friedrich Engels

R. Paris: Soziale Bewegung und Öffentlichkeit

H. Heise: Kein Ausweg

### Dokumentation

Luis Althusser

E. Balibar: Der Widerspruch hat die Grenzen des Erträglichen überschritten!

11. Jg. 1981

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

# spw

## 11 '81

B. Zimmermann: Zum 75. Geburtstag von Wolfgang Abendroth

K.U. Tempel: »Für uns gibt es wichtigere Dinge als den Frieden«

### Diskussionsschwerpunkt:

#### Kampfaufgabe Emanzipation

K. Fuchs/U. Pausch-Gruber: Zur Frauenarbeit in der Sozialdemokratie

M. Tiltmann: Teilzeitarbeit — eine Alternative für Frauen?

Chr. Randzio-Plath/A. Kroll: Frieden — Brot — Rosen

K. Gröning: Gedanken zur Funktion der Familie

K.-P. Wolf: Ich hoffe, ich errege Eure Gemüter!

*Diskussion:* Frigga Haugs Thesen »Frauen — Opfer oder Täter?«

### Außerhalb des Schwerpunktes

D. Albers: Polnische Lektion und westliche Linke

N. Paech/H. Rusch/H. Sassenscheidt: Einige Anmerkungen zu den Ereignissen in Polen

U. Kremer: Das Konzept des »Dritten Weges zum Sozialismus« am Beispiel der Göttinger Thesen

O. Scholz: Zur Kritik der Göttinger Thesen

### Interview mit Klaus-Peter Wolf

Dokumentation

Berichte

Besprechung

4. Jg. 1981

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichen, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, I. Beutstein, R. Brügelner, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Rafines, Chr. Rix-Mackenthun, D. Scholz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft DM 7,70, im Jahresabo DM 5,— zuzüglich Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

# WECHSEL GNOMONIA

Zeitschrift für  
Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

9'81

*Schwerpunkt: Wettdenken für den Krieg:  
Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter*

Arbeiten für die Katz (Ein Gespräch mit  
Betroffenen)

Perversion oder Weiterentwicklung (Die  
Parallelität militärischen und naturwissen-  
schaftlichen Denkens)

Luftschlacht über dem Atlantik (Ein Rub-  
belspaß mit vielen bunten Bildern)

NATO-Strategien

Auge um Auge, Satellit um Satellit (Mili-  
tärtechnologie im Weltraum)

Der Krieg ist eine Messe wert

*Außerhalb des Schwerpunkts*

Krebs — Angst — Krebs (Fördert Valium  
Tumorbildung?)

Ingenieurstudium — Nein danke!

Technik im Krankenhaus

... in die achtziger (Perspektiven radikaler  
Wissenschaft)

Protopia (Entwurf einer EDV-gesteuerten  
Stadt)

Das gefährliche Zögern des Umweltbun-  
desamtes

*Meinung/Gegenmeinung*

*Projekte/Bericht/Tagungen*

*Rezensionen*

3. Jg. 1981

Redaktion: Klaus Bednarz, Reinhard Behnisch (verant-  
wortlich), u. a. — Vierteljährlich — Einzelheft 5,— DM,  
im Jahresabo 20,— DM incl. Versandkosten, gegen Vor-  
auszahlung. — Verlag Reinhard Behnisch, Gneisenaustr.  
2, 1000 Berlin 61.

# Zeitschrift für Soziologie

3'81

*Schwerpunkt: Sozialpolitik*

Heinze/Hinrichs/Hohn/Olk: Armut und  
Arbeitsmarkt — Zum Zusammenhang von  
Klassenlagen und Verarmungsrisiko im So-  
zialstaat

J. Halfmann/K.P. Japp: Grenzen sozialer  
Differenzierung — Grenzen des Wachs-  
tums öffentlicher Sozialdienste

D. Ipsen: Segregation, Mobilität und die  
Chancen auf dem Wohnungsmarkt — Ein-  
e empirische Untersuchung in Mannheim

*Geschichte der Sozialforschung*

M. Kohli: Wie es zur »biographischen Me-  
thode« kam und was daraus geworden ist  
— Ein Kapitel aus der Geschichte der So-  
zialforschung

*Methoden*

D. Baur: Plädoyer für Panelanalysen in der  
amtlichen Statistik

H.-H. Hoppe: Über die Verwendung un-  
gemessener Variablen in Kausalmodellen  
— Eine epistemologische Kritik

*Forschungsnotiz*

A. Diekmann: Ein einfaches stochastisches  
Modell zur Analyse von Häufigkeitsvertei-  
lungen abweichenden Verhaltens

*Zur Lage der Soziologie*

Chr. Oehler: Deutsch statt Soziologisch —  
Ein Brief an die Herausgeber

*Mitteilungen*

10. Jg. 1981

Herausgeber: Fakultät für Soziologie, Universität Biele-  
feld. — Herausbergremium: P. Flora, T. Harder, R.  
Klima, W. Lipp, M. Sprondel. — Redaktion: R. Klima.  
— Vierteljährlich: Einzelheft 23,25 DM — Jahresabo  
76,— DM — Studentenabo 44,— DM — Ferdinand En-  
cke Verlag Stuttgart, Herdweg 63, 7000 Stuttgart 1

# vorgänge

Die achtziger Jahre scheinen zu einem Schlüsseljahrzehnt zu werden, in dem die Entscheidungen darüber fallen,

**ob** wir uns zu Tode rüsten oder lernen, mit der Ungleichzeitigkeit von Entwicklungen fertig zu werden,  
**ob** wir uns vergiften oder lernen, die Natur zu nutzen, ohne sie unwiderruflich auszubeuten,

**ob** ein größerer Teil der Menschheit verhungert oder nicht,

**ob** wir die Kommunikationsmittel zur Entfaltung oder Unterdrückung der Menschen einsetzen.

Die Probleme mögen gewaltiger sein als früher, aber wir wissen heute, daß sie von Menschen gemacht sind und von ihnen gelöst werden können.

**vorgänge** ist eine aufklärerische Zeitschrift, kritisch, radikaldemokratisch. Jedes Heft erörtert ein Thema, in dem Entwicklungstendenzen, Bruchstellen, Problemzusammenhänge der gesellschaftlichen Wirklichkeit dargestellt werden – nicht referierend, sondern durch Analyse, Einblick, Überblick. Gesellschaftspolitik als Programm bedeutet nicht bloß Beschreibung von Sachverhalten und Zuständen, sondern schließt die Aufdeckung des Möglichen im Wirklichen, des noch nicht Verwirklichten ein. Deshalb »**vorgänge**«: die Zeitschrift, die beschreibt, was vor sich geht und demokratische Entwicklungen fördert.

Vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik  
Zweimonatliches Erscheinen. Im Abonnement DM 52,- jährlich  
zuzüglich Zustellgebühr. Einzelheft DM 12,-.  
Schreiben Sie bitte an die Europäische Verlagsanstalt.

*Savignystr. 61-63*

**Europäische  
Verlagsanstalt**

*6000 Frankfurt/M.*

# Karl Marx in seinen Briefen

Herausgegeben  
von Saul K. Padover  
611 Seiten  
38 Abbildungen  
Leinen DM 58,-

Der private und der  
öffentliche Marx –  
eine Biographie  
in Briefen



Verlag  
C. H. Beck

# Philosophie

## Deutscher Idealismus

Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien

Herausgegeben von Hans Michael Baumgartner, Rüdiger Bubner, Konrad Cramer, Klaus Hartmann, Hermann Krings, Otto Pöggeler, Gerold Prauss, Manfred Riedel, Josef Simon, Michael Theunissen, Reiner Wiehl, Wolfgang Wieland

Band 1

**Tilman Borsche**

### **Sprachansichten**

Der Begriff der menschlichen Rede in der Sprachphilosophie Wilhelm von Humboldts

1981, 341 Seiten, Register, Leinen, 79,80 DM  
ISBN 913530-8

Eine Grundlagenstudie, welche auch in die derzeitige Debatte um Sprachphilosophie und Linguistik (N. Chomsky) eingreift.

Band 2

**Eduard Gans**

### **Naturrecht und**

### **Universalrechtsgeschichte**

Herausgegeben und eingeleitet von Manfred Riedel

1981, 260 Seiten, Register, Leinen, 80,- DM  
ISBN 3-12-913520-0

Die Edition dokumentiert die Rezeption der Rechtsphilosophie in der Hegelschen Schule und erste Ansätze zur Revision ihrer Grundlagen.

Band 3

**Michael Haller**

### **System und Gesellschaft**

Krise und Kritik der politischen Philosophie Hegels

1981, 277 Seiten, Register, Leinen, 65,- DM  
ISBN 3-12-913540-5

Gegen seinen früheren Glauben an die Vernunftmacht der Geschichte stellte der späte Hegel die Einsicht, daß die Bürger ihr fremdbestimmtes Dasein nur im Rahmen des sich selbst wollenen Freiheitsbewußtseins überwinden können.

Band 4

**Homburg v. d. Höhe**

### **in der deutschen**

### **Geistesgeschichte**

Studien zum Freundeskreis um Hegel und Hölderlin

Herausgegeben von Christoph Jamme und Otto Pöggeler

1981, 337 Seiten, Register, Leinen mit Schutzumschlag, 50,- DM  
ISBN 3-12-913510-3

neu bei Klett-Cotta 

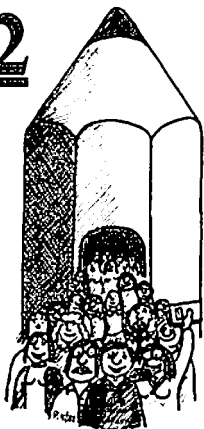
Soeben erschienen

# Wir Lehrer

'81/82

Taschenkalender

Plastikeinband,  
320 Seiten, DM 8,50  
Daten, Tips und  
Texte,  
Fotos und Karikatu-  
ren aus Pädagogik  
und Politik,  
Literatur und  
Geschichte.



Erstmals in diesem Jahr erscheint unser Taschenkalender für Lehrer.

„Wir Lehrer“ enthält ein übersichtliches Kalendarium - eine Doppelseite für jede Woche, Ferienpläne, Stundenpläne, Notenspiegel, Schulerdiagnosebögen, Adressenverzeichnis und eine Liste zum Eintragen von Über- und Vertretungsstunden - also alles, was den Kalender zu einem Gebrauchsgegenstand macht.

„Wir Lehrer“ ist von Lehrern und Referendaren gestaltet, die neben ihrer Schul-Arbeit gewerkschaftlich und politisch aktiv sind. Die Kalendermacher wollen mehr als nur ein paar bunte Blumen an die Ketten des frustrierenden Lehrerdaseins knüpfen; einen Kalender für diejenigen, die Spaß beim Benutzen und Lesen haben wollen und die zugleich einige für den pädagogischen und politischen Alltag nützliche Informationen, Daten und Texte erwarten. Ein Kalender mit vielen Illustrationen, Daten, historischen und literarischen Texten zu einem breiten Themenspektrum.

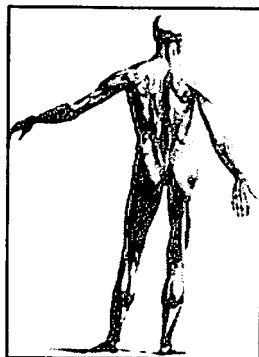
Im Anhang: Artikel zu Schwerpunkten der GEW-Arbeit, zur Zensurenproblematik, zum Umgang mit Bildungsstatistiken, einige Mustervertretungsstunden sowie eine umfangreiche Material- und Adressensammlung.

## Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 5000 Köln 51

Telefon (0221) 364051

## Gegen politikpraktische Mythen



**BENNO MÜLLER-HILL  
DIE PHILOSOPHEN  
UND DAS LEBENDIGE  
CAMPUS**

### Benno Müller-Hill *Die Philosophen und das Lebendige*

1981. 228 S., DM 28,-

Die Philosophen haben die Welt nicht nur interpretiert - zumindest die nicht-ökonomische Welt haben sie mitkonstruiert, den Zugang zum und den Gebrauch des Lebendigen tatsächlich verändert.

Von diesem Ausgangspunkt her beschreibt und dokumentiert der bekannte Genetiker in einem weiten philosophiegeschichtlichen Abriss die je zeittypischen Behauptungen über die äußere und innere Natur. Die Theorien über das Lebendige und seine Entwicklung markieren verschiedene Phasen der menschlichen Geschichte.

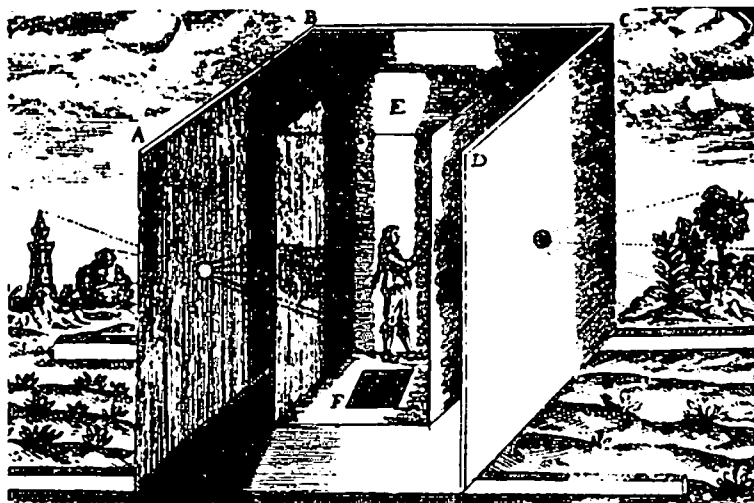
Wo es keine Erklärungen gab, wurden Metaphern erfunden. Wo Herrschaftsinteressen es nahelegten, wurden Mythen als Wissenschaft ausgegeben und mit ihnen Politik betrieben. So wirkte sich die animistische Denkweise (von Platon und Aristoteles bis zu Hegel) noch in der Eugenik und Rassenhygiene aus.

Campus Verlag, Schumannstr. 65, 6000 Frankfurt/M.

**campus**

# PRAXIS

A JOURNAL OF CULTURAL CRITICISM



Contents of #5: "Art and Ideology," Pt. I (now available)

**Materialist Literary Theory in France, 1965-1975** by *Claude Bouché*

**"Marks of Weakness": Ideology, Science and Textual Criticism** by *James H. Kavanagh*

**Literature as an Ideological Form: Some Marxist Propositions** by *Pierre Macherey and Etienne Balibar*

**Artistic Practice** by *Enrique González Rojo*

**The School of Althusser and Aesthetic Thought (commentary)** by *Stefan Morawski*

**Ideology, Production, Text: Pierre Macherey's Materialist Criticism** by *Francis Barker*

## SHORT REVIEWS

**Althusser: Self-Criticism as Non-Criticism** by *Mark Poster*

**Constructing a Critical Ideology** by *James H. Kavanagh*

**Class Struggle in Literary Form and Deformation** by *Bill Langen*

**On Language Requirements** by *Tom Conley*

**Linguistics and Ideology** by *Robert D'Amico*

**A Sociology of Texts** by *Robert Sayre*

Single copy: \$4.50 Subscription (2 issues): U.S. \$7.00

Distributed in the U.K., Europe and the Commonwealth by Pluto Press

*Praxis*, P.O. Box 1280, Santa Monica, California 90406 USA



# sozialismus

**3-81** Zeitschrift für marxistische Theorie  
und sozialistische Politik  
Heft Nr. 35, Juni 1981  
DM 7,- (im Abo: 6,-)



Zum Öko-Sozialismus:  
Eppler, Ullrich, Huber,  
Fetscher, Steigerwald, SOST



**NS**  
Wirtschafts  
politik

Karlheinz Hansen  
E. P. Thompson

**Rüstung**  
**Nahost**



Einzelheft: DM 7,-; im Abonnement: DM 6,-  
Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim VSA-Verlag,  
Stresemannstraße 384a, 2000 Hamburg 50

**VSA:**

**10 Jahre  
Politische  
Bücher**

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Müller-Michaels, Harro</i> : Positionen der Deutschdidaktik seit 1949 ( <i>U. Ammon</i> ).....	581
<i>Henrici, Gert</i> : Sprachunterricht in der Lehrerbildung ( <i>H. Schweizer</i> ).....	582
<i>Meyer, Meinert Arnd (Hrsg.)</i> : Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe II ( <i>D. Rösler</i> ).....	583
<i>Weijenberg, Jan</i> : Authentizität gesprochener Sprache in Lehrwerken für Deutsch als Fremdsprache ( <i>D. Rösler</i> ).....	583
<i>Barkowski, Hans u. a.</i> : Deutsch für ausländische Arbeiter ( <i>D. Rösler</i> ).....	583
<i>Barkowski, Hans, Ulrike Harnisch und Sigrid Kumm</i> : Handbuch für den Deutschunterricht mit ausländischen Arbeitern ( <i>D. Rösler</i> ).....	584
<i>Piepho, Hans-Eberhard</i> : Deutsch als Fremdsprache in Unterrichtsskizzen ( <i>D. Rösler</i> ).....	584
<i>Kießling, Wolfgang</i> : Exil in Lateinamerika ( <i>B. Frei</i> ).....	587
<i>Lützeler, Paul Michael, und Egon Schwarz (Hrsg.)</i> : Deutsche Literatur in der Bundesrepublik nach 1965 ( <i>F. Dietschreit</i> ).....	587

**Kunst- und Kulturwissenschaft**

<i>Meyn, Hermann</i> : Massenmedien in der BRD ( <i>H.-D. Kübler</i> ).....	589
<i>Thomas, Michael Wolf (Hrsg.)</i> : Ein anderer Rundfunk — eine andere Republik ( <i>R. v. d. Grün</i> ).....	590
<i>Kreuzer, Helmut (Hrsg.)</i> : Fernsehforschung und Fernsehkritik ( <i>W. Faulstich</i> ).....	591
<i>Rupp, Erik P.</i> : Bildschirmtext ( <i>S. Zielinski</i> ).....	593
<i>IG Druck und Papier, NRW (Hrsg.)</i> : Neue Medientechniken ( <i>A. Soppe</i> ).....	594
<i>Thomas, Michael Wolf (Hrsg.)</i> : Portraits der deutschen Presse ( <i>A. Soppe</i> ).....	595
<i>Leuschner, Udo</i> : Zeitungs-Geschichte ( <i>A. Soppe</i> ).....	595

**Soziologie**

<i>Kuczynski, Jürgen</i> : Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1 ( <i>C. Knobloch</i> ).....	596
<i>Beck, Ulrich, Michael Brater und Hansjürgen Daheim</i> : Soziologie der Arbeit und der Berufe ( <i>M. Bochow</i> ).....	597
<i>Schäuble, Gerhard</i> : Die Humanisierung der Industriearbeit ( <i>H.-J. Weißbach</i> ).....	599
<i>Katterle, Siegfried, und Karl Krahn (Hrsg.)</i> : Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen ( <i>S. Metz-Göckel</i> ).....	600
<i>Lück, Helmut E. (Hrsg.)</i> : Sozialforschung durch Bürgerinitiativen ( <i>I. Büchschütz, S. Metz-Göckel, U. Koch</i> ).....	601

**Erziehungswissenschaft**

<i>Nevermann, Knut, und Ingo Richter (Hrsg.)</i> : Verfassung und Verwaltung der Schule ( <i>A. Schäfer</i> ).....	603
<i>Hopf, Christel, Knut Nevermann und Ingo Richter</i> : Schulaufsicht und Schule ( <i>A. Schäfer</i> ).....	604
<i>Lüers, Ulf</i> : Jugendarbeit im Zugriff von Verwaltung und Politik ( <i>J. Gottschalk-Scheibenpflug</i> ).....	606
<i>Jaide, Walter, und Detlef Hinz</i> : Jugendliche im Bildungsurlaub ( <i>D. Grünh</i> ).....	606
<i>Kupffer, Heinrich</i> : Erziehung — Angriff auf die Freiheit ( <i>B. Mehdorn</i> ).....	608

**Geschichte**

<i>Hroch, Miroslav, und Josef Petrán</i> : Das 17. Jahrhundert ( <i>U. Wacker</i> ).....	609
<i>Kriedte, Peter</i> : Spätfeudalismus und Handelskapital ( <i>H.-H. Nolte</i> ).....	611
<i>Rudé, Georges</i> : Ideology and Popular Protest ( <i>H. Bosch</i> ).....	612
<i>Bergmann, Klaus u. a. (Hrsg.)</i> : Handbuch der Geschichtsdidaktik ( <i>H. Haumann</i> ).....	614

## Soziale Bewegung und Politik

<i>Aron, Raymond</i> : Clausewitz. Den Krieg denken ( <i>W. Kunstmann</i> ).....	615
<i>Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.)</i> : Freiheit ohne Krieg? ( <i>W. Kunstmann</i> ).....	618
<i>Flickinger, Hans Georg</i> : Neben der Macht ( <i>S. Dietrich</i> ).....	619
<i>Kliemt, Hartmut</i> : Zustimmungstheorien der Staatsrechtfertigung ( <i>C. Stein</i> ).....	621
<i>Niggemann, Heinz</i> : Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus ( <i>F. Haug</i> ).....	622

## Ökologie

<i>Huntley, James R.</i> : Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	566
<i>Westing, Arthur H.</i> : Ecological Consequences of the Second Indochina War ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	567
<i>Westing, Arthur H.</i> : Warfare in a Fragile World ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	567
<i>Shawcross, William</i> : Schattenkrieg ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	567
<i>Füllenbach, Josef</i> : Umweltschutz zwischen Ost und West ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	567
<i>Bungarten, Harald</i> : Umweltpolitik in Westeuropa ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	567
<i>Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.)</i> : Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit: Voraussetzungen, Probleme, Perspektiven ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	567
<i>Paul, Günter</i> : Aufmarsch im Weltraum ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	569
<i>Tinberger, Jan</i> : Der RIO-Bericht an den Club of Rome: Wir haben nur eine Zu- kunft ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Gocht, Werner</i> : Wirtschaftsgeologie ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Umweltbundesamt (Hrsg.)</i> : Luftqualitätskriterien für Cadmium ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Umweltbundesamt (Hrsg.)</i> : Medizinische, biologische und ökologische Grund- lagen zur Bewertung schädlicher Luftverunreinigungen ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Horn, Karlwilhelm</i> : Lufthygiene ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Umweltbundesamt (Hrsg.)</i> : Prüfung alter Verwertungstechnologien aus Mangel- und Kriegszeiten ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Autorenkollektiv</i> : Medizinischer Schutz der Bevölkerung ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Bernal, John D.</i> : Welt ohne Krieg ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Schulz, Karl-Ernst (Hrsg.)</i> : Militär und Ökonomie ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	571
<i>Volle, Hermann, und Wolfgang Wagner</i> : Konferenz über Sicherheit und Zu- sammenarbeit in Europa ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	572
<i>Volle, Hermann, und Wolfgang Wagner</i> : Das Belgrader KSZE-Folgetreffen ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	572
<i>Füllenbach, Josef</i> : Umweltschutz zwischen Ost und West ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	573
<i>Kries, Hansjürgen v. (Hrsg.)</i> : Friede durch Zusammenarbeit in Europa ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	573
<i>Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (Hrsg.)</i> : Aktuell: Umwelt Forum 1978 — Grenzen des Landschaftsverbrauchs ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	574
<i>Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.)</i> : Umweltdokumentation des BmVg ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	574
<i>Busche, Ernst (Hrsg.)</i> : Rettet die Garlstedter Heide( <i>K. Krusewitz</i> ).....	574
<i>Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (Hrsg.)</i> : Forderungska- talog für ein Ökokonzept in der BRD ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	574
<i>Bredthauer, Karl D., und Klaus Mannhardt (Hrsg.)</i> : Es geht ums Überleben ( <i>K. Krusewitz</i> ).....	575

# Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Taschenbücher (AS)  
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555  
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173  
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151  
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017  
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056  
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711  
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553  
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432  
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/242073  
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051  
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825  
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368  
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509  
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962  
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518  
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336  
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608  
Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073  
Bremer 1: Volksbuchhandlung, Richtweg 4; Tel.: 0421/323334  
Bremer 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023  
Darmstadt: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlagstr. 3; Tel.: 06151/75230  
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880  
büchereistube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306  
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123  
Erlangen: Collectiv-Buchhandlung, Bismarckstr. 9  
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923  
Karl-Liebnecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014  
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082  
Buchzentrum, Goethestr. 31-33; Tel.: 0611/281090  
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303  
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267  
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128  
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778  
arbeiterbuch, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801  
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 87; Tel.: 040/4104572  
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173  
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Hamburger Allee 37; Tel.: 0511/313955  
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633  
Kassel: ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704  
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642  
Köln 1: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Fleischmengergasse 31; Tel.: 0221/215770  
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zölpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214  
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916  
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787  
Lieblich-Buchhandlung Wilhelm Lieblich, Wettergasse 19; Tel.: 06421/63662  
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522  
Libresso Buchhandlung, Türkenstr. 66; Tel.: 089/2811767  
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414-  
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926  
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25  
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1; Tel.: 0441/13949  
Regensburg: Libresso Buchhandlung, Glockengasse 7; Tel.: 0941/561538  
Saarbrücken: der buchladen, Beth/Paul, Johannisstr. 3; Tel.: 0681/31171  
Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559  
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033  
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287  
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929  
Schweiz: Basel: Buchhandlung Der Funke, Lindenberg 23; Tel.: 061/320277  
Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41; Tel.: 031/228218  
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7; Tel.: 01/2512674  
Kopenhagen: Kopenhavns Bogcafé, Kulturvet 11; Tel.: 01/111236  
Dänemark: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755  
Niederlande: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kollisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221  
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Karl Winter, Landesgerichtsstr. 20; Tel.: 0222/421234